

**Die Regelung
der deutschen Auslandsschulden
im Rahmen
internationaler Verträge**

Dissertation

vorgelegt der

**Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes Gutenberg-Universität
in Mainz**

**zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)**

von

Oberregierungsrat a.D. Dr. jur. Erich Kiehnscherf

1960

Die Regelung
der deutschen Auslandsschulden
im Rahmen
internationaler Verträge

Dissertation



vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes Gutenberg-Universität
in Mainz

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von

Oberregierungsrat a.D. Dr. jur. Erich Kiehnscherf



Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Dr. Nöll von der Nahmer
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 16. Dezember 1959

Datum des Diploms 21. MRZ. 1960

Gliederung

Einleitung	6
 Kapitel I	
Grundfragen der Bezahlung von Auslandsschulden	
1. Rückzahlung von Schulden aus Exportüberschüssen	9
2. Die wirtschaftlichen Folgen einseitiger Wertübertragungen	11
 Kapitel II	
Die Entstehung der deutschen Auslandsschulden	
1. Die politischen Auslandsschulden des Ersten Weltkrieges und ihre Privatisierung	18
2. Die Auslandsschulden in der Weltwirtschaftskrise	23
3. Die Auslandsschulden unter dem Einfluß der national-sozialistischen Wirtschaftspolitik	30
4. Die Nachkriegsschulden der Bundesrepublik Deutschland	34
5. Zusammenstellung der deutschen Auslandsschulden . . .	38
 Kapitel III	
Die internationalen Schuldenabkommen	
A Das Londoner Schuldenabkommen	42
1. Vorgeschichte der Londoner Schuldenkonferenz	42
2. Memoranden zur deutschen Aufbringungs- und Transferfähigkeit	45
a) Die Beschränkung der territorialen Zuständigkeit der Bundesregierung	46
b) Kriegs- und Kriegsfolgeschäden in der Bundesrepublik	46
c) Außerordentliche Belastungen der Bundesrepublik infolge des Flüchtlingszustromes und der Berlin-Hilfe .	47
d) Die Beeinträchtigung der westdeutschen Transferfähigkeit infolge des Zweiten Weltkrieges	49
e) Das westdeutsche Transferproblem nach Währungsräumen aufgegliedert	50
3. Die Londoner Schuldenverhandlungen	51
4. Die Schuldensummen	55
B Die Regelung der einzelnen Schuldengruppen im Londoner Schuldenabkommen	57
1. Die Regelung der Vorkriegsauslandsverbindlichkeiten der öffentlichen Hand	57
a) Die Auslandsanleihen des Reiches	57
b) Der Lee Higginson-Kredit	61

c) Die Einzahlungen in die Konversionskasse	62
d) Die Schuldverschreibungen der Konversionskasse	63
e) Die Verpflichtungen gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	64
f) Die Auslandsschuldverschreibungen der Länder, Gemeinden und ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts	65
g) Die Auslandsanleihen des Staates Preußen	67
2. Die Regelung der mittel- und langfristigen Schulden aus privaten Kapitalgeschäften	68
3. Das Deutsche Kreditabkommen von 1952	70
a) Rekommerzialisierung	70
b) Gewährung neuer Kredite	71
c) Rückzahlung in deutscher Währung	71
4. Regelung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, gewisser Forderungen aus dem Kapitalverkehr und verschiedener anderer Forderungen	72
C Sonstige Abkommen zur Regelung deutscher Vorkriegs- und Kriegsschulden	73
1. Vereinbarungen über gewisse österreichische Auslandsschulden	74
2. Restverbindlichkeiten aus dem deutsch-französischen Verrechnungsverkehr während des Zweiten Weltkrieges	75
3. Die Schweizerfranken-Grundsulden	75
4. Die belgische Markforderung	77
5. Die Ansprüche amerikanischer Staatsangehöriger aus Entscheidungen der Mixed Claims Commission	77
6. Die Schweizer Clearing-Milliarde	78
D Die Abkommen zur Regelung der deutschen Nachkriegsschulden	79
1. Die deutsch-amerikanischen Abkommen	79
a) Die Nachkriegs-Wirtschaftshilfe	80
b) Die Lieferung von Überschußgütern	81
2. Die Wirtschaftshilfe Großbritanniens	81
3. Die Wirtschaftshilfe der französischen Regierung	82
4. Weitere Nachkriegsschulden	83
a) Das deutsch-dänische Abkommen	83
b) Das Abkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein	85
E Das Israel-Abkommen	85
F Gesamtüberblick über die verschiedenen Abkommen	87
1. Das Ergebnis des Londoner Schuldenabkommens und seiner Nebenabkommen	87
a) Berücksichtigung der verminderten deutschen Aufbringungsfähigkeit	87
b) Zugeständnisse an die verminderte Transferfähigkeit	89
c) Transfervoraussetzungen und Transferschutzklausel	90

d) Das deutsche Auslandsvermögen	93
e) Die neuen Schuldensummen	93
2. Die Abkommen über die deutschen Nachkriegsschulden	94
3. Die deutschen Verpflichtungen insgesamt	96
4. Beratung der Londoner Verträge durch Bundestag und Bundesrat	97

Kapitel IV

Probleme der technischen Durchführung des Londoner Schuldenabkommens

1. Die Wertpapierbereinigung	101
a) Die Ursachen der Wertpapierbereinigung	101
b) Die Bereinigung deutscher Dollarbonds in den Ver- einigten Staaten von Amerika	103
c) Das Bereinigungsverfahren	104
d) Ausstellung von Ersatzurkunden für effektiv nicht vor- handene Schuldverschreibungen	105
2. Das Ergebnis der Dollarbondsbereinigung	107
3. Die neuen Auslandsschuldverschreibungen der Bundes- republik Deutschland	108

Kapitel V

Der Stand der Regelungsverfahren und die deutschen Leistungen auf Grund der Schuldenabkommen

1. Die öffentlichen Kriegs- und Vorkriegsverpflichtungen	110
2. Die privaten Vorkriegsverpflichtungen	113
a) Langfristige Anleihen	113
b) Stillhalteschulden	115
c) Einzelschuldverhältnisse	117
3. Die öffentlichen Nachkriegsverpflichtungen	118
4. Die deutschen Gesamtleistungen	122

Kapitel VI

Vorzeitige Rückzahlung deutscher Auslandsschulden

1. Transferfähigkeit der Bundesrepublik heute	127
2. Möglicher Umfang vorzeitiger Schuldentilgung	128
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer vorzeitigen Schuldenrückzahlung	131
4. Vorzeitige Rückzahlung aus der Sicht der Schuldner	133
5. Die Aufbringung der Mittel	136

Schlußbetrachtungen	140
-------------------------------	-----

Anhänge	147
-------------------	-----

Literaturverzeichnis	171
--------------------------------	-----

Einleitung

Fast sechs Jahre sind seit dem Inkrafttreten des Londoner Schuldenabkommens am 16. September 1953 vergangen. Im Jahre 1958 ist die Abwicklung der auf der Londoner Schuldenkonferenz geregelten deutschen Auslandsschulden, zu deren Bedienung sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, in ihre zweite Phase getreten: Die Tilgung der drei großen Reichsanleihen, der Dawes-, der Young- und der Kreugeranleihe sowie der Verpflichtungen aus der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe hat begonnen. Gemäß den in London getroffenen Vereinbarungen sollten sich die Transfervpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Schuldendienst dadurch ab 1958 um rund 200 Mio DM¹⁾ jährlich erhöhen. Nachdem das erste Jahr verstrichen ist, in dem Tilgungsleistungen auf alle in internationalen Verträgen mit der Bundesrepublik geregelten deutschen Auslandsschulden zu erbringen waren, scheint es besonders angebracht, sich noch einmal auf das Londoner Schuldenabkommen mit seinen zahlreichen Nebenverträgen zu besinnen und Rechenschaft über die ersten sechs Jahre der Abkommenslaufzeit abzulegen.

Als Hauptziel einer umfassenden Schuldenregelung ist bei Beginn der Londoner Schuldenverhandlungen oft die Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit bezeichnet worden. Man verstand darunter weniger die Schaffung der Voraussetzungen für die Auflage neuer Auslandsanleihen als vielmehr die „Wiederherstellung der Vertrauensbeziehungen“²⁾ zwischen in- und ausländischen Geschäftspartnern, die infolge der jahrelangen Nichtbedienung der öffentlichen und privaten Auslandsschulden sowie durch die politischen Ereignisse während der nationalsozialistischen Herrschaft aufs schwerste gestört waren. Die Bundesrepublik war wegen ihrer hohen Importabhängigkeit darauf angewiesen, das Vertrauen der Abnehmer im Ausland, das nun einmal zur Entwicklung eines freien und regen internationalen Handels unerlässlich ist, möglichst rasch wiederzugewinnen. Dieses Ziel ist in den vergangenen Jahren zweifellos erreicht worden. Die Bundesrepublik genießt Vertrauen auf dem Weltmarkt. Der Außenhandel

¹⁾ Hier und im folgenden werden abgekürzt: Millionen = Mio, Milliarden = Mrd.

²⁾ Reuter, Franz, Schuldenabkommen auf der Waage, in: Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Nr. 25 vom 20. Juni 1953, S. 9.

Westdeutschlands hat sich gegenüber 1950 mehr als vervierfacht; dabei ist der Export stärker gestiegen als der Import. Die westdeutsche Volkswirtschaft ist in den vergangenen Jahren durch große Außenhandelsüberschüsse für viele ausländische Staaten sogar zum größten Kreditgeber geworden. Diese Entwicklung wäre ohne die Regelung der deutschen Auslandsschulden sicher nicht möglich gewesen.

Die Regelung der öffentlichen und privaten Auslandsverbindlichkeiten hat seinerzeit aber zweifellos nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Zielen gedient. Man war sich darüber im klaren, daß die Bundesrepublik auf eine dauerhafte Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen zu den Ländern des Westens nur hoffen konnte, wenn sie bereit war, ihre eigenen finanziellen Verpflichtungen und die ihrer Bürger auf eine feste Rechtsbasis zu stellen. Das ist in London geschehen. Das Londoner Schuldenabkommen hat damit dazu beigetragen, die politische Stellung der Bundesrepublik in der westlichen Welt zu stärken.

Ohne auf die politischen Hintergründe des Londoner Schuldenabkommens einzugehen, soll die vorliegende Arbeit einen Überblick über die deutschen Auslandsschulden geben, die auf der Grundlage der Beschlüsse der Londoner Schuldenkonferenz des Jahres 1952 in internationalen Verträgen geregelt worden sind, und die Durchführung der Londoner Schuldenabkommen in den Jahren 1953 bis 1959 schildern. Vertragspartner der Gläubigernationen ist bei allen Verträgen nur die Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjetzone ist an keinem der internationalen Abkommen beteiligt; sie hat aber auch keine eigenen Verträge über die Regelung der deutschen Auslandsschulden abgeschlossen und derartige Verträge auch gar nicht abschließen können, da ihr die Regierungen der westlichen Welt die Anerkennung als souveräner Staat versagen. Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, beziehen sich daher alle Ausführungen in dieser Arbeit nur auf mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene internationale Verträge über die Regelung der bis 1945 entstandenen öffentlichen und privaten deutschen Auslandsschulden und der aus den Jahren 1945 bis 1948 herrührenden westdeutschen Nachkriegsverpflichtungen gegenüber den Alliierten, sowie auf die Bedeutung dieser Verträge für die westdeutsche Volkswirtschaft. Bei der Beurteilung der Londoner Vereinbarungen wurde der seit 1952 wesentlich veränderten Außenhandelsituation der Bundesrepublik besondere Beachtung geschenkt.

Aufgabe des ersten Kapitels der Arbeit ist es, einleitend kurz die wichtigsten Grundfragen der Bezahlung von Auslandsschulden zu behandeln. Dadurch sollen notwendige, an späterer Stelle jedoch störende allgemeine Erörterungen vorweggenommen und die Arbeit gleichzeitig

auf ein tragfähiges Fundament gestellt werden. In den folgenden Kapiteln wird dann, um einen möglichst vollständigen Überblick zu vermitteln, sowohl die Entstehung (Kapitel II) als auch die Regelung (Kapitel III und IV) und die Abwicklung (Kapitel V) der genannten deutschen Auslandsschulden geschildert.

Die Außenhandelsüberschüsse und der damit verbundene Devisenzustrom haben zu der Überlegung Anlaß gegeben, ob man nicht die beachtlichen Devisenreserven der Bundesrepublik zur vorzeitigen Rückzahlung von Auslandsschulden verwenden und auf diese Art die teilweise extrem hohen Aktivsaldo der westdeutschen Zahlungsbilanz vermindern könnte. Zu dieser Frage soll im letzten Kapitel der vorliegenden Arbeit Stellung genommen werden.

Kapitel I

Grundfragen der Bezahlung von Auslandsschulden

1. Rückzahlung von Schulden aus Exportüberschüssen

„Der Kapitalverkehr beschränkt sich nicht auf das Hoheitsgebiet eines Staates, sondern er führt über die politischen Grenzen hinweg zu internationalen Kapitalwanderungen und Kapitalverflechtungen.“³⁾ Privatpersonen, Unternehmungen, Staaten, Anstalten und Verbände erwerben Eigentum an ausländischen Grundstücken, Gebäuden, Firmen und Rechten. Sie errichten Zweigniederlassungen oder gewähren ausländischen Schuldnern langfristige und kurzfristige Kredite. Ebensogut können sie umgekehrt selbst zum Schuldner ausländischer Gläubiger werden oder ihr Eigentum an ausländische Staatsangehörige, Unternehmen, Staaten, Gemeinden usw. veräußern.

Zu den Zins- und Kapitalschulden eines Landes aus dem kommerziellen Verkehr mit anderen Staaten können Verpflichtungen anderer Art treten, Verpflichtungen, die zum Teil auch politisch bedingt sind. Man denke etwa an Reparationen, Tribute, Entschädigungen auf der einen Seite und zum anderen an Geschenke, freiwillig übernommene einseitige Leistungen und ähnliches.

Grundsätzlich muß jede bestehende Schuld auf irgendeine Weise vom Schuldner getilgt werden. Das gilt für Auslandsschulden in gleicher Weise wie für Inlandsschulden. In der Regel einigen sich die Parteien schon bei der Schuldaufnahme oder Schuldauflegung über die Zins- und Amortisationsmodalitäten. Der Schuldner muß dafür sorgen, daß er die zur Zahlung der Zins- oder Amortisationsraten erforderlichen Mittel rechtzeitig aufbringen kann.

Im innerstaatlichen Verkehr ergeben sich aus der Entrichtung vereinbarter Zins- und Amortisationsraten durch einen Schuldner keine Schwierigkeiten für den nationalen Zahlungsverkehr. Sofern nur der Schuldner zahlungswillig und zahlungsfähig ist, werden die Zahlungen

³⁾ Montaner, Antonio, Außenhandelspolitik, in: Die Verwaltung, Schriftenfolge zur staatswissenschaftlichen Fortbildung der Beamten und Behördenangestellten, Heft 48, Braunschweig (ohne Jahresangabe), S. 29.

reibungslos abgewickelt. Im internationalen Verkehr liegen die Verhältnisse anders. „Ein Weltgeld existiert nicht. Alle Volkswirtschaften haben vielmehr besondere nationale Währungssysteme. Daraus folgt die Notwendigkeit, zur Bezahlung der Auslandsverbindlichkeiten einheimisches in ausländisches Geld umzuwechseln.“⁴⁾ Bei der Bezahlung von Auslandsschulden ist es also mit der bloßen Aufbringung fälliger Zins- und Tilgungsraten durch den Schuldner meist nicht getan. „Selbst wenn . . . der Inlandsschuldner hierzu in der Lage ist, hat damit der Auslandsgläubiger die Schuld noch nicht in seiner einheimischen Währung zurückbezahlt erhalten. Es muß nunmehr noch das Transferproblem . . . – gelöst werden.“⁵⁾ Ehe der erforderliche Umtausch der aufgebrachten Tilgungsraten in die nationale Währung des Landes, in dem der Gläubiger wohnt, nicht gelungen ist, kann von einer wirklichen Rückzahlung der Schuld nicht gesprochen werden.

Lautet die Schuld auf die Heimatwährung des Gläubigers, so muß der Schuldner die notwendigen ausländischen Zahlungsmittel beschaffen. Lautet die Schuld auf die Heimatwährung des Schuldners, so fällt dem Gläubiger selbst diese Aufgabe zu, es sei denn, er wäre bereit, das empfangene Geld im Schuldnerland erneut anzulegen oder dort zum Kauf von Gütern und Leistungen zu verwenden. Legt der Gläubiger das empfangene Geld erneut im Schuldnerland an, so ist – volkswirtschaftlich betrachtet – keine Schuldminderung eingetreten.

In jeder Volkswirtschaft herrscht stets ein gewisses Devisenangebot und eine gewisse Devisennachfrage. Angebot und Nachfrage ergeben sich aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie aus dem Kapitalverkehr zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Will nun von einem bestimmten Zeitpunkt an ein Staat oder wollen die in einem Staate ansässigen Schuldner beginnen, ihre Auslandsverbindlichkeiten zu tilgen oder in verstärktem Umfange zurückzuzahlen, so führt das zwangsläufig zu einer erhöhten Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Neben die bisherige Devisennachfrage tritt neue, zusätzliche Nachfrage zur Begleichung der Schulden. Gelingt es einer Schuldnervolkswirtschaft nicht, durch Exportsteigerung oder Importsenkung eine dem zusätzlichen Devisenbedarf entsprechende Verbesserung ihrer Waren- und Dienstleistungsbilanz zu erzielen, so kann ihr auch der Transfer der geschuldeten Zins- und Amortisationsraten in die Landeswährung des Gläubigers nicht gelingen.

Allerdings ist es denkbar, daß ein Land über genügend große Gold- und Devisenreserven verfügt, um daraus seine Auslands-

⁴⁾ Nöll von der Nahmer, Robert, Außenwirtschaft. Eine Einführung, Heidelberg 1959, S. 82.

⁵⁾ Nöll von der Nahmer, a. a. O., S. 105.

verbindlichkeiten zu begleichen. Exportsteigerungen und Importsenkungen werden dann nicht erforderlich. Die Regel dürfte das jedoch vor allem bei nennenswerter Auslandsverschuldung nicht sein. Auch kann sich keine Volkswirtschaft von allen ihren Währungsreserven entblößen, wenn Störungen des laufenden Handels- und Dienstleistungsverkehrs vermieden werden sollen; Gold- und Devisenvorräte sind zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen des Fremdwährungsangebots und der Fremdwährungsnachfrage unentbehrlich. Die eigentliche Bezahlung der Auslandsschulden muß – wirtschaftlich betrachtet – durch die Lieferung von Waren oder durch Dienstleistungen erfolgen. Keine Gläubigernation sollte deshalb von einem Land die Tilgung der Auslandsschulden verlangen und sich gleichzeitig gegen die Einfuhr ausländischer Waren oder die Inanspruchnahme ausländischer Dienstleistungen abzusperren suchen.

2. Die wirtschaftlichen Folgen einseitiger Wertübertragungen

Es taucht immer wieder die Frage auf, wie sich einseitige Wertübertragungen, insbesondere Schuldentrückzahlungen und Reparationsleistungen⁶⁾, auf die Zahlungsbilanz und darüber hinaus auf die gesamte wirtschaftliche Lage der Schuldner- und Gläubigernationen auswirken. Von großer Wichtigkeit ist es vor allem, zu wissen, ob und unter welchen Umständen die Bezahlung derartiger Schulden zu unerwünschten konjunkturellen Begleiterscheinungen führen kann oder, wie sich Forstmann ausdrückt, „ob bzw. in welchem Umfange die monetären Leistungen güterwirtschaftlich effektiert werden können, ohne daß dadurch störende Einflüsse auf die Entwicklung sowohl des zahlungspflichtigen wie des zahlungsberechtigten Landes ausgeübt werden.“⁷⁾

Eine für alle Zeiten und für jede Volkswirtschaft in gleicher Weise gültige Antwort wird man auf diese Fragen kaum finden. Immerhin lassen sich aber eine Reihe allgemeiner Aussagen zu diesem Problemkreis treffen.

Bei frei beweglichen Wechselkursen wird die infolge der Rückzahlungsabsichten der Schuldner erhöhte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln tendenziell zunächst dazu führen, daß sich der

⁶⁾ Schuldentrückzahlungen, Reparationsleistungen und ähnliche Zahlungen werden ebenso wie Schenkungen oder die Gewährung von Auslandskrediten als „einseitige Wertübertragungen“ bezeichnet, weil eine Volkswirtschaft sie „an eine andere Volkswirtschaft leistet, ohne dafür – zumindest gleichzeitig – einen entsprechenden Gegenwert zu erhalten“. Forstmann, Albrecht, Die Grundlagen der Außenwirtschaftstheorie, Berlin 1956, S. 261.

⁷⁾ Forstmann, a. a. O., S. 273.

Wechselkurs der inländischen Währung verschlechtert⁸⁾). Eine Verschlechterung der Wechselkurse aber hat hauptsächlich zwei Folgen. Für das Ausland wird es vorteilhafter als bisher, bei der Schuldnernation zu kaufen, da Waren und Leistungen – in Einheiten ausländischer Währung gerechnet – billiger geworden sind. Die Exporte werden daher, wenn die Auslandsnachfrage nicht völlig starr ist, steigen. Umgekehrt verteuern sich für das Schuldnerland die Importe, denn nach der Wechselkursverschlechterung muß der Importeur für den Kauf einer ausländischen Währungseinheit mehr inländische Zahlungsmittel aufwenden als bisher. Unter normalen Umständen werden die Importe daher abnehmen. Durch das Wachsen der Exporte⁹⁾ einerseits und die Abnahme der Importe andererseits wird meist ein genügend hoher Exportüberschuß hervorgerufen werden, um den Realtransfer der fälligen Zins- und Amortisationsraten zu ermöglichen. Die Rückzahlung von Auslandsanleihen hat also die Tendenz, die Handelsbilanz des rückzahlenden Landes zu aktivieren. Durchsetzen kann sich diese Tendenz allerdings nur, wenn die Auslandsnachfrage nach Inlandsgütern elastisch und umgekehrt die Inlandsnachfrage nach Auslands-
gütern nicht zu starr ist¹⁰⁾).

Eine Wechselkursverschlechterung hat für die Schuldnernation die unangenehme Folge, daß sich die reale Belastung aller der Schuldner erhöht, deren Verpflichtungen auf ausländische Währung lauten. Das kann zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen, denn die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners ist ja letztlich von seiner Aufbringungsfähigkeit abhängig.

Gesamtwirtschaftlich bedeutungsvoll ist vor allem die Tatsache, daß die Aufbringung der Zins- und Tilgungsraten durch die Schuldner bei frei beweglichen Wechselkursen nicht zu einem Rückgang der Gesamtnachfrage im Inland und damit – selbst ohne Intervention der Notenbank – auch nicht zu einem Sinken der Beschäftigung zu führen braucht. An die Stelle der ausfallenden inländischen Nachfrage tritt die erhöhte Auslandsnachfrage. Wie weit der Wechselkurs sinken muß, damit die gestiegene Auslandsnachfrage die fehlende Inlandsnachfrage voll ersetzt, hängt von den Elastizitätsverhältnissen ab¹¹⁾). Fragt das Ausland andere Güter nach als die inländischen Schuldner bisher, so

⁸⁾ Da hier ausschließlich die wirtschaftlichen Auswirkungen einseitiger Wertübertragungen kurz dargestellt werden sollen, sei von der Behandlung gegenläufiger oder verstärkender Tendenzen etwa durch Spekulationen oder neue Kredite abgesehen.

⁹⁾ Daß von der Erhöhung der Importpreise insbesondere durch Verteuerung der Rohstoffe gewisse hemmende Auswirkungen auch auf die Ausdehnung des Exports ausgehen können, sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt.

¹⁰⁾ Näheres über die Bedeutung der Nachfrageelastizität vgl. S. 13 f.

¹¹⁾ Vgl. auch S. 13 f.

wird das zu Produktionsverschiebungen und vorübergehenden Umstellungsschwierigkeiten führen. Durch Nachfrageverschiebungen verursachte Anpassungsvorgänge kommen jedoch in jeder Volkswirtschaft vor. Sie werden eine ernste allgemeine Krise gewöhnlich nur dann hervorrufen, wenn sie plötzlich und in großem Umfange auftreten.

Statt sich mit einer Verschlechterung des Wechselkurses seiner Währung abzufinden, kann ein Land auch versuchen, seine Exporte dadurch zu erhöhen, daß es durch Verringerung der Geldmenge bewußt ein Sinken des inländischen Preisniveaus anstrebt. Dieser Weg ist allerdings besonders infolge der heutigen Lohnstarrheit nach unten sehr viel schwieriger und gefahrvoller als die oben aufgezeigte Möglichkeit. Es kann durchaus sein, daß man mit einer solchen, auf Verminderung der Geldmenge bedachten Geld- und Kreditpolitik statt eines Sinkens der Preise nur erreicht, daß Nachfrage und Beschäftigung allgemein zurückgehen und sich bei gleichbleibenden Güterpreisen dem verringerten Geldvolumen anpassen. Immerhin knüpft dieser Versuch insofern an eine in der Volkswirtschaft vorhandene Tendenz an, als bei starren Wechselkursen ein gewisser Preisdruck bereits von der Aufbringung der zur Schuldentilgung erforderlichen Mittel ausgeht, sofern nicht die Notenbank und die Geschäftsbanken der Kontraktion der Gesamtnachfrage mit kreditpolitischen Mitteln entgegenarbeiten und eine Verringerung des Geldvolumens verhindern. Die ausgefallene Inlandsnachfrage wird ja nicht sogleich durch eine erhöhte Auslandsnachfrage ersetzt. Ein Anstieg der Auslandsnachfrage ist vielmehr erst dann zu erwarten, wenn sich die angestrebte Preissenkung im Inland bereits durchgesetzt hat. Aber auch bei einer solchen restriktiven Notenbankpolitik wächst die Realbelastung des verschuldeten Landes.

Für welche Politik sich ein Land auch entscheiden mag, für ein Abgleiten des Wechselkurses oder für die Senkung des inländischen Preisniveaus, es ist nicht gesagt, daß der Realtransfer von Schuldentilgungen unter allen Umständen gelingen muß. Es sind vielmehr Fälle denkbar, in denen ein Transfer undurchführbar ist oder nur mit unverhältnismäßig hohen Opfern erkaufte werden kann, selbst wenn die Preissenkungsbemühungen erfolgreich waren oder die Wechselkurse gefallen sind. „Wenn man annimmt, daß die geforderten Zahlungen verhältnismäßig hoch sind und daß die Nachfrage nach Exportgütern von A nicht elastisch ist, kann die Transferierung von Zahlungen ernste Schwierigkeiten verursachen. Die Bemühungen, den Transfer durchzuführen, können unerträglich werden, wenn die Elastizität der Nachfrage nach den Erzeugnissen von A gleich eins oder kleiner als eins ist, da die Versuche, die Preise in A zu senken, auch

wenn sie von Erfolg begleitet sind, nicht zu größeren, vielleicht sogar zu kleineren Ausfuhrerlösen führen.“¹²⁾ Ähnliches gilt für die Importe. Ist die Nachfrage nach Importgütern unelastisch, so wird es schwer halten, bei größeren Zahlungsverpflichtungen Exportüberschüsse von der zum Transfer notwendigen Höhe zu erzielen.

Nicht selten ist in der Vergangenheit die Elastizität der Nachfrage nach den Gütern und Leistungen eines Schuldnerlandes dadurch vermindert und der Transfer somit erheblich erschwert worden, daß die Gläubigerländer alles taten, um ihre Wirtschaft vor der verstärkten Auslandskonkurrenz zu schützen und ihre „Handelsbilanz zu verbessern“. Das ist „ein ökonomisch unsinniges Beginnen, eine geradezu sadistische Politik.“¹³⁾ Wenn der Schuldner leisten soll, so muß der Gläubiger auch bereit sein, Leistungen in Empfang zu nehmen. Die Gläubigernation müßte folgerichtig ihre bisherigen Handelshemmnisse mildern und ihre Handels- und Dienstleistungsbilanz passivieren. Zumindest aber dürfte sie die Handelsschranken nicht noch verstärken. Mit jeder Erschwerung der Einfuhr durch das Gläubigerland wächst die Last, die die Schuldner zu tragen haben. „Es spielt dabei gar keine Rolle, ob sich die Einfuhrbeschränkungen gegen alle Länder richten oder vielleicht jenes Land, das die einseitigen Zahlungen zu leisten hat, besser behandelt wird, denn infolge der engen wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen aller Länder wird die Abstattung von Zahlungen in Warenform sehr oft nicht direkt, sondern indirekt im Dreieckshandel erfolgen. . . .“¹⁴⁾ Auch die Erschwerung der Ausfuhr eines Drittlandes in das Gläubigerland muß daher im Endeffekt die Transferfähigkeit der Schuldernation berühren. Die inkonsequente Haltung der USA in der Einfuhrfrage nach dem Ersten Weltkrieg hat ihren Teil zur Weltwirtschaftskrise beigetragen. Die große Gläubigernation erhöhte damals die Zölle und wertete 1933 den Dollar ab. Auf diese Weise zwang sie ihre Schuldner in eine immer stärkere Deflationspolitik hinein.

Gelingt einem Land der Transfer der geschuldeten Zahlungen trotz konsequenter Deflationspolitik nicht, so bleibt ihm keine andere Wahl, als entweder um Zahlungsaufschub zu bitten, oder die Zahlungen eigenmächtig vorübergehend oder für dauernd einzuschränken (Moratorium) oder zu versuchen, durch staatliche Eingriffe in die außenwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere durch künstliche Einfuhrdrosselung im Rahmen der Devisenbewirtschaftung, einen genügend

¹²⁾ Halm, George, N., Geld, Außenhandel und Beschäftigung, 2. wesentlich veränd. Aufl., München 1954, S. 202.

¹³⁾ Haberler, Gottfried, Der internationale Handel, Berlin 1933, S. 70.

¹⁴⁾ Haberler, a. a. O., S. 70.

hohen Exportüberschuß zu erzwingen. Von diesen Maßnahmen haben der befristete Zahlungsaufschub und das zeitlich begrenzte Transfermoratorium nur dann einen Sinn, wenn die Schuldernation damit rechnet, daß sich ihre Devisenlage in absehbarer Zeit wesentlich bessert und die zum Schuldentransfer erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel bald wieder in ausreichender Menge laufend zur Verfügung stehen. Ist das nicht der Fall, so werden durch einen Zahlungsaufschub oder ein Transfermoratorium weitergehende staatliche Eingriffe nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben. Der mit einem Zahlungsaufschub oder einem Transfermoratorium verbundene Vertrauensschwund im Ausland macht es der Schuldernation nicht leichter, zum freien Zahlungsverkehr zurückzufinden. Daß Zahlungsaufschub und befristetes Transfermoratorium oft nur Vorboten von Einfuhrbeschränkungen und dauernder Devisenzwangswirtschaft sind, hat die Weltwirtschaftskrise deutlich gezeigt. Nicht nur Deutschland ist damals zur staatlichen Lenkung der Außenwirtschaft übergegangen, um Angebot und insbesondere Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln völlig in die Hand zu bekommen.

Von ganz besonderer Bedeutung für das Schuldnerland ist die Aufnahmebereitschaft der Gläubigerländer, wenn die Freiheit des internationalen Handels erst einmal beseitigt und an seine Stelle der bilaterale Warenaustausch getreten ist. Von da an besteht ja kaum die Möglichkeit, die zur Schuldentilgung erforderlichen Devisen in Drittländern zu verdienen.

Der Transfer wird umgekehrt um so mehr erleichtert, je aufnahmewilliger das Ausland für die Waren des Schuldnerlandes ist. Theoretisch könnten sogar alle Zahlungen abgewickelt werden, ohne daß sich die Wechselkurse oder die Preise im Schuldner- oder im Gläubigerland zu ändern brauchten. Dieser Fall träte dann ein, wenn alle durch die gutgeschriebenen Zins- und Tilgungsbeträge kaufkräftig gemachten ausländischen Zahlungsempfänger im Schuldnerland einkauften und genau die gleichen Güter nachfragten, auf die die inländischen Schuldner verzichten müssen, weil ihr verfügbares Einkommen durch die Rückzahlung der Schuld geschmälert ist¹⁵⁾. Undenkbar ist eine solche Situation nicht. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit wird sie allerdings in voller Reinheit nie vorkommen, selbst bei streng bilateralem Handel nicht. Auch wenn nämlich die Gläubiger nur im Heimatstaat der Schuldner kauften, so würden sie doch wahrscheinlich andere Bedürfnisse zu befriedigen suchen als jene zuvor. Die Nachfrage der Gläubiger würde sich mit anderen Worten nicht einfach mit der im Inland ausgefallenen Nachfrage der Schuldner

¹⁵⁾ Vgl. Haberler, a. a. O., S. 63.

decken. Es käme daher voraussichtlich zu Preis- und Produktionsverschiebungen im Schuldnerland.

Aus diesen kurzen Ausführungen geht hervor, daß generelle Aussagen über das Transferproblem, die für alle Länder und für alle Zeiten gültig sind, nicht gemacht werden können. Ob der Transfer einseitiger Zahlungen gelingt und mit welchen Opfern er erkaufte werden muß, hängt von den Verhältnissen des einzelnen Falles und besonders von dem Verhalten der Gläubignationen ab. Im Grunde dürften jedoch die auftretenden Schwierigkeiten meist nicht unüberwindlich sein, „denn es kann gezeigt werden, daß die Nachfrage nach den Exportgütern des zahlenden Landes in einem multilateralen Zahlungssystem aller Wahrscheinlichkeit nach ziemlich elastisch ist“¹⁶⁾. Halm nennt hauptsächlich 4 Elastizitätsfaktoren. Erstens sei die Ausfuhr eines Landes, verglichen mit dem Weltmarkt, meist von untergeordneter Bedeutung. Zweitens steige die Kaufkraft im Gläubigerlande, daher könnten die Einfuhren dort gesteigert werden, ohne daß die Industrie unter dem Konkurrenzdruck der Exporteure des Schuldnerlandes zu leiden habe und nach Zollschatz oder Importrestriktionen verlange. Drittens brauche ja nicht gerade oder wenigstens nicht nur der Export der bisher schon exportierten Güter und Leistungen erhöht zu werden. Auch andere Güter und Leistungen könnten helfen, den notwendigen Exportüberschuß zu erzielen und dazu beitragen, daß es nicht zu einem Überangebot an einzelnen Artikeln kommt. Schließlich trügen auch die Veränderungen im Lebensstandard der Bevölkerung des zahlenden und des empfangenden Landes dazu bei, daß der Import der Gläubignation steige, der der Schuldnernation aber sinke. „Es scheint daher, daß der Transfer einseitiger Zahlungen von der Art der Reparationen nicht auf besondere Schwierigkeiten stößt, vorausgesetzt, daß die Zahlungen keinen zu großen Umfang annehmen und daß im zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr ein gut funktionierendes multilaterales System besteht“¹⁷⁾.

Als weitere Voraussetzung sollte hinzugefügt werden, daß die Empfangsländer eine konsequente Gläubigerpolitik treiben müssen und sich nicht grundsätzlich gegen eine Passivierung ihrer Handels- und Dienstleistungsbilanz sträuben dürfen. Natürlich bleibt ihnen die Möglichkeit, in gleichem Umfange, wie sie selbst Zahlungen empfangen, Kredite an andere Länder zu gewähren. Ein neuer Schuldner tritt dann an die Stelle des früheren Schuldners. Solange der Neuschuldner nicht im gleichen Lande wohnt, ändert sich an der gesamten

¹⁶⁾ Halm, a. a. O., S. 203.

¹⁷⁾ Halm, a. a. O., S. 203.

bisher geschilderten Situation nichts Entscheidendes. Der internationale Warenstrom wird umgeleitet. Wohnt der Neuschuldner jedoch im gleichen Lande wie der Altschuldner, so ist es klar, daß ein Realtransfer nicht stattfindet und die Höhe der Auslandsverschuldung einer Volkswirtschaft nicht abnimmt.

Kapitel II

Die Entstehung der deutschen Auslandsschulden

1. Die politischen Auslandsschulden des Ersten Weltkrieges und ihre Privatisierung

Am 28. Juni 1919 wurde der Versailler Friedensvertrag unterzeichnet. In Artikel 232 dieses Vertrages verpflichtete sich das Deutsche Reich zur Wiedergutmachung der alliierten Kriegsschäden¹⁸⁾. Die Höhe der von Deutschland zu entrichtenden Reparationen sollte von einem sogenannten „Wiedergutmachungsausschuß“ festgesetzt werden¹⁹⁾.

Der Ratifikation des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920²⁰⁾ folgten eine Reihe alliierter Konferenzen, die ergebnislos verliefen und in ihrer Gesamtheit lediglich zeigten, wie schwierig die Lösung des Reparationsproblems war²¹⁾. Den Politikern fehlte die notwendige wirtschaftliche Einsicht, ihre Forderungen gegenüber Deutschland in sinnvollen Grenzen zu halten. So mußten letzten Endes alle Lösungsversuche am „Widerspruch zwischen der Schrankenlosigkeit der Ziele und der erreichbaren Wirklichkeit“²²⁾ scheitern.

Auf der ersten Londoner Konferenz, die vom 1. bis 7. März 1921 dauerte, lehnte die deutsche Delegation die sogenannten „Pariser Beschlüsse“ ab, in denen eine Reparationszahlung von 226 Mrd Goldmark gefordert worden war. Die Franzosen besetzten daraufhin Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Am 4. Mai 1921 stellten die Alliierten dem Deutschen Reich ein Ultimatum. Sie verlangten die Anerkennung einer Reichsschuld in Höhe von 132 Mrd Goldmark, zahlbar in

¹⁸⁾ Vgl. Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919, RGBl., S. 687.

¹⁹⁾ Vgl. ebenda, Art. 233, S. 987.

²⁰⁾ Vgl. Bekanntmachung, betreffend die Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung von Ratifikationsurkunden zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 11. Januar 1920, RGBl., S. 31.

²¹⁾ Vgl. Keynes, John Maynard, Revision des Friedensvertrages, München und Leipzig 1922, S. 15 ff.

²²⁾ Gutmann, Franz, Reparationen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Band, Jena 1926, S. 45.

Jahresraten von je 2 Mrd Goldmark. Darüber hinaus sollte sich Deutschland zu einer jährlichen Abgabe in Höhe von 26% des Wertes der deutschen Ausfuhr bereit erklären²³⁾). Dieses Ultimatum wurde von der Regierung Wirth innerhalb der festgesetzten Frist von sechs Tagen angenommen.

Die kriegsgeschwächte deutsche Volkswirtschaft war nicht imstande, diese Reparationslasten aus eigener Kraft aufzubringen und genügend Devisen aus Exportüberschüssen und internationalen Dienstleistungen zu verdienen. Um sich die erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel zu verschaffen, verkaufte die Reichsregierung Markbeträge zu jedem beliebigen Kurs auf den ausländischen Devisenmärkten. Die ständig höher werdenden Beträge beschaffte sie sich durch Inanspruchnahme der Notenbank. Die zwangsläufige Folge dieser Politik war ein ständiges Sinken des Wechselkurses der Mark und ihre inflationistische Entwertung im Innern. Während der gesamten Inflationsperiode lagen die deutschen Wechselkurse ständig unter der Kaufkraftparität und ermöglichten es somit dem Ausland, Waren aus Deutschland billig einzuführen. Da von dieser Möglichkeit auch in hohem Maße Gebrauch gemacht wurde, stieg die deutsche Ausfuhr in dieser Zeit stark an. Die Erlöse waren aber trotzdem nicht einmal groß genug, um damit die Einfuhren bezahlen oder gar die Reparationssummen transferieren zu können. Die Devisenlücke füllten ausländische Geldanleger, die wegen des stark gesunkenen RM-Kurses Aktien und Häuser „um ein Butterbrot“ erwerben konnten²⁴⁾.

Als im November 1923 die deutsche Inflation mit der Schaffung der Rentenmark²⁵⁾ beendet wurde, waren sich auch die Alliierten darüber im klaren, daß eine dauerhafte Gesundung der deutschen Währung nur durch eine Anpassung der Reparationsverpflichtungen an die deutsche Leistungsfähigkeit zu erreichen war. Zur Wahrung ihrer Interessen sahen sie sich daher veranlaßt, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der unter dem Vorsitz des Amerikaners Dawes am 14. Januar 1924 in Paris erstmalig zusammentrat.

Dieser Ausschuß arbeitete einen umfassenden Plan zur Regelung der Reparationsfrage aus. Der Plan bildete die Grundlage des Londoner Reparationsabkommens vom 1. August 1924 und ist später allgemein unter dem Namen „Dawes-Plan“ bekannt geworden. Das Abkommen, das am 30. August 1924 Gesetzeskraft erlangte²⁶⁾, sah vor,

²³⁾ Vgl. Keynes, a. a. O., S. 228.

²⁴⁾ Schacht, Hjalmar, Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931, S. 25.

²⁵⁾ Vgl. Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923, RGBl. I, S. 943; und Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923, RGBl. I, S. 963.

²⁶⁾ Vgl. Gesetz über die Londoner Konferenz vom 30. August 1924, RGBl. II, S. 289.

daß Deutschland nach vier Übergangsjahren, innerhalb derer Reparationszahlungen von insgesamt 5,4 Mrd Goldmark zu leisten waren, eine Annuität von 2,5 Mrd Goldmark entrichten sollte. Dazu konnten gegebenenfalls noch beträchtliche Erhöhungen gemäß einem Wohlstandsindex treten, so daß die Jahreszahlung nach dem Dawes-Plan ab 1930 rund 3 Mrd Goldmark betragen hätte. Um die Durchführung des Abkommens zu erleichtern, erhielt das Deutsche Reich sofort nach seinem Inkrafttreten eine Auslandsanleihe, die sogenannte „Dawes-Anleihe“, die 801 013 284 Goldmark einbrachte²⁷⁾.

Durch den Abschluß des Dawes-Abkommens wurde vor dem nun wieder als kreditwürdig geltenden Deutschland das Tor zum ausländischen Kapitalmarkt aufgestoßen. Im Jahre 1924 strömten zunächst kurzfristige Kredite nach Deutschland, die dem Ankauf von Gütern zur Auffüllung der Warenlager dienten. Ab 1925 entfaltete sich dann eine rege Nachfrage nach langfristigen Mitteln, die sowohl von Städten, Ländern und Kirchen als auch von öffentlichen, gemischt-wirtschaftlichen und privaten Unternehmungen ausging. Während die Städte diese Mittel zur Finanzierung teilweise recht gewagter Projekte, wie Stadien, Messehallen usw., verwandten, dienten sie der Wirtschaft zum Wiederaufbau, zur Rationalisierung und zur Expansion.

Der Strom der Auslandsanleihen und Kredite, welcher der deutschen Volkswirtschaft in den zwanziger Jahren zufließte, war gewaltig²⁸⁾. Er bildete eine fast unerschöpflich scheinende Devisenquelle und ermöglichte es, „daß bis 1931 rund 10,3 Milliarden Reichsmark Reparationen in ausländischen Währungen transferiert werden konnten. Die ausländischen Finanzminister der Gläubigerländer empfangen also Zahlungen in ihren jeweiligen nationalen Währungen aus den Einzahlungen ihrer Landsleute, die deutsche Anleihen der Industrie, der Länder und Kommunen übernahmen. Man kann es auch so ausdrücken: Die Reparationszahlungen blieben in der Schwebe und wurden privatisiert. Das Deutsche Reich hatte seine Verpflichtungen erfüllt. Dafür aber hatten Privatschuldner ihren ausländischen Gläubigern gegenüber Rückzahlungsverpflichtungen auf die gewährten Anleihen übernommen.“²⁹⁾ Das äußerlich gute Funktionieren des Dawes-Plans hat also nur bewiesen, daß man alte Fremdwährungsschulden ohne weiteres bezahlen kann, wenn man im gegebenen Augenblick neue ausländische Gläubiger findet.

Die Abzahlung der Reparationsschulden durch solch unechten Transfer rief eine so schnell wachsende Verschuldung Deutschlands

²⁷⁾ Vgl. Pfitzner, Johannes, Deutschlands Auslandsanleihen, Berlin 1928, S. 16 f.

²⁸⁾ Vgl. hierzu Anhang 1, S. 147.

²⁹⁾ Nöll von der Nahmer, Robert, Vom Werden des neuen Zeitalters, Heidelberg 1957, S. 259.

gegenüber privaten ausländischen Gläubigern hervor, daß gewisse amerikanische Kreise schließlich eine Revision des Dawes-Planes ins Auge faßten. Am 11. Februar 1929 trat unter der Leitung von Owen Young in Paris ein Sachverständigenausschuß zusammen, der in schwierigen Verhandlungen den sogenannten „Young-Plan“ ausarbeitete. Dieser Plan erhielt auf den beiden Haager Konferenzen im August 1929 und im Januar 1930 seine endgültige Fassung und wurde am 12. März 1930 als Haager Abkommen zum Gesetz erhoben. Er trat rückwirkend vom 1. September 1929 in Kraft³⁰⁾. Mit ihm verbunden waren das deutsch-belgische Markabkommen vom 13. Juli 1929³¹⁾ und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen³²⁾, das der Regelung der rückständigen Besatzungskosten und der amerikanischen Eigentumsansprüche diente.

Wenn auch der Young-Plan in seinem Gesamtergebnis weit hinter den deutschen Erwartungen zurückblieb, so brachte er doch eine Reihe wesentlicher Erleichterungen. Die Reparationsannuitäten wurden für die Jahre 1930–1938 im voraus genau festgelegt. Die Möglichkeit einer Erhöhung nach dem Wohlstandsindex entfiel. Die Annuitäten sollten zunächst ansteigen, später langsam absinken und bis zum Jahre 1988 endgültig auslaufen. Einschließlich der Nebenleistungen, wie Bedienung der Dawes-Anleihe, sollten sie in keinem Jahr die Höhe der Dawes-Rate (2,5 Mrd Goldmark) erreichen³³⁾.

Das Kernstück des Young-Planes lag in der Aufspaltung der Annuitäten in einen transfergeschützten und einen nicht transfergeschützten Teilbetrag. Der nicht geschützte Betrag wurde auf 660 Mio Reichsmark jährlich festgesetzt. Er sollte unabhängig von der Wirtschaftslage Deutschlands in gleichbleibenden Monatsraten entrichtet werden. Dieser Teil der Annuitäten konnte auf Antrag der Gläubigerregierungen in Anleihen umgewandelt und von den Empfängerstaaten etappenweise auf den Markt gebracht werden, wenn sie sich vorzeitig Geld verschaffen wollten. Als Mobilisierungsinstitut war die neu gegründete „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel vorgesehen. Für den transfergeschützten Teil konnte die Reichsregierung den Transfer für zwei Jahre ganz oder teilweise aufschieben.

Die Verhandlungen über eine solche Anleihe begannen alsbald nach Inkrafttreten des Young-Planes. Obwohl sich die Großbanken der

³⁰⁾ Vgl. Gesetz über die Haager Konferenz vom 13. März 1930, RGBl. II, S. 45.

³¹⁾ Vgl. Abkommen zwischen Deutschland und Belgien vom 13. Juli 1929, RGBl. 1930 II, S. 342.

³²⁾ Vgl. Gesetz über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen vom 13. März 1930, RGBl. II, S. 385.

³³⁾ Vgl. Gesetz über die Haager Konferenz vom 13. März 1930, Fünfter Teil: Sachverständigenplan; a. a. O., S. 434.

beteiligten Länder schon seit Anfang 1930 für die Übernahme der Young-Anleihe bereitgehalten hatten, verursachte ihre Unterbringung erhebliche Schwierigkeiten, weil über die Ausgabe- und Zinsbedingungen lange keine Einigkeit erzielt werden konnte³⁴⁾.

Die zur Ausgabe bestimmten 352 Mio Dollar ergaben einen Nettobetrag von 300 Mio Dollar. Die Anleihe wurde zum Kurse von 90 begeben; nur in Frankreich betrug der Emissionskurs wegen der Befreiung von der Wertpapiersteuer 98 $\frac{0}{100}$ ³⁵⁾. Von den Anleiheerlösen zogen die amerikanischen Emissionsbanken 4 $\frac{0}{100}$, die europäischen 3 $\frac{0}{100}$ Vergütung ab. Durch die Young-Anleihe haben sich die Gläubigermächte Mittel im Gegenwert von 820 Mio RM beschafft.

Nachdem Anfang 1929 die Auslandskapitaleinfuhr vorübergehend stark zurückgegangen war, weil die Spannungen auf der Pariser Sachverständigenkonferenz Kreditverweigerungen und Kreditkündigungen zur Folge hatten, kam es von Mai 1929 bis Dezember 1930 noch einmal zu einem stärkeren Kapitalimport, diesmal jedoch fast ausschließlich in Form von kurz- und mittelfristigen Krediten. Während in dieser Periode für die Länder und Gemeinden die Quote der ausländischen Kreditversorgung dauernd sank, erhöhte das Reich, das bis Ende 1929 die Auslandsmärkte fast ganz gemieden hatte, 1930 den Anteil der ausländischen Verschuldung sprunghaft von 8,4 $\frac{0}{100}$ auf 41,8 $\frac{0}{100}$ ³⁶⁾.

Die in dieser Zeit aufgenommene Kreuger-Anleihe, der Lee Higginson-Kredit und andere kurzfristige Kredite dienten in der Hauptsache zur Überbrückung von Kassenkrisen des Reiches. Die Gnade oder Ungnade der Auslandskredite hing wie das Schwert des Damokles über der deutschen Währungspolitik³⁷⁾.

Ende 1930 fand die Aufnahme deutscher Auslandsanleihen ihr Ende. Wohl wurden im Jahre 1931 noch Anleihen im Werte von 346 Mio RM aufgelegt, aber allein 315 Mio RM entfielen davon auf die zweite Tranche der Kreuger-Anleihe, deren Auflegung und Unterbringung bereits 1930 gesichert worden war³⁸⁾.

³⁴⁾ Vgl. Morgan und die deutschen Anleihen, in: Die Bank, 1. Halbjahr 1930, S. 146.

³⁵⁾ Vgl. Young-Anleihe, in: Die Bank, I. Halbjahr 1930, S. 942.

³⁶⁾ Vgl. Elsler, Helmut, Währung und Außenhandel. Eine Studie der deutschen Devisenbewirtschaftung, (wirtsch. und sozialwiss.) Diss. Köln 1939, Köln 1939, S. 17 f.

³⁷⁾ Vgl. Schacht, a. a. O., S. 143.

³⁸⁾ Vgl. Elsler, a. a. O., S. 18.

2. Die Auslandsschulden in der Weltwirtschaftskrise

Die ersten Wellen der Weltwirtschaftskrise hatten den deutschen Auslandskredit nicht nachhaltig zu erschüttern vermocht, ungeachtet der Tatsache, daß es etwa während der Young-Plan-Konferenz 1929 schon vorübergehend zu größeren Abzügen von Auslandsgeldern gekommen war. Als jedoch am 11. Mai 1931 die Österreichische Creditanstalt zusammenbrach, sahen sich die ausländischen Gläubiger veranlaßt, ihre Kredite so schnell wie möglich aus den mitteleuropäischen Schuldnerländern zurückzuziehen. Von dieser Maßnahme wurde Deutschland am stärksten betroffen.

Die ersten erheblichen Abrufe kurzfristiger Kredite setzten im Mai ein; gleichzeitig brach der deutsche Kapitalimport vollständig ab. Dank vorsichtiger Liquiditätspolitik waren die deutschen Banken zunächst im Mai noch in der Lage, aus ihren flüssigen Auslandsguthaben die gekündigten Auslandsgelder zurückzuzahlen. Im Juni mußten sie dann aber auf die Reichsbank zurückfallen, deren Gold- und Devisenbestand von 2,577 Mrd RM Ende Mai bis auf 1,610 Mrd RM Ende Juli 1931 absank.

Nachdem am 13. Juli 1931 die deutschen Banken ihre Schalter geschlossen und der weitere Abzug von Auslandsgeldern zwar nicht völlig gestoppt, aber doch stark eingeschränkt war, ergab sich nach Feststellungen des Statistischen Reichsamtes³⁹⁾ und des Beneduce-Ausschusses⁴⁰⁾ nach dem Stichtag vom 30. November 1931 folgender Stand der Auslandsverbindlichkeiten⁴¹⁾:

1. langfristige Schulden ⁴²⁾	10,274 Mrd RM
2. kurzfristige Schulden ⁴²⁾	10,301 Mrd RM
3. nicht öffentlich aufgelegte langfristige Schulden	2,463 Mrd RM
4. im Besitz von Ausländern befindliche inner-deutsche Schuldverschreibungen	etwa 0,400 Mrd RM
5. Grundbesitz von Ausländern	etwa 2,000 Mrd RM
6. Ausländern gehörende Aktien und sonstige Beteiligungen an deutschen Unternehmungen	etwa 3,500 Mrd RM.

³⁹⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, Berlin 1932, S. 528.

⁴⁰⁾ Vgl. Der Basler Reparationsbericht. Das Gutachten des Beneduce-Ausschusses, Frankfurt/Main 1932, S. 38 ff.

⁴¹⁾ Die ausländische Valuta ist nach dem Tageskurs vom 30. November 1931 in RM umgerechnet.

⁴²⁾ Bezüglich der Aufschlüsselung der Kredite vgl. die Tabelle im Anhang 1, S. 147.

Diesen 29 Mrd RM Auslandsschulden standen aber auch erhebliche deutsche Auslandsguthaben, wenn auch nicht in liquider Form gegenüber. Nach den Angaben des Beneduce-Ausschusses, der sich auf die Schätzungen der amtlichen Statistik stützt, betrugen die deutschen Auslandsguthaben am gleichen Stichtag rund 8,1 Mrd RM⁴³⁾.

Von dieser Gesamtsumme entfielen auf:

1. langfristige deutsche Anlagen im Ausland etwa 5,000 Mrd RM
2. Guthaben aus Warenlieferungen etwa 2,400 Mrd RM
3. Guthaben deutscher Banken und der Reichsbank unter Berücksichtigung des auf sie entfallenden Anteils der Warenforderungen etwa 0,700 Mrd RM⁴⁴⁾

Bringt man die Auslandsguthaben von den Auslandsschulden in Abzug, so ergibt sich nach den umfangreichen Rückzahlungen bis zum 13. Juli immer noch ein Passivsaldo von rund 20,9 Mrd RM. Das war ungefähr der gleiche Betrag, den die Vereinigten Staaten von Amerika im Verlauf von etwa 40 Jahren aufgenommen hatten. Und diese 20,9 Mrd RM mußten durchschnittlich noch mit 6-7 % verzinst werden⁴⁵⁾.

Nach dem Ausbruch der Kreditkrise konnte eine Besserung der Situation nur noch durch außergewöhnliche Maßnahmen herbeigeführt werden. Den entscheidenden Schritt hierzu unternahm der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover; er schlug am 21. Juni 1931 vor, den Schuldendienst für alle politischen Schulden für die Dauer eines Jahres auszusetzen. Unter die politischen Schulden fielen auch die Annuitäten des Young-Planes, die daher nur vom 1. Mai 1930 bis zum 30. Juni 1931 gezahlt worden sind.

Am 13. Juli 1931 trat in Deutschland die lang befürchtete Katastrophe ein. Die Darmstädter- und Nationalbank mußte ihre Schalter schließen, da sie den Angstabhebungen ihrer in- und ausländischen Kunden nicht mehr gewachsen war und starke Verluste durch insolvente Schuldner erlitten hatte.

Um andere Institute vor dem gleichen Schicksal zu bewahren, wurde die Reichsregierung durch die Notverordnung vom 13. Juli 1931⁴⁶⁾ ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Die Banken blieben für

⁴³⁾ Vgl. Der Basler Reparationsbericht, a. a. O., Anlage III, S. 43 ff.

⁴⁴⁾ Ohne Berücksichtigung des auf die Banken und die Reichsbank entfallenden Anteils der Warenforderungen erhöht sich dieser Betrag um 300 Mio RM.

⁴⁵⁾ Vgl. Fischer, Rolf, Probleme der deutschen Auslandsverschuldung, Frankfurt am Main 1935, S. 40.

⁴⁶⁾ Vgl. Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931, RGBl. I, S. 361.

drei Tage geschlossen, und bis zum 18. Juli 1931 galt ein allgemeines Schuldenmoratorium.

In der Folgezeit gelang es zwar, durch Kreditrestriktionen wieder eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse herbeizuführen, aber die Freizügigkeit des Kapitals blieb auf das Inland beschränkt. Die langgeübte Methode, Zahlungsverpflichtungen und Zahlungsfähigkeit durch Aufnahme neuer Auslandskredite einander anzupassen, funktionierte nicht mehr. Der Ausgleich mußte daher auf andere Weise geschaffen werden. Man entschied sich für Einführung der Devisenbewirtschaftung.

Theoretisch hätte auch die Möglichkeit bestanden, die Reichsmark erheblich abzuwerten und zu versuchen, auf diese Weise die deutsche Ausfuhr anzuregen und die zur Erfüllung der Auslandsverbindlichkeiten erforderlichen Devisen aus Exportüberschüssen zu verdienen. England ist damals diesen Weg gegangen. Wenn man sich in Deutschland nicht dazu entschlossen hat, so wohl hauptsächlich aus zwei Gründen. Nach einer Devaluation müssen wesentlich größere Warenmengen als bisher exportiert werden, um auch nur das bisherige Devisenaufkommen zu erzielen; eine Zunahme des Devisenangebots ist nur unter günstigen Voraussetzungen zu erwarten⁴⁷⁾. Als so günstig aber konnten die Chancen, bei den sinkenden Weltmarktpreisen durch eine Devaluation den Export um mehrere Milliarden RM zu erhöhen, nicht erscheinen. Es kam zweitens erschwerend hinzu, daß die deutschen Auslandsschulden überwiegend auf fremde Währung lauteten. Durch eine Abwertung hätte man die deutschen Schuldner gezwungen, in Zukunft für den Schuldendienst entsprechend höhere Beträge in RM aufzubringen⁴⁸⁾. Für viele Unternehmen hätte das Konkursgefahr bedeutet. England war bei der Devaluation zunutze gekommen, daß seine Auslandsschulden 1931 weitgehend auf englische Pfund lauteten. Trotz Abwertung zahlte daher der englische Schuldner weiterhin den gleichen Betrag in Pfunden an seine Gläubiger. Verluste erlitten hier die Gläubiger, wenn sie ihre Pfundguthaben in ihre nicht abgewerteten Heimatwährungen umtauschen wollten⁴⁹⁾.

Eingeführt wurde die Devisenbewirtschaftung in Deutschland durch die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (ZMVO) vom 15. Juli 1931⁵⁰⁾. Damit war der Devisenverkehr

⁴⁷⁾ Vgl. Nöll von der Nahmer, Robert, Geld und Kredit, in: Die Verwaltung. Schriftenfolge zur staatswissenschaftlichen Fortbildung der Beamten und Behördenangestellten, Heft 55, Braunschweig 1955, S. 42.

⁴⁸⁾ Vgl. ebenda, S. 42.

⁴⁹⁾ Vgl. ebenda, S. 42.

⁵⁰⁾ Vgl. RGBl. I, S. 366.

monopolisiert und in die Hände der Reichsbank und der Devisenbanken gelegt. Die Kapitalfluchtverordnung vom 18. Juli 1931⁵¹⁾ schloß die Grenze für den privaten Kapitalverkehr. Diese Maßnahmen erwiesen sich als unzureichend. Allein die Bartransferierung der kurzfristigen und die Verzinsung und Amortisation der mittel- und langfristigen Auslandsschulden stellten so hohe Anforderungen an das schwache Devisenpolster der Reichsbank, daß der Tag der Zahlungsunfähigkeit gegenüber den Auslandsgläubigern vorauszusehen war. Um das zu verhindern, versuchte man, ohne offiziell ein Schuldenmoratorium zu verkünden und damit die Zukunftsaussichten für neue Kredite zu verschlechtern, möglichst große Teile der kurzfristigen ausländischen Kredite durch Abkommen mit den Gläubigern in langfristige Kredite umzuwandeln. Nach schwierigen Verhandlungen wurde in Form der vertraglichen Stillhaltung eine Zwischenlösung gefunden und ein entsprechendes Abkommen am 18. August 1931 in Basel unterzeichnet. Das Abkommen trat am 17. September 1931 in Kraft⁵²⁾.

Das Stillhalteabkommen betraf die kurzfristigen Kreditlinien, die ausländische Banken inländischen Banken und Unternehmen eingeräumt hatten, soweit diese Kreditlinien in der Zeit vom 21. Juli bis 8. Oktober 1931 bestanden und die einzelnen ausländischen Gläubiger durch Beitritt die Rechtskraft der vereinbarten Normen für ihre Forderungen anerkannten⁵³⁾. Das Abkommen erstreckte sich auf Schulden im Gegenwert von etwa 6 Mrd RM⁵⁴⁾.

Die Gläubiger verpflichteten sich in dem Abkommen, 6 Monate auf die Rückzahlung ihrer Kredite zu verzichten bzw. für zurückgezahlte Kredite neue zu gewähren. Die Reichsbank verpflichtete sich dagegen, die für die Zinszahlungen erforderlichen Devisen pünktlich zur Verfügung zu stellen⁵⁵⁾. Außerdem erhielten die Gläubiger erhebliche zusätzliche Sicherheiten. Auch wurde vereinbart, daß die Stillhalteteilgläubiger bezüglich der Rückzahlung ihrer Forderungen und bezüglich der Gewährung von Sicherheiten nicht schlechter gestellt werden durften als die Nichtstillhalteteilgläubiger.

⁵¹⁾ Vgl. Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931, RGBl. I, S. 373.

⁵²⁾ Vgl. Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Stillhalteabkommens vom 18. September 1931, RGBl. I, S. 509.

⁵³⁾ Vgl. Elsler, a. a. O., S. 50.

⁵⁴⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, Frankfurt a. M. 1955, S. 109.

⁵⁵⁾ Vgl. Welcker, Claus, Die deutschen Auslandsschulden seit dem ersten Weltkrieg im Lichte der Transfertheorie, (wirtsch.- u. sozialwiss.) Diss. Köln 1954, Maschinenschrift, S. 39 f.

Die Reichsmarkguthaben der Ausländer fielen nicht unter das Stillhalteabkommen. Sie sollten vielmehr, sobald die Gläubiger mit ihren Valutaforderungen dem Stillhalteabkommen beigetreten waren, stufenweise transferiert werden.

Durch das Stillhalteabkommen wurde ein erneuter Run der Auslandsgläubiger verhindert. Dieses befristete private Aufbringungs- und Übertragungsmoratorium ersparte damit ein offizielles deutsches Moratorium, das im Falle des Abzugs der kurzfristigen Auslandskredite unumgänglich gewesen wäre.

Trotz des Hoover-Feierjahres beantragte Deutschland noch 1931 bezüglich seiner politischen Schulden die Einberufung des beratenden Sonderausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zur Prüfung der Lage. Dieser Ausschuß trat im Dezember 1931 zusammen und legte kurz vor Weihnachten den bereits erwähnten „Beneduce-Bericht“⁵⁶⁾ vor, den Ronde als den „Grabgesang der Reparationen“⁵⁷⁾ bezeichnet. Dieser Bericht stellte die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands fest und diente der im folgenden Sommer in Lausanne tagenden Reparationskonferenz als Grundlage für ihre Beratungen.

Das Ergebnis dieser Konferenz war das am 9. Juli 1932 abgeschlossene Abkommen von Lausanne, das man wohl als letzte Etappe der so wechselvollen Geschichte der Reparationen betrachten kann. Auf Grund dieses Abkommens sollte Deutschland bei der BIZ Schuldverschreibungen im Werte von 3 Mrd RM hinterlegen, die frühestens nach 3, spätestens nach 15 Jahren mobilisiert werden sollten, jedoch nur dann, wenn ein günstiger Ausgabekurs die Zahlungsfähigkeit Deutschlands anzeigen sollte. Dazu ist es nicht gekommen, weil das Lausanner Abkommen niemals ratifiziert worden ist. Man möchte annehmen, daß die Politiker aus der weltgeschichtlichen Entwicklung seit den zwanziger Jahren soviel gelernt haben, daß es nicht noch einmal zu einem Aufleben der Reparationsforderungen aus dem Ersten Weltkrieg kommt. Die Alliierten haben allerdings auf diese Forderungen noch nicht endgültig verzichtet, zwar vielleicht nur, um der Sowjetunion nicht eine „carte blanche“ für grenzenlose Reparationsforderungen bei späteren Friedensverhandlungen zu geben⁵⁸⁾, aber das muß die Zukunft zeigen. Jedenfalls heißt es in Artikel 5 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953: „Eine Prüfung der aus dem ersten Weltkriege herrührenden Regierungsforderungen gegen Deutschland wird bis zu einer endgültigen allgemeinen Rege-

⁵⁶⁾ Vgl. S. 23.

⁵⁷⁾ Vgl. Ronde, Hans, Von Versailles bis Lausanne, Stuttgart 1950, S. 166.

⁵⁸⁾ Vgl. Die Schuldentrückzahlungen beginnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 51, vom 2. März 1953.

lung dieser Angelegenheit zurückgestellt⁵⁹⁾). In vertraglich fester Form übrig geblieben sind von der politischen deutschen Verschuldung bis heute die noch offenen Beträge der Dawes- und der Young-Anleihe, von denen die letztere eine reine Reparationslast darstellt, während die Dawes-Anleihe auch der Stabilisierung der Währung diene.

Nachdem – wie bereits erwähnt – der Beneduce-Ausschuß schon im Dezember 1931 die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt hatte, verschlechterte sich Anfang 1932 die Devisenlage der Reichsbank noch weiter. Es zeigte sich immer deutlicher, daß der nach Ablauf der Stillhaltefrist zur Rückzahlung der kurzfristigen Kredite erforderliche Devisenbetrag nicht zur Verfügung stehen würde. Die ungünstige Entwicklung der Devisenlage war zum Teil durch den starken Preisverfall auf dem Weltmarkt verursacht. Die steigende Reallast der aufgenommenen Kredite konnte selbst durch die Valutaabwertungen des Auslandes nicht kompensiert werden. Darüber hinaus beruhte der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz von 1931⁶⁰⁾ zum größten Teil auf den damals günstigen Terms of Trade. Der bescheidene Devisenbestand der Reichsbank schmolz rasch dahin, als im Spätjahr 1932 – nachdem der Preisverfall auf den Weltmärkten praktisch seinen Abschluß gefunden hatte – die Aufwendungen für Importe wieder anstiegen.

An eine Konsolidierung der kurzfristigen Kredite durch Aufnahme einer Anleihe war nicht zu denken, denn der Kurs der 7 %igen Dawes-Anleihe und der 5½ %igen Young-Anleihe, die beide für die Bewertung des deutschen Kredits in der Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren, notierten Anfang 1932 in New York mit etwa 60 % und 36 %⁶¹⁾ – Deutschland hatte keinen Kredit mehr.

Aus diesem Grunde mußte für die Stillhaltung eine längerfristige Regelung gesucht werden, die nach schwierigen Verhandlungen im Deutschen Kreditabkommen von 1932 auch gefunden wurde⁶²⁾.

Durch das Kreditabkommen sollte die starre Form der Stillhaltung, die alle ausländischen Kurzkredite immobilisierte, so ergänzt werden, daß einerseits der deutsche Schuldner die Möglichkeit hatte, sich durch Rückzahlung von seinen Verpflichtungen zu befreien, und andererseits

⁵⁹⁾ Artikel 5, Abs. 1 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 340.

⁶⁰⁾ Der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz im Jahre 1931 betrug 2,782 Mrd RM. Vgl. hierzu Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, a. a. O., S. 531.

⁶¹⁾ Vgl. Elsler, a. a. O., S. 52.

⁶²⁾ Vgl. Deutsches Kreditabkommen von 1932, veröffentlicht in: Deutscher Reichsanzeiger 1932, Nr. 41; Verordnung des Reichspräsidenten über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 27. Februar 1932, RGBl. I S. 85; Durchführungsverordnungen über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 27. Februar, 17. Mai und 3. November 1932, RGBl. I, S. 86, 229, 524,

der ausländische Kreditor für seine Forderungen eine größere Beweglichkeit erhielt. Eine gewisse Lockerung des Stillhaltezwanges wurde dadurch erreicht, daß ungesicherte Barvorschüsse von da an mit Zustimmung der Reichsbank in langfristige Formen umgewandelt werden konnten, die allerdings mindestens 5 Jahre gesperrt waren⁶³⁾. Im übrigen wurden die Kreditlinien der ausländischen Banken um 10 % gekürzt. Die Kürzung der Kreditlinien konnte insbesondere deshalb hingenommen werden, weil der Umfang des deutschen Außenhandels zurückgegangen war und die Reichsbank außerdem, unabhängig von den Stillhalteverhandlungen, mit den meisten Gläubigerausschüssen Höchstzinssätze vereinbart hatte⁶⁴⁾. Durch die Zinssenkungen war ein gewisser Ausgleich zu den sinkenden Exporterlösen geschaffen worden.

In dem Kreditabkommen von 1933⁶⁵⁾ erhielten die ausländischen Gläubigerbanken außerdem das Recht, von den gewährten Krediten innerhalb bestimmter Fristen gewisse Beträge in Reichsmark abzurufen. Diese Beträge konnten dann innerhalb des Reichsgebietes für verschiedene Zwecke⁶⁶⁾ verwendet werden. Es entstanden die zinslosen Registerguthaben, auch Registermark genannt, als Übergangsform von den Stillhalteguthaben in langfristige Anlagen. Für die Einrichtung dieser Guthaben mußte eine förmliche Ermächtigung der Reichsbank vorliegen, die immer dann versagt wurde, wenn es aus volkswirtschaftlichen Gründen (Schutz vor Überfremdung, erhöhte Zinssätze usw.) geboten schien. Genehmigte die Reichsbank die Zahlungen, so konnte sich der deutsche Schuldner von seinen Verpflichtungen befreien, indem er einen der Valutaschuld entsprechenden Reichsmarkbetrag (Berliner Mittelkurs) bei der Reichsbank oder bei der Konversionskasse⁶⁷⁾ einzahlte.

Mit dem Abbau der kurzfristigen Auslandsschulden durch das Registermarksystem war die Entwicklung der vertraglichen Stillhaltung zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Stillhalteabkommen, die auch später Jahr für Jahr abgeschlossen wurden, verloren teilweise ihren Sinn, als am 1. Juli 1933 das allgemeine Transfermoratorium, zu dessen Verhinderung sie abgeschlossen worden waren, doch noch verkündet werden mußte⁶⁸⁾.

⁶³⁾ Vgl. hierzu Elsler, a. a. O., S. 54 ff.

⁶⁴⁾ Das Ausmaß der Zinsreduzierungen wird aus der Tabelle in Anhang 2 ersichtlich. Vgl. S. 149.

⁶⁵⁾ Vgl. Deutsches Kreditabkommen von 1933, Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 56 vom 7. März 1933; Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1933 vom 20. März 1933, RGBl. I, S. 138.

⁶⁶⁾ Die verschiedenen Verwendungszwecke waren in einem Katalog, dessen wichtigste Punkte langfristige Kapitalanlage und Aufzehrung durch Reisen innerhalb Deutschlands waren, genau festgelegt worden.

⁶⁷⁾ Vgl. S. 30.

⁶⁸⁾ Vgl. Welcker, a. a. O., S. 40 f.

3. Die Auslandsschulden unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nahmen die deutschen Außenhandelsüberschüsse infolge der Belebung der Binnenkonjunktur schnell ab. Der Einfuhrbedarf stieg, die Exportfreudigkeit der Unternehmer nahm ab. Die Devisenreserven der Reichsbank schrumpften noch stärker zusammen, und es wurde schließlich unmöglich, den seither noch unberührt gebliebenen Schuldendienst für langfristige Auslandsanleihen auch fernerhin in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Am 8. Juni 1933 teilte das Reichsbankdirektorium der Reichsregierung in einem Brief⁶⁹⁾ mit, daß die Reichsbank vom 1. Juli 1933 an vorübergehend, außer für die besonders geregelten Stillhalteschulden, keine Devisen mehr für den Schuldendienst würde zur Verfügung stellen können. Daraufhin wurde das „Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“ vom 9. Juni 1933⁷⁰⁾ (Moratoriumsgesetz) erlassen, das am 1. Juli 1933 in Kraft trat. Gleichzeitig mit der Verkündung des Gesetzes wurde die „Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden“ errichtet⁷¹⁾, deren Aufgabe es war, die Markgegenwerte der laufenden Zahlungen deutscher Schuldner an sich zu nehmen und die Beträge zugunsten der Gläubiger zu konvertieren oder, soweit die Devisen dafür nicht ausreichten, die Gläubiger durch Hingabe von Schuldverschreibungen zu befriedigen.

Nur die Interventionen des Auslandes führten dazu, daß nicht von Anfang an die gesamten deutschen Zahlungsverpflichtungen in Schuldverschreibungen der Konversionskasse umgetauscht wurden, sondern vorläufig wenigstens der Zinsendienst für die Dawes- und die Young-Anleihe und die Stillhalte Kredite sowie der Tilgungsdienst für die Dawes-Anleihe aufrechterhalten blieben. Von allen übrigen Auslandsanleihen wurden nur 50 % der fälligen Zinsen (höchstens 4 %) transferiert. Für die nicht transferierten Beträge erhielten die Gläubiger unverzinsliche Schuldscheine der Konversionskasse (Skrips), die mit einem Disagio von 50 % durch die Deutsche Gold-Diskontbank zurückgekauft wurden. Nach sechs Monaten, am 31. Dezember 1933, sollten die Zinsen auf die Auslandsschulden auf einmal fällig werden. Nur die Schweiz und Holland konnten auf Grund ihrer Stellung als Großkunden Deutschlands besondere Vergünstigungen erreichen⁷²⁾.

⁶⁹⁾ Der Brief ist in vollem Wortlaut in der Frankfurter Zeitung, Nr. 423/25 vom 10. Juni 1933, abgedruckt.

⁷⁰⁾ Vgl. RGBl. I, S. 349.

⁷¹⁾ Vgl. § 2 des Gesetzes über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, a. a. O., S. 349.

⁷²⁾ Vgl. Elsler, a. a. O., S. 68 ff.

Der unzureichende Gold- und Devisenbestand der Reichsbank machte im Dezember 1933 eine Kürzung der Bartransferquote auf 30% notwendig. Die Kürzung trat trotz der Proteste der Gläubigerländer am 1. Januar 1934 in Kraft. Allerdings verpflichtete sich die Deutsche Gold-Diskontbank jetzt, die Skrips zu 67 % (früher 50 %) anzukaufen, so daß der Auslandsgläubiger maximal 30 % (Bartransferierung) + 46,9 % (Skripsverkauf: 70 % zum Kurse von 67) = 76,9 % seines eigentlichen Anspruchs in eigener Währung ausgezahlt bekam⁷³⁾.

Diese Regelung blieb bis zum völligen Transferstop für mittel- und langfristige Anleihen am 1. Juli 1934 in Kraft. Der Transferstop löste eine Protestwelle des Auslandes aus, die jedoch im Gegensatz zu den vorjährigen Protesten die Reichsbank nicht mehr zu Zugeständnissen veranlaßte. Die Folge davon war, daß die Gläubiger Repressalien anstrebten und zum Teil auch ein Zwangsclearing durchsetzten. Diese Entwicklung führte schließlich zu den Verrechnungsabkommen⁷⁴⁾ und damit zur unterschiedlichen Behandlung der Gläubiger.

Als deutsche Clearingstelle für die mit anderen Ländern abgeschlossenen Clearingverträge wurde auf Grund eines Reichsgesetzes die Deutsche Verrechnungskasse gegründet⁷⁵⁾. Im Gegensatz zu den reinen Clearingabkommen schlossen die Gläubigerländer nach dem 1. Juli 1934 mit Deutschland nur noch solche Verträge, die auch eine Regelung der Altschulden enthielten. Das bedeutete, daß je nach der wirtschaftlichen Stärke des Partners und je nach der Höhe des deutschen Exportüberschusses eine mehr oder minder große Bartransferquote für den Schuldendienst zugestanden werden mußte. Mit der steigenden Zahl der Clearingabkommen schrumpften die freien Devisen aus den Aktivsalden zusammen, die zur Abdeckung der Passivsalden gegenüber anderen Ländern dringend erforderlich waren. So wurden die Importe schließlich immer mehr auf die Länder verlagert, denen gegenüber seither ein Aktivsaldo bestand. Dadurch schwanden die Aktivsalden weiter und schlugen zum Teil sogar in Passivsalden um⁷⁶⁾. Es entstand eine Schuldenkategorie unter dem Namen „Schulden aus Verrechnungsabkommen“. Die Verpflichtungen der Deut-

⁷³⁾ Vgl. Elsler, a. a. O., S. 75.

⁷⁴⁾ Das Wesen der Verrechnungs- oder Clearingabkommen im bilateralen Zahlungsverkehr besteht darin, daß Forderungen und Verpflichtungen nicht durch Devisenzahlungen ausgeglichen werden, sondern daß Abrechnungen und Kontrollen des Handelsverkehrs über die beteiligten Notenbanken gehen, die mit den Ex- bzw. Importeuren in Landeswährung abrechnen und lediglich einen eventuellen Saldo (Clearingspitze) mit Gold oder Devisen abdecken. (Vgl. Clearing, in: Das Fachwort in der Kreditwirtschaft, Unterrichtsmappe für das gesamte Kreditwesen, Band II, Frankfurt a. M., Ergänzungslieferung Band II/2 vom 1. September 1951.)

⁷⁵⁾ Vgl. Gesetz über die Errichtung einer Deutschen Verrechnungskasse vom 16. Oktober 1934, RGBl. I, S. 997.

⁷⁶⁾ Vgl. Welcker, a. a. O., S. 45 f.

schen Verrechnungskasse beliefen sich am 1. September 1939 auf 457,5 Mio RM⁷⁷⁾).

Um die Auslandsschulden wenigstens in gewissem Umfange abzubauen, führte man 1933 das Zusatzausfuhrverfahren ein. Im Zuge der Devisenbewirtschaftung wurden eine ganze Reihe verschiedener Guthabenarten für Ausländer geschaffen. Es entstand die Registermark, die Sperrmark, die ASKI-Mark⁷⁸⁾ und andere. Während die freie Reichsmark, da jederzeit vollwertig einlösbar, in den Ländern mit freiem Zahlungsverkehr mit geringen Abweichungen von der Goldparität gehandelt wurde, richtete sich der Börsenkurs der Stillhalterforderungen, der Registermark, der Sperrmark, der Ansprüche gegen die Konversionskasse, der Ansprüche gegen die Verrechnungskasse und der ASKI-Mark nach der wesentlich von den Verwendungsmöglichkeiten dieser gesperrten Guthaben innerhalb Deutschlands beeinflussten Nachfrage. Je umfangreicher die Verwendungsmöglichkeiten, um so geringer war das Disagio und umgekehrt⁷⁹⁾.

Die Tatsache, daß die gesperrten Ausländerguthaben im Ausland mit erheblichen Kursabschlägen gehandelt wurden, machte man sich zur Verminderung der deutschen Auslandsschulden mit Hilfe der Zusatzausfuhr zunutze. Unter „Zusatzausfuhr“ verstand man eine Ausfuhr, die normalerweise für den Exporteur zu Verlusten geführt hätte, die aber durch besonders billige Finanzierungsmöglichkeiten rentabel gemacht und somit privatwirtschaftlich ermöglicht wurde. Konnte z. B. ein deutscher Exporteur auf Grund seiner Kalkulation nachweisen, daß er nur mit Hilfe des Zusatzausfuhrverfahrens in der Lage war, mit Gewinn zu exportieren, so durfte er für einen bestimmten Teil seines Ausfuhrrechnungsbetrages, der in jedem Einzelfall festgesetzt wurde, vom Käufer Skrips, Sperrmark oder deutsche Auslandsanleihen zum niedrigen ausländischen Kurs in Zahlung nehmen und sie zur Kompensation seines Defizits entweder bei der Konversionskasse voll in Reichsmark einlösen oder zum inländischen Börsenkurs weiterverkaufen⁸⁰⁾.

Das Zusatzausfuhrverfahren ersetzte – ohne Erhöhung der Einfuhrpreise – eine zur Steigerung der Ausfuhr sonst unumgängliche Devaluation. Verständlicherweise protestierte das Ausland gegen

⁷⁷⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen Oktober 1950 bis Juli 1951. Herausgegeben von dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Bonn 1951, S. 78. Im folgenden zitiert: Deutsche Auslandsschulden, Dokumente.

⁷⁸⁾ ASKI = Abkürzung für Ausländersonderkonten für Inlandszahlungen.

⁷⁹⁾ Bezüglich der Verwendungsmöglichkeiten der eingefrorenen Ausländerguthaben innerhalb Deutschlands vgl. Koeli, Walter, Auslandsforderungen in Deutschland, ihre Verwertung und Verwendungsmöglichkeit, Berlin 1935.

⁸⁰⁾ Vgl. Welcker, a. a. O., S. 48 f.

dieses Verfahren, da Deutschland durch willkürliche Beschränkungen des Transfers von Zins- und Tilgungsleistungen praktisch in der Lage war, den Kurs der deutschen Wertpapiere im Ausland zu drücken und die Papiere dann mit Hilfe des Zusatzausfuhrverfahrens billig zu repatriieren. Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß derartige Manipulationen kein Novum in der Wirtschaftsgeschichte darstellten, denn auf diese Weise hatten bereits früher verschiedene Staaten ihre Auslandsschulden reduziert⁸¹⁾.

Während die handelspolitischen Maßnahmen in den dreißiger Jahren zu einer allmählichen Abnahme der deutschen Kapitalschuld führten⁸²⁾, wurde der Betrag der nicht transferierten Zinsen von Jahr zu Jahr größer. Bezüglich der zahlenmäßigen Entwicklung der Auslandsschulden muß auch berücksichtigt werden, daß in den Jahren nach 1930 in den Goldblockländern starke Abwertungen durchgeführt wurden, wodurch sich die deutschen Fremdwährungsschulden, in RM umgerechnet, ermäßigten.

Durch die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich erhöhten sich die deutschen Auslandsschulden noch einmal, doch wurden die Auslandsanleihen des österreichischen Staates nicht weiterbedient. Die Gläubiger erhielten ein Angebot, ihre österreichischen Anleihen gegen Reichsanleihen umzutauschen, aber auch ein solcher Umtausch hatte keinen Zinsen- oder Amortisationstransfer zur Folge.

Eine umfangreiche Neuverschuldung Deutschlands, deren Höhe wohl nie ganz ermittelt werden kann, entstand dann während des Zweiten Weltkrieges gegenüber den Verbündeten sowie gegenüber neutralen und besetzten Ländern. Unter anderem stiegen die deutschen Handelsschulden gegenüber der Schweiz beträchtlich. Die Schweiz war wie eine Insel von den „Achsenmächten“ umgeben und daher trotz der Wahrung ihrer Neutralität mehr oder weniger auf ein gutes Verhältnis mit Deutschland und Italien angewiesen. Um die Versorgung des Landes mit all den Gütern zu sichern, die sie nicht oder nicht in genügendem Maße selbst produzieren konnte, mußte die Schweiz Deutschland hohe Clearingkredite gewähren, die bis zum Kriegsende auf über 1 Mrd sfrs angewachsen waren (die sogenannte Clearingmilliarde).

Es läßt sich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, welche der im letzten Kriege den besetzten und neutralen Staaten gegenüber ergriffenen handels- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen legal und

⁸¹⁾ Vgl. Rittershausen, Heinrich, Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1935, S. 191.

⁸²⁾ Vgl. hierzu die Tabelle im Anhang 3, S. 150.

welche illegal waren, aus welchen dieser Maßnahmen Ansprüche gegen Deutschland hergeleitet werden könnten. Nur soviel ist klar, daß eine Geltendmachung aller der aus der Kriegszeit stammenden Forderungen die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik auf Jahrzehnte hinaus übersteigen würde. Für einen Teil dieser Forderungen haben sich die Gläubiger bereits durch Reparationen (Enteignung der deutschen Handelsflotte, Demontagen der Industrie, Aneignung von Patenten usw.) schadlos gehalten. Ob einmal für den restlichen Teil beim Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland (bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Regelung dieser Schulden zurückgestellt)⁸³⁾ Reparationen mit Erfolg geltend gemacht werden können, erscheint zweifelhaft.

Da in absehbarer Zeit mit dem Abschluß eines Friedensvertrages nicht zu rechnen ist, sollen die gesamten Kriegsschulden, von gewissen Ausnahmen abgesehen, hier nicht weiter behandelt werden. Es ist jedoch erforderlich, noch kurz den Einfluß der Kriegseignisse auf die deutschen Vorkriegsschulden darzustellen.

Während des Krieges ruhte der gesamte Schuldendienst fast vollständig. Die unterbliebenen Zinszahlungen vermehrten die deutschen Auslandsschulden beträchtlich. Der Krieg hatte jedoch auch eine gewisse Minderung der Auslandsschulden zur Folge. Einmal ging durch Kriegseinwirkung ausländischer Wertpapierbesitz verloren, zum anderen wurden zahlreiche Schuldner durch den Verlust ihrer Vermögenswerte insolvent.

Eine weitere Schuldenminderung resultierte aus der Aufhebung der Devisenkontrolle zwischen Deutschland und den Niederlanden am 1. April 1941. Die Niederländische Bank wurde gezwungen, alle ihr von Deutschland zufließenden RM-Beträge zu einem bestimmten, von Deutschland festgesetzten Kurs in holländische Gulden umzutauschen. Dadurch konnten die deutschen Schuldner ihre Verpflichtungen gegenüber holländischen Gläubigern tilgen. Neben der eigentlichen Tilgung wurde auch ein ansehnlicher Betrag von Wertpapieren, hauptsächlich der Dawes- und Young-Anleihe, repatriiert^{84) 85)}.

4. Die Nachkriegsschulden der Bundesrepublik Deutschland

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte Deutschland nicht nur den militärischen, sondern auch den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der „totale Krieg“ hatte die letzten Reserven erschöpft, ein

⁸³⁾ Vgl. Artikel 5 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 340.

⁸⁴⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 52.

⁸⁵⁾ Die Entwicklung des Umlaufs deutscher Auslandsbonds ist in Anhang 4 dargestellt. Vgl. S. 151.

großer Teil der Produktionsstätten war durch Kriegseinwirkung zerstört oder wurde noch nach Kriegsende durch Demontagen vernichtet. Die Nahrungsmittelvorräte waren aufgebraucht. Durch die Kriegshandlungen, die im Frühjahr 1945 auf deutschem Boden stattgefunden hatten, waren die Felder zum Teil verwüstet. Der Mangel an Saatgut und fehlende Arbeitskräfte verhinderten eine normale Aussaat und drohten Deutschland in eine Hungersnot zu stürzen; das wirtschaftliche Chaos erreichte unvorstellbare Ausmaße. In dieser Lage konnte eine wirkungsvolle Hilfe nur von den Siegermächten kommen.

Die Alliierten haben dann auch in großem Umfange geholfen. Ohne ihre Hilfeleistungen schmälern zu wollen, kann man jedoch sagen, daß sie nicht ausschließlich im deutschen, sondern auch im eigenen Interesse gehandelt haben. Vor allem galt es, Hungersnot und Seuchen abzuwehren. Außerdem mag das Bewußtsein mitgespielt haben, daß schließlich sie es gewesen waren, die Deutschland seiner Ostgebiete beraubt, den innerdeutschen Handel durch willkürlich errichtete Zonengrenzen gehemmt und darüber hinaus in diesen Gebiets- und Wirtschaftstorso noch Millionen von Vertriebenen hineingepfercht hatten. Auch konnten sie, da sie die Menschenrechte auf ihr Panier geschrieben hatten, die Bewohner der von ihnen besetzten Gebiete nicht einfach verhungern lassen, während Amerika über große Mengen an Überschußgütern verfügte.

Die erste Zeit der Nachkriegswirtschaftshilfe war ausschließlich durch die Einfuhr von Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern gekennzeichnet. An einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft dachte man zu dieser Zeit, da der Morgenthau-Plan noch in vielen Köpfen spukte, nicht. Das Bild wandelte sich jedoch bald. Die freundschaftlichen Beziehungen der westlichen Alliierten zu ihrem östlichen Kriegspartner kühlten sich schnell ab und schlugen schließlich ins Gegenteil um. Man begann im Westen ein Verteidigungssystem aufzubauen und erkannte bald, daß ein wirtschaftlich darniederliegendes Deutschland das schwächste Glied der Kette sein mußte. Von diesem Zeitpunkt an stellten die Alliierten der westdeutschen Wirtschaft Mittel zum Wiederaufbau zur Verfügung, und zwar einmal, um das Wirtschaftspotential der freien Welt zu vergrößern, und zum anderen, weil sie fürchteten, daß Not und Arbeitslosigkeit in Westdeutschland einen günstigen Nährboden für den Kommunismus bereiten könnten.

Die Hilfeleistungen der Alliierten an das deutsche Volk und an die deutsche Wirtschaft sind im wesentlichen die Ursachen der deutschen Nachkriegsauslandsverschuldung, die sich jedoch nur auf die ehemaligen drei Westzonen, also auf die heutige Bundesrepublik erstreckt. Ohne die Hilfsleistungen der Alliierten hätte der deutsche

Einfuhrbedarf nicht gedeckt werden können, denn die kommerziellen Exporte Deutschlands waren – auch infolge des Überganges des gesamten Außenhandels in die Hand der Besatzungsmächte – relativ gering. Die deutschen Ausfuhrwaren wurden den ausländischen Interessenten zu billigen Preisen überlassen, während die mit diesen Erlösen bezahlten Einfuhren teuer bezahlt werden mußten⁸⁶⁾.

Die Nachkriegsschulden der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinigten Staaten von Amerika resultieren aus der sogenannten Wirtschaftshilfe und aus der Lieferung von Überschußgütern.

Die amerikanische Nachkriegswirtschaftshilfe umfaßt

1. die „Lieferungen an die Zivilbevölkerung“, die im Rahmen der Kriegsfinanzierung von Kriegsende bis zum 1. Juli 1946 geleistet wurden,
2. die GARIOA-Hilfe („Government And Relief In Occupied Areas“), die nach dem 1. Juli 1946 auf Grund besonderer Bewilligungsgesetze des amerikanischen Kongresses gewährt wurde,
3. die ECA-Hilfe (Economic Cooperation Administration), auch Marshallplan-Hilfe genannt, (die Forderungen aus der ECA-Hilfe erstrecken sich nur auf die Zeit vom Beginn der Hilfe am 3. April 1948 bis zum 20. Juni 1951; von diesem Zeitpunkt an sind Höhe und Rechtscharakter der ECA-Hilfe vertraglich genau festgelegt) und
4. schließlich einen relativ kleinen Betrag, den Schweden auf Grund von Vereinbarungen, die es im Jahre 1946 mit den Alliierten über das deutsche Vermögen getroffen hatte, zur Verfügung stellte.

Die Gesamthöhe dieser Forderungen wurde an Hand der amerikanischen Bewilligungsgesetze und der Aufstellungen der amerikanischen Rechnungsprüfungsbehörden berechnet und von den Vereinigten Staaten ursprünglich mit 3,351 Mrd Dollar angegeben. Nach Abzug der Posten, die der deutschen Bevölkerung oder Wirtschaft nicht unmittelbar zugute gekommen waren, stellte sich die amerikanische Forderung auf 3 013 974 677 Dollar⁸⁷⁾.

Bei der Geltendmachung der Forderungen aus der Lieferung von Überschußgütern wurden von amerikanischer Seite aus nur Globalbeträge genannt, aus denen sich eine Gesamtschuld der Bundesrepublik von 216 886 199 Dollar ergab. Für den Rückerwerb bestimmter Überschußgüter erklärte sich Amerika zu einem Abzug von 13 Mio Dollar

⁸⁶⁾ Vgl. Nöll von der Nahmer, Außenwirtschaft, a. a. O., S. 43.

⁸⁷⁾ Vgl. Näheres S. 80.

bereit, so daß sich die deutsche Gesamtverpflichtung aus dem Empfang der Überschußgüter auf rund 203 Mio Dollar belief⁸⁸⁾.

Auch die Nachkriegsverschuldung an Großbritannien hat ihre Ursache in der Wirtschaftshilfe, die der deutschen Zivilbevölkerung und Wirtschaft von britischer Seite zuteil wurde. Vom Kriegsende bis zum 1. April 1946 wurden im Rahmen der allgemeinen Kriegsfinanzierung und nach diesem Zeitpunkt auf Grund besonderer BeWilligungsgesetze des britischen Parlaments erhebliche Gütermengen nach Westdeutschland eingeführt. Der Gesamtwert der Lieferungen betrug nach britischen Angaben 244 Mio Pfund Sterling. Die britische Forderung mußte später jedoch wegen Unvollständigkeit der Beweisunterlagen auf 201,8 Mio Pfund Sterling reduziert werden⁸⁹⁾.

Die Nachkriegsschulden der Bundesrepublik Deutschland an Frankreich beruhen nach französischen Darlegungen auf dem Zurückbleiben der Exporte der französischen Besatzungszone Deutschlands hinter den Importen in den ersten Nachkriegsjahren. Die französische Besatzungsmacht übernahm den gesamten Außenhandel der von ihr besetzten Zone in eigene Regie und ließ auch nach dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der drei Westzonen am 18. Oktober 1948 nur eine beschränkte Mitwirkung von deutscher Seite zu. Da aus diesem Grunde keine deutschen Unterlagen zur Verfügung standen, stützte sich die französische Forderung ausschließlich auf nicht gerade sehr umfangreiche französische Beweisgrundlagen. Nach einer französischen Aufstellung über Ausgaben und Einnahmen der französischen Regierung aus Außenhandelsgeschäften mit der französischen Besatzungszone belief sich die deutsche Schuld auf 15,8 Mio Dollar⁹⁰⁾.

Die von den drei Alliierten ursprünglich geltend gemachten Forderungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe betrugen über 16 Mrd DM. Hinzu trat noch die Nachkriegsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland an Dänemark. Sie hatte folgende Ursachen: In den ersten Monaten des Jahres 1945 flüchteten, teilweise in geschlossenen Wehrmachtstransporten, rund 250 000 Deutsche nach Dänemark. Während etwa 50 000 das Land nach kurzer Zeit wieder verließen, hatte die dänische Regierung für die verbleibenden 200 000 Flüchtlinge, in der Mehrzahl Frauen, Kinder und Greise, vom 5. Mai 1945 an, dem Tag der deutschen Kapitulation in Dänemark, Sorge zu tragen.

Da die alliierten Militärbehörden eine sofortige Rückführung dieser Flüchtlinge im Hinblick auf die chaotischen Zustände in Deutsch-

⁸⁸⁾ Vgl. Näheres S. 81.

⁸⁹⁾ Näheres vgl. S. 81 f.

⁹⁰⁾ Näheres vgl. S. 82 f.

land ablehnten, mußte Dänemark eine eigene Flüchtlingsverwaltung aufbauen und die Flüchtlinge bis zu ihrer Rückführung, die sich auf die Zeit von November 1946 bis zum 15. Februar 1949 erstreckte, in Lagern unterbringen, kleiden und verpflegen. Durch diese Betreuung entstanden der dänischen Regierung erhebliche Aufwendungen, die von ihr auf 429,2 Mio dKr beziffert wurden. Mit einem Zinssatz von 5 % gerechnet, betrug die gesamte dänische Forderung 548,5 Mio Dänische Kronen, die Dänemark als Nachkriegshilfe an Deutschland betrachtete.

5. Zusammenstellung der deutschen Auslandsschulden

Stellt man alle in den vorhergehenden Abschnitten aufgeführten Vor- und Nachkriegsschulden Deutschlands (ohne Reparations- und Kriegsschulden) zusammen, so ergibt sich per 1. Januar 1952 die enorme Summe von rund 31 Mrd DM. Von diesem Betrag entfielen per 1. Januar 1952 auf Kapitalforderungen und Zinsrückstände der Vorkriegszeit rund 15 Mrd DM.⁹¹⁾ Die Ansprüche der drei Westmächte aus der Nachkriegswirtschaftshilfe beliefen sich auf über 16 Mrd DM.

Neben diesen beiden Schuldenkomplexen bestanden weitere Verbindlichkeiten, die vom Bundesfinanzministerium auf rund 15,7 Mrd DM geschätzt wurden.⁹²⁾ Sie gliedern sich in:⁹³⁾

Aktienbesitz und sonstige Beteiligungen des Auslandes in der Bundesrepublik	6,600 Mrd DM
ausländischer Grundbesitz	0,844 Mrd DM
Schuldverpflichtungen des Reiches	0,085 Mrd DM
andere Verpflichtungen des Reiches	0,103 Mrd DM
ausländische Hypotheken- und Reichsmarkforderungen	0,138 Mrd DM
Zinsrückstände und rückständige Tilgungsverbindlichkeiten	2,000 Mrd DM
sonstige Verpflichtungen gegen ausländische Gläubiger	0,427 Mrd DM
Sperrmarkguthaben	1,304 Mrd DM
Rückerstattungsansprüche privater Gläubiger	0,700 Mrd DM
Entschädigungsansprüche gegenüber der öffentlichen Hand (Israelvertrag)	3,500 Mrd DM
insgesamt:	15,701 Mrd DM

⁹¹⁾ Vgl. Anhang 6, S. 153.

⁹²⁾ Ohne individuelle Wiedergutmachung: vgl. S. 39 f.

⁹³⁾ Vgl. Janke, Kurt, Das Londoner Abkommen über deutsche Auslandsschulden, in: Sparkasse, 7. Jahrgang, Heft 8 vom 15. April 1953, S. 121.

Aber selbst dieser Betrag von 47 Mrd DM stellte noch nicht die deutsche Gesamtverschuldung dar. Es wurde bereits erwähnt, daß die Alliierten noch nicht endgültig auf die nicht mehr gezahlten Annuitäten des Young-Planes (107,5 Mrd Goldmark) verzichtet haben. Außerdem machten die Siegermächte nach dem Zusammenbruch neue Reparationsforderungen für den Zweiten Weltkrieg geltend, die neben den Entschädigungsansprüchen für Kriegsschäden auch die Verrechnungsschulden des Reiches aus dem Warenverkehr mit den besetzten Gebieten umfaßten. Die Verrechnungsschulden betrugen allein gegenüber den Ländern außerhalb des eisernen Vorhanges mehr als 20 Mrd RM. Hinzu kamen noch die Ansprüche derjenigen Länder, mit denen Deutschland keine Verrechnungsabkommen getroffen hatte. Diese Forderungen wurden von den Gläubigern nicht in Reichsmark, sondern in Valuta geführt.⁹⁴⁾ Auf die Schulden Deutschlands aus dem Handelsverkehr mit den neutralen und den verbündeten Staaten wurde schon kurz hingewiesen.

Zu diesen Vorkriegs-, Kriegs-, Nachkriegs- und Reparationsverpflichtungen einschließlich der Verbindlichkeiten aus dem Israelvertrag traten im Laufe der Jahre weitere Schuldverpflichtungen der öffentlichen Hand und einer Reihe privater Gläubiger. Sie ergaben sich aus der Entschädigungsgesetzgebung des Bundes und der Länder zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. In erster Linie sind hier die Verpflichtungen aus den Gesetzen zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes, für im Ausland lebende Angehörige des öffentlichen Dienstes, zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland, die Verpflichtungen aus dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Bundesrückerstattungsgesetz zu nennen.⁹⁵⁾ Zwar beschränkt sich das von diesen Gesetzen materiell bei weitem am bedeutendste, das Bundesentschädigungsgesetz, in erster Linie auf die innerdeutsche Wiedergutmachung. „Zu einem das Völkerrecht tragenden Grundsatz gehört es nämlich, daß der aus Kriegs- oder Besatzungshand-

⁹⁴⁾ Vgl. Abs, Hermann J., Das Londoner Schuldenabkommen, Zusammenfassende Darstellung aus Vorträgen, herausgegeben von der Süddeutschen Bank AG, Frankfurt am Main 1953, S. 13.

⁹⁵⁾ Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23. Dezember 1955 (Neufassung), BGBl. I, S. 822; Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 18. März 1952, BGBl. I, S. 137; Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland vom 3. August 1953, BGBl. I, S. 843; Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger vom 19. Juli 1957, BGBl. I, S. 734; Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 29. Juni 1956 (Neufassung), BGBl. I, S. 559.

lungen erwachsene Schaden nicht als Einzelanspruch vom Geschädigten unmittelbar gegen den Schaden stiftenden Staat geltend gemacht werden kann, sondern durch Reparationen von Staat zu Staat unter Ausschluß von Ansprüchen des einzelnen Geschädigten abgegolten wird.“⁹⁶⁾ Doch erwachsen aus diesem Gesetz trotzdem beträchtliche Auslandsverbindlichkeiten. Neben den Inländern oder im Inland lebenden Ausländern, die wegen ihrer politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurden und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder ihrem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitten haben, hat nämlich Anspruch auf Entschädigung, wer ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen ist und seinen letzten Wohnsitz innerhalb des Reichsgebiets nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 gehabt hat.

Die Höhe der Auslandsverbindlichkeiten aus den Wiedergutmachungsgesetzen läßt sich nur schwer abschätzen. Nach Angaben von Chabrowski dürfte die jährliche Gesamtbelastung aller öffentlichen Haushalte für alle Wiedergutmachungszahlungen in den nächsten Jahren — bis 31. März 1963 sollen wenigstens die Kapitalzahlungen endgültig abgeschlossen sein — mit je 2,5 Mrd DM nicht zu hoch veranschlagt sein⁹⁷⁾. Das rheinland-pfälzische Wiedergutmachungsamt glaubt sogar, daß die öffentliche Hand bis 1963 jährlich 4 Mrd DM für Wiedergutmachungsleistungen zur Verfügung stellen muß, wenn alle gesetzlichen Ansprüche erfüllt werden sollen.⁹⁸⁾ Welcher Teil dieser Summe auf im Ausland wohnende Anspruchsberechtigte entfällt, ist bisher nicht genau bekannt. Daß der Anteil jedoch beträchtlich sein muß, geht schon daraus hervor, daß allein 1957 und 1958 je 1,2 Mrd DM an Wiedergutmachungsleistungen ins Ausland geflossen sind. Die Deutsche Bundesbank schätzte 1958 die gesamten individuellen Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber Devisenausländern auf über 10 Mrd DM.⁹⁹⁾ Daß mit der Erfüllung dieser Verbindlichkeiten das Problem der Wiedergutmachung noch nicht erledigt ist, zeigen die 1959 schwebenden Verhandlungen mit den während des Krieges besetzten Staaten.

⁹⁶⁾ Blessin, Georg, Wilden, Hans, Bundesentschädigungsgesetz, Kommentar, München und Berlin 1957, S. 133.

⁹⁷⁾ Vgl. Chabrowski, Sigmund, Zwischenbilanz der Wiedergutmachung, in: Der Volkswirt, 11. Jahrgang, Nr. 30 vom 27. Juli 1957, S. 1613.

⁹⁸⁾ Vgl. Zens, Reinhold, Was die Wiedergutmachung kosten wird, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 271 vom 22. November 1957. Einen Überblick über die verschiedenen Schätzungen gibt der Aufsatz: Die Kosten der Wiedergutmachung, in: Die Gegenwart, 13. Jahrgang, Nr. 303 vom 11. Januar 1958, S. 25 ff.

⁹⁹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, Frankfurt/M. 1958, S. 54.

Weitere beträchtliche Ansprüche auf Entschädigungsleistungen sind von den ausländischen Zwangsarbeitern zu erwarten. „Diesen Fremdarbeitern steht zumindest formal-juristisch die Möglichkeit offen, soweit sie jedenfalls von den nationalsozialistischen Machthabern inhaftiert und privaten Unternehmern zum Arbeitseinsatz ‚ausgeborgt‘ worden sind, gegen ihre früheren Arbeitgeber im zivilrechtlichen Klageweg Ansprüche auf Lohn- oder Schadenersatz für die ihnen zugefügte Freiheitsberaubung durchzusetzen.“¹⁰⁰⁾

Nach dem Kriege verflossen mehrere Jahre, ehe man daran ging, wenigstens einen Teil der hier aufgeführten deutschen Auslandsschulden zu regeln. Es war klar, daß die Bedienung der gesamten ausländischen Ansprüche ¹⁰¹⁾ gegen das ehemalige Deutsche Reich und die drei Westzonen von der Bundesrepublik mit Rücksicht auf die Spaltung Deutschlands und in Anbetracht der Schuldenhöhe und der wirtschaftlichen Lage Westdeutschlands nicht verlangt werden konnte, obwohl sich die Bundesrepublik einem solchen Verlangen nicht grundsätzlich hätte widersetzen können, da sie sich als die alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches betrachtet.¹⁰²⁾ Die westdeutsche Aufbringungs- und Transferfähigkeit wäre weit überschritten worden. Selbst heute wäre die Bundesrepublik nicht in der Lage, neben den im Inland abzudeckenden Kriegsfolgelasten und den beträchtlichen Wehraufwendungen alle hier genannten Ansprüche ausländischer Staaten zu erfüllen.

Wohl wesentlich mit aus dieser Erkenntnis heraus wurden die ersten Verhandlungen, die nach dem Kriege über die deutschen Auslandsschulden stattfanden, bewußt auf bestimmte Schuldenkategorien beschränkt. Vor allem entschlossen sich die Alliierten, das Problem der Reparationsforderungen aus beiden Weltkriegen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich beruhen zu lassen und zunächst nur die Regelung der zwischen den beiden Kriegen entstandenen deutschen Schulden sowie der deutschen Nachkriegsschulden anzustreben. Die Wiedergutmachung wurde durch innerdeutsche Gesetze und durch einen Vertrag mit Israel gesondert geregelt.

¹⁰⁰⁾ Chabrowski, a. a. O., S. 1614.

¹⁰¹⁾ Eine Zusammenstellung der erwähnten Schulden bringt Anhang 5, S. 152.

¹⁰²⁾ Vgl. S. 42 f., S. 57 und S. 87f.

Kapitel III

Die internationalen Schuldenabkommen

A. Das Londoner Schuldenabkommen

1. Vorgeschichte der Londoner Schuldenkonferenz

Der erste Anstoß zur Regelung der deutschen Auslandsschulden ging von den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich aus. Im September 1950 trafen sich die Außenminister dieser drei Länder in New York und beschlossen, der Bundesregierung nahezulegen, im Zuge einer Revision des damals noch geltenden ersten Besatzungsstatuts eine Erklärung zur Schuldenfrage abzugeben.¹⁰³⁾

In einem Schreiben vom 23. Oktober 1950 teilte der Rat der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland dem Bundeskanzler mit, daß nach Auffassung der drei Regierungen die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs die Haftung für dessen Vorkriegsschulden übernehmen sollte, um Deutschlands Kredit im Ausland wiederherzustellen und seine Beziehungen zu anderen Staaten zu verbessern.¹⁰⁴⁾

Außerdem sollte die Bundesrepublik, soweit das nicht schon — wie bei den ECA-Krediten ab 1. Juli 1951 — durch Verträge gesehen war, die Verpflichtungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Alliierten und den Vorrang dieser alliierten Forderungen vor

¹⁰³⁾ Ein erster Meinungsaustausch über die Regelung der deutschen Auslandsschulden fand zwischen Regierungsvertretern aus den USA, Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten bereits auf einer Konferenz in Paris statt, die vom 25. Oktober bis 10. November 1948 dauerte. Das Ergebnis dieser Konferenz schlug sich in 30 – rechtlich unverbindlichen – Empfehlungen nieder, die allerdings erst im Dezember 1949 veröffentlicht wurden, da nicht zu allen Fragen eine einheitliche Stellungnahme erzielt werden konnte, sondern erst im Wege des Briefverkehrs nachträglich erarbeitet werden mußte. Die Probleme, deren Lösung später auf der Londoner Schuldenkonferenz den Beteiligten das meiste Kopfzerbrechen bereiteten, zeichnen sich in den Empfehlungen zum Teil bereits deutlich ab. (Vgl. Dalberg, Rudolf, Die deutschen Auslandsschulden, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jahrgang, 8. Heft vom 15. April 1950, S. 191 ff., und Hoffmann, Walter, Was wird aus den deutschen Auslandsschulden, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jahrgang, 13. Heft vom 1. Juli 1950, S. 311 ff.)

¹⁰⁴⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 7 ff.

allen anderen ausländischen Ansprüchen gegenüber der Bundesrepublik anerkennen. Die Frage der Kriegsschulden und der Reparationen wurde nicht angeschnitten.

Nach längeren Verhandlungen erkannte die Bundesregierung am 6. März 1951 mit einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, Botschafter François-Poncet, die Haftung der Bundesrepublik für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches und für die Schulden aus der Westdeutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe grundsätzlich an und sagte zu, an Verhandlungen über die Regelung dieser Ansprüche des Auslandes gegen die Bundesrepublik und deutsche Staatsangehörige teilnehmen zu wollen¹⁰⁵⁾. Den Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe wurde — dem Wunsche der Alliierten entsprechend — der Vorrang vor allen anderen ausländischen Forderungen eingeräumt.

In dem Schriftwechsel wurden außerdem die wesentlichen Grundsätze für eine zukünftige Regelung der gesamten deutschen Vorkriegsschulden und der westdeutschen Nachkriegsschulden, für die die Bundesrepublik die Haftung ausdrücklich anerkannt hatte, festgelegt. Die Alliierte Hohe Kommission für Deutschland faßte die vereinbarten Grundsätze, mit denen man den Interessen aller Beteiligten Rechnung tragen zu können glaubte, in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt vom 23. Mai 1951 wie folgt zusammen:¹⁰⁶⁾

- a) Ein aufzustellender Plan zur Regelung der infrage stehenden Vor- und Nachkriegsschulden müsse der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Rechnung tragen. Er dürfe die westdeutsche Wirtschaft weder durch ungünstige Auswirkungen auf die innere Lage in Unordnung bringen, noch die augenblicklichen oder zukünftigen westdeutschen Devisenquellen übermäßig ausschöpfen, noch die finanziellen Lasten irgendeiner der drei Regierungen beträchtlich erhöhen.
- b). Der Plan müsse eine geordnete Gesamtregelung der Vorkriegsschulden und derjenigen Schulden vorsehen, die nach dem Krieg durch die wirtschaftliche Hilfe der Alliierten entstanden seien; er müsse allen Interessen Rechnung tragen und allen, Gläubigern und Schuldern, eine gerechte und angemessene Behandlung zusichern, wobei allerdings von jedem Bereitschaft für Zusammenarbeit gefordert werden müsse.
- c) Der Plan habe der begrenzten gebietsmäßigen Zuständigkeit der Bundesrepublik Rechnung zu tragen und müsse selbstverständ-

¹⁰⁵⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 10 ff.

¹⁰⁶⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 16.

lich revidiert werden, sobald Deutschland wiedervereinigt sei bzw. eine endgültige friedensvertragliche Regelung getroffen werde.

Es bestand Einigkeit darüber, daß auf der geplanten Konferenz nur die Bedingungen festgelegt werden sollten, in deren Rahmen dann die einzelnen Schuldverhältnisse durch direkte Vereinbarungen zwischen Gläubigern und Schuldern neu gestaltet werden sollten. Damit wurde ein unmittelbarer Eingriff in die bestehenden Schuldverhältnisse von vornherein ausgeschlossen.

Am 5. Juni 1951 begannen in Bad Godesberg und Bonn vorbereitende Besprechungen zwischen der von der Bundesregierung beauftragten „Deutschen Delegation für Auslandsschulden“ und dem „Alliierten Dreimächte-Ausschuß für deutsche Schulden“. Es zeigte sich sehr bald, daß die Wiederaufnahme des deutschen Schuldendienstes und die Aufstellung eines methodischen Zahlungsplanes schwierige Fragen aufwerfen würden.

Zur Entscheidung standen an¹⁰⁷⁾

- a) grundsätzliche Probleme, wie z. B.
 - die genaue Festlegung des Betrages der Auslandsschulden,
 - die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Haushalts- und Kreditlage,
 - die Ermittlung der Transferfähigkeit der Bundesrepublik in Gegenwart und Zukunft,
 - die Überprüfung des Planes, d. h. die Festlegung der Bedingungen, unter denen eine Revision der Zahlungen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik früher oder später würde verwirklicht werden können,
- b) technische Probleme, wie z. B.
 - die Abgrenzung des Begriffs Vorkriegs- und Auslandsschulden,
 - die Festsetzung der Höhe der Einzelverpflichtungen,
 - die Behandlung der durch Goldklausel gesicherten Forderungen,
 - die Behandlung der Einzahlungen bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden und
 - die Behandlung der während des Krieges aufgelaufenen Zinsrückstände.

In Anbetracht des unermesslichen Schadens, der durch politische und wirtschaftliche Unvernunft in den dreißiger Jahren hervorgerufen worden war, richtete die deutsche Delegation für Auslandsschulden ihr Augenmerk besonders darauf, zu verhüten, daß die

¹⁰⁷⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 27.

Vgl. auch: Wormer, Helmut, Londoner Blütenlese, in: Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Nr. 30 vom 27. Juli 1951, S. 10 f.

Gläubiger bei der Schuldenregelung die Fehler der Reparationsempfänger nach dem Ersten Weltkrieg wiederholten. Schon im Verlauf der Londoner Vorkonferenz über die deutschen Auslandsschulden im Juli 1951, die den Vorbesprechungen in Bonn und Bad Godesberg folgte, wies die deutsche Delegation nachdrücklich auf die verminderte deutsche Aufbringungs- und Transferfähigkeit hin. Vor allem aber wurde beschlossen, zur Frage der Aufbringungs- und Transferfähigkeit der Bundesrepublik ausführliche Denkschriften vorzulegen.

Noch vor Beginn der Londoner Hauptkonferenz über die Regelung der deutschen Auslandsschulden veröffentlichte die deutsche Delegation zwei Memoranden,¹⁰⁸⁾ die sich ausführlich mit den genannten Problemen beschäftigten. Der grundsätzlichen Bedeutung wegen, die diese Memoranden für die Londoner Schuldenkonferenz gehabt haben, soll deren wesentlicher Inhalt, wenn er auch durch die Entwicklung der letzten Jahre weitgehend überholt ist, hier wenigstens kurz wiedergegeben werden.

2. Memoranden zur deutschen Aufbringungs- und Transferfähigkeit

In dem Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit weist die deutsche Delegation darauf hin, daß bei Beurteilung der Aufbringungsfähigkeit der öffentlichen und der privaten westdeutschen Auslandsschuldner insbesondere berücksichtigt werden müßten:

die Beschränkung der territorialen Zuständigkeit der Bundesregierung,

die Kriegsschäden und Kriegsfolgeschäden in der Bundesrepublik,

die außerordentlichen Belastungen der Bundesrepublik infolge des Flüchtlingsstromes, der Sozialaufwendungen und der Berlin-Hilfe.

Das Memorandum über die Transferfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gliedert sich in zwei Hauptteile. Der erste Teil dieses Memorandums befaßt sich mit

der Beeinträchtigung der Transferfähigkeit infolge des Zweiten Weltkrieges, während im zweiten Teil

das westdeutsche Transferproblem getrennt nach Währungsräumen untersucht wird.

¹⁰⁸⁾ Vgl. Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, Bonn, 20. November 1951; und Memorandum über die deutsche Transferfähigkeit, Bonn, 10. November 1951.

a) Die Beschränkung der territorialen Zuständigkeit der Bundesregierung¹⁰⁹⁾

Das Bundesgebiet umfaßte 1951¹¹⁰⁾ mit 245 400 qkm nur 52,1 % der Fläche des alten deutschen Reichsgebietes nach dem Stande von 1937. Die Bevölkerungszahl der zum Bundesgebiet gehörenden alten Reichsteile belief sich 1939 auf rund 39 Mio¹¹¹⁾ Einwohner und erreichte damit 56,7 % der Gesamtbevölkerung des Reichsgebietes von 1937.

Der Anteil der zum Bundesgebiet gehörenden alten Reichsteile am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen betrug im Jahre 1936 59,3 %. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfielen im Jahre 1938 51,3 % auf das Gebiet der Bundesrepublik.

Infolge der intensiven wirtschaftlichen Verflechtung der einzelnen deutschen Gebietsteile führte die Spaltung Deutschlands neben den eigentlichen Kapazitätseinbußen zu weiteren zusätzlichen Belastungen der bundesrepublikanischen Wirtschaft und damit zur Verminderung der Aufbringungsfähigkeit. Man denke beispielsweise an den teilweisen Verlust der Rohstoffquellen, der Zulieferindustrien und der traditionellen innerdeutschen Absatzmärkte sowie an die Notwendigkeit der Umorientierung der Verkehrswege aus der Ost-Westrichtung in die Nord-Südrichtung.

b) Kriegs- und Kriegsfolgeschäden in der Bundesrepublik

Neben den Folgen der deutschen Gebietsverluste und Gebiets-trennung haben sich besonders die Kriegs- und Kriegsfolgeschäden nachteilig auf die Aufbringungsfähigkeit der Bundesrepublik ausgewirkt. Durch Kriegsschäden gingen verloren:

22 % des Wohnraums (ohne mittlere und leichte Schäden),
22—25 % des Privatvermögens der Haushaltungen (ohne Flüchtlingshaushaltungen),

20 % des Betriebssachvermögens der gewerblichen Wirtschaft,
5 % des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens.¹¹²⁾

¹⁰⁹⁾ Die in diesem Unterabschnitt genannten Zahlen sind entnommen: Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, a. a. O., S. 9 f.

¹¹⁰⁾ Unterdessen ist das Saarland Teil der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die obigen Zahlen beziehen sich auf die Bundesrepublik ohne Saargebiet.

¹¹¹⁾ Ende 1957 betrug die Bevölkerungszahl Westdeutschlands (ohne Saargebiet) 50,8 Mio. (Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, Stuttgart 1958, S. 28.)

¹¹²⁾ Vgl. Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, a. a. O., S. 13.

Über diese unmittelbaren Kriegsschäden hinaus hat die westdeutsche Volkswirtschaft durch Beschlagnahme der Handelsflotte, durch umfangreiche Demontagen, durch die Beschlagnahme und Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens, der Auslandspatente, Warenzeichen und Gebrauchsmuster große Verluste erlitten.

c) Außerordentliche Belastungen der Bundesrepublik infolge des Flüchtlingszustromes und der Berlin-Hilfe¹¹³⁾

Auch der Zustrom von Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen bedeutete für die Bundesrepublik anfänglich eine „ungeheure wirtschaftliche und soziale Belastung“¹¹⁴⁾.

Die Heimatvertriebenen kamen zum größten Teil völlig mittellos in die Bundesrepublik und mußten zusätzlich zur einheimischen Bevölkerung versorgt und unterstützt werden. Die Steuerzahler hatten erhebliche finanzielle Opfer zu bringen. Günstig war allerdings, „daß die Vertriebenen zugleich auch das Arbeitspotential der aufnehmenden Gebiete wesentlich erhöhten. Das neue Blut hat sich innerhalb der alteingesessenen Bevölkerung vielfach sehr günstig ausgewirkt“¹¹⁵⁾.

Bis zum 30. Juni 1951 waren 8,041 Mio Heimatvertriebene und 1,484 Mio. Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und aus Berlin von der Bundesrepublik aufgenommen worden. Die Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet erhöhte sich durch diese Massenzuwanderung von 160 Personen je qkm im Jahre 1939 auf 196 Personen im August 1951¹¹⁶⁾. Jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik war Heimatvertriebener oder Zugewanderter¹¹⁷⁾.

Nach einer Untersuchung des Bundesfinanzministeriums vom August 1951 wurde die Gesamtbelastung der Bundesrepublik durch die fast 10 Mio Flüchtlinge und Zuwanderer

im Rechnungsjahr 1949 auf rund 4,356 Mrd DM,
im Rechnungsjahr 1950 auf rund 5,810 Mrd DM,
im Rechnungsjahr 1951 auf rund 6,759 Mrd DM

veranschlagt.

¹¹³⁾ Die Zahlenangaben in diesem Unterabschnitt sind entnommen: Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, a. a. O., S. 17 ff.

¹¹⁴⁾ Nöll von der Nahmer, Vom Werden des neuen Zeitalters, a. a. O., S. 289.

¹¹⁵⁾ Nöll von der Nahmer, Vom Werden des neuen Zeitalters, a. a. O., S. 289.

¹¹⁶⁾ Durch Wanderungsgewinne und Geburtenüberschüsse ist die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik bis Ende 1958 auf 212 Personen je qkm gestiegen. Vgl. Die Bevölkerung des Bundesgebiets, in: Bundesanzeiger, Nr. 65 vom 7. April 1959, S. 4.

¹¹⁷⁾ Der Anteil der Heimatvertriebenen und Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands ist seither auf 24 % gestiegen. Vgl. Jeder Vierte ist ein Flüchtling, in: Deutsche Zeitung, Nr. 9 vom 31. Januar 1959.

Unabhängig von der zusätzlichen Belastung durch die Flüchtlinge stiegen die gesamten Sozialaufwendungen nach dem Kriege erheblich. Ursächlich dafür waren in erster Linie die ungünstigen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur (Frauenüberschuß, Überalterung, Minderung der Erwerbsquote) und die Vermögensverluste weiter Bevölkerungskreise infolge der Kriegsereignisse. Die Zahl der Renten- und Unterstützungsempfänger hatte sprunghaft zugenommen.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik und ihrer Leistungsfähigkeit wurde auch auf die laufende Unterstützung West-Berlins hingewiesen. Aus dem Bundesgebiet flossen einschließlich der mittelbaren Leistungen (z. B. Minderung des westdeutschen Steueraufkommens durch Steuerverzicht) allein im Rechnungsjahr 1951 1,224 Mrd DM nach West-Berlin.

Insgesamt führten alle die genannten außerordentlichen Aufwendungen in den Jahren 1950 und 1951 zu einer jährlichen Vorwegbelastung der Bundesrepublik gegenüber dem alten Reichsgebiet in Höhe von 16,7 % bzw. 17,3 % des Volkseinkommens.

Vorwegbelastung in v. H. des Volkseinkommens ¹¹⁸⁾

	1950	1951
Leistungen zugunsten der		
Vertriebenen	7,9	7,9
Leistungen an West-Berlin	1,9	1,7
Gegenüber der Vorkriegszeit erhöhte sonstige unterstützende Sozialauf- wendungen (Vergleichsjahr 1938)	6,9	7,7
Außerordentliche Belastungen		
insgesamt	16,7	17,3

Wie schwer vor allem der Bund auch heute noch an den unmittelbaren Kriegsfolgelasten zu tragen hat, beweist ein Blick auf den Haushaltsplan. Die Leistungen für die Kriegsopferversorgung, zum Lastenausgleich, für die Wiedergutmachung und an Berlin nahmen fast ein Viertel der Mittel in Anspruch, die dem Bund im Rechnungsjahr 1958 zur Verfügung standen. Auch ein Teil der Zahlungen an die Sozialversicherungsträger muß als Kriegsfolgelast angesehen werden. Die gesamten aus Steuern gedeckten Sozialleistungen des Bundes betrugen im Jahre 1958 9,7 Mrd DM; 1950 waren es 4,6 Mrd DM. Demgegenüber beliefen sich die aus Steuern

¹¹⁸⁾ Vgl. Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, a. a. O., S. 27.

gedeckten Sozialleistungen des Reiches im Jahre 1938 nur auf 1,7 Mrd RM¹¹⁹⁾.

d) Die Beeinträchtigung der westdeutschen Transferfähigkeit infolge des Zweiten Weltkrieges

Der Zustrom der Vertriebenen und Zuwanderer und die damit verbundene Zunahme der Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik hatten zur Folge, daß im Jahr 1950 41 % der Gesamteinfuhr auf Nahrungsmittel entfielen gegenüber nur 34,5 % im Jahre 1936¹²⁰⁾. Auch der Bedarf an sonstigen ausländischen Rohstoffen war durch den Verlust wichtiger deutscher Rohstoffquellen gestiegen. Die Belastung der westdeutschen Zahlungsbilanz durch den erhöhten Einfuhrbedarf wurde noch dadurch verstärkt, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen war. Die Ursachen der verminderten Exportfähigkeit lagen in den Kriegszerstörungen, Demontagen, Produktionsverboten, Patentverlusten usw. Des weiteren machte sich für die Ausfuhr die Tatsache hemmend bemerkbar, daß Deutschland während des Krieges als Industriexportland praktisch ausgefallen war und die ehemaligen Abnehmerländer sich demzufolge nach anderen Märkten orientiert bzw. eine eigene Industrie aufgebaut hatten. Die alten Handelsbeziehungen mußten erst wieder mühsam angeknüpft werden.

Auch die westdeutsche Dienstleistungsbilanz verschlechterte sich in den ersten Nachkriegsjahren gegenüber der des Deutschen Reiches vor Kriegsausbruch merklich. Dies war zum großen Teil auf die fast völlige Vernichtung bzw. Ablieferung der deutschen Handelsflotte zurückzuführen.

Die deutsche Handelsflotte, die am 1. Januar 1939 4,042 Mio Brutto-Registertonnen Schiffsraum umfaßte¹²¹⁾, konnte bis zum 31. Dezember 1950 für die Bundesrepublik erst wieder auf 0,770 Mio und bis zum 31. Dezember 1951 auf 1,185 Mio Brutto-Registertonnen gebracht werden¹²²⁾.

¹¹⁹⁾ Vgl. Elsholz, Konrad, Die sozialen Leistungen der Bundesrepublik, in: Deutsche Versicherungszeitschrift, Nr. 4, April 1959, S. 79.

¹²⁰⁾ Die Zahlenangaben in diesem Unterabschnitt sind – soweit nicht anders vermerkt – entnommen: Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Transferfähigkeit, a. a. O., S. 16 ff.

¹²¹⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, Stuttgart-Köln 1952, S. 291.

¹²²⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, Stuttgart-Köln 1953, S. 273.

Ferner hatte die Eisenbahn durch die Spaltung Deutschlands und Europas einen großen Teil ihres Überseezubringer- und Durchfuhrverkehrs eingebüßt. Die deutsche Lufthansa, die früher viel Devisen eingebracht hatte, bestand nicht mehr. Die Voraussetzungen für den Ausländer-Reiseverkehr waren wesentlich ungünstiger geworden als vor dem Kriege, weil ein Teil der Hotels zerstört und ein anderer von den Besatzungsmächten belegt war. Außerdem fielen nach dem Kriege jegliche Einnahmen aus dem kommerziellen Kapitalverkehr fort.

Das Defizit der westdeutschen Leistungsbilanz belief sich im Jahre 1950 auf 2,577 Mrd DM. Es wurde gedeckt durch die Auslandshilfe (GARIOA, Marshallplanhilfe, Ziehungsrechte) sowie durch Inanspruchnahme der deutschen EZU-Quote. 1951 schloß die Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 738 Mio DM¹²³⁾. Die Sachverständigen der deutschen Verhandlungsdelegation meinten damals jedoch, daß diese Entwicklung nicht anhalten, der Überschuß vielmehr durch eine kräftige Zunahme der Importe wieder zurückgehen werde. Diese Annahme hat sich nicht bewahrheitet. Die Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik stiegen seither von Jahr zu Jahr.

e) Das westdeutsche Transferproblem nach Währungsräumen aufgegliedert

Für die Beurteilung der Transferfähigkeit der Bundesrepublik war weiterhin von Bedeutung, daß die Außenhandelssituation Westdeutschlands nicht allen Gläubigerländern gegenüber gleich war.

Der für die westdeutsche Außenwirtschaft wichtigste Währungsraum war damals die Europäische Zahlungsunion. Der Anteil des EZU-Raumes am gesamten westdeutschen Außenhandel betrug 1950 bei der Wareneinfuhr 72,5 %, bei der Warenausfuhr 75,7 % und 1951 bei der Wareneinfuhr 65,5 %, bei der Warenausfuhr 75,3 %¹²⁴⁾.

Die westdeutsche Leistungsbilanz gegenüber dem EZU-Raum schloß im Jahre 1950 noch mit einem Defizit von 1663,6 Mio DM ab. Infolge des stetigen Aufstiegs der deutschen Ausfuhr ergab sich jedoch 1951 schon ein Überschuß von 1786,7 Mio DM¹²⁵⁾.

Der Anteil des Dollar-Raumes am gesamten westdeutschen Außenhandel betrug dagegen 1950 bei der Wareneinfuhr 20,1 %, bei

¹²³⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954, Stuttgart-Köln 1954, S. 525.

¹²⁴⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954, a. a. O., S. 527.

¹²⁵⁾ ebenda, S. 527.

der Warenausfuhr 11,5 % und 1951 bei der Wareneinfuhr 20,6 %, bei der Warenausfuhr 9,6 %¹²⁶⁾.

Die westdeutsche Leistungsbilanz gegenüber dem Dollar-Raum schloß 1950 mit einem Defizit von 1141,6 Mio DM und 1951 mit einem Defizit von 1304,1 Mio DM ab¹²⁶⁾. Die deutsche Bundesregierung rechnete 1951 zwar damit, daß das gegenüber dem Dollar-Raum bestehende Außenhandelsdefizit durch gesteigerte westdeutsche Ausfuhranstrengungen und durch eine teilweise Verlagerung von Einfuhren auf Nicht-Dollarländer herabgesetzt werden könnte; sie glaubte jedoch nicht, daß sich das Defizit völlig beseitigen lasse¹²⁷⁾.

Vor Beginn der Londoner Schuldenverhandlungen bestand also eine erhebliche westdeutsche „Dollar-Lücke.“ Diese Lücke konnte nur durch die Hilfe geschlossen werden, welche die Vereinigten Staaten in Gestalt von ECA- und GARIOA-Mitteln gewährten. Es ist verständlich, daß die deutsche Delegation für Auslandsschulden bei den Londoner Verhandlungen auf diesen Umstand immer wieder hinwies. — Nachdem Ende 1958 die Konvertibilität der Deutschen Mark nach bald 30 Jahren Devisenzwangswirtschaft wieder hergestellt worden ist, spielt heute allerdings die einst so wichtige Frage, welche Schulden in Dollar und welche in anderen Währungen zurückzuzahlen sind, kaum noch eine Rolle.

3. Die Londoner Schuldenverhandlungen

Auf der Londoner Hauptkonferenz über die deutschen Auslandsschulden, die am 28. Februar 1952 begann, stand nur die Regelung der deutschen Vorkriegsschulden zur Diskussion. Gläubiger und Schuldner waren sich jedoch darüber einig, daß die der Bundesrepublik zumutbaren Leistungen wesentlich von der endgültigen Höhe der Zahlungsverpflichtungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Alliierten abhängen würden. Die Frage der Reparationen und der deutschen Kriegverschuldung wurde bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zurückgestellt.

Die deutsche Delegation für Auslandsschulden versuchte, der in den beiden erwähnten Memoranden zum Ausdruck kommenden, pessimistischen Beurteilung der westdeutschen Aufbringungs- und Transferfähigkeit entsprechend, in London zunächst die versammelten Gläubiger durch ein nicht zu hoch gegriffenes Globalangebot

¹²⁶⁾ ebenda, S. 528.

¹²⁷⁾ Vgl. Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Transferfähigkeit, a. a. O., S. 21.

zufriedenzustellen. Nach diesem Angebot sollten von der Bundesrepublik 5 Jahre lang jährlich 500 Mio DM, später 600 Mio DM, an Schuldzinsen und Amortisationen in das Ausland transferiert werden. Von dieser Gesamtsumme sollten jeweils 330 Mio DM für Leistungen auf die Nachkriegsschulden bestimmt sein, so daß zur Bedienung der Vorkriegsschulden ein Betrag von 170 Mio DM bzw. 270 Mio DM verfügbar gewesen wäre¹²⁸⁾.

Die Gläubiger bezeichneten dieses Angebot als unbefriedigend, zumal da infolge der Ausweitung des westdeutschen Exports besonders in den Sommermonaten des Jahres 1952 die Devisenüberschüsse der Bundesrepublik bei der EZU rasch anwuchsen. Sie gaben ihrer Erwartung Ausdruck, „daß sich die Deutsche Delegation demnächst zu einem Angebot bereitfinden würde, das sowohl im Gesamtbetrag wesentlich höher liegen als auch eine Aufgliederung in die einzelnen zu regelnden Schuldenkategorien enthalten müßte“¹²⁹⁾. Durch dieses Verlangen wurde die deutsche Delegation auf den Weg der Einzelverhandlungen mit den verschiedenen Gläubigergruppen gedrängt. Die Schwierigkeit dieses Verfahrens lag darin, daß jede Gläubigergruppe ein Maximum an Zugeständnissen zu erreichen suchte. Wenn trotzdem eine für die Bundesrepublik tragbare Lösung gefunden wurde, so ist das in erster Linie der geschickten Verhandlungsführung der deutschen Delegation zu danken, die den Gläubigern mit Erfolg immer wieder das warnende Beispiel der Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg vor Augen hielt.

Um die technischen Fragen der Schuldenregelung sorgfältig beraten zu können, beschloß die Konferenz, mehrere Ausschüsse zu bilden. Der Verhandlungsausschuß A beriet über die Auslandsschulden öffentlich-rechtlicher Körperschaften, der Verhandlungsausschuß B beschäftigte sich mit den privaten Auslandsanleihen, der Ausschuß C mit den Stillhalteschulden und der Ausschuß D mit den Handelsschulden und allen sonstigen Verbindlichkeiten.

Die Ergebnisse der Schuldenverhandlungen fanden ihren Niederschlag in einem Konferenzbericht und in sechs „Vereinbarten Empfehlungen“, die später dem internationalen „Abkommen über deutsche Auslandsschulden“¹³⁰⁾ als Anlagen beigelegt wurden. Der Text des Abkommens über deutsche Auslandsschulden wurde gemeinsam durch den alliierten Dreimächte-Ausschuß und die deutsche Delegation für Auslandsschulden auf der sogenannten Londoner Regie-

¹²⁸⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, abgedruckt in: Bundesrat, BR-Drucksache Nr. 116/53 vom 18. März 1953, Anlage 1d, S. 78.

¹²⁹⁾ ebenda, S. 78.

¹³⁰⁾ Anlagen zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 368 ff.

rungskonferenz, die am 15. September 1952 begann, ausgearbeitet. Am 27. Februar 1953 unterzeichneten in London die Bevollmächtigten der drei Alliierten, der Bundesrepublik und 15 weiterer Staaten das Abkommen. Es war bis zum 1. Januar 1959 in insgesamt 49 Gläubigergländern in Kraft getreten ¹³¹⁾. Als letzte der bedeutenderen Gläubigernationen haben die Niederlande das Abkommen ratifiziert; es ist dort am 1. August 1958 in Kraft getreten. Später folgten noch Österreich (20. August), Thailand (20. Dezember) und Argentinien (30. Dezember).

Über verschiedene Gruppen deutscher Auslandsschulden konnten Gläubiger und Schuldner auf der Londoner Konferenz keine Einigung erzielen. Artikel 19 des Londoner Schuldenabkommens behielt deshalb die Regelung dieser Schulden besonderen Verhandlungen zwischen den Beteiligten vor ¹³²⁾. Es handelte sich um die Forderungen griechischer Staatsangehöriger aus Sprüchen des deutsch-griechischen gemischten Schiedsgerichts nach dem Ersten Weltkrieg, um die Verbindlichkeiten Österreichs, für die die Bundesrepublik die Haftung übernommen hatte, um gewisse Verbindlichkeiten aus dem Verkehr der deutschen Verrechnungskasse in Berlin mit den Verrechnungsstellen verschiedener Staaten und um die Schweizerfranken-Grundsulden aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Die von der griechischen Regierung vorgebrachten Ansprüche griechischer Staatsbürger beliefen sich auf 120 Mio RM; sie entsprachen einem Gesamtbetrag an Kapital und Zinsen von 58 Mio DM ¹³³⁾. Die griechischen Ansprüche sind von deutscher Seite „mit Schreiben an die griechische Delegation vom 12. Januar 1953 endgültig abgelehnt worden. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß die griechischen Ansprüche durch Einbeziehung in die Dawesannuitäten gemäß der ‚Inclusive Amount Klausel‘ des Dawes-Sachverständigenberichts erledigt wurden und daß diese Klausel durch Artikel II und III des Haager Abkommens über den Young-Plan erneut verankert wurde, an die Griechenland gebunden ist“ ¹³⁴⁾. Bezüglich der übrigen Schulden schloß die Bundesrepublik mit den Gläubigernationen besondere Abkommen, die gemäß Artikel 19 Abs. 2 des Londoner Schuldenabkommens der Genehmigung durch die Alliierten bedurften.

¹³¹⁾ Das Inkrafttreten des Londoner Schuldenabkommens für die einzelnen Länder wird jeweils im Bundesgesetzblatt, Teil II, bekanntgegeben. Eine vollständige Übersicht über die Gläubigernationen, das jeweilige Datum des Inkrafttretens des Abkommens, sowie über die Fundstellen im BGBl. II gibt Gurski, Hans, Das Abkommen über deutsche Auslandsschulden, Kommentar (Loseblatt-Ausgabe), 2. Auflage, Köln, Stand April 1959, S. IX f.

¹³²⁾ Vgl. Artikel 19 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 352.

¹³³⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 86.

¹³⁴⁾ Gurski, a. a. O., S. 184.

Gelegentlich der Londoner Schuldenkonferenz fanden auch „über eine Reihe von Einzelfragen, die nicht zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörten, zwischen der deutschen Delegation und anderen Regierungsvertretern zweiseitige Verhandlungen“ statt¹³⁵⁾. Diese Verhandlungen führten zum Abschluß mehrerer Regierungsabkommen, durch die die Ansprüche Belgiens aus dem deutsch-belgischen Markabkommen vom 13. Juli 1929, der USA aus den Entscheidungen der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission, der Schweiz aus der schweizerischen Clearing-Forderung und Dänemarks für die nach Kriegsende zur Betreuung deutscher Flüchtlinge aufgewendeten Mittel geregelt wurden.

Gemäß der Absicht, eine geordnete Gesamtregelung der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden herbeizuführen, liefen parallel zu den Verhandlungen über die deutschen Vorkriegsschulden in London Besprechungen über die Regelung der deutschen Nachkriegsverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich. Bereits im Dezember 1951 hatten die Alliierten auf einen Teil ihrer Ansprüche aus der an die Bundesrepublik geleisteten Wirtschaftshilfe und auf den Vorrang dieser Ansprüche gegenüber anderen Forderungen unter der Voraussetzung verzichtet, daß eine befriedigende Regelung der Vorkriegsschulden zustande käme¹³⁶⁾. Dieser bedingte Schuldenerlaß war dazu bestimmt, sowohl die Bundesrepublik als auch ihre Vorkriegsgläubiger zu Kompromissen bereit zu machen. Er spiegelte die Ansicht der Alliierten wieder, daß man zu einer für alle Beteiligten annehmbaren Regelung der deutschen Vorkriegsschulden nur kommen könne, wenn beide Seiten Opfer brächten, wenn also insbesondere auch „alle Gläubiger auf einen mehr oder weniger erheblichen Teil ihrer Forderungen verzichteten“¹³⁷⁾. Hätten sich Schuldner und Gläubiger zu keinem brauchbaren Arrangement zusammengefunden, so wären die deutschen Nachkriegsschulden und der Vorrang dieser Schulden in vollem Umfang wieder aufgelebt. Die Aussichten der Vorkriegsgläubiger auf Leistungen hätten sich entsprechend vermindert. Die Bundesrepublik dagegen wäre des Vorteils verlustig gegangen, der für sie in dem Schuldennachlaß lag.

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz konnte darangegangen werden, dem alliierten Verzicht die Form einer vertraglichen Bindung zu geben. Entsprechende Verträge wur-

¹³⁵⁾ Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 77.

¹³⁶⁾ Vgl. Bericht der Konferenz über Deutsche Auslandsschulden, Anhang 2, London, 8. August 1952, S. 10. Vgl. auch Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 76.

¹³⁷⁾ Bedingter Schuldennachlaß, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jahrgang, 1. Heft vom 1. Januar 1952, S. 3.

den auf der Londoner Regierungskonferenz gemeinsam mit dem Abkommen über die deutschen Vorkriegsschulden ausgearbeitet und am 27. Februar 1953 zusammen mit dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden unterzeichnet. Der rechtliche Zusammenhang zwischen den Abkommen über die Vor- und die Nachkriegsschulden wird durch die Präambel zum Londoner Schuldenabkommen hergestellt ¹³⁸⁾.

4. Die Schuldensummen

Über die ursprüngliche Höhe der deutschen Vorkriegsschulden, die im Londoner Schuldenabkommen und seinen Nebenabkommen geregelt worden sind, liegen genaue und übereinstimmende Angaben nicht vor. Nach einer Erhebung der Bank deutscher Länder vom 5. September 1950 ¹³⁹⁾ betrugen die deutschen Vorkriegsschulden per 30. Juni 1950 unter Berücksichtigung der Goldklausel 6,5 Mrd DM zuzüglich 2,1 Mrd RM und 0,2 Mrd Goldmark. Nicht einbezogen in die Erhebung wurden die rückständigen Zinsen. Bei der Beurteilung der genannten Zahlen ist außerdem zu berücksichtigen, daß nicht alle Schuldner ihre Verpflichtungen gemeldet haben und daß die Erhebung eine Reihe kleinerer Gläubigerländer von vornherein außer Betracht ließ. Mangels genauerer Unterlagen mußten diese Zahlen bei den Besprechungen über die deutschen Auslandsschulden zunächst als Grundlage dienen.

Im April 1952 legte dann die deutsche Delegation für Auslandsschulden der Londoner Schuldenkonferenz eine weitere „Zusammenstellung der ausländischen Ansprüche gegen Deutschland“ vor ¹⁴⁰⁾. In dieser Zusammenstellung wurden — unter Berücksichtigung der Goldklausel — die öffentlichen Vorkriegsschulden, einschließlich 2,8 Mrd DM an Zinsrückständen, mit 7,5 Mrd DM, die privaten Vorkriegsschulden, einschließlich 1,6 Mrd DM Zinsrückstände, mit 5,7 Mrd DM und bestimmte Verbindlichkeiten der Bundesrepublik aus den beiden Weltkriegen ¹⁴¹⁾ mit 2,3 Mrd DM ausgewiesen. Mithin ergab sich eine zu regelnde Schuldensumme von insgesamt rund 15,5 Mrd DM ¹⁴²⁾.

In der Denkschrift zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden wird ein Schuldbetrag von 13,5 Mrd DM genannt, dessen

¹³⁸⁾ Vgl. Feaux de la Croix, Ernst, Betrachtungen zum Londoner Schuldenabkommen, in: Völkerrechtliche und staatsrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, Heft 29, Köln-Berlin 1954, S. 33.

¹³⁹⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 96 ff.

¹⁴⁰⁾ Konferenz über deutsche Auslandsschulden, Konferenzdokument GD/V/Steer/Dok 11 vom 1. April 1952.

¹⁴¹⁾ Darunter Awards der Mixed Claims Commission 435 Mio DM und Schweizer Clearing-Milliarden 1,139 Mrd DM.

¹⁴²⁾ Vgl. Aufstellung im Anhang 6, S. 153.

Regelung in London zur Diskussion stand¹⁴³⁾. Gurski erwähnt in seinem Kommentar zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden noch andere Schätzungen der ursprünglichen deutschen Vorkriegsschulden, doch sei hier auf die Angabe dieser Zahlen verzichtet¹⁴⁴⁾. Die genannten Zahlen geben eine hinreichende Vorstellung von der Größenordnung der deutschen Vorkriegsschulden bei Beginn der Londoner Schuldenkonferenz.

In den folgenden Abschnitten sollen nun zunächst die im Londoner Schuldenabkommen getroffenen Vereinbarungen über die verschiedenen Schuldenkategorien dargestellt werden. Daran anschließend wird der Inhalt der verschiedenen Nebenabkommen wiedergegeben. Es folgen dann die Verträge über die deutschen Nachkriegsschulden und als Anhang der Israelvertrag.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei noch einmal auf einen wichtigen Umstand hingewiesen. Das Londoner Schuldenabkommen bindet weder Schuldner noch Gläubiger unmittelbar. Es gibt nur Rahmenvorschriften und Empfehlungen für die einverständliche Neuregelung der bestehenden Schuldverhältnisse durch Gläubiger und Schuldner. Ehe die im folgenden geschilderten Vereinbarungen auf ein bestimmtes Schuldverhältnis angewendet werden können, ist es daher notwendig, daß sich die Gläubiger und Schuldner dem Abkommen unterwerfen. Das geschieht in der Weise, daß die Schuldner ihren Gläubigern ein Regelungsangebot entsprechend den Bestimmungen des Abkommens unterbreiten. Den Gläubigern steht es frei, das Angebot anzunehmen oder abzulehnen. Lehnt ein Gläubiger die Annahme des Regelungsangebots ab, so behält er zwar seine alten Rechte, er kann diese Rechte jedoch vor einem deutschen Gericht nicht durchsetzen, bis alle nach den Vorschriften des Abkommens geregelten Verpflichtungen erfüllt sind¹⁴⁵⁾. Damit wird ein starker Druck auf die Gläubiger ausgeübt, dem Abkommen beizutreten, denn die Abwicklung der geregelten Schulden erstreckt sich über rund 40 Jahre.

Die wirksame Unterwerfung setzt voraus, daß der Gläubiger die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzt oder in einem Staat ansässig ist, der das Londoner Schuldenabkommen ratifiziert hat. Dadurch wird auch auf die Staaten ein Druck ausgeübt, dem Abkommen beizutreten, denn sie nehmen sonst ihren Bürgern die Möglichkeit, ihre Forderungen zu regeln¹⁴⁶⁾.

¹⁴³⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 78.

¹⁴⁴⁾ Vgl. Gurski, a. a. O., S. 28.

¹⁴⁵⁾ Vgl. Artikel 10 und Artikel 15 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 342 und S. 346 f.

¹⁴⁶⁾ Vgl. Veith, Werner, Kein Gläubigerzwang im Schuldenabkommen, in: Industriekurier, Nr. 186 vom 8. Dezember 1953.

Ein deutscher Schuldner vermag sich der Unterwerfung unter das Abkommen praktisch nicht zu entziehen. Seine Gläubiger können ihn jederzeit vor einem deutschen Gericht auf Zahlung gemäß den Bestimmungen des Londoner Schuldenabkommens verklagen.

Über Einzelheiten des Regelungsverfahrens wird im vierten Kapitel eingehender berichtet.

B. Die Regelung der einzelnen Schuldengruppen im Londoner Schuldenabkommen

1. Die Regelung der Vorkriegsauslandsverbindlichkeiten der öffentlichen Hand

a) Die Auslandsanleihen des Reiches

Die Regelung der drei großen Anleihen des Deutschen Reiches, der Dawes-, der Young- und der Kreuger-Anleihe¹⁴⁷⁾, warf eine Reihe schwieriger rechtlicher und politischer Fragen auf. So war besonders bei diesen 3 Anleihen zu prüfen, ob die Bundesrepublik für die Anleiheschulden des Reiches in vollem Umfange in Anspruch genommen werden konnte oder nicht. Die deutsche Delegation vertrat die Auffassung, daß die Bundesrepublik sich zwar grundsätzlich zur Zahlung der Auslandsschulden des Deutschen Reiches verpflichtet fühle. Die Gläubiger müßten jedoch anerkennen, daß das Staatsgebiet der Bundesrepublik nur einen Teil des ehemaligen Reichsgebietes umfasse, und daher auch einen gewissen Abstrich bei den Reichsschulden zugestehen. Die Gläubigervertreter hielten dem entgegen, ihre Regierungen sähen die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches an und betrachteten die Regierung der Bundesrepublik als die einzige Regierung, die befugt sei, für Deutschland zu sprechen. Daraus ergäbe sich eindeutig, daß die Bundesrepublik auch die gesamte Schuldenlast des Reiches zu übernehmen habe und eine Reduzierung der Anleiheschulden nicht verlangen könne.

Diese politisch geschickte Begründung machte ernsthafte Einwände der deutschen Delegation von vornherein unmöglich. Eine Ablehnung der von den Gläubigern vorgetragenen Auffassung hätte

¹⁴⁷⁾ Vgl. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung der Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Anlage I zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 368. In der Anlage I zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden sind also die Empfehlungen für alle im Abschnitt B 1 behandelten öffentlichen Schulden enthalten.

bedeutet, daß von deutscher Seite die Bundesrepublik nicht als alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches bezeichnet worden wäre. Das aber schien aus politischen Gründen unmöglich. Die deutsche Delegation war daher gezwungen, sich mit der vollen Bedienung der Reichsanleihen einverstanden zu erklären.

Eine gewisse finanzielle Entlastung des Bundes brachte lediglich die Behandlung der laufenden Zinsen und der Zinsrückstände. Während man die laufenden Zinsen um 1 bis 2 % senkte, wurden die rückständigen Zinsen zu einem ermäßigten Satz neu berechnet und fundiert. Die Laufzeit der mit 3 % recht niedrig verzinslichen neuen Fundierungsschuldverschreibungen beträgt 20 Jahre. Außerdem braucht der Bund im Augenblick nur die bis zum 31. Dezember 1944 fällig gewordenen Zinsen zu bedienen. Für alle nach diesem Zeitpunkt bis einschließlich 1952 fällig gewesenen Zinsen werden Schuldverschreibungen erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands ausgegeben.

Die größte Schwierigkeit bei der Regelung der Reichs-Anleihen bereitete die Auslegung des Anleihevertrages der Young-Anleihe. In den Anleihevertrag war zur Wertsicherung der ausländischen Ansprüche eine Goldklausel eingebaut. Die Gläubigervertreter verlangten unter Berufung auf den Vertrag eine Umstellung des Nennbetrages der Anleihestücke auf Goldbasis. Die deutsche Delegation lehnte, unterstützt von der amerikanischen Delegation, diese Forderung als ungerechtfertigt ab und wies darauf hin, daß nach dem innerstaatlichen Recht sowohl der Bundesrepublik als auch der meisten Gläubigerländer Wertsicherungsklauseln unwirksam seien und die Anleiheschuld daher nur auf Papiervaluta umgestellt werden könne.

Die finanzielle Bedeutung, die dieser unterschiedlichen Vertragsauslegung zukam, geht am besten aus folgender Gegenüberstellung der Wechselkurse hervor:

Wechselkurse		Goldbasis ¹⁴⁸⁾	
Stand 30. 6. 1950			
1 \$	4,20 DM	1 Gold \$	7,11 DM
1 £	11,76 DM	1 Gold £	34, 51DM
100 sfrs	96,05 DM	1 Goldsfrs	1,37 DM
100 ffrs	1,20 DM	1 Goldffrs	—,28 DM
100 bfrs	8,40 DM	1 Goldbfrs	—,20 DM
100 lire	0,67 DM	1 Goldlire	—,37 DM
100 hfl.	110,52 DM	1 Goldhfl.	2,85 DM
100 skr.	81,18 DM	1 Goldskrs.	1,90 DM

¹⁴⁸⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 77.

Eine Annäherung der gegensätzlichen Rechtsauffassungen war im Verlauf der Konferenz nicht zu erzielen. Die Parteien sahen sich daher gezwungen, nach einer Kompromißlösung zu suchen, die für alle Teilnehmer annehmbar war.

Bei der Suche nach einem solchen Kompromiß ging man von folgenden Überlegungen aus: Eine Umstellung des Nennwertes der Anleihestücke auf Papiervaluta hätte, gemessen an den bei der Begebung der Anleihen gültigen Wechselkursen, zu unterschiedlichen Verlusten der Anleihezeichner geführt, da die einzelnen Anleihetranchen auf verschiedene Währungen lauteten. Einmal nämlich hatte die Abwertungswelle der dreißiger Jahre die einzelnen Währungen in verschieden starkem Ausmaß erfaßt, zum anderen waren die Tauschwertsenkungen der europäischen Währungen durch den letzten Krieg sehr unterschiedlich. Eine ungleichmäßige Behandlung der Gläubiger aber schien in Anbetracht der Wertsicherungsklausel nicht angängig.

Wenn aber die unterschiedliche Tauschwertentwicklung der einzelnen Währungen eliminiert werden sollte, mußten die Anleihestücke so behandelt werden, als hätten sie ursprünglich auf eine einheitliche Währung gelaute. Diese Währung konnte nur der als weltweite Währung allgemein anerkannte US-Dollar sein. Für den Dollar sprach auch die Tatsache, daß er — mit Ausnahme des Schweizerfranken — am geringsten abgewertet worden war.

Der Vorschlag der europäischen Gläubigervertreter sah deshalb vor, alle Anleihestücke so zu behandeln, als hätten sie von Anfang an auf Dollar gelaute. Zur Umrechnung auf den Dollar sollten die bei der Begebung der Anleihe gültig gewesenen Wechselkurse verwendet werden. Der auf diese Weise ermittelte Dollarnennwert war dann — dem Vorschlag entsprechend — in Deutsche Mark, der DM-Wert der Anleihestücke wiederum, unter Zugrundelegung der geltenden Wechselkurse, in die verschiedenen ausländischen Währungen umzurechnen.

Dieser Vorschlag stieß auf den entschiedenen Widerstand der US-Gläubigervertretung und auch der Schweizer Delegation. Die ablehnende Haltung der Schweiz war ohne weiteres verständlich. Der neue Vorschlag hätte — gegenüber einer Umstellung zum Nennwert — zu einer absoluten Schlechterstellung der Inhaber der Schweizer Tranche geführt, da der Schweizerfranken weniger abgewertet worden war als der US-Dollar. Die US-Delegation hingegen begründete ihre Ablehnung damit, daß von dem unterbreiteten Lösungsvorschlag nur die Gläubiger der europäischen Tranchen profitieren würden, was zu einer relativen Schlechterstellung der Inhaber der US-Tranche führen müsse.

Schließlich gelang es doch noch, alle Gläubiger zur Annahme des geschilderten Vorschlages zu bewegen. Dazu waren allerdings Zugeständnisse an die Schweizer und an die US-Gläubiger notwendig. Die Schweizer Tranche wurde von der Umrechnung auf den Dollarausgenommen. Die Zustimmung der US-Vertretung erlangte man dadurch, daß für die US-Tranche der Young- und der Dawes-Anleihe eine höhere Verzinsung und außerdem für die US-Tranche der Dawes-Anleihe eine verstärkte Tilgung zugestanden wurde.

Die Bedeutung dieses Kompromisses reicht weit über die Regelung der Young-Anleihe hinaus. Die getroffene Vereinbarung über die Goldklausel wurde nämlich in Artikel 12 des Londoner Schuldenabkommens verankert. Sie gilt damit für alle durch Goldklausel gesicherten deutschen Auslandsschulden, die auf fremde Währung lauten ¹⁴⁹⁾.

Inwieweit eine Zustimmung der deutschen Delegation zu dem Kompromiß notwendig war, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Hierzu wäre eine rechtliche Würdigung der Goldklausel in den Anleiheverträgen erforderlich. Eine derartige Untersuchung dürfte nicht uninteressant sein, würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Ähnlich hart wie um die geschilderten grundsätzlichen Entscheidungen wurde um die Neufassung der einzelnen Anleihebedingungen bei den drei großen Reichs-Anleihen gerungen.

Für die Dawes-Anleihe wurde folgendes vereinbart:

- a) Der Fälligkeitstermin der Anleihe wird vom Jahre 1949 auf das Jahr 1969 hinausgeschoben,
- b) der Zinssatz von 7 % auf $5\frac{1}{2}$ % für die amerikanische bzw. auf 5 % für alle übrigen Tranchen herabgesetzt.
- c) Die Verzinsung beginnt mit dem Jahre 1953.
- d) Ab 1958 wird den Zinszahlungen ein Tilgungsbetrag von 3 % für die US-Tranche und von 2 % für alle übrigen Tranchen zugeschlagen. Zinszahlungen und Tilgungsraten bilden eine feste Gesamtannuität.
- e) Die Zinsrückstände aus der Zeit vor dem 31. Dezember 1944 werden — wie oben beschrieben — zu einem Zinssatz von 5 % ohne Zinseszinsen neu berechnet und fundiert. Die Fundierungsscrips sind mit 3 % verzinslich und werden vom Jahre 1958 an mit 2 % getilgt.

¹⁴⁹⁾ Vgl. Artikel 12 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 344 f.

Die Übereinkunft für die Young-Anleihe stellt sich wie folgt dar:

- a) Der Fälligkeitstermin der Anleihe wird auf das Jahr 1980 hinausgeschoben.
- b) Der Zinssatz beträgt statt bisher $5\frac{1}{2}\%$ nur noch 5% für die amerikanische und $4\frac{1}{2}\%$ für die übrigen Tranchen.
- c) Die Verzinsung beginnt mit dem ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin.
- d) Den Zinszahlungen werden vom Jahre 1958 ab Tilgungsraten in Höhe von 1% zugeschlagen. Zinszahlungen und Tilgungsraten bilden eine feste Gesamtannuität.
- e) Die Zinsrückstände werden zu einem Satz von $4\frac{1}{2}\%$ ohne Zinseszinsen neu berechnet und fundiert. Der Bund tilgt die Fundierungsschuldverschreibungen ab 1958 mit 1% .

Ähnliche Konditionen gelten für die Kreuger-Anleihe. Von dieser ehemaligen 125 Mio Dollar-Anleihe stand bei Beginn der Londoner Schuldenverhandlungen noch ein Betrag von 69 Mio Dollar offen. Davon entfielen 19 Mio Dollar auf im Inland befindliche Anleihestücke¹⁵⁰⁾. Auch diese Anleihe war durch Goldklausel gesichert; da sie aber ausschließlich auf Gold-Dollar lautete, ergaben sich keine Umrechnungsprobleme.

- a) Der Fälligkeitstermin dieser Anleihe wurde wesentlich, und zwar auf das Jahr 1994, hinausgeschoben.
- b) Der Zinssatz beträgt 4% gegenüber früher 6% .
- c) Die Verzinsung beginnt mit dem ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin.
- d) Ab 1958 wird den Zinszahlungen ein Tilgungsbetrag von $1\frac{1}{4}\%$ zugeschlagen. Zinsen und Tilgungsraten bilden eine feste Gesamtannuität.
- e) Die rückständigen Zinsen werden zu einem Satz von 4% ohne Zinseszinsen neu berechnet und fundiert. Auch diese Fundierungsscrips werden vom Jahre 1958 ab mit 1% getilgt.

b) Der Lee Higginson-Kredit

Ursprünglich war dieser Dollar-Kredit (89,25 Mio Dollar) dem Deutschen Reich im Jahre 1930 von mehreren ausländischen und deutschen Banken unter Führung des amerikanischen Bankhauses Lee Higginson für die Dauer von zwei Jahren eingeräumt worden. Wegen der anhaltend schlechten Devisenlage Deutschlands wurde jedoch der Fälligkeitstermin immer wieder hinausgeschoben. Immer-

¹⁵⁰⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 77.

hin war der Kredit durch Tilgungszahlungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf knapp 7,2 Mio Dollar zusammengeschmolzen¹⁵¹⁾. Die im Londoner Schuldenabkommen getroffene Regelung für diesen — unterdessen voll zurückgezahlten — Restbetrag sah in Anlehnung an die ursprünglichen Emissionsbedingungen des Kredits vor, daß die von der Bundesrepublik den Gläubigerbanken neu auszuhändigenden Schuldscheine mit einer Laufzeit von zwei Jahren auszustatten seien. Der Zinssatz betrug 3½ 0/0.

c) Die Einzahlungen in die Konversionskasse¹⁵²⁾

Wie schon geschildert¹⁵³⁾, wurden die deutschen Auslandsschuldner im Juni 1933¹⁵⁴⁾ gesetzlich verpflichtet, die Zins- und Tilgungsraten für ihre Auslandsverpflichtungen in deutscher Währung an die Konversionskasse zu zahlen. Nach innerdeutschem Recht hatten diese Zahlungen schuldbefreiende Wirkung. Infolge der anhaltenden Devisenknappheit war es der Konversionskasse nicht möglich, die ausländischen Gläubiger ihrerseits voll durch Zahlung in Devisen zu befriedigen. Sie handigte den Gläubigern für einen Teil ihrer Ansprüche statt dessen Fundierungsbonds aus.

Da das Ausland seinerzeit diese Regelung auf das heftigste bekämpft und vor allem die schuldbefreiende Wirkung der Zahlungen an die Konversionskasse nicht allgemein anerkannt hat, war es nicht verwunderlich, daß auf der Londoner Schuldenkonferenz eine lebhafte Diskussion über die schuldbefreiende Wirkung der Zahlungen deutscher Schuldner an die Konversionskasse entbrannte. Die Gläubiger vertraten die Auffassung, daß den Zahlungen an die Konversionskasse keinerlei rechtliche Bedeutung beikomme, daß vielmehr die Schuldverpflichtungen trotz der Zahlung an die Konversionskasse in vollem Umfange bestehen geblieben seien. Die deutsche Seite vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. So mußte auch hier ein Kompromiß geschlossen werden, ohne daß eine der beiden Seiten ihren Rechtsstandpunkt aufgab.

Nach den in London getroffenen Vereinbarungen ist jeder deutsche Schuldner verpflichtet, ohne Rücksicht auf seine an die Konversionskasse geleisteten Zahlungen, die Forderungen des Gläubigers nach Maßgabe der neuen Regelungsbestimmungen noch einmal zu erfüllen, jedoch nur insoweit, wie die bereits früher geleisteten Zahlungen nicht in die Hand des Gläubigers gelangt sind.

¹⁵¹⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 78.

¹⁵²⁾ Vgl. Vereinbarte Empfehlungen für die Behandlung von Zahlungen an die Konversionskasse, Anlage V zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 454.

¹⁵³⁾ Vgl. S. 30.

¹⁵⁴⁾ Vgl. Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933, RGBl. I, S. 349.

oder soweit der Gläubiger nicht auf andere Weise befriedigt worden ist, etwa durch Annahme von Schuldverschreibungen der Konversionskasse. Die rückständigen Zinsen werden generell um $\frac{1}{3}$ gesenkt.

Sofern durch diese Regelung der Schuldner zweifach in Anspruch genommen wird, erwächst ihm ein Anspruch gegen den Bund auf Erstattung des doppelt gezahlten Betrages. Dieser Erstattungsanspruch gründet sich auf die Tatsache, daß die Schuldner nach deutschem Recht verpflichtet waren, die Zins- und Tilgungsbeträge auf ihre Schulden an die Konversionskasse zu überweisen. Die mögliche Inanspruchnahme des Bundes aus Erstattungsansprüchen der Schuldner wurde auf 250 Mio DM geschätzt ¹⁵⁵⁾ ¹⁵⁶⁾.

Das Prinzip der nochmaligen Zahlung durch den Schuldner wird nur durchbrochen, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz oder Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern im Saargebiet oder den früher eingegliederten oder besetzten Gebieten Österreichs, Elsaß-Lothringens, Luxemburgs und Eupen-Malmedys hat. In diesen Fällen haftet die Bundesrepublik unmittelbar für die an die Konversionskasse eingezahlten Beträge, und zwar in vollem Umfang für Einzahlungen von Schuldnern aus dem Saargebiet und zu 60 % für diejenigen Beträge, die ein Schuldner in Frankreich, Belgien, Luxemburg oder Österreich an die Konversionskasse eingezahlt hat. Die Begrenzung der Haftung auf 60 % in den letztgenannten Fällen wurde mit Rücksicht auf die beschränkte Territorialhoheit der Bundesrepublik getroffen.

d) Die Schuldverschreibungen der Konversions- k a s s e

Die im Vorstehenden erwähnten, von der Konversionskasse ausgegebenen Schuldverschreibungen lauteten teils auf fremde Währung, teils auch auf Reichsmark. Nach dem letztbekannten Ausweis der Konversionskasse befanden sich am 21. April 1945 Fremdwährungsschuldverschreibungen im Gegenwert von 174 Mio DM (Kurs 30. Juni 1950) und Reichsmark-Schuldverschreibungen in Höhe von 56 Mio RM im Umlauf ¹⁵⁷⁾.

Die auf Reichsmark lautenden Titel wurden, da sie den deutschen Währungsumstellungsgesetzen unterliegen, im Verhältnis 10:1 abgewertet. Der Nennwert der übrigen Schuldverschreibungen blieb

¹⁵⁵⁾ Vgl. Konferenzdokument GD/V/Steer/Dok 11 vom 1. April 1952, S. 3.

¹⁵⁶⁾ Die Erstattung der Doppelzahlung an die deutschen Schuldner regeln die §§ 31 bis 51 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden, vom 24. August 1953, BGBl. I, S. 1003.

¹⁵⁷⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 79 f. Die sonstigen Verbindlichkeiten, für die das Reich keine gesetzliche Haftung übernommen hatte, beliefen sich auf 463 Mio RM.

unverändert. Im übrigen wurden alle Schuldverschreibungen der Konversionskasse durch das Londoner Schuldenabkommen wie folgt einheitlich geregelt:

- a) Die Fälligkeiten der Schuldverschreibungen werden gegenüber den ursprünglichen Fälligkeitsterminen um 17 Jahre hinausgeschoben. Eine Kapitalherabsetzung erfolgt mit Ausnahme der Umstellung der RM-Schuldverschreibungen im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark nicht.
 - b) Der ursprünglich vereinbarte Zinssatz bleibt unverändert.
 - c) Zinsen auf die ausstehenden Kapitalbeträge sind ab 1953 zu zahlen.
 - d) Vom Jahr 1958 an wird den Zinsen ein Tilgungsbetrag von 2 % zugeschlagen. Er bildet mit den Zinsen zusammen eine feste Gesamtannuität.
 - e) Von den rückständigen Zinsen werden $\frac{2}{3}$ gestrichen, $\frac{1}{3}$ fundiert und zu den gleichen Sätzen wie die ursprünglichen Schuldverschreibungen verzinst und getilgt.
- e) Die Verpflichtungen gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die in der Bundesrepublik Deutschland ruhenden Kapitalanlagen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) betragen noch heute rund 234 Mio Goldmark¹⁵⁸⁾. Für diese Verpflichtungen wurde eine einheitliche Regelung getroffen¹⁵⁹⁾. Die Bundesrepublik tritt zunächst — allerdings nur im Verhältnis zur BIZ — als alleiniger Schuldner auf. Der Bund zahlt ab 1. Januar 1953 bis zum 31. März 1966 jährlich einen Betrag in Höhe von 5,6 Mio Schweizerfranken in vierteljährlichen Raten. Durch diese Zahlungen werden die laufenden Zinsen für die Kapitalanlagen der BIZ in Deutschland sowie die Zinsen auf die Zinsrückstände abgegolten. Die Bundesrepublik erlangt durch diese Zahlungen einen Erstattungsanspruch gegen die ursprünglichen Schuldner der BIZ in Westdeutschland bezüglich der für sie gezahlten Zinsen.

Die BIZ hat sich im Hinblick auf die von der Bundesrepublik zu leistenden Zinszahlungen verpflichtet, auf die Rückzahlung ihrer Kapitalanlagen in Deutschland bis zum 1. April 1966 zu verzichten und die Regelung der rückständigen Zinsen bis zu diesem Zeitpunkt zurückzustellen.

¹⁵⁸⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 90.

¹⁵⁹⁾ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 9. Januar 1953, Unterlage A zu Anlage I des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, BGBl. II, S. 380.

f) Die Auslandsschuldverschreibungen der Länder, Gemeinden und ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts

Bei der Regelung der Auslandsanleihen der Länder, Gemeinden und ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts tauchten die gleichen Probleme (Goldklausel, Zahlungen an die Konversionskasse) auf wie bei der Regelung der Reichsanleihen. Es kann insoweit auf die Abschnitte a und c des Kapitels verwiesen werden.

Nach den getroffenen Vereinbarungen bleibt auch bei diesen Schulden der Kapitalbetrag in voller Höhe bestehen, soweit die Schuldverschreibungen auf ausländische Währung lauten. Bei Anleihen mit Goldklausel wird der Goldwert gemäß Artikel 12 des Londoner Schuldenabkommens durch den Dollar ersetzt.

- a) Die Fälligkeitstermine dieser Anleihen werden um 20 Jahre hinausgeschoben.
- b) Der Zinssatz beträgt in der Regel 75 % des ursprünglichen Zinssatzes, höchstens jedoch $5\frac{1}{4}$ % und mindestens 4 %, es sei denn, daß in dem ursprünglich vereinbarten Vertrag ein Zinssatz von weniger als 4 % vorgesehen war.
- c) Die Verzinsung beginnt mit dem Jahre 1953.
- d) Vom Jahre 1958 an wird den Zinszahlungen ein Tilgungsbetrag von jährlich 1 % zugeschlagen, der sich bei Anleihen, die nach dem 1. Januar 1968 fällig werden, von 1963 an auf 2 % erhöht. Zinszahlungen und Tilgungsraten bilden eine feste Annuität.
- e) Von den rückständigen Zinsen werden $\frac{2}{3}$ fundiert und $\frac{1}{3}$ gestrichen.

Alle Anleihen, die außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben worden sind, aber auf Reichsmark lauten, werden im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt. Die Zinsrückstände werden wie der Kapitalbetrag umgestellt und fundiert. Der gesamte noch ausstehende Betrag ist mit dem ursprünglichen Zinssatz zu verzinsen und von 1958 an in gleichen jährlichen Raten zu tilgen. Die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen wird um 15 Jahre hinausgeschoben.

Anleihen, die auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel lauten, werden im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt, wenn es sich um „Anleihen mit spezifisch ausländischem Charakter“¹⁶⁰⁾ handelt.

¹⁶⁰⁾ Anleihen mit spezifisch ausländischem Charakter sind solche Anleihen, die zur Anlage, zum Absatz oder zum Handel ausschließlich im Ausland bestimmt waren. Näheres vgl. in Anlage VII zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 456.

Die vorstehenden Bestimmungen über das Umstellungsverhältnis ausländischer RM-Forderungen auf Deutsche Mark gelten unabhängig von der Person des Schuldners ganz allgemein für alle RM-Forderungen von Ausländern¹⁶¹⁾. Ursprünglich waren bei der Währungsreform zunächst alle RM-Forderungen, die Angehörigen der Vereinten Nationen zustanden, wie RM-Forderungen von Inländern umgestellt worden; auch für sie galten also die Vorschriften des Teils II Umstellungsgesetz, die grundsätzlich eine Umstellung im Verhältnis 10:1 vorsahen. Allerdings fanden die Vorschriften auf die genannten ausländischen Forderungen nur mit der Maßgabe Anwendung, daß die Schuldner für alle zusätzlichen Verbindlichkeiten haftbar blieben, welche die Endregelung der RM-Forderungen von Angehörigen der Vereinten Nationen ihnen auferlegen sollte¹⁶²⁾.

Eine solche Endregelung ist im Londoner Schuldenabkommen und seinen Anlagen einheitlich für alle ausländischen RM-Forderungen getroffen. Dadurch war § 15 des Umstellungsgesetzes gegenstandslos geworden, er wurde durch § 102 des Ausführungsgesetzes zum Londoner Schuldenabkommen aufgehoben¹⁶³⁾. Zur Vermeidung wirtschaftlicher Nachteile räumte man durch das gleiche Gesetz den Schuldnern von Verbindlichkeiten mit spezifisch ausländischem Charakter, die durch die Umstellung dieser Schulden im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark zu einer höheren Leistung verpflichtet sind als sich aus einer Umstellung gemäß Teil II des Umstellungsgesetzes ergibt, insoweit einen Entschädigungsanspruch ein (§ 63). Entschädigungspflichtig ist das Land, in dem der Schuldner seinen Wohnsitz oder Sitz zu dem Zeitpunkt hat, in dem erstmalig eine Entschädigungsleistung fällig wird; handelt es sich um Hypothekenschulden, so ist das Land entschädigungspflichtig, in dem das Grundstück liegt.

Die Vereinbarungen über die Regelung der Auslandsschuldverschreibungen der Länder und Gemeinden galten zunächst nicht für die Schulden der Stadt Berlin und die Schulden der im Besitz von Berlin befindlichen oder von Berlin maßgebend beeinflussten öffentlichen Versorgungsbetriebe, soweit sie in Berlin liegen. Die Regelung dieser Schulden war auf der Londoner Schuldenkonferenz bis zu einem späteren Zeitpunkt zurückgestellt worden mit Rücksicht auf die besonderen Berliner Verhältnisse. Der Zeitpunkt sollte in Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten näher bestimmt

¹⁶¹⁾ Vgl. Art. V Ziff. 3 Anlage II, Art. 6, Anlage V und Anlage VII zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O.

¹⁶²⁾ Vgl. § 15 Umstellungsgesetz in der Fassung des Gesetzes Nr. 46 der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, Nr. 46 vom 31. Januar 1951, S. 756.

¹⁶³⁾ Vgl. Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden vom 24. August 1953, BGBl. I, S. 1003.

werden ¹⁶⁴⁾. „Die Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden. Die in Betracht kommenden Schulden sind seit dem 12. März 1956 regelbar. Die Regelung erfolgt nach den Anlagen des Abkommens, eine Sonderbehandlung wurde nicht vereinbart“ ¹⁶⁵⁾.

g) Die Auslandsanleihen des Staates Preußen

Die Regelung der beiden preußischen Auslandsanleihen, der 6 $\frac{1}{2}$ 0/oigen Äußeren Anleihe von 1926 und 6 0/oigen Äußeren Anleihe von 1927, bot insofern Schwierigkeiten, als durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 ¹⁶⁶⁾ der preußische Staat aufgelöst worden war, ohne daß das Gesetz bestimmte, wer die Verbindlichkeiten Preußens übernehmen sollte. Um bei den Londoner Verhandlungen keine zeitlichen Verzögerungen aufkommen zu lassen, übernahm die Bundesregierung zunächst die Anleiheverpflichtungen Preußens. Sie behielt sich allerdings eine endgültige Regelung im Verhältnis zu dessen Nachfolgeländern vor.

Unter Abzug der im Inland befindlichen Stücke wurde der offenstehende Betrag der beiden preußischen Auslandsanleihen auf etwa 23 Mio Dollar geschätzt ¹⁶⁷⁾. Eine Reduktion dieses Betrages fand nicht statt. Die Anleihen wurden wie folgt geregelt:

- a) Die Laufzeit der neu auszugebenden Schuldverschreibungen beträgt 20 Jahre;
- b) der Zinssatz wird auf 4 0/o festgesetzt.
- c) Die Verzinsung beginnt mit dem Jahre 1953.
- d) Vom Jahre 1958 an wird den Zinsen ein Tilgungsbetrag von jährlich 1 0/o zugeschlagen und bildet mit ihnen zusammen eine feste Gesamtannuität. Die Tilgung kann, wie im ursprünglichen Vertrag vorgesehen, durch Auslosung oder auch durch vorzeitigen Rückkauf erfolgen.
- e) Ausstehende Zinskupons aus der Zeit vom 15. März 1933 bis zum 31. Dezember 1936 werden um 20 Jahre verlängert und mit 50 0/o ihres Betrages — in US-Dollar — in den Jahren 1953, 1954, 1955 und 1956 eingelöst. Die Zinsen, die zwischen dem 1. Januar 1937 und dem 31. Dezember 1952 fällig geworden sind, werden erst bedient, wenn die gegenwärtig außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland liegenden Gebietsteile des früheren Staates Preußen mit der Bundesrepublik vereinigt sind.

¹⁶⁴⁾ Vgl. Art. 5 Abs. 5 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a.a.O., S. 340.

¹⁶⁵⁾ Gurski, a. a. O., S. 237; und Bekanntmachungen zu Artikel 5 Absatz 5 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24. Mai 1956, BGBl. II, S. 658.

¹⁶⁶⁾ Vgl. Gesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947, Auflösung des Staates Preußen, Journal Officiel, S. 582.

¹⁶⁷⁾ Vgl. Deutsche Auslandsschulden, Dokumente, a. a. O., S. 83.

2. Die Regelung der mittel- und langfristigen Schulden aus privaten Kapitalgeschäften¹⁶⁸⁾

Zur zweiten Hauptgruppe der auf der Londoner Schuldenkonferenz geregelten deutschen Auslandsschulden gehören alle Verbindlichkeiten privater Schuldner aus Auslandsanleihen oder Krediten mit mindestens fünfjähriger Laufzeit, soweit die Anleihen oder Kredite auf eine nichtdeutsche Währung oder auf deutsche Währung mit einer Devisen- oder Goldklausel lauten. Ausgenommen sind lediglich Schulden, deren ursprüngliche Höhe (umgerechnet nach dem Wechselkurs vom 1. Juli 1952) unter 40 000 US-Dollar lag, Schulden aus den deutsch-schweizerischen Abkommen vom 6. Dezember 1920 und 25. März 1923¹⁶⁹⁾, sowie die Schulden der deutsch-schweizerischen Grenzkraftwerke. Bei Schuldnern, deren Vermögenswerte zum Teil in Mittel- oder Ostdeutschland liegen, verringert sich die Höhe der unter das Schuldenabkommen fallenden Verpflichtungen entsprechend den Vermögensverlusten. Die Schuldner bleiben jedoch für diese Verbindlichkeiten haftbar und sind gehalten, ihre alten Verpflichtungen in voller Höhe zu erfüllen, sobald ihnen die verlorengegangenen Vermögenswerte wieder zugänglich sind.

Ausgangspunkt und Grundlage für die individuelle Neuregelung der genannten lang- und mittelfristigen Schulden ist derjenige Betrag, der sich aus dem noch nicht zurückgezahlten Kapitalbetrag zuzüglich aller bis zum 1. Januar 1953 geschuldeten und noch nicht gezahlten Zinsen ohne Zinseszinsen errechnet. Eine generelle Kapitalherabsetzung findet nicht statt, doch werden die Zinsrückstände zu $\frac{1}{3}$ gestrichen. Als ausstehend gilt auch ein Betrag, der trotz Zahlung durch den Schuldner nicht in die Hand des Gläubigers gelangt ist oder für den der Gläubiger nicht ausdrücklich oder stillschweigend andere Leistungen, hauptsächlich Schuldverschreibungen der Konversionskasse, als Zahlung angenommen hat. Wird ein Schuldner durch diese Regelung doppelt in Anspruch genommen, so hat er einen Erstattungsanspruch gegen den Bund¹⁷⁰⁾.

Wie bei den Reichsanleihen bleiben Verpflichtungen, die auf ausländische Währung ohne Goldklausel lauten, mit ihrem ursprünglichen Nennbetrag bestehen. Alle durch Goldklausel gesicherten Ansprüche werden, mit Ausnahme der auf Schweizerfranken lautenden Schulden, gemäß Artikel 12 des Londoner Schuldenabkommens so

¹⁶⁸⁾ Vgl. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung mittel- und langfristiger deutscher Schulden aus privaten Kapitalgeschäften, Anlage II zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 388.

¹⁶⁹⁾ Vgl. S. 75 f.

¹⁷⁰⁾ Vgl. S. 63.

behandelt, als wäre der Schuldbetrag ursprünglich in Dollar festgesetzt worden. Kredite, die auf Reichsmark lauteten und durch eine Goldklausel gesichert waren, werden — soweit sie „spezifisch ausländischen Charakter“ besitzen — im Verhältnis 1:1, die übrigen Reichsmarkschulden im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt. Weiterhin sehen die vereinbarten Empfehlungen folgendes vor:

- a) Die Fälligkeit wird je nach der Art der Schulden und des Schuldners vom 1. Januar 1953 an gerechnet um 10 bis 25 Jahre hinausgeschoben. Ist der ausstehende Schuldbetrag sehr klein oder im Verhältnis zur Höhe der ursprünglichen Anleihe sehr gering¹⁷¹⁾, so können Gläubiger und Schuldner jedoch eine frühere, ja sogar sofortige Rückzahlung des gesamten Schuldbetrages vereinbaren. Diese Bestimmung ist vor allem deshalb wichtig, weil im Falle der sofortigen Rückzahlung einer Schuld der Neu- oder Überdruck der Anleihestücke und das gesamte, mit erheblichen Kosten verbundene Präsentationsverfahren fortfällt.
- b) Der ausstehende Kapitalbetrag einschließlich der fundierten Zinsen wird grundsätzlich mit 75 % des in den alten Verträgen vereinbarten Zinssatzes verzinst. Der Höchstzinssatz beträgt 6 %, der Mindestzinssatz 4 %. Letzterer darf nur unterschritten werden, soweit in den alten Verträgen bereits eine niedrigere Verzinsung vorgesehen war.
- c) Die Zinsen sind ab 1953 zahlbar.
- d) Der neue Kapitalbetrag (ausstehendes Kapital zuzüglich fundierter Zinsen) wird von 1958 bis 1962 mit 1 % und von 1963 an bis zum vereinbarten Fälligkeitstermin mit 2 % getilgt. Über diese Rückzahlungen hinaus kann der Schuldner Tilgungen durch Rückkauf der Anleihestücke zum jeweiligen Börsenkurs am offenen Markt vornehmen.

Die vorstehenden Regelungsbedingungen brauchen nicht unter allen Umständen eingehalten zu werden. Schuldner und Gläubiger können vielmehr in Härtefällen, vor allem bei wesentlichen Vermögenseinbußen des Schuldners, eine für den Schuldner günstigere Vereinbarung treffen. Geschieht das im Hinblick auf die fehlende Verfügungsgewalt eines Schuldners über Vermögenswerte in Mitteldeutschland, so sollen die Vertragsparteien nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine angemessene Anpassung der Regelung an die veränderten Verhältnisse vornehmen.

¹⁷¹⁾ Als Kleinbeträge gelten bei Einzelschuldverhältnissen Beträge bis zu DM 50 000,- einschl. der aufgelaufenen Zinsen und bei Anleihen Beträge bis zu DM 600 000,- einschl. der aufgelaufenen Zinsen (vgl. Mitteilungen der Bank deutscher Länder Nr. 6033/53 und Nr. 6075/53).

3. Das Deutsche Kreditabkommen von 1952

Die leichteste Arbeit auf der Londoner Schuldenkonferenz hatte der Ausschuß, der sich mit der Regelung der Stillhalteschulden befassen mußte. Einerseits standen sich hier nur eine begrenzte Anzahl von Gläubigern und Schuldern gegenüber. In der Mehrzahl waren es Banken, die in der Nachkriegszeit zum Teil schon wieder Geschäftsbeziehungen untereinander angeknüpft hatten. Andererseits, und das war der entscheidende Punkt, konnte man bei der Regelung dieser Schulden an die Stillhalteabkommen der dreißiger Jahre anknüpfen. Das deutsche Kreditabkommen von 1952¹⁷²⁾ wurde daher in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt.

Das Volumen der zu regelnden Stillhalteschulden betrug 1952 noch rund 500 Mio DM. Gläubiger waren in erster Linie britische Banken, daneben aber auch amerikanische und schweizerische Kreditinstitute. „Etwa zwei Drittel der Kredite waren deutschen Banken gewährt, die sie an Industrie- und Handelsfirmen weitergeleitet hatten, während ein Drittel von deutschen Wirtschaftsunternehmungen direkt, d. h. ohne Einschaltung von Banken, geschuldet war“¹⁷³⁾.

Ziel des Abkommens war es, die eingefrorenen kurzfristigen Bankkredite aus den zwanziger und dreißiger Jahren aufzutauen und darüber hinaus das Kreditvolumen nach und nach zu verringern. Dazu waren drei Wege vorgesehen, die Rekommmerzialisierung, die Gewährung neuer Kredite und die Rückzahlung der alten Kredite in Deutscher Mark.

a) Rekommmerzialisierung

Mit der „Rekommmerzialisierung“ der Stillhaltecredite war kein sofortiger Schuldenabbau verbunden. Die alten Kredite sollten vielmehr nur auf eine neue Basis gestellt werden, die es den ausländischen Banken ermöglichte, auf ihr Zentralbankinstitut bzw. auf den Geldmarkt zurückzugreifen.

Die ausländischen Gläubigerbanken durften einen Teil ihrer Stillhaltecredite in Devisen abrufen, wenn sie gleichzeitig einer deutschen Bank oder einem deutschen Unternehmen Kreditlinien zur Finanzierung laufender Außenhandelsgeschäfte in entsprechender Höhe eröffneten. Die neuen Kreditlinien unterlagen dem Abkommen. Die Quote, bis zu der die Rekommmerzialisierung jeweils zulässig war, bestimmte die Bank deutscher Länder.

¹⁷²⁾ Vgl. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung der Stillhalteschulden: Das deutsche Kreditabkommen von 1952, Anlage III zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 402.

¹⁷³⁾ Krebs, Paul, Stillhaltung erfüllte ihren Zweck, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 7. Jahrgang, 24. Heft vom 15. Dezember 1954, S. 807.

Gegen die Eröffnung der sogenannten Ersatzlinien im Zuge der Rekommmerzialisierung konnte die Bank deutscher Länder Einspruch erheben, wenn die Ersatzlinien nicht einer Außenhandelsbank eingeräumt wurden und die Wahrscheinlichkeit bestand, daß der neue Schuldner von der Ersatzlinie keinen angemessenen Gebrauch machen würde. Nutzte ein Berechtigter nach Auffassung der Bank deutscher Länder eine gewährte Ersatzlinie nicht genügend aus, so konnte die Bank den ausländischen Gläubiger auch ersuchen, den nicht ausgenutzten Teil anderen Unternehmen in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen.

b) Gewährung neuer Kredite

Räumte eine ausländische Gläubigerbank irgendeinem Schuldner in Deutschland außerhalb des Stillhalteabkommens eine neue zusätzliche Kreditlinie — also keine Ersatzlinie — in nichtdeutscher Währung ein, so konnte sie von einem oder mehreren ihrer Stillhalteschuldner die Rückzahlung der Stillhalte kredite fordern. Der Rückzahlungsanspruch belief sich für jede ursprüngliche und spätere dreimonatige Inanspruchnahme der neuen Kreditlinie auf 3 % des gewährten neuen Kreditbetrages¹⁷⁴⁾. Die neue Kreditlinie unterlag nicht dem Abkommen. Im Gegensatz zur Rekommmerzialisierung wurde hier also schon während der Laufzeit des Kreditabkommens ein echter Abbau der alten Stillhalteschulden erreicht.

c) Rückzahlung in deutscher Währung

Die ausländischen Gläubigerbanken konnten von ihren Schuldnern auch eine Rückzahlung der Stillhalte kredite in deutscher Währung verlangen. Die auf Grund eines solchen Verlangens geleisteten Zahlungen wurden den ausländischen Gläubigern auf Sperrmark-Konten gutgeschrieben. Einen Anspruch auf Transfer der Sperrmarkbeträge hatten die Gläubiger nicht. Jede derartige Überweisung bedeutete nach Annahme durch die ausländische Gläubigerbank eine endgültige Rückzahlung des Stillhalte kredits.

Der Betrag, den ein Stillhalteschuldner an seine Gläubigerbank insgesamt zu zahlen hatte, setzte sich zusammen aus der Kapitalforderung und den rückständigen Zinsen. Die rückständigen Zinsen wurden vom Zeitpunkt der letzten Zinszahlung an bis zum Inkrafttreten des Kreditabkommens mit 4 % jährlich berechnet.

Die Laufzeit des Abkommens erstreckte sich über 12 Monate. Alle dem Abkommen unterliegenden Verbindlichkeiten sollten, soweit sie nicht rekommmerzialisiert worden waren, mit Ablauf des

¹⁷⁴⁾ Vgl. Deutsches Kreditabkommen von 1952, Ziffer 9 Abs. 1, a. a. O., S. 417.

Abkommens fällig und zahlbar werden. Für die rekommmerzialiserten Kredite galten die jeweiligen individuell vereinbarten Fälligkeitstermine. Die Kredite konnten natürlich auch zwischen den Beteiligten als Kreditlinien außerhalb des Londoner Abkommens zu den ursprünglichen oder auch zu neuen Bedingungen weiterlaufen¹⁷⁵⁾.

4. Regelung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, gewisser Forderungen aus dem Kapitalverkehr und verschiedener anderer Forderungen¹⁷⁶⁾

Die vierte und letzte Hauptgruppe der im Londoner Schuldenabkommen geregelten Auslandsverpflichtungen ist das Sammelbecken für alle die Auslandsschulden, die in den übrigen Hauptgruppen nicht geregelt worden sind. Zu den hier erfaßten rund 300 000 einzelnen Schuldverhältnissen, deren Gegenwert sich etwa auf 1,2 Mrd DM belief, zählen zum Beispiel Forderungen aus dem Handelsverkehr, Lohn-, Gehalts-, Pensions- und Versicherungsansprüche, Vergütungen für Patente, Forderungen aus dem Kapitalverkehr, Mieten, Pachtzinsen und ähnliches.

Die Verschiedenartigkeit der Schulden sowie der sozialen Struktur der Schuldner brachte es mit sich, daß vor allem die Erörterung einer allen Interessen gerecht werdenden Härteklausel einen breiten Raum einnahm. Die schließlich gefundene Lösung sieht vor, daß Schuldner, denen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage eine Bedienung ihrer Verpflichtungen zu den allgemeinen Bedingungen nicht zugemutet werden kann, Erleichterungen erhalten sollen, die ihren besonderen Verhältnissen Rechnung tragen. Können sich Gläubiger und Schuldner über die Erleichterungen nicht einigen, so entscheidet das zuständige deutsche Gericht. Gegen diese erstinstanzliche Entscheidung kann der Gläubiger entweder die ihm nach deutschem Recht zustehenden Rechtsmittel einlegen oder aber innerhalb von 30 Tagen nach Zustellung der erstinstanzlichen Entscheidung ein besonderes Schiedsgericht anrufen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist bindend.

Bei der Aushandlung der Regelungsbedingungen für die einzelnen Schuldenarten ergaben sich Meinungsverschiedenheiten vor allem bezüglich der Warenschulden. Die Gläubigervertreter machten geltend, Sachwerte hätten keiner Abwertung unterlegen. Sie strebten daher an, bei Warenschulden die Verpflichtungen des Schuld-

¹⁷⁵⁾ Vgl. Krebs, a. a. O., S. 807.

¹⁷⁶⁾ Vgl. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, gewisser Forderungen aus dem Kapitalverkehr und verschiedener anderer Forderungen, Anlage IV zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 434.

ners auf den jetzigen Sachwert der damaligen Lieferungen zu erhöhen oder wenigstens durchzusetzen, daß die auf Reichsmark lautenden Verbindlichkeiten im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt würden. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Vertragspartner schließlich dahingehend, daß zwar alle auf Reichsmark lautenden Forderungen abgewertet wurden, daß aber die Bundesrepublik den Transfer auch für diese Verpflichtungen zugestand.

Wie die Warenschulden, so werden auch alle sonstigen auf Reichsmark lautenden Forderungen ausländischer Gläubiger im Verhältnis 10:1 umgestellt und damit wie gleichartige Forderungen inländischer Gläubiger behandelt. Lediglich für Forderungen, die auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel lauten und spezifisch ausländischen Charakter tragen, wurde eine Umstellung im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark vereinbart.

Im allgemeinen wird der ausstehende Kapitalbetrag der zur vierten Hauptgruppe zusammengefaßten Schulden nicht herabgesetzt. Die bis zum 31. Dezember 1952 aufgelaufenen Zinsrückstände werden zu $\frac{2}{3}$ fundiert und dem Kapital zugeschlagen. Von 1953 bis 1957 einschließlich sollen Zinsen nicht geschuldet werden. Die Neuverzinsung beginnt erst mit dem Jahr 1958, und zwar zu einem Zinssatz von 75 % des ursprünglich vereinbarten Zinssatzes. Der neue Zinssatz soll 6 % nicht übersteigen, jedoch wenigstens 4 % betragen, es sei denn, daß in dem ursprünglichen Vertrag ein geringerer Zinssatz als 4 % vereinbart war.

Die Rückzahlung der Schulden erstreckt sich über einen Zeitraum von 17 Jahren. Bei den Handelsschulden ist allerdings eine schnellere Abwicklung vorgesehen. $\frac{1}{3}$ dieser Schulden war sofort fällig, während die restlichen $\frac{2}{3}$ in 10 gleichen Jahresraten ab 1954 getilgt werden sollen.

Die Zins- und Rückzahlungsbeträge sind in Valuta zu entrichten, es sei denn, Gläubiger und Schuldner vereinbaren ausdrücklich etwas anderes. Nur Zinsen und Tilgungen für auf Reichsmark lautende Kapitalforderungen werden in deutscher Währung geschuldet. Bei diesen Kapitalforderungen bleiben auch die alten Vertragsbedingungen über Zinsen und Tilgungen bestehen.

C. Sonstige Abkommen zur Regelung deutscher Vorkriegs- und Kriegsschulden

Wie schon erwähnt, konnte man sich in London nicht über alle deutschen Auslandsschulden einigen. So wurde der Abschluß einer Reihe von Nebenabkommen erforderlich, die aber in engem Zusammenhang mit dem Londoner Schuldenabkommen stehen, sei es, daß sie nachträglich als Anlagen in das Abkommen aufgenommen

wurden oder aber daß zu ihrem Inkrafttreten die ausdrückliche Zustimmung der Alliierten erforderlich war. Insgesamt wurden durch solche Nebenabkommen sechs Schuldengruppen geregelt.

1. Vereinbarungen über gewisse österreichische Auslandsschulden

Die Bundesrepublik hatte sich gegenüber den Westmächten in der Schuldenerklärung vom 6. März 1951 verpflichtet, für „Zinsen und andere Kosten“ von Obligationen der österreichischen Regierung, die nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind, die Haftung zu übernehmen. Es handelte sich um sieben verschiedene Anleihen.

Die Regelung dieser Verpflichtungen bereitete erhebliche Schwierigkeiten, da man auf deutscher Seite unter „Kosten“ die bei den Banken üblichen Gebühren verstanden wissen wollte, während die Gläubigervertreter in London die Auffassung vertraten, daß sich der Begriff „Kosten“ auch auf die Amortisationsraten erstrecke. Auf der Londoner Konferenz selbst war eine Verständigung zwischen den Gläubigern und der deutschen Delegation für Auslandsschulden nicht herbeizuführen. Die Verbindlichkeiten sind erst nach längerem Briefwechsel zwischen der deutschen Delegation und den Gläubigerververtretungen und Garantieregierungen im Oktober-November 1952 im Kompromißwege geregelt worden ¹⁷⁷⁾.

Die Bundesrepublik erklärte sich auf Drängen der Gläubiger grundsätzlich bereit, neben der Zahlung der Zinsen und Bankgebühren auch die Haftung für die in der Zeit zwischen dem 12. März 1938 und dem 8. Mai 1945 fällig gewordenen Amortisationsraten auf die österreichischen Schulden zu übernehmen. Dadurch hat der Bund insgesamt zu zahlen für

- a) die 7%ige internationale Bundesanleihe der Republik Österreich von 1930 10 Mio DM
- b) die Regierungsschuldverschreibungen der Österreichischen Creditanstalt von 1936 1 Mio DM
- c) die Internationale garantierte Bundesanleihe der Republik Österreich von 1933 und die garantierte Österreichische Konversionsanleihe von 1934 3,6 Mio £
- d) die 5%igen Schuldverschreibungen der Republik Österreich für Staatsschuldrückstände (Fundings) von 1923 und 1926 12,5 Mio ffrs
- e) die zwei von der Caisse-Commune verwalteten Vorkriegsanleihen der österreichisch-ungarischen Monarchie 4,1 Mio DM

¹⁷⁷⁾ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vertretern der Gläubiger und Garantiemächte über die Haftung der Bundesrepublik für gewisse österreichische Auslandsanleihen vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 504.

Die unter b), d) und e) genannten Beträge waren bis Ende 1957 bereits voll zurückgezahlt.

Bei der Regelung dieser Schulden ging die Bundesregierung von der Erwartung aus, daß die österreichische Bundesregierung für sich und ihre Staatsangehörigen auf die Geltendmachung aller Ansprüche aus den von ihnen im Wege des Umtauschs erworbenen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe von 1938 II. Ausgabe verzichtete. Die Bundesrepublik wollte dann ihrerseits keine Ansprüche aus den erworbenen Schuldverschreibungen gegen Österreich geltend machen.

Dementsprechend sind die Schuldverschreibungen der Reichsanleihe von 1938 II. Ausgabe im Allgemeinen Kriegsfolgengesetz von der Bedienung ausgenommen worden, soweit sie am 8. Mai 1945 der Republik Österreich, österreichischen Staatsangehörigen oder juristischen Personen mit Sitz in Österreich zugestanden haben¹⁷⁸⁾.

2. Restverbindlichkeiten aus dem deutsch-französischen Verrechnungsverkehr während des Zweiten Weltkrieges

An sich ist durch Artikel 5 Abs. 2 des Londoner Schuldenabkommens¹⁷⁹⁾ die Prüfung aller aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Forderungen gegen die Deutsche Verrechnungskasse bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt worden. Eine Ausnahme gilt nur für die infolge der Kriegsereignisse steckengebliebenen Überweisungen¹⁸⁰⁾. Bisher hat lediglich Frankreich die Regelung derartiger Forderungen verlangt.

Zur endgültigen Bereinigung der bei der Deutschen Verrechnungskasse steckengebliebenen Einzahlungen deutscher Schuldner an französische Gläubiger verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland, an Frankreich eine einmalige Abfindung in Höhe von 700 000,— DM zu zahlen¹⁸¹⁾. Dieser Betrag war am 1. Oktober 1953 fällig, eine Verzinsung bis zu diesem Zeitpunkt fand nicht statt.

3. Die Schweizerfranken-Grundsulden

Auf der Londoner Schuldenkonferenz vertrat die deutsche Delegation für Auslandsschulden die Auffassung, daß auch die ursprünglich auf Goldmark oder Mark mit Goldklausel lautenden Hypotheken und Realkredite Schweizer Gläubiger aus der Zeit vor dem

¹⁷⁸⁾ Vgl. § 31 des Gesetzes zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 5. November 1957, BGBl. I, S. 1747.

¹⁷⁹⁾ Vgl. Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 340.

¹⁸⁰⁾ Vgl. Art. 10 Anlage IV zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 440 f.

¹⁸¹⁾ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Regelung der Forderungen der Französischen Republik an die Bundesrepublik Deutschland vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 519.

Ersten Weltkrieg unter das Londoner Schuldenabkommen fielen und uneingeschränkt nach Anlage IV des Abkommens zu behandeln seien. Die Schweiz dagegen lehnte den deutschen Standpunkt ab und erklärte, daß die Frage der Schweizerfranken-Grundsulden durch das „Zusatzabkommen zum Abkommen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldhypothenken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner“ vom 25. März 1923¹⁸²⁾ endgültig geregelt worden sei. Auf der Londoner Schuldenkonferenz konnte eine Einigung über diese Frage nicht herbeigeführt werden.

Man klammerte daher diese Forderungen aus und verwies Gläubiger und Schuldner auf bilaterale Verhandlungen¹⁸³⁾.

Die Verhandlungen führten zum Abschluß der „Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden“, die am 16. September 1953 in der Bundesrepublik und am 5. Oktober 1953 in West-Berlin in Kraft getreten ist¹⁸⁴⁾. Die Vereinbarung bezieht sich auf rund 400 Grundsulden im Gesamtbetrage von rund 85 Mio DM¹⁸⁵⁾.

Es wurde festgelegt, daß die Tilgung der Grundsulden am 1. Januar 1958 beginnen soll, und zwar sind in den ersten 5 Jahren jährliche Tilgungsraten in Höhe von 3 %, vom 6. bis 10. Jahr in Höhe von 8 % und vom 11. bis 13. Jahr von 15 % vom Nennbetrag der Grundsuld zu entrichten. Bei ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden erhält der Schuldner gewisse Ermäßigungen.

Die Zinsrückstände bis zum 31. Dezember 1952 durften mit höchstens 4 % berechnet werden und waren innerhalb von 6 Monaten nach Zahlungsaufforderung in Deutscher Mark zu entrichten. Der ausstehende Kapitalbetrag wird vom 1. Januar 1953 an mit 75 % des ursprünglichen Zinssatzes, mindestens jedoch mit 4 % verzinst.

¹⁸²⁾ Vgl. RGBI. II, S. 284. Das Abkommen vom 6. Dezember 1920 (RGBI. S. 2024) behandelte die Neuregelung der auf Goldmark oder Mark mit Goldklausel lautenden Hypothenken und Real-kredite Schweizer Gläubiger, die deutschen Schuldnern vor dem Ersten Weltkrieg gewährt worden waren. Es galt damals zu verhindern, daß deutsche Schuldner infolge der fortschreitenden Inflation ihre Verbindlichkeiten gegenüber ihren Schweizer Gläubigern zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes hätten erfüllen können. Gegen langfristige Stundung und Zinsreduktionen erhielten die Gläubiger einen neuen auf Gold lautenden Kapitalanspruch. Der Abschluß des Zusatzabkommens vom 25. März 1923 wurde später erforderlich, weil die deutsche Rechtsprechung die dingliche Wirkung des Hauptabkommens verneint hatte. Die wesentlichsten Punkte dieses Zusatzabkommens waren: Die persönliche Haftung des Schuldners entfällt; die Hypothenken werden in Grundsulden umgewandelt; der nach dem Vorkriegskurs berechnete Schweizerfranken tritt an die Stelle der früheren Goldmark, zum Schutze des Gläubigers wird bei Grundstücken eine Eigentümergrundsuld in Höhe von 20 % der Gläubigergrundsuld mit gleichem Recht eingetragen.

¹⁸³⁾ Vgl. Artikel 2 der Anlage IV und die Unteranlage zu Anlage IV des Abkommens über deutsche Auslandssulden, a. a. O., S. 436 und S. 453.

¹⁸⁴⁾ Vgl. Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden vom 23. Februar 1953, BGBI. II 1954, S. 539.

¹⁸⁵⁾ Vgl. Gurski, a. a. O., S. 403.

4. Die belgische Markforderung

Die belgische Markforderung ist eine politische Schuld des Ersten Weltkrieges, verursacht durch die dem belgischen Staat während der Besetzung, insbesondere durch die Ausgabe von Reichsbanknoten zugefügten finanziellen Schäden. Nach Artikel 5 Abs. 2 des Londoner Schuldenabkommens hätte die Regelung dieser Schuld an sich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zurückgestellt werden müssen. Wenn die Forderung trotzdem in den Kreis der von der Bundesrepublik zu bedienenden Verbindlichkeiten einbezogen wurde, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Alliierten diese Verpflichtung des Deutschen Reiches von jeher nicht als politische Schuld betrachteten. Die belgische Markforderung fiel daher auch schon 1931 nicht unter das Hoover-Moratorium.

In einem zweiseitigen Abkommen¹⁸⁶⁾ verpflichtete sich die Bundesrepublik zur Abgeltung der bis zum 8. Mai 1945 auf Grund des deutsch-belgischen Abkommens vom 13. Juli 1929¹⁸⁷⁾ fällig gewordenen, aber nicht in die Hände der belgischen Regierung gelangten Tilgungsraten, 40 Mio DM in belgischer Währung zu zahlen. Diese Schuld wird durch Entrichtung von fünf Jahresraten (1953 bis 1957) zu je 2 Mio DM und von zehn Jahresraten (1958 bis 1967) zu je 3 Mio DM getilgt. Für die einzelnen Annuitäten gibt die Bundesrepublik auf Deutsche Mark lautende Schuldverschreibungen aus. Die Schuld ist unverzinslich. Nur bei Zahlungsverzug werden die am Fälligkeitstage nicht eingelösten Schuldverschreibungen mit 3 % verzinst.

5. Die Ansprüche amerikanischer Staatsangehöriger aus Entscheidungen der Mixed Claims Commission

Auch die amerikanischen Ansprüche aus den Entscheidungen der Mixed Claims Commission haben ihre Ursache im Ersten Weltkrieg. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine deutsch-amerikanische gemischte Kommission gebildet, die sich mit den Schadensersatzansprüchen der US-Regierung, amerikanischer Staatsangehöriger, Gesellschaften und Vereine gegen Deutschland wegen der im Zusammenhang mit dem Kriege erlittenen Vermögenseinbußen zu befassen hatte. Auf Grund des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens¹⁸⁸⁾ „begab Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika deutsche Schuldverschreibungen in ausreichender Höhe, um die zugunsten der Vereinigten Staaten und ihrer Staatsangehörigen von der Mixed

¹⁸⁶⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien vom 23. Dezember 1952, Unteranlage B zu Anlage I des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a a.O., S. 381.

¹⁸⁷⁾ Vgl. RGBl. 1930 II, S. 45.

¹⁸⁸⁾ Vgl. Gesetz über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen vom 13. März 1930, RGBl. II, S. 385.

Claims Commission entschiedenen Ansprüche zu regeln.“¹⁸⁹⁾ Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1933 wurden von Deutschland keine Zahlungen mehr auf diese Schuldverschreibungen geleistet. Der ausstehende Schuldbetrag belief sich bei Beginn der Londoner Konferenz noch auf 103 Mio Dollar¹⁹⁰⁾. Amerika verneinte wie bei der belgischen Markforderung den politischen Charakter dieser Schuld und bestand auf deren Regelung. In das Londoner Schuldenabkommen bezog man die Verpflichtungen allerdings nicht mit ein; sie wurden vielmehr in einem besonderen Vertrag geregelt¹⁹¹⁾.

Der ausstehende Schuldbetrag wurde auf 97,5 Mio Dollar neu festgesetzt. Er ist in 26 Jahresraten zu tilgen, wobei

in den ersten 5 Jahren je	3,0 Mio Dollar,
in den nächsten 5 Jahren je	3,7 Mio Dollar,
in den letzten 16 Jahren je	4,0 Mio Dollar

zu zahlen sind. Die Schuld wird nicht verzinst. Nur für rückständige Jahresraten hat die Bundesrepublik $3\frac{3}{4}\%$ Zinsen zu entrichten. In Höhe des Schuldbetrages mußte die Bundesrepublik neue auf Dollar lautende Schuldverschreibungen ausgeben.

6. Die Schweizer Clearing-Milliarde

Wie bereits ausgeführt, schuldete das Deutsche Reich der Schweiz aus dem bilateralen Warenverkehr während des Krieges rund 1,13 Mrd sfrs. (die sogenannte Clearing-Milliarde). Diese Schuld wurde im Zusammenhang mit der Freigabe der deutschen Vermögen in der Schweiz geregelt.

Das deutsch-schweizerische Abkommen vom 26. August 1952¹⁹²⁾ sieht zur Abgeltung aller Ansprüche der schweizerischen Eidgenossenschaft gegen das ehemalige Deutsche Reich eine Zahlung seitens der Bundesrepublik in Höhe von 650 Mio sfrs. vor.

Maßgebend für die erhebliche Reduktion der schweizerischen Forderungen war erstens, daß man glaubte, die Bundesrepublik nicht voll für die Schulden des ehemaligen Reiches haftbar machen zu können, da ihr Gebiet nur einen Teil des früheren Reichsgebietes umfaßt. Zweitens erklärten die Alliierten, die schon immer Einwendungen gegen die Clearing-Vorschüsse der Schweiz an das kriegsführende Deutschland erhoben hatten, ohne ihre Nachkriegs-Wirtschaftshilfe wäre Deutschland überhaupt nicht in der Lage, irgend-

¹⁸⁹⁾ Vgl. Bundesrat, BR-Drucksache 116/53 vom 18. März 1953 (im folgenden zitiert: BR-Drucksache 116/53), Anlage 2c.

¹⁹⁰⁾ Vgl. BR-Drucksache 116/53, Anlage 2c.

¹⁹¹⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 487.

¹⁹²⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Regelung der Forderungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegen das ehemalige Deutsche Reich vom 26. August 1952, BGBl. 1953 II, S. 22.

welche Auslandsschulden zu bezahlen. Die Schweiz müsse daher eine ähnliche Kürzung ihrer Ansprüche zugestehen wie die Alliierten bei ihren Nachkriegsforderungen.

Von der Gesamtschuld mußte der Bund einen Betrag in Höhe von 121,5 Mio sfrs. zur Entschädigung der Schweizer Kriegsoffer kurzfristig zur Verfügung stellen, und zwar 60 Mio sfrs. am 1. April 1953 und je 20,5 Mio sfrs. am 1. April der drei darauf folgenden Jahre. Diese drei Raten wurden vom 1. April 1953 an mit 3 % verzinst.

Im übrigen sieht der Tilgungsplan vor, daß ein Betrag von 328,5 Mio sfrs. in 4 gleichen Jahresraten von je 5 Mio sfrs. ab 1. April 1953 und in weiteren 27 Zins- und Tilgungsraten von je 14,9 Mio sfrs. ab 1. April 1957 zurückgezahlt wird. Auf die 27 Raten waren vom 1. April 1953 bis 31. März 1957 3 % Zinsen zu zahlen. Der Restbetrag von 200 Mio sfrs. sollte zu Investitionszwecken in Deutschland stehen bleiben und bis zum Abschluß eines entsprechenden Vertrages mit 3 % verzinst werden. Die Tilgung sollte frühestens nach 20 Jahren erfolgen.

Der für Investitionszwecke bestimmte Betrag wurde 1953 auf 250 Mio sfrs. erhöht. Die ab 1957 zu zahlenden Annuitäten ermäßigen sich dadurch auf rund 12,5 Mio sfrs. Von den 250 Mio sfrs. sind 140 Mio sfrs. für die Bundesbahn und 110 Mio sfrs. für Firmen der deutschen Eisenindustrie (Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG, August Thyssen-Hütte AG, Phoenix-Rheinrohr AG und Eisenwerk-Gesellschaft Maximilians-Hütte) bestimmt. Die Laufzeit der Kredite liegt zwischen 18 und 22 Jahren mit nachheriger Transfargarantie.

Im Zuge einer Neuregelung der schweizerischen Verrechnungsschuld aus der Abwicklung der ehemaligen EZU gegenüber der Bundesrepublik ist im Juni 1959 das Abkommen aus dem Jahre 1952 durch ein Zusatzabkommen ergänzt worden. Nach dem Zusatzabkommen wird die noch verbliebene Laufzeit der schweizerischen Forderung von 24 auf 12 Jahre verkürzt. Die jährlichen Zahlungen der Bundesrepublik erhöhen sich durch diese Vereinbarung von 12,5 auf 22,4 Mio sfrs. Der Zinssatz bleibt mit 2 % unverändert¹⁹³⁾.

D. Die Abkommen zur Regelung der deutschen Nachkriegsschulden

1. Die deutsch-amerikanischen Abkommen

Wie schon im zweiten Kapitel geschildert¹⁹⁴⁾, beliefen sich die ursprünglichen Forderungen der westlichen Alliierten aus der West-

¹⁹³⁾ Vgl. Zusatzabkommen mit der Schweiz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 141 vom 23. Juni 1959. Das Zustimmungsgesetz war bis zum Abschluß dieser Arbeit noch nicht ergangen.

¹⁹⁴⁾ Vgl. S. 37.

deutschland gewährten Nachkriegswirtschaftshilfe auf über 4 Mrd US-Dollar. Von dieser Summe entfiel der weitaus größte Teil auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die US-Regierung machte Ansprüche auf 3,351 Mrd Dollar aus der Nachkriegswirtschaftshilfe im engeren Sinne und auf 0,217 Mrd Dollar aus der Lieferung von Überschußgütern geltend. Beide Forderungen wurden in gesonderten Abkommen geregelt.

a) Die Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

Die von der US-Regierung mitgeteilten Beträge, die als Wirtschaftshilfe Verwendung gefunden haben sollten, wurden von der deutschen Delegation eingehend geprüft. Die Schwierigkeit, die sich dabei bot, war, daß keine deutschen Unterlagen zur Verfügung standen und daher nur auf amtliches amerikanisches Material zurückgegriffen werden konnte. Als Unterlagen dienten die amerikanischen Bewilligungsgesetze und die Aufstellungen der amerikanischen Rechnungsprüfungsbehörden. Dabei stellte sich heraus, daß von der amerikanischen Wirtschaftshilfe

von insgesamt	\$ 3 351 437 022,—
ein Teil in Höhe von	\$ 337 462 345,—
nicht unmittelbar zum Vorteil der deutschen Wirtschaft verwandt worden war, so daß nach Abzug dieses Betrages eine Schuld von	\$ 3 013 974 677,—
verblieb ¹⁹⁵⁾ .	

Die Überprüfung der amerikanischen Unterlagen erwies sich später als bedeutungslos, da die US-Regierung sich zu einer Reduktion des Schuldbetrages auf Dollar 1 000 000 000,— bereit erklärte¹⁹⁶⁾. Darüber hinaus wurde die Tilgung der Schuld bis zum 30. Juni 1958 ausgesetzt.

Im Gegensatz zu den beiden anderen westlichen Alliierten bestand die US-Regierung bei der Regelung der deutschen Nachkriegsverpflichtungen auf einer Verzinsung des jeweils noch ausstehenden Kapitalbetrages. Die Zinsen sind seit dem 1. Januar 1953 halbjährlich zu entrichten. Der Zinssatz beträgt 2,5 %. Die Tilgungsdauer der Schuld erstreckt sich über 30 Jahre.

Vorauszahlungen auf die Tilgungsbeträge sind zulässig. Die Bundesrepublik muß bei vorzeitiger Tilgung jedoch — sofern England und Frankreich nicht einer anderen Lösung zustimmen — auch an diese beiden Staaten entsprechende Vorauszahlungen leisten. Bei

¹⁹⁵⁾ Vgl. Aufstellung über die amerikanische Wirtschaftshilfe im Anhang 7, S. 154.

¹⁹⁶⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer Lieferung von Überschußgütern) vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 492.

Zahlungsverzug werden das gesamte noch ausstehende Kapital sowie die darauf noch zu entrichtenden Zinsen in einer Summe fällig und auf Verlangen der Vereinigten Staaten sofort zahlbar.

b) Die Lieferung von Überschußgütern

Eine Überprüfung der von der US-Delegation geltend gemachten Ansprüche aus der Lieferung von Überschußgütern war nicht möglich, da die US-Delegation nur Globalbeträge nennen konnte, die sich zusammen

auf rund	217 Mio Dollar
beliefen ¹⁹⁷⁾ . Für den Rückerwerb von Überschuß-	
gütern wurde hiervon ein Betrag von rund	14 Mio Dollar
abgezogen und die von Deutschland geschuldete	
Summe somit auf	203 Mio Dollar
festgesetzt ¹⁹⁸⁾ .	

Eine Reduktion des Kapitalbetrages gestand die US-Delegation nicht zu. Im Hinblick auf die großzügige Regelung der Verpflichtungen aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe konnte sie auch schlechterdings nicht verlangt werden.

Die auf 203 Mio Dollar festgesetzte Schuld ist ab 1. Januar 1953 mit $2\frac{3}{8}\%$ zu verzinsen. Am 1. Juli 1958 setzte die Tilgung ein, die sich über einen Zeitraum von 25 Jahren erstrecken soll. Zinsen und Tilgungen sind in Halbjahresraten zu entrichten.

Neben den regulären Tilgungen kann die US-Regierung für die Bestreitung von Ausgaben in der Bundesrepublik jederzeit Vorauszahlungen in D-Mark verlangen, und zwar in Höhe des gesamten noch ausstehenden Kapitalbetrages. Es ist jedoch vorgesehen, daß für den Fall, daß die D-Mark-Abrufe innerhalb eines Zahlungsjahres den Betrag von 40 Mio Dollar übersteigen, die Parteien vorher in Beratungen eintreten.

2. Die Wirtschaftshilfe Großbritanniens

Die von der britischen Delegation geltend gemachten Ansprüche aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe Großbritanniens konnten, da auch hierfür keine deutschen Unterlagen zur Verfügung standen, nur an Hand des amtlichen englischen Materials überprüft werden. Zur Nachprüfung wurden die britischen Bewilligungsgesetze und die Einzelaufstellungen für die verschiedenen Haushaltsjahre über die zivilen Bewilligungen nebst den dazu gehörigen Prüfungsberichten

¹⁹⁷⁾ Zahlenangaben vgl. BR-Drucksache Nr. 116/53, Anlage 4c.

¹⁹⁸⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 497.

der britischen Rechnungsbehörde herangezogen. Für einen Betrag in Höhe von rund 50 Mio Pfund Sterling, der im Rahmen der allgemeinen Kriegsfinanzierung vor dem 1. April 1946 ausgegeben worden war, konnte die britische Delegation nicht einwandfrei nachweisen, daß diese Mittel tatsächlich der deutschen Bevölkerung zugute gekommen sind. Im Hinblick darauf reduzierte England seine ursprüngliche Forderung von 244 auf 201,8 Mio Pfund Sterling¹⁹⁹⁾.

Da die Alliierten sich grundsätzlich bereit erklärt hatten, ihre Forderungen aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe erheblich herabzusetzen, stimmte die britische Regierung einer Kürzung der deutschen Schuld auf 150 Mio Pfund Sterling zu²⁰⁰⁾. Dieser Betrag ist unverzinslich und, beginnend mit dem 1. August 1953, in 20 gleichen Jahresraten zu tilgen. Im übrigen entspricht die Regelung den Regelungsbedingungen bei der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten.

3. Die Wirtschaftshilfe der französischen Regierung

Frankreich leitete seine Nachkriegsansprüche gegen die Bundesrepublik aus Lieferungen an die französische Besatzungszone her, die zum großen Teil aus Vorschüssen des französischen Schatzamtes finanziert worden waren. Stellte schon die Überprüfung der durch die US-Regierung und die britische Regierung angemeldeten Forderungen die deutsche Delegation vor eine schwierige Aufgabe, so war eine auch nur oberflächliche Prüfung der französischen Forderungen gänzlich unmöglich. Die französische Regierung konnte lediglich eine schematische Aufstellung über den Dollarwert der Exporte und Importe der französischen Besatzungszone für die Zeit vom 1. August 1945 bis zum 31. Dezember 1948 vorlegen. Bewilligungsgesetze für die Vorschüsse des französischen Schatzamtes existierten nicht, da die Leistungen des Schatzamtes ohne besondere parlamentarische Bewilligung aus dessen eigenen Mitteln bestritten worden waren. Deutsche Unterlagen waren ebenfalls nicht vorhanden, denn die französische Regierung hatte in den ersten Nachkriegsjahren den Außenhandel ihrer Zone in eigene Regie übernommen und selbst nach dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der drei westlichen Zonen nur eine beschränkte Mitwirkung deutscher Stellen zugelassen²⁰¹⁾.

¹⁹⁹⁾ Über das Zustandekommen dieser Summe vgl. die im Anhang 8, S. 155, wiedergegebene Aufstellung.

²⁰⁰⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 504.

²⁰¹⁾ Die französischen Leistungen zu Gunsten der französischen Besatzungszone sind im Anhang 9 (S. 155) dargestellt.

Das ursprüngliche Verlangen Frankreichs, die gesamten Zahlungen des französischen Schatzamtes zugunsten der französischen Besatzungszone als Nachkriegs-Wirtschaftshilfe anzuerkennen, wurde von der deutschen Delegation abgelehnt. Ihrer Ansicht nach war nur der Saldo zwischen den Vorschüssen des Schatzamtes und den Rückerstattungen als Nachkriegs-Wirtschaftshilfe zu betrachten. Die deutsche Delegation konnte ihre Auffassung durchsetzen, so daß nur ein Betrag von rund 16 Mio Dollar als Nachkriegs-Wirtschaftshilfe behandelt wurde²⁰²). Wie die britische Forderung, so wurde auch diese Verbindlichkeit um rund 25 % auf 11 840 000 Dollar gekürzt. Die Schuld ist unverzinslich und in 20 gleichbleibenden Jahresraten von je 592 000 Dollar, beginnend mit dem 1. August 1953, zu tilgen. Alle übrigen Bedingungen entsprechen den Vereinbarungen über die Nachkriegswirtschaftshilfe Amerikas.

4. Weitere Nachkriegsschulden

a) Das deutsch-dänische Abkommen

Während der Londoner Schuldenkonferenz trug die dänische Regierung Forderungen aus der Betreuung deutscher Flüchtlinge an die Bundesregierung heran. Sie bat den Dreimächteausschuß für deutsche Auslandsschulden, eine Erklärung abzugeben, daß ein Teil der dänischen Forderungen in gewissem Umfange mit der Nachkriegswirtschaftshilfe der drei westlichen Alliierten verwandt sei. Dieser Antrag Dänemarks fand die Unterstützung der Bundesregierung und wurde auch vom Dreimächteausschuß gebilligt, allerdings unter der Voraussetzung, daß Dänemark sich den gleichen Regelungsbedingungen unterwerfe wie die drei Westmächte bezüglich ihrer Nachkriegsforderungen.

Die von der dänischen Regierung angemeldeten Ansprüche gegen die Bundesrepublik setzten sich zusammen aus:

1. den Nettoausgaben für die deutschen Flüchtlinge in der Zeit vom 5. Mai 1945 bis zum 15. Februar 1949	dKr 429 200 000
2. und den Zinsen auf diesen Betrag in Höhe von	dKr 119 300 000
	dKr 548 500 000

Eine Überprüfung der dänischen Ansprüche ergab, daß diese zum Teil schon als Reparationsforderungen bei der Interalliierten Reparationskommission geltend gemacht worden waren und in diesem Umfange daher nicht mehr als Nachkriegswirtschaftshilfe an-

²⁰²) Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 509.

gesehen werden konnten. Eine weitere Kürzung der dänischen Forderung wurde vorgenommen, da ein Teil der Flüchtlinge in die sowjetische Besatzungszone zurückgeführt worden war und die Aufwendungen für diesen Personenkreis keine Nachkriegswirtschaftshilfe gegenüber der Bundesrepublik darstellte.

Danach errechnete sich die dänische Forderung wie folgt:

Die Nettoausgaben der dänischen Regierung für die Betreuung der deutschen Flüchtlinge betrugen nach dänischen Angaben	dKr 429 200 000
davon waren in Abzug zu bringen	
1. der bereits als Reparationsforderung angemeldete Betrag	dKr 132 200 000
2. nicht überwiegend im Interesse deutscher Flüchtlinge verwendete Mittel	dKr 39 500 000
3. Aufwendungen für in die sowjetische Zone zurückgeführte Flüchtlinge	dKr 40 200 000
Es verblieb somit eine Nettoforderung in Höhe von	dKr 217 300 000

Diese Forderung wurde entsprechend dem von Großbritannien und Frankreich gewährten Pauschalnachlaß um 25 % gekürzt. Als Endforderung ergab sich demnach ein Betrag von 163 Mio dKr. Die dänische Delegation erkannte zwar die Berechnungsmethode der deutschen Vertreter nicht an, erklärte sich aber bereit, einer Herabsetzung der Kapitalforderung auf 160 Mio dKr zuzustimmen und darüber hinaus auf die Zahlung der ursprünglich geltend gemachten Zinsen in Höhe von 119,3 Mio dKr zu verzichten.

Der Schuldbetrag von 160 Mio dKr ist in 20 gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. September 1953, zu tilgen²⁰³⁾. Der jeweils noch ausstehende Kapitalbetrag wird nicht verzinst. Gerät die Bundesrepublik mit den zu leistenden Zahlungen in Verzug, so ist die gesamte noch nicht getilgte Kapitalforderung in einer Summe sofort zu zahlen.

Mit der Zahlung des Betrages von 160 Mio dKr werden sämtliche Ansprüche Dänemarks gegen Deutschland — also nicht nur die gegen die Bundesrepublik — aus der an deutsche Flüchtlinge von 1945 bis 1949 gewährten Hilfe abgegolten. Die dänische Regierung kann also auch bei Abschluß eines Friedensvertrages hieraus keine Ansprüche als Reparationsforderung mehr geltend machen²⁰⁴⁾.

²⁰³⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949 vom 26. Februar 1953, BGBl. II, S. 513.

²⁰⁴⁾ Die Schuld ist inzwischen voll zurückgezahlt. Vgl. S. 119.

b) Das Abkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein

Aus ähnlichem Grunde wie Dänemark erhob auch das Fürstentum Liechtenstein nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges Ansprüche gegen die Bundesrepublik. Es verlangte insbesondere den Ersatz aller der Kosten, die für die zur ehemaligen deutschen Wehrmacht eingezogenen und nach der Kapitulation in Liechtenstein internierten russischen Soldaten aufgewendet worden waren. Nach Prüfung der von Liechtenstein erhobenen Ansprüche hat die deutsche Delegation für Auslandsschulden „mit Schreiben vom 4. November 1952 unter Zurückweisung weiterer Ansprüche eine Forderung von 440 000 DM anerkannt...“²⁰⁵⁾. Der Dreimächteausschuß stimmte dem daraufhin zwischen der Bundesrepublik und dem Fürstentum Liechtenstein geschlossenen Abkommen²⁰⁶⁾ zu. Die Schuld von 440 000 DM war in vier gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Juli 1953, fällig.

E Das Israel-Abkommen²⁰⁷⁾

Während bei den unter Abschnitt C und D dieses Kapitels geschilderten Vereinbarungen über deutsche Auslandsschulden ein enger Zusammenhang mit dem Londoner Schuldenabkommen gegeben ist, steht das Abkommen mit dem Staate Israel völlig losgelöst von der Londoner Schuldenkonferenz da. Es handelt sich bei diesem Abkommen um das einzige bisher abgeschlossene Reparationsabkommen.

Das von einer deutsch-israelischen Kommission ausgearbeitete und vom Bundestag am 18. März 1953 verabschiedete Israel-Abkommen²⁰⁸⁾ sieht vor, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Betrag in Höhe von 3 Mrd DM als Globalerstattung für die Eingliederungskosten zahlt, die dem Staate Israel durch die Ansiedlung einer halben Million jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und den ehemals unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten entstanden sind. Außerdem verpflichtet sich die Bundesrepublik zur Zahlung

²⁰⁵⁾ Gurski, a. a. O., S. 51.

²⁰⁶⁾ Vgl. Gesetz betreffend die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein über die Regelung der Forderungen des Fürstentums Liechtenstein an die Bundesrepublik Deutschland vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 522.

²⁰⁷⁾ Das Abkommen ist in einer staatswissenschaftlichen Dissertation von Botho Goldmann über „Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56“ (Mainz 1956, Maschinenschrift) ausführlich erörtert worden. Literatur vgl. dort.

²⁰⁸⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952, BGBl. 1953 II, S. 37.

weiterer 450 Mio DM, die Israel an die in der Conference on Jewish Material Claims against Germany zusammengeschlossenen jüdischen Weltverbände weiterleitet.

Die Zahlung der übernommenen Verpflichtungen erfolgt in zinsfreien Raten, und zwar waren bis 31. März 1954 zwei Raten zu je 200 Mio DM zu entrichten. In den 9 folgenden Jahren werden je 310 Mio DM und dann eine letzte Rate mit 260 Mio Deutsche Mark fällig. Neben einer weitgehenden Konsultationsklausel, die jedoch auch zugunsten Israels gilt (im Falle einer Wertverschlechterung der Deutschen Mark), kann Deutschland die Jahresleistungen von 310 Mio DM autonom auf 250 Mio DM herabsetzen, falls dies aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftslage notwendig erscheint. Die Laufzeit des Abkommens, die normalerweise 12 Jahre beträgt, verlängert sich dann um 2 Jahre. Der Bundesrepublik steht es jedoch auch frei, den übernommenen Verpflichtungen in kürzerer Zeit nachzukommen.

In dem Abkommen ist vorgesehen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staate Israel in erster Linie durch Warenlieferungen — und zwar soll die Ware deutschen Ursprungs sein — zu erfüllen hat. Daneben können aber auch Zahlungen in Devisen erfolgen. So stellte Deutschland bereits in den ersten Jahren der Laufzeit des Abkommens jährlich 75 Mio DM in Devisen (Pfund Sterling) bereit, die dem Ankauf von Treibstoffen durch Israel bei englischen Lieferanten dienten. Auch mit anderen Ländern, z. B. Polen und der Türkei, kamen ähnliche Dreiecksgeschäfte zustande²⁰⁹⁾. Diese Dreiecksgeschäfte zeigen, daß sich Abkommen über Sachlieferungen kaum in reiner Form durchführen lassen, denn es dürfte nur selten zwei Volkswirtschaften geben, die sich so ergänzen, daß die eine aus eigenen Mitteln gerade immer das verfügbar hat, was die andere benötigt.

Eine gänzliche Ausschaltung von Devisenzahlungen war also auch beim Israel-Abkommen nicht möglich. Da es überdies unvermeidlich ist, daß die von Israel in Deutschland eingekauften Waren einen mehr oder weniger großen Anteil an ausländischen Rohstoffen enthalten und alle an Israel gelieferten Erzeugnisse dem deutschen Export verloren gehen, muß die Bundesrepublik schließlich doch direkt oder indirekt für einen erheblichen Teil der vereinbarten Sachleistungen Devisen aufbringen.

²⁰⁹⁾ Vgl. Goldmann, a.a.O., S. 14 f.

F Gesamtüberblick über die verschiedenen Abkommen

1. Das Ergebnis des Londoner Schuldenabkommens und seiner Nebenabkommen

Die im vorstehenden geschilderten Vereinbarungen über die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden haben nicht in allen Punkten die von deutscher Seite an die Londoner Schuldenverhandlungen geknüpften Erwartungen erfüllt. Vor allem bei der Regelung der deutschen Vorkriegsschulden hatte man im Hinblick auf die der Londoner Schuldenkonferenz vorangestellten Richtlinien²¹⁰⁾ von den Gläubigern ein größeres Entgegenkommen erwartet.

a) Berücksichtigung der verminderten deutschen Aufbringungsfähigkeit

Die deutsche Delegation für Auslandsschulden hatte geglaubt, „auf der Konferenz die Tatsache der wirtschaftlichen, finanziellen und territorialen Beschränkung der Bundesrepublik dadurch zur Anerkennung bringen zu können, daß das Kapital der Schulden des Reiches und des ehem. Staates Preußen in drastischer Weise gekürzt würde“²¹¹⁾. Man dachte an eine Reduktion der Reichsschulden um etwa 40 Prozent. Diesem Wunsche der Bundesrepublik haben sich die Gläubiger verschlossen²¹²⁾. Um den Erfolg der Konferenz nicht zu gefährden, mußte die deutsche Delegation darauf verzichten, auf einer Herabsetzung der Reichsschulden zu bestehen.

In der deutschen Öffentlichkeit ist das Nachgeben der deutschen Delegation in diesem Punkt als die offenbar „schwächste Seite des in London erzielten Kompromisses“ bezeichnet worden²¹³⁾. Dieses Urteil scheint nicht ganz gerechtfertigt zu sein. Hätte man tatsächlich „nur eine dem territorialen Umfang entsprechende Teilquote der Verpflichtungen auf sich genommen, so wäre man logischerweise genötigt gewesen, die Gläubiger, was den Rest anbetrifft, auf die Sowjetzonenregierung zu verweisen, der man jede Geltung abstreitet, und darüber hinaus vielleicht gar auf Polen und die Sowjetunion (betriffts der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie)“²¹⁴⁾. Mag nach den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts eine solche Möglichkeit durchaus bestanden haben, aus politischen Gründen schien dieser Weg nicht gangbar, denn man hätte dann nicht mehr die

²¹⁰⁾ Vgl. S. 43 f.

²¹¹⁾ Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 79.

²¹²⁾ Vgl. S. 57 f.

²¹³⁾ Vgl. Wolff, Franz, Lasset uns hoffen, in: Der Volkswirt, 6. Jahrgang, Nr. 33 vom 16. August 1952, S. 11.

²¹⁴⁾ Londoner Vergleichsvorschlag, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Nr. 65 vom 13. August 1952.

Bundesrepublik als einzigen Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches bezeichnen können. Vorwürfe wären daher bestenfalls gegen die Gläubiger zu erheben, die sich die Zwangslage der deutschen Delegation zunutze gemacht haben.

Wenn auch die Gläubiger keine Abstriche vom Nennbetrag der Reichsanleihen zuließen, so einigte man sich doch immerhin, wie überhaupt bei dem Gros der öffentlichen und privaten Schulden, darauf, die Zinsrückstände mit einem ermäßigten Zinssatz ohne Zinseszinsen neu zu berechnen und zu fundieren. Bei den Reichsschulden wurden darüber hinaus die fundierten Zinsrückstände der Jahre 1945 bis 1952 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands von der Bedienung ausgenommen. „Das ergibt z. B. für die großen Reichsanleihen, auf das Kapital umgerechnet, eine Reduktion um etwa 26 bis 28 v.H.“²¹⁵⁾. Beim Lee Higginson-Kredit wurden die rückständigen Zinsen sogar ganz gestrichen.

Ein vollwertiger Ersatz für eine Kürzung der Kapitalschuld ist in den Zinsreduktionen allerdings nicht zu erblicken. Eine Herabsetzung der Kapitalschuld hätte ja automatisch auch eine entsprechende Kürzung der rückständigen Zinsen mit sich gebracht²¹⁶⁾.

Neben der Kürzung und Fundierung der rückständigen Zinsen stimmten die Gläubiger in den meisten Fällen einer Herabsetzung des Zinsfußes für die Hauptforderung zu. Außerdem wurden die Fälligkeitstermine der Anleihen beträchtlich hinausgeschoben. Als Entgegenkommen ist weiter die Tatsache zu werten, daß die vereinbarten Amortisationsraten besonders in den ersten Jahren der Laufzeit des Londoner Schuldenabkommens relativ gering waren. Die Belastung der öffentlichen Haushalte und der verschuldeten Unternehmen durch den Auslandsschuldendienst wurde auf diese Weise in den Jahren des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in tragbaren Grenzen gehalten. Allerdings sind durch die geringe Amortisation am Ende der Laufzeiten vieler Anleihen verhältnismäßig große Anleihereste in einer Summe fällig. Die Bezahlung dieser Anleihereste kann unter Umständen zu Schwierigkeiten führen.

Von den Gläubigern ist auch ihr Nachgeben in der Frage der Goldklausel häufig als Anerkennung der beschränkten territorialen Zuständigkeit der Bundesrepublik bezeichnet worden. Gegen diese Deutung hat sich die deutsche Delegation für Auslandsschulden jedoch stets gewehrt²¹⁷⁾.

Wie dargestellt, sind auch die privaten Auslandsverbindlichkeiten in der Regel in voller Höhe aufrechterhalten geblieben. Der in-

²¹⁵⁾ Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 79.

²¹⁶⁾ Vgl. Zauberwort „Kreditwürdigkeit“, in: Industriekurier, Nr. 122 vom 12. August 1952.

²¹⁷⁾ Vgl. S. 58 f.

folge der Kriegereignisse verringerten Zahlungsfähigkeit vieler privater Schuldner trug man hauptsächlich dadurch Rechnung, daß man den Zinssatz der Anleihen herabsetzte und die Anleihelaufzeiten verlängerte. Die Zinsrückstände wurden zu einem Drittel gestrichen. Außerdem ist es Gläubigern und Schuldnern freigestellt, sich im Einzelfall über eine Herabsetzung der Kapitalsumme zu einigen, wenn der Schuldner in der Vergangenheit durch „außergewöhnliche Umstände“ größere Vermögensverluste hinnehmen mußte. Diese Zugeständnisse haben wesentlich dazu beigetragen, daß auch die durch Auslandsschulden belasteten Unternehmen die Kriegsfolgen in den vergangenen Jahren überwinden und ihre Anlagen aus eigener Kraft verbessern und ausbauen konnten.

b) Zugeständnisse an die verminderte Transferfähigkeit

Jedes Entgegenkommen der Gläubiger bezüglich der Verzinsung, der Fälligkeit, der Amortisation und der Festsetzung der ausstehenden Schuldensummen wirkte sich gleichzeitig als Zugeständnis an die gegenüber der Vorkriegszeit verringerte deutsche Transferfähigkeit aus. Rückschauend betrachtet, kann man gerade im Hinblick auf die günstige Entwicklung der deutschen Transferfähigkeit mit den in London erzielten Vereinbarungen zufrieden sein, obwohl die deutsche Delegation auch beim Aushandeln der jährlichen Transferbeträge größere Konzessionen machen mußte. Die deutsche Delegation hatte ursprünglich angeboten, die Bundesrepublik solle auf die gesamten privaten und öffentlichen Vor- und Nachkriegsschulden in den ersten fünf Jahren der Laufzeit des zu schließenden Abkommens maximal je 500 Mio DM, danach jährlich etwa 600 Mio DM an Zinsen und Amortisationen leisten. Sie konnte sich mit diesem Vorschlag nicht durchsetzen und mußte sich schließlich mit jährlichen Leistungen von je 567 Mio DM in den ersten fünf und von je 765 Mio DM in den späteren Jahren der Abkommenslaufzeit einverstanden erklären. Hinzu treten die Verpflichtungen aus dem Israel-Vertrag in Höhe von 250 Mio DM jährlich.

Auch dieses Nachgeben der deutschen Delegation hat Anlaß zu teilweise recht heftiger Kritik gegeben. Man befürchtete seinerzeit, die Bundesrepublik habe sich mit den eingegangenen Transferverpflichtungen übernommen ²¹⁸⁾. Glücklicherweise haben sich diese Befürchtungen als grundlos erwiesen. In den vergangenen Jahren war

²¹⁸⁾ Vgl. z. B.: In banger Erwartung, in: Der Volkswirt, 6. Jahrgang, Nr. 32 vom 9. August 1952, S. 4; Wolff, a. a. O., S. 10 ff.; Richebächer, Kurt, Im Hintergrund das Auswärtige Amt, in: Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Nr. 9 vom 28. Februar 1953, S. 9 f.; Wieder kreditwürdig? in: Handelsblatt, Nr. 35 vom 25. März 1953.

die Bundesrepublik stets in der Lage, die auf Grund der internationalen Schuldenabkommen fälligen deutschen Leistungen aus Außenhandelsüberschüssen zu bezahlen und reibungslos in das Ausland zu transferieren. Seit zwei Jahren herrscht sogar eher der Wunsch vor, die deutschen Auslandsschulden mit Rücksicht auf die hohen Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik schneller zu tilgen als in den Verträgen vorgesehen, und das, obwohl unterdessen neben dem Warenverkehr auch der gesamte Kapitalverkehr mit dem Ausland fast völlig liberalisiert wurde. Man kann mit einigem Recht sagen, daß das Londoner Schuldenabkommen durch diese günstige, von niemandem erwartete Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz teilweise seinen Sinn verloren hat. Es sollte ja nicht zuletzt dazu dienen, die deutschen Leistungen an die Gläubigernationen zu begrenzen. Heute wirken sich die Schutzvorschriften eher als Fesseln aus.

c) Transfervoraussetzungen und Transferschutzklausel

Auf Grund der trüben Erfahrungen während der zwanziger Jahre und der Weltwirtschaftskrise wurde in London viel Mühe auf die Herausarbeitung der handels- und währungspolitischen Voraussetzungen verwandt, die für einen stetigen und reibungslosen Transfer der von der Bundesrepublik geschuldeten Zins- und Amortisationsraten gegeben sein müssen. Die deutsche Delegation für Auslandsschulden wies immer wieder darauf hin, daß die Bundesrepublik ihren Transferverrichtungen auf die Dauer nur dann nachkommen könne, wenn ihr die Möglichkeit gegeben werde, laufend einen entsprechenden Überschuß im Handelsverkehr mit seinen Außenhandelspartnern zu erzielen. Das sei nicht durch Einschränkung des Handels, der Produktion und des Verbrauchs, sondern nur durch eine weitgehende Liberalisierung des Außenhandels und eine Ausdehnung des Welthandels zu erreichen²¹⁹⁾. Die Konferenzteilnehmer haben diese Grundsätze voll anerkannt. Die Transfervoraussetzungen wurden in Ziffer 21 des Konferenzberichtes schriftlich niedergelegt und den beteiligten Regierungen zur Beachtung empfohlen²²⁰⁾. Dem deutschen Wunsch, diesen Abschnitt des Konferenzberichtes in das Londoner Schuldenabkommen aufzunehmen, kam man zwar nicht nach, doch wurde der Bericht dem Abkommen wenigstens als Anhang beigelegt.

²¹⁹⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 39.

²²⁰⁾ Vgl. Ziffer 21 Abs. 2 des Berichtes der Konferenz über deutsche Auslandsschulden, Anhang B zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 481.

Was der deutschen Delegation für Auslandsschulden entgegen vielfach geäußerten Wünschen in der deutschen Öffentlichkeit eben falls nicht gelang, war, den Einbau einer umfassenden Transfer-schutzklausel in das Schuldenabkommen zu erwirken. Bei den für die damaligen Verhältnisse recht hohen deutschen Leistungsverpflichtungen schien vielen Kritikern auch darin ein besonderer Mangel des Abkommens zu liegen.

Die Gläubiger erklärten sich in London nur bereit, „unbeschadet der von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Verpflichtungen“ ²²¹⁾, in Beratungen eintreten zu wollen, wenn sich die Bundesrepublik bei der Erfüllung ihrer Auslandsverpflichtungen Schwierigkeiten gegenübersehen sollte. Es ist der Bundesrepublik Deutschland also verwehrt, den Transfer von Schuldenzahlungen aus irgendeinem Grunde durch einseitige Maßnahmen zu drosseln oder ganz zu unterbinden. Zum Schaden der Auslandsgläubiger hatte das Deutsche Reich in den 30er Jahren von dieser Möglichkeit so ausgiebig Gebrauch gemacht, daß man eine solche Klausel vertraglich nicht zu verankern wagte. Die Bundesrepublik ist auf Verhandlungen mit den Regierungen der Gläubigernationen angewiesen, wenn sie meint, ihren Verpflichtungen in der vorgesehenen Höhe nicht nachkommen zu können.

Man mag die noch zu keinem Zugeständnis verpflichtende Zusage der Gläubigernationen, an Beratungen teilnehmen zu wollen, falls sie darum ersucht würden, vielleicht nicht ganz zu Unrecht, als unzulänglich empfinden, zumal da die Ergebnisse derartiger Beratungen keine Regierung binden würden. Auf der anderen Seite sollte jedoch, auch aus der Sicht der vergangenen Jahre heraus, das Fehlen einer automatisch wirkenden oder durch einseitigen Entschluß der Bundesrepublik anwendbaren Transferschutzklausel nicht allzu negativ beurteilt werden.

Was zunächst die Jahre bis zur Wiederherstellung der Konvertibilität der Deutschen Mark anlangt, mit der 1952 noch niemand in absehbarer Zeit zu rechnen wagte, so gewährte Artikel 9 des Londoner Schuldenabkommens der Bundesrepublik einen nicht zu unterschätzenden Schutz. Dieser Artikel bestimmt nämlich, daß alle Transferleistungen für Zins- und Tilgungszahlungen, die auf Grund des Londoner Schuldenabkommens erbracht werden, als Zahlungen für laufende Transaktionen zu behandeln und, wo es in Betracht kommt, in zwei- und mehrseitigen Vereinbarungen über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Gläubigerstaate vorzusehen sind ²²²⁾. Eine solche Aufnahme von

²²¹⁾ Artikel 34 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 363.

²²²⁾ Vgl. Artikel 9 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 342.

Zins- und Tilgungsleistungen in Handels- und Zahlungsabkommen bedeutet bei Kontingentsvereinbarungen praktisch, daß die Gläubigerstaaten gezwungen sind, Leistungsüberschüsse der Schuldernation in der zur Zahlung der Zinsen und Amortisationen erforderlichen Höhe hinzunehmen. Der wechselseitige Ausgleich von Leistung und Gegenleistung liegt ja in der Natur dieser Abkommen. — Die umfangreichen deutschen Zahlungen an Länder, die der jetzt aufgelösten EZU angehörten, gingen auf Grund des erwähnten Artikels 9 in die EZU-Abrechnungen ein. Bei negativem Abrechnungssaldo wäre dadurch ein Teil der Schuldenzahlungen praktisch automatisch kreditiert worden.

Durch Artikel 9 des Schuldenabkommens wurde gleichzeitig erreicht, daß die Bundesrepublik, soweit mit den Gläubigernationen Handels- und Zahlungsabkommen bestanden, Zinsen und Amortisationen auf die Auslandsschulden in der Heimatwährung des Gläubigers zahlen konnte und nicht in freien Devisen zu erbringen brauchte, auch wenn die Schuld an sich auf eine Hartwährung lautete. Diese Regelung hat vor allem dazu beigetragen, die trotz aller Fortschritte des Exports in den Dollarraum in den ersten Jahren nach der Währungsreform stark defizitäre deutsche Dollarbilanz zu entlasten.

Dank der außerordentlich günstigen Entwicklung des deutschen Außenhandels konnte die Bundesrepublik Ende 1958 die Deutsche Mark für konvertibel erklären. Die Mehrzahl der übrigen Handelshemmnisse war schon vorher beseitigt worden. Artikel 9 des Londoner Schuldenabkommens hat dadurch zur Zeit kaum aktuelle Bedeutung. Überhaupt ist das ganze Problem einer Transferschutzklausel im Augenblick durch die Entwicklung und die hohen deutschen Devisenreserven stark in den Hintergrund gedrängt worden. Es könnte nur dann wieder einmal größere Bedeutung gewinnen, wenn sich die Außenhandelssituation der Bundesrepublik grundlegend änderte.

Aber selbst dann wären allzu laute Klagen über das Fehlen einer automatisch wirkenden Transferschutzklausel nicht am Platze. Sicher ist es für ein Land, dessen Devisenreserven schrumpfen, in mancher Hinsicht bequemer, die Schuldenzahlungen einzustellen, als seine bedrohte Zahlungsfähigkeit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zwang jedoch, dem Ausland gegenüber zahlungsfähig zu bleiben, kann sich durchaus segensreich für die gesamte inländische Geldpolitik und damit zum Wohle der Volkswirtschaft auswirken. Allerdings sollte man von den Gläubigernationen erwarten können, daß sie im Falle eines wirklichen Notstandes, d. h. wenn der Transfer der geschuldeten Leistungen nur unter unverhältnismäßig großen Opfern durchgeführt werden könnte, bereit sind, über eine für beide Seiten tragbare Lösung zu verhandeln.

d) Das deutsche Auslandsvermögen

Unbefriedigend für die deutsche Seite blieb bei den Londoner Verhandlungen auch, daß die Gläubigerstaaten sich weigerten, die Frage der beschlagnahmten und liquidierten deutschen Privatvermögen im Ausland auf der Konferenz zu erörtern. Eine allgemeine Anrechnung der Liquidationserlöse aus verkauften deutschen Auslandsvermögen hatten die Alliierten bereits auf der Londoner Vor-konferenz im Juni 1951 abgelehnt. Auf der Hauptkonferenz wurde dann selbst dort keine Einigung über eine Anrechnung von Liquidationserlösen aus ehemaligen deutschen Auslandsvermögen auf die deutschen Auslandsschulden erzielt, wo ausländische Gläubiger aus den Erlösen befriedigt worden sind. Insbesondere die britischen Gläubiger (ausgenommen die Stillhaltegläubiger) haben sich „trotz eindringlicher deutscher Vorstellungen nicht in der Lage gesehen, vom britischen Feindvermögenstreuhand aus deutschen Liquidationserlösen ex gratia empfangene Zahlungen ihren deutschen Schuldnern auf die zu erfüllenden Forderungen gutzuschreiben“²²³⁾.

Selbst heute, vierzehn Jahre nach Kriegsende, hat sich die Haltung vieler Staaten in der Frage der Freigabe des privaten deutschen Auslandsvermögens nicht grundlegend geändert. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der private westdeutsche Kapitalexport bei weitem noch nicht den vom Ausland erhofften Umfang erreicht hat.

e) Die neuen Schuldensummen

Zahlenmäßig betrachtet, bietet das Londoner Schuldenabkommen einschließlich seiner verschiedenen Nebenabkommen über die deutschen Vorkriegsschulden folgendes Bild. Insgesamt waren die deutschen Vorkriegsschulden einschließlich der aufgelaufenen Zinsen unter Berücksichtigung der Goldklausel von der deutschen Delegation für Auslandsschulden auf 13,5 Mrd DM veranschlagt worden. Durch Verzicht auf die Anwendung der Goldklausel verringerte sich diese Summe zunächst um fast 4 Mrd DM. Der verbleibende Betrag von 9,5 Mrd DM wurde durch die mit den Gläubigerländern erzielten Übereinkommen auf 7,5 Mrd DM reduziert, und zwar in erster Linie durch die Neuberechnung eines Teils und durch Suspension eines anderen Teils der Zinsrückstände bis zur Wiedervereinigung Deutschlands²²⁴⁾. Die verbliebene Schuldensumme von 7,5 Mrd DM setzt sich aus 1,4 Mrd DM an Zinsrückständen und aus Kapitalbeträgen in Höhe von insgesamt 6,1 Mrd DM zusammen.

²²³⁾ Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 80.

²²⁴⁾ Vgl. Denkschrift zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 78.

Von diesen Schulden entfallen rund 4 Mrd DM auf die öffentliche Hand und rund 3,5 Mrd DM auf private Schuldner²²⁵⁾.

Neuere Ermittlungen haben ergeben, daß die im vorstehenden genannten Zahlen, bei denen es sich um Schätzungen aus dem Jahre 1953 handelt, zu hoch gegriffen waren. Die verbliebene Schuldsumme betrug nach Angaben der Deutschen Bundesbank nicht 7,5 Mrd DM, sondern nur 6,1 Mrd DM, von denen 2,2 Mrd DM auf private und 3,9 Mrd DM auf öffentliche Vorkriegsverbindlichkeiten entfielen²²⁶⁾. Allerdings darf man daraus nicht schließen, daß die Nachlässe insgesamt 7,4 Mrd DM ausmachten; vermutlich ist auch der Ausgangsbetrag von 13,5 Mrd DM zu hoch angesetzt worden.

Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte die Bundesrepublik auf diese Schuld in den ersten 5 Jahren der Laufzeit des Abkommens je 340 Mio DM an Zinsen und Amortisationen leisten. Ab 1958 stieg dieser Betrag auf 430 Mio DM jährlich²²⁷⁾. Nach 1970 ist die Belastung infolge Volltilgung einzelner Anleihen rückläufig. In einzelnen Jahren kann sich die angegebene Summe durch das Fälligwerden von Anleiheresten beträchtlich erhöhen.

2. Die Abkommen über die deutschen Nachkriegsschulden

Da von Anfang an beabsichtigt war, in London eine „geordnete Gesamtregelung“ der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden zu erzielen²²⁸⁾, muß das geschilderte Ergebnis des Londoner Schuldenabkommens (einschließlich seiner Nebenabkommen) in engem Zusammenhang mit den Vereinbarungen über die deutschen Nachkriegsschulden gesehen werden. Besonders bei der Festlegung der jährlichen Zins- und Amortisationsleistungen der Bundesrepublik auf die Vorkriegsschulden einerseits und die Nachkriegsschulden andererseits kommt der innere Zusammenhang beider Schuldengruppen klar zum Ausdruck. Die deutsche Delegation hatte besonders darauf zu achten, daß sich die Gesamtbelastung der Bundesrepublik aus Schuldenzahlungen in tragbaren Grenzen hielt. Sie stieß dabei namentlich bei den amerikanischen Regierungsvertretern auf Verständnis. So erklärten sich die Vereinigten Staaten von Amerika damit einverstanden, die Zahlung von Amortisationsraten auf die deutschen Nachkriegsschulden gegenüber Amerika bis 1958 aufzuschieben. Die westdeutsche Zahlungsbilanz sollte dadurch in den

²²⁵⁾ Vgl. Tabelle auf S. 96.

²²⁶⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1959, S. 4.

²²⁷⁾ Vgl. Tabellen Anhang 10 und 11, S. 156 f.

²²⁸⁾ Vgl. S. 43.

ersten Jahren nach Abschluß des Londoner Schuldenabkommens noch etwas entlastet werden.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Vorkriegsschulden ist der Kapitalbetrag der deutschen Nachkriegsschulden recht beträchtlich gekürzt worden. Besonders erfreulich und augenfällig war die Herabsetzung der Schuld gegenüber den USA von 3,013 Mrd Dollar auf 1 Mrd Dollar. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von der deutschen Gesamtschuld rund 1,3 Mrd Dollar auf die ECA-Hilfe entfielen, die einer ganzen Reihe europäischer Staaten von den USA weitgehend ohne Rückzahlungsanspruch gewährt worden war. Nur die Bundesrepublik mußte bei Beginn der Hilfsaktion Rückzahlungsverpflichtungen in voller Höhe der empfangenen Dollarbeträge übernehmen. Insoweit ist die Bundesrepublik durch den amerikanischen Verzicht also nur dem Gros der übrigen Empfängerstaaten der ECA-Hilfe gleichgestellt worden²²⁹⁾. Der amerikanische Schuldennachlaß ging allerdings weit über die Westdeutschland insgesamt gewährte Marshall-Plan-Hilfe hinaus. Das sollte nicht übersehen werden. Die Bundesrepublik hat also doppelten Grund, den Alliierten, insbesondere aber Amerika, dankbar zu sein. Ohne die amerikanischen Hilfslieferungen wäre der schnelle wirtschaftliche Wiederaufbau, die Rückgewinnung der im Krieg verlorengegangenen Exportmärkte und die rasche Steigerung des Lebensstandards in Westdeutschland undenkbar gewesen. Der großzügige Schuldennachlaß hat dann beachtliche Beträge für andere Zwecke frei gemacht und damit den Unternehmen und privaten Einkommensbezieheren weitere Steuerbelastungen erspart. Daß den westlichen Alliierten auch im eigenen Interesse an einer Stärkung Westdeutschlands gelegen war, kann an dieser Beurteilung der Dinge nichts ändern.

England und Frankreich kürzten die deutschen Nachkriegsschulden „nur“ um je 25 Prozent. Sie verzichteten darüber hinaus aber — anders als die USA — auf eine Verzinsung der Schuld. Auch ihr Entgegenkommen ist daher beträchtlich. Den gleichen Nachlaß gewährte Dänemark auf seine Forderungen aus der Flüchtlingshilfe.

Insgesamt gesehen wurden die nachweisbaren ausländischen Nachkriegsforderungen von über 16 Mrd DM auf knapp 7 Mrd DM herabgesetzt, davon war mehr als ein Viertel von vornherein zinslos. An Zinsen und Amortisationen sollte die Bundesrepublik in den Jahren 1953 bis 1957 jeweils 222 Mio DM zahlen. Ab 1958 beläuft sich die Jahresverpflichtung auf 336 Mio DM.

²²⁹⁾ Vgl. Die Nachkriegsschulden, in: Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Nr. 50 vom 15. Dezember 1951, S. 5 f.; Seib, Friedrich-Georg, Der Dollar rollt zurück, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jahrgang, 23. Heft vom 1. Dezember 1952, S. 610 ff.

3. Die deutschen Verpflichtungen insgesamt

Die neue Gesamthöhe der geregelten deutschen Vor- und Nachkriegsschulden wurde nach Abschluß der Londoner Konferenz mit 14,452 Mrd DM angegeben. Verbriefte Schulden sind in diesem Betrag nur insoweit enthalten, als sie gegenüber nicht-deutschen Gläubigern bestanden. Der genannte Betrag von 14,452 Mrd DM gliedert sich wie folgt ²³⁰⁾:

	Kapital- betrag	Zinsrück- stand
A) Öffentliche Schulden vor 1945	(in 1000 DM)	(in 1000 DM)
1. Bundesrepublik		
a) Dawes-Young-Kreuger	1 644 092	361 242
b) sonstige — einschließlich der Schulden aus dem deutsch- schweizerischen Schuldenabkom- men (650 Mio sfrs) —	1 598 532	78 041
2. Preußen, Länder und Gemeinden (Preußen 88,5 Mio)	216 799	85 719
Summe A	3 459 423	525 002
B) Privatschulden vor 1945		
1. Verbriefte	642 713	318 629
2. Stillhaltung	389 769	185 859
3. Nichtverbriefte Anleihen	764 409	314 008
4. Warenschulden	227 700	—
5. Andere Handelsschulden	316 954	—
6. Sonstige Schulden	271 200	85 674
	2 612 745	904 170
C) Öffentliche Nachkriegsschulden	6 951 024	—
Insgesamt A—C	13 023 192	1 429 172

Wie schon erwähnt, hat sich nachträglich herausgestellt, daß die Schätzungen über die Gesamthöhe der unter die Londoner Abkommen fallenden deutschen Vor- und Nachkriegsschulden etwas zu hoch gegriffen waren. Bei den inzwischen möglich gewordenen genaueren Erfassungen ergab sich, daß man als Schuldbetrag insgesamt nicht 14,5 Mrd DM, sondern nur rund 13 Mrd DM ansetzen darf ²³¹⁾. Zu diesen Schulden traten die Verpflichtungen aus dem Israel-Vertrag in Höhe von 3,45 Mrd DM.

Die vertraglich vorgesehenen Zins- und Tilgungsleistungen auf die Vor- und Nachkriegsschulden belaufen sich, wie schon erwähnt,

²³⁰⁾ Vgl. Konferenzdokument TGD/52/GM/Doc 2 vom 31. Oktober 1952, abgedruckt bei: Gurski, a. a. O., S. 30.

²³¹⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

ab 1958 auf 765 Mio DM jährlich gegenüber 567 Mio DM in den Jahren 1953 bis 1957. Sie übertreffen das ursprüngliche deutsche Angebot zwar um 165 Mio DM — bis 1957 um 67 Mio DM —, bleiben jedoch hinter der anfänglichen Forderung der Gläubiger, die sich auf 1,3 Mrd DM jährlich belief, wesentlich zurück²³²⁾. An Israel und die jüdischen Weltverbände sind darüber hinaus über 300 Mio DM jährlich zu entrichten, so daß die Jahresverpflichtungen der Bundesrepublik aus internationalen Schuldenabkommen ab 1958 mehr als 1 Mrd DM betragen.

Nach dem Stande der Verschuldung bei Abschluß des Londoner Schuldenabkommens waren bis 1957 von den vertraglich fälligen jährlichen Zahlungen der Bundesrepublik über 40 Prozent an Gläubiger im Dollarraum und rund 55 Prozent an Gläubiger im Raum der jetzt aufgelösten EZU zu leisten. Der Rest entfiel auf andere Länder. Ab 1958 sollte sich der Anteil des Dollarraumes auf fast 50 Prozent erhöhen, der Anteil des EZU-Raumes dagegen auf 47 Prozent zurückgehen²³³⁾. Nach Einführung der Konvertibilität der Deutschen Mark Ende 1958 kommt dieser Aufgliederung der Zahlungen keine Bedeutung mehr zu. Die tatsächlichen Zahlungen der Bundesrepublik wichen in den vergangenen Jahren durch vorzeitige Tilgungen nicht unerheblich von den geplanten Werten ab. Darüber wird an anderer Stelle noch zu berichten sein²³⁴⁾.

4. Beratung der Londoner Verträge durch Bundestag und Bundesrat

Der Deutsche Bundesrat hat die Abkommen zur Regelung der deutschen Auslandsschulden im ersten Durchgang auf seiner 104. Sitzung am 27. März 1953 und im zweiten Durchgang auf seiner 113. Sitzung am 17. Juli 1953 behandelt²³⁵⁾. Eine Aussprache fand nicht statt; der Bundesrat hat vielmehr in beiden Durchgängen alle Abkommen ohne Diskussion einstimmig gebilligt.

Beim Deutschen Bundestag standen die Abkommen am 29. April 1953 zur ersten Lesung²³⁶⁾ und am 2. Juli 1953 zur zweiten und dritten Lesung²³⁷⁾ auf der Tagesordnung. Die Behandlung der Ab-

²³²⁾ Vgl. Krüger, Wolfgang, Klausel zum Schulden-Kompromiß, in: Die Zeit, Nr. 33 vom 14. August 1952.

²³³⁾ Vgl. Tabellen Anhang 10 und 11, S. 156 f.

²³⁴⁾ Vgl. S. 122 ff.

²³⁵⁾ Vgl. Deutscher Bundesrat, Stenographische Berichte, 104. Sitzung am 27. März 1953 (S. 155) und 113. Sitzung am 17. Juli 1953 (S. 363).

²³⁶⁾ Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1949, 262. Sitzung am 29. April 1953, S. 12749 ff. (im folgenden zitiert: Deutscher Bundestag I.).

²³⁷⁾ Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1949, 279. Sitzung am 2. Juli 1953, S. 13937 ff. (im folgenden zitiert: Deutscher Bundestag II.).

kommen im Parlament war durch die Tatsache gekennzeichnet, daß alle Verträge praktisch nur in der Form, wie sie in London unterzeichnet worden waren, und auch nur in ihrer Gesamtheit angenommen oder abgelehnt werden konnten. Da eine Ablehnung aber zweifellos schwerwiegende politische Folgen gehabt hätte²³⁸⁾, konnte sie, — jedenfalls für die Regierungsparteien — ernsthaft nur in Betracht kommen, wenn man die Verträge für völlig unerfüllbar gehalten hätte. Das aber war nicht der Fall. Die Diskussionsteilnehmer beschränkten sich daher im Grunde darauf, den Zweck der Abkommen hervorzuheben und auf einzelne Bestimmungen in den Verträgen hinzuweisen, die man als hart oder unbefriedigend empfand und nur deshalb hinzunehmen bereit war, um nicht das Gesamtwerk scheitern zu lassen. Wesentliche Gesichtspunkte, die nicht auch schon vorher in der Öffentlichkeit erörtert worden waren, ergaben sich bei der Parlamentsdebatte nicht.

Besonderer Unmut herrschte bei allen Fraktionen darüber, daß sich die westlichen Alliierten in London geweigert hatten, die Frage der Rückgabe oder Anrechnung des beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens auch nur anzuschneiden. Für die CDU erklärte der Abgeordnete Kopf, wenn sich die Bundesrepublik durch den Abschluß der Londoner Abkommen zur Anerkennung des Privateigentums feierlich und vor aller Welt bekenne, so könne und müsse sie damit den Wunsch verbinden, daß das Eigentumsrecht innerhalb der ganzen Welt und der ganzen Menschheit als schutzwürdiges Gut ein für allemal anerkannt und respektiert werde²³⁹⁾. Die SPD versagte wegen des Verhaltens der Alliierten in der Frage des deutschen Auslandsvermögens dem Abkommen über die Regelung der deutschen Vorkriegsschulden — und damit praktisch auch dem gesamten Vertragswerk — ihre Zustimmung. Sie wollte diese Entscheidung als politische Entscheidung aufgefaßt wissen²⁴⁰⁾. Wie der Abgeordnete Güllich ausführte, hielt die SPD die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme deutschen Vermögens für unvereinbar mit einer echten Partnerschaft auf Leben und Tod²⁴¹⁾. Die Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP und FU brachten nach der zweiten Lesung der Verträge gemeinsam eine EntschlieÙung ein, in der die Bundesregierung ersucht wurde, die rechtlichen Voraussetzungen zur Aufnahme von Verhandlungen über freie Vereinbarungen mit anderen Staaten bezüglich des deutschen Auslandsvermögens zu treffen²⁴²⁾.

²³⁸⁾ Vgl. S. 42 f.

²³⁹⁾ Vgl. Deutscher Bundestag I, S. 12755.

²⁴⁰⁾ Vgl. Luetkens, Deutscher Bundestag II, S. 13943 ff.

²⁴¹⁾ Vgl. Güllich, Deutscher Bundestag I, S. 12757.

²⁴²⁾ Vgl. Deutscher Bundestag, Umdrucke, 1. Wahlperiode 1949, Umdruck 1032 vom 1. Juli 1953, EntschlieÙung der Fraktion der CDU/CSU, FDP, DP, FU (BP-Z) zur zweiten Beratung der Gesetzentwürfe betreffend Londoner Schuldenabkommen.

Allgemeine Enttäuschung herrschte auch darüber, daß die territoriale Beschränkung der deutschen Herrschaftsgewalt von den Gläubigern nur unvollkommen berücksichtigt worden war ²⁴³⁾. Dagegen wurde das Fehlen einer automatisch wirkenden Transferschutzklausel unterschiedlich beurteilt. Während besonders die Abgeordneten Gülich ²⁴⁴⁾ und Luetkens ²⁴⁵⁾ (SPD) sowie Reismann ²⁴⁶⁾ (FU) die in Artikel 34 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden enthaltene Konsultationsklausel als unzureichend bezeichneten, glaubte der zur Beratung der Abkommen eingesetzte Sonderausschuß 53 des Bundestages, dem Plenum die unveränderte Annahme der Abkommen trotz Fehlens einer automatisch wirkenden Transferschutzklausel unbedenklich empfehlen zu können. Der Ausschuß war der Auffassung, daß wegen des günstigen Verhältnisses der Annuitäten zum gesamten Exportvolumen und auf Grund der Entwicklung der westdeutschen Zahlungsbilanz mit der Notwendigkeit der Anwendung einer solchen Klausel in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei ²⁴⁷⁾. Andere Abgeordnete wiesen darauf hin, daß es im wesentlichen auf die Gläubiger der Bundesrepublik ankomme, ob der Transfer der geschuldeten Leistungen gelinge oder nicht. Das Ausland müsse bereit sein, die deutschen Leistungen entgegenzunehmen, bilaterale Handelshemmnisse abzubauen und auf zweifelhafte Exportförderungsmaßnahmen zu verzichten ²⁴⁸⁾.

Kritik rief stellenweise auch die Tatsache hervor, daß sich die Alliierten auf der Londoner Konferenz nicht zu einem formellen Verzicht auf Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik hatten entschließen können ²⁴⁹⁾. Es wurde noch einmal darauf hingewiesen, daß der in London vorgesehene Schuldendienst angesichts der beschränkten Leistungsfähigkeit Westdeutschlands nicht erfüllt werden könnte, wenn erneut Reparationsforderungen gestellt werden sollten ²⁵⁰⁾. Sowohl die deutsche Schuldendelegation als auch der Deutsche Bundestag sind demgemäß bei ihrer Zustimmung zu den Abkommen von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Alliierten nicht beabsichtigen, „gegen alle Regeln wirtschaftlicher Vernunft noch Reparationsforderungen geltend zu machen“ ²⁵¹⁾.

²⁴³⁾ Vgl. z. B. Kopf, Deutscher Bundestag I, S. 12 754.

²⁴⁴⁾ Vgl. Gülich, Deutschen Bundestag I, S. 12 756.

²⁴⁵⁾ Vgl. Luetkens, Deutscher Bundestag II, S. 13 945.

²⁴⁶⁾ Vgl. Reismann, Deutscher Bundestag I, S. 12 760.

²⁴⁷⁾ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksachen, 1. Wahlperiode 1949, Drucksache 4568 vom 24. Juni 1953, Schriftlicher Bericht des Sonderausschusses „Londoner Schuldenabkommen“.

²⁴⁸⁾ Vgl. Preusker, Deutscher Bundestag I, S. 11 762.

²⁴⁹⁾ Vgl. z. B. Preusker, Deutscher Bundestag I, S. 12 762.

²⁵⁰⁾ Vgl. Adenauer, Deutscher Bundestag I, S. 12 750.

²⁵¹⁾ Vgl. Adenauer, Deutscher Bundestag I, S. 12 750.

Sehr anerkennend geäußert haben sich die Sprecher aller Parteien — mit Ausnahme der KPD — über die in London eingeräumten beträchtlichen Nachlässe auf die deutsche Schuld aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Alliierten und Dänemarks. Der besondere Dank galt dabei vor allem den Vereinigten Staaten von Amerika, die ihre Forderungen um über 2 Mrd Dollar reduziert haben. Nicht in den allgemeinen Dank eingeschlossen wurde allerdings Frankreich. Es fielen sogar recht harte Worte gegen die Französische Republik. Der Sprecher der Deutschen Partei zum Beispiel erklärte, angesichts der Auspowerung der französischen Zone durch die dortige Besatzungsmacht könne von einer geleisteten Wirtschaftshilfe keine Rede sein ²⁵²). Fast wären die Londoner Verträge an dem Abkommen mit Frankreich gescheitert, denn in zweiter Lesung fand sich keine Mehrheit für dessen Ratifizierung.

Die an sich damit verbundene Ablehnung aller Verträge über die Regelung der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden wurde nur dadurch verhindert, daß eine Reihe von Abgeordneten nachträglich erklärte, sie hätten sich bei der Abstimmung über das Abkommen mit Frankreich im „Irrtum über Voraussetzungen der Abstimmung“ befunden. Daraufhin wurde das Abkommen am nächsten Tag vom Parlament erneut in zweiter und dritter Lesung beraten und mit knapper Mehrheit verabschiedet ²⁵³).

²⁵²) Vgl. Jaffé, Deutscher Bundestag II, S. 13 947.

²⁵³) Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode 1949, 280. Sitzung am 3. Juli 1953.

Kapitel IV

Probleme der technischen Durchführung des Londoner Schuldenabkommens

Aufgabe dieses Kapitels ist es, die mit der technischen Durchführung des Londoner Schuldenabkommens verbundenen Probleme zu schildern. Da eine Darstellung dieser Probleme für alle Schuldenkategorien den Rahmen der Arbeit erheblich überschreiten würde, soll lediglich an einem konkreten Beispiel — den Dollarbonds bzw. den Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland — gezeigt werden, wie die technische Durchführung des Abkommens gehandhabt wird.

1. Die Wertpapierbereinigung

Eine entscheidende Voraussetzung für die Durchführung des Londoner Schuldenabkommens ist die Wertpapierbereinigung. Nach Anlage I ²⁵⁴⁾ des Abkommens dürfen auf bestimmte Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ²⁵⁵⁾ des Reichs und anderer öffentlich-rechtlicher Schuldner Zahlungen erst dann geleistet werden, wenn diese Wertpapiere „bereinigt“ worden sind. Auch gewisse Wertpapiere privater Schuldner bedürfen der Bereinigung, ehe sie gemäß den in London vereinbarten Empfehlungen geregelt werden können ²⁵⁶⁾.

Die Wertpapierbereinigung wurde auf Grund der gewaltsamen Störungen des Wertpapierwesens im Zweiten Weltkrieg notwendig.

a) Die Ursachen der Wertpapierbereinigung

Wie in Kapitel II dieser Arbeit geschildert, wurde mit der Einführung der Devisenbewirtschaftung im Jahre 1931 die normale Bedienung von Auslandsanleihen unmöglich gemacht. Als Ersatz für den Transfer der Zins- und Tilgungsraten gab die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden von 1933 an Schuldverschreibungen in ausländischer Währung aus.

²⁵⁴⁾ Vgl. Anlage I, Abschnitt C Ziffer 8 (f) zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 376.

²⁵⁵⁾ Vgl. Verzeichnis im BGBl. 1952, Teil I, S. 572.

²⁵⁶⁾ Vgl. Anlage II, Artikel III, Ziffer 4 zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, a. a. O., S. 391.

Trotz des Transferstops wurden jedoch zum Rückkauf von Anleihestücken Devisen noch in gewissem Umfange zur Verfügung gestellt. Man wollte auf diese Weise die deutsche Auslandsschuld und die damit verbundene Zinsbelastung vermindern. Kaufte schon vor 1931 inländische Kapitalanleger bzw. die Aussteller selbst erhebliche Beträge deutscher Auslandsanleihen zurück, so erfolgte nach Einführung der Devisenbewirtschaftung, begünstigt durch den niedrigen Kursstand der Papiere im Ausland, ein noch stärkerer Rückstrom. Die Erwerber der Auslandsbonds waren verpflichtet, die Stücke dem Schuldner gegen Reichsmark zu überlassen. Unter anderem kauften auch die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden und die Deutsche Golddiskontbank bis kurz vor Kriegsende deutsche Auslandsbonds für Rechnung der Anleiheschuldner in größerem Umfange auf.

Ein Teil der zurückerworbenen Anleihestücke befand sich im Mai 1945 in Berlin. Obwohl die Stücke zur Tilgung erworben worden waren, hatte man sie noch nicht entwertet, da in den Anleihebedingungen die Mitwirkung der ausländischen Treuhänder bei der Entwertung vorgesehen war. Die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der zurückerworbenen, aber noch nicht entwerteten Anleihestücke nach der Besetzung Berlins aus den Tresoren der Reichsbank verschwand, machte es unumgänglich, eine Wertpapierbereinigung durchzuführen. Der Nennbetrag der abhanden gekommenen Stücke wird auf etwa 340 Mio Dollar geschätzt ²⁵⁷⁾.

Die Wertpapierbereinigung ist sowohl für den Wertpapiereigner als auch für den Aussteller der Wertpapiere von Vorteil. Der Aussteller wird vor ungerechtfertigter Inanspruchnahme geschützt, und der Eigentümer erhält eine neue oder neu bestätigte Urkunde und hat die Garantie, daß nicht eine Vielzahl unberechtigter Ansprüche sich nachteilig auf den Kurs seines Wertpapiers auswirkt.

Da mehr als die Hälfte der in den Jahren 1924—30 ausgegebenen, auf ausländische Währung lautenden deutschen Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten von Amerika emittiert worden ist ²⁵⁸⁾, soll der Gang der Wertpapierbereinigung anhand der Bereinigung deutscher Dollarbonds in den Vereinigten Staaten geschildert werden.

²⁵⁷⁾ Vgl. Skaupy, Walther, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen I, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, Heft 1 vom 1. Januar 1958, S. 32.

²⁵⁸⁾ Vgl. Skaupy, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen I, a. a. O., S. 37.

b) Die Bereinigung deutscher Dollarbonds in den Vereinigten Staaten von Amerika

Das „Gesetz zur Bereinigung von deutschen Schuldverschreibungen, die auf ausländische Währung lauten“, (AuslWBG) vom 25. August 1952²⁵⁹⁾ bestimmt, daß wegen der Verschiedenartigkeit der in den einzelnen Ländern auf dem Gebiet des Wertpapier-, Bank- und Börsenwesens herrschenden Verhältnisse das Bereinigungsverfahren auf Grund zweiseitiger Abmachungen mit den betroffenen Ländern geregelt werden soll. Die Bereinigung der in den Vereinigten Staaten begebenen Dollarbonds wird auf Grund des zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten geschlossenen Regierungsabkommens vom 27. Februar 1953²⁶⁰⁾ sowie der Zweiten Durchführungsverordnung zum Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds (Vereinigte Staaten von Amerika) vom 7. März 1953²⁶¹⁾ und des Staatsvertrages vom 1. April 1953²⁶²⁾ durchgeführt.

Gemäß dem Abkommen vom 1. April 1953 haben die beteiligten Regierungen im Mai 1953 in New York eine „Bereinigungsstelle für deutsche Dollarbonds“ (Validation Board for German Dollar Bonds) errichtet, der die hauptsächlichen Aufgaben des Auslandsbevollmächtigten für die USA übertragen wurden. Nach umfassenden Vorbereitungsarbeiten teilte die Bereinigungsstelle in der Zeit vom 26. bis 30. August 1953 durch zahlreiche Bekanntmachungen in zirka 30 Zeitungen und Zeitschriften englischer und deutscher Sprache der Öffentlichkeit mit, daß am 1. September 1953 das Bereinigungsverfahren für 92 Anleihen beginnen werde. Für eine weitergehende Publikation sorgte die amerikanische Presse sowie ein Merkblatt, das an rund 20 000 Banken und Wertpapierfirmen in den Vereinigten Staaten sowie an viele Banken anderer Länder verschickt wurde. Die Anmeldefrist wurde insgesamt dreimal verlängert und ist am 31. August 1956 endgültig abgelaufen. Auch nach diesem Termin waren Anmeldungen zwar bis zum 31. August 1958 noch möglich, jedoch nur dann, wenn der Anmelder glaubhaft machen konnte, daß nicht eigene grobe Fahrlässigkeit Ursache der verspäteten Anmeldung war.

²⁵⁹⁾ BGBl. I, S. 553.

²⁶⁰⁾ Vgl. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Bereinigung von Dollarbonds deutscher Aussteller vom 27. Februar 1953, Bundesanzeiger Nr. 50 vom 13. März 1953, S. 1.

²⁶¹⁾ Bundesanzeiger Nr. 50 vom 13. März 1953, S. 2.

²⁶²⁾ Vgl. Gesetz über das Abkommen vom 1. April 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gewisse Angelegenheiten, die sich aus der Bereinigung deutscher Dollarbonds ergeben, vom 19. August 1953, BGBl. II, S. 300.

c) Das Bereinigungsverfahren

Mit der Anmeldung zur Bereinigung mußten die Dollarbonds bei der vom Bundesfinanzminister bestimmten Hinterlegungsstelle in den Vereinigten Staaten eingereicht werden²⁶³). Als „Besondere Hinterlegungsstelle“ für die Bonds der Dawes-, Young- und Preußenanleihen von 1926 und 1927 fungierte das Bankhaus J. P. Morgan u. Co., Inc., während die National City Bank of New York zur „Allgemeinen Hinterlegungsstelle“ für die bereinigungspflichtigen Bonds der übrigen 88 Anleihen bestimmt wurde. In einer Entscheidung vom 4. Februar 1954 hat die Bereinigungsstelle dargelegt, daß grundsätzlich auch die außerhalb der Vereinigten Staaten — vornehmlich in Europa — belegenen Stücke der Dollaranleihen bei den oben genannten Hinterlegungsstellen in New York einzureichen sind.

Bei der Bereinigungsstelle in New York konnten nur Auslandsstücke angemeldet werden, d. h. solche Stücke, die sich am 1. Januar 1945 außerhalb der Grenzen Deutschlands nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 und außerhalb verschiedener besetzter Gebiete befanden. Die in Deutschland befindlichen sogenannten „rechtmäßig erworbenen“ Stücke und die Rückerstattungsansprüche waren dagegen bei den für die einzelnen Anleihen zu Prüfstellen²⁶⁴) bestimmten Banken zur Bereinigung anzumelden.

Handelt es sich bei der Bereinigung durch die Prüfstellen nur um verhältnismäßig geringe Beträge, so kommt der sogenannten Sammelanerkennung eine größere wirtschaftliche Bedeutung zu. Bei diesem Bereinigungsverfahren werden alle oder bestimmte Auslandsbonds einer Art in ihrer Gesamtheit anerkannt.

Die Sammelanerkennung muß der Aussteller der Schuldverschreibungen beantragen. Über den Antrag — die Einzelheiten des Verfahrens sind 1954 in einem deutsch-amerikanischen Notenwechsel festgelegt worden — entscheidet der Bundesfinanzminister in Zusammenarbeit mit dem Bundesjustizminister. Durch dieses Bereinigungsverfahren wird ein Großteil der in europäischen Ländern vorhandenen Altbestände an Dollarbonds validiert, die dem Schuldner als gute Stücke bekannt sind. Es handelt sich hierbei in erster Linie um solche Papiere, die bereits mehrere Jahre vor dem Kriege in den betreffenden Ländern — vornehmlich der Schweiz und Schweden — unter amtlicher Mitwirkung registriert bzw. affidaviert worden sind.

²⁶³) Voraussetzung der Anmeldung ist also, daß der Bond vorhanden ist. Die Frage der nicht effektiv vorhandenen Bonds wird im nächsten Abschnitt des Kapitels behandelt.

²⁶⁴) Als Prüfstelle für die Dawes- und Young- sowie für die beiden Preußenanleihen fungiert die Bundesschuldenverwaltung; für die Schuldverschreibungen der Konversionskasse ist die Preußische Staatsbank (Seehandlung) in Berlin die Prüfstelle; die Banken, die als Prüfstellen der anderen Anleihen eingesetzt sind, wurden im Bundesanzeiger Nr. 18 vom 28. Januar 1953 (S. 15 f.) angegeben.

Die Anmeldung der Dollarbonds bei der Bereinigungsstelle in New York erfolgte mit Hilfe eines besonderen Anmeldeformulars (registration form). Gleichzeitig mit der Anmeldung der Bonds mußten auch die noch vorhandenen Zinsscheine hinterlegt werden. Kann der Anmelder noch den letzten vor dem 1. Januar 1940 fälligen Zinsschein vorweisen, so bedarf es keiner weiteren Beweismittel zur Anerkennung, da dieser Zinsschein die Vermutung begründet, daß der betreffende Bond nicht zu den in Berlin abhanden gekommenen Stücken gehört. Fehlen diese Zinsscheine, so sind andere Beweisstücke — z. B. Bescheinigungen einer Bank über den Erwerb oder die Verwahrung der Bonds — vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß es sich bei dem Bond um ein Auslandsstück handelt. Können solche Beweise nicht erbracht werden oder ist der Bond erst nach dem 1. Januar 1945 in die Hand des Anmelders gelangt, so sind die für den Beweis verfügbaren Urkunden vorzulegen. Beim Fehlen solcher Unterlagen kann eine eidesstattliche Erklärung bestimmten Inhalts abgegeben werden, und die Bereinigungsstelle kann darüber hinaus ihrerseits Ermittlungen anstellen bzw. weitere Beweismittel verlangen.

Nach der Stellungnahme der zuständigen Prüfstelle, der jede Anmeldung mitgeteilt wird, entscheidet die Bereinigungsstelle, ob der Bond anerkannt oder ob die Anerkennung abgelehnt wird. Soll die Anerkennung verweigert werden, so ist der Anmelder über die der Anerkennung entgegenstehenden Tatsachen zu unterrichten und ihm Gelegenheit zu geben, Stellung dazu zu nehmen. Für die Nachprüfung abgelehnter Ansprüche sind Schiedsgerichte vorgesehen.

Wird der Bond dagegen von der Bereinigungsstelle anerkannt, so benachrichtigt sie die Hinterlegungsbank, die ihrerseits gemäß dem Wunsche des Anmelders den Bond entweder vorläufig in Verwahrung behält oder ihn mit einer angehefteten Bescheinigung der Bereinigungsstelle über die Anerkennung des betreffenden Bonds (validation certificate) dem Anmelder zurücksendet.

d) Ausstellung von Ersatzurkunden für effektiv nicht vorhandene Schuldverschreibungen

Da, wie noch geschildert wird, die Annahme der Schulden-Regelungsangebote nur durch Einreichen der alten Schuldverschreibungen und Zinsscheine zum Umtausch oder Aufdruck möglich ist²⁶⁵⁾, ist es erforderlich, für verlorengegangene Anleihestücke zunächst Ersatzurkunden auszustellen. Zuständig für die Ausstellung der Ersatzurkunden ist die Bundesschuldenverwaltung. Verlangt jemand die

²⁶⁵⁾ Vgl. S. 108.

Aushändigung einer Ersatzurkunde, so muß er nachweisen, daß er im Zeitpunkt des Verlustes oder der Vernichtung der Schuldverschreibung Eigentümer des Wertpapiers gewesen ist. Der Beweis gilt als erbracht, wenn eine auskunftsfähige West-Berliner Bank bescheinigt, „daß der Bond von ihr für den Antragsteller bis zum Zusammenbruch verwahrt worden, bei der Bank heute noch für den Antragsteller verbucht ist und über den Bond infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse nicht mehr verfügt werden kann“²⁶⁶). Dagegen reicht eine Erwerbsbescheinigung oder eine eidesstaatliche Erklärung allein nicht aus. Sie muß vielmehr noch durch weitere Belege — z. B. Bankbelege über eingelöste Zinsscheine bis zum Verlust — ergänzt werden. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Ausfertigung einer Ersatzurkunde muß der Berechtigte die verlorengegangenen Papiere zur Wertpapierbereinigung anmelden. Vor Abschluß des Bereinigungsverfahrens werden Ersatzurkunden nicht ausgestellt, da sich die Ausfertigung im Falle der Ablehnung des Anspruchs erübrigt.

Das Ausstellen von Ersatzurkunden ist mit gewissen Gefahren verbunden. Während in der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Staaten vernichtete oder abhanden gekommene Schuldverschreibungen ihre Gültigkeit infolge Kraftloserklärung durch Ausschlußurteil verlieren, bleiben in Großbritannien und in den USA die ursprünglichen Stücke gültig. Tauchen sie wieder auf, so müssen sie neben den Ersatzstücken bedient und eingelöst werden. Um sich vor Verlusten zu schützen, geben die Emittenten in diesen Ländern Ersatzurkunden daher nur gegen eine Schadloshaltungserklärung des Antragstellers aus.

Die von der Bundesschuldenverwaltung beim Ausstellen von Ersatzurkunden verlangte Schadloshaltungserklärung, die durch andere Sicherheiten nicht ersetzt werden kann, muß außer vom Antragsteller selbst auch noch von einer der Bundesschuldenverwaltung als Garanten genehmen Bank oder Versicherungsgesellschaft²⁶⁷) unterschrieben werden. Die Unterzeichner der Erklärung verpflichten sich zur Übernahme aller Schäden und Kosten, die dem Aussteller durch das Wiederauftauchen von Schuldverschreibungen, für die eine Ersatzurkunde ausgestellt wurde, entstehen können.

²⁶⁶) Saalfrank, Eugen, Ausstellung von Ersatzurkunden für Auslandsbonds der ursprünglichen Ausgaben der Deutschen Äußeren Anleihe 1924 (Dawesanleihe), Internationalen 5½ %igen Anleihe des Deutschen Reiches 1930 (Younganleihe), 6½ % Preußischen Äußeren Anleihe 1926 und 6 % Preußischen Äußeren Anleihe 1927, in: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage Nr. 1/1957 zu Teil IV B Nr. 10 vom 9. März 1957, S. 7.

²⁶⁷) Die Hermes-Kreditversicherungs-AG, Hamburg, ist bisher die einzige deutsche Versicherungsgesellschaft, die unter Abschluß einer Kautionsversicherung als Garant Schadloshaltungserklärungen für Ersatzurkunden unterzeichnet.

2. Das Ergebnis der Dollarbondsbereinigung

Innerhalb der ordentlichen Anmeldefrist vom 1. September 1953 bis zum 31. August 1956 waren bei der Bereinigungsstelle in New York 40 620 Anmeldungen über einen Gesamtnennwert von 142,46 Mio Dollar eingegangen. Einschließlich der Anmeldungen bei den Prüfstellen für den rechtmäßigen Inlandsbesitz und zur Sammelbereinigung durch das Finanzministerium belief sich der angemeldete Gesamtbetrag auf 226,63 Mio Dollar. Hinzu traten noch Anträge auf Erlaß von Feststellungsbescheiden in Höhe von nom. 26,41 Mio Dollar, „die für vernichtete oder solche Bonds erteilt werden können, die von keinem Anmeldeberechtigten zur Anerkennung vorgelegt werden können“ ²⁶⁸⁾. Rund 4,85 Mio Dollar sind dabei als Doppelanmeldung bei Bereinigungsstelle und Sammelanerkennung in Abzug zu bringen. Im ersten Jahr der Nachfrist gingen 806 Anmeldungen im Nennbetrag von 1 232 000 Dollar ein. Per 31. August 1957 beliefen sich die Anmeldungen damit auf insgesamt 252,9 Mio Dollar. Der Gesamtbetrag der Anerkennungen betrug 246,1 Mio Dollar.

	Anmeldungen in Mio \$	Anerkennungen in Mio \$	in %
Bereinigungsstelle	142,74 ²⁶⁹⁾ 270)	141,23	98,9
Sammelbereinigung	66,78	66,78	100,0
Prüfstellen	16,70	14,87	89,0
Feststellungsbescheide	26,63	23,23	87,2
	252,85	246,11	97,3

Von dem Gesamtnennbetrag der Anmeldungen müssen noch die schon erwähnten Doppelzählungen in Abzug gebracht werden.

Der bis zum Abschluß der Meldefrist zur Bereinigung insgesamt angemeldete Betrag in den USA ausgegebener Bonds beläuft sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank auf 266 Mio Dollar Nennwert. Hiervon wurden 254 Mio Dollar, also 96 v.H. als bereinigt anerkannt ²⁷¹⁾. Die in Anbetracht der großen Zahl der in Berlin abhanden gekommenen Stücke (340 Mio Dollar Nennbetrag) verhältnismäßig geringe Anzahl der Beanstandungen „dürfte sich in erster Linie gerade aus der Tatsache der Einrichtung eines Bereinigungsverfahrens für alle Bonds erklären“ ²⁷²⁾. Die jetzigen Besitzer der ab-

²⁶⁸⁾ Skaupy, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen I, a. a. O., S. 32.

²⁶⁹⁾ Hierin sind die Rücknahmen in Höhe von 0,95 Mio Dollar nicht enthalten.

²⁷⁰⁾ Der Nominalwert der angemeldeten Dollarbonds hatte sich bis Mai 1958 auf 144,58 Mio Dollar erhöht. Vgl. Dollarbonds-Anmeldung geht dem Ende zu, in: Handelsblatt, Nr. 56 vom 14. Mai 1958.

²⁷¹⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 3.

²⁷²⁾ Skaupy, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen I, a. a. O., S. 33.

handen gekommenen Bonds haben es nicht gewagt, die Bonds anzumelden. Die Entscheidung der Bereinigungsstelle ist bisher erst in einem Fall angefochten worden.

Bis Ende 1957 lagen für 82 der insgesamt bereinigungsfähigen 92 Dollaranleihen die Regelungsangebote vor. Die restlichen 10 Anleihen waren noch ungeregelt²⁷³⁾. Ende März 1959 stand die Regelung nur noch für einige wenige private Anleihen im Betrage von etwa 12 Mio DM offen²⁷⁴⁾.

3. Die neuen Auslandsschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland

Ist ein Wertpapier im Bereinigungsverfahren anerkannt worden, so ist die wichtigste Voraussetzung für die Geltendmachung von Ansprüchen seitens des Gläubigers gegen den Schuldner erfüllt. Allerdings muß der Gläubiger zuvor noch das zwischen dem Schuldner und der Gläubigervertretung abgesprochene Schulden-Regelungsangebot annehmen. Die Annahme des Angebots geschieht entweder durch Einreichen der bereinigten Schuldverschreibungen oder Zins-scheine zum Umtausch, wenn neue Schuldverschreibungen oder Zins-scheine ausgegeben werden, oder zur Anbringung eines Aufdrucks, wenn die neuen Regelungsbedingungen den alten Schuldverschreibungen aufgedruckt werden sollen.

Welchen Weg der Schuldner zur Verbriefung der neu geregelten Ansprüche wählt, den Aufdruck oder den Umtausch gegen neue Schuldverschreibungen, richtet sich in erster Linie nach den Gepflogenheiten des Landes, in dem die Anleihe begeben wurde. Wegen der stark formalistischen Börsengewohnheiten und Gesetze in den USA kommt dort z. B. praktisch nur die Neuemission in Frage. Dementsprechend hat sich auch der Bund bei den amerikanischen Tranchen der Reichsschulden für den Umtausch entschieden. Er ist damit gleichzeitig dem Risiko aus dem Weg gegangen, daß die in Berlin abhanden gekommenen Papiere wieder auf dem Markt erscheinen. Die Anleihestücke der europäischen Tranchen der Reichsanleihen wurden dagegen überdruckt. Man trug damit dem Wunsch der Gläubiger nach schneller Abwicklung Rechnung.

Da die fundierten Zinsrückstände der Reichsschulden fast ausnahmslos anders geregelt worden sind als die ausstehenden Kapitalbeträge, wurde neben dem Umtausch oder Überdruck der alten Schuldverschreibungen und Zinsscheine gewöhnlich die Ausgabe

²⁷³⁾ Vgl. Skaupy, Walther, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen II, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, 2. Heft vom 15. Januar 1958, S. 13.

²⁷⁴⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

neuer Fundierungsschuldverschreibungen erforderlich. Nur bei den Schulden der Konversionskasse war eine einheitliche Neuemission möglich, da hier die rückständigen Zinsen dem Kapital zugeschlagen und wie dieses behandelt wurden. Die Ansprüche der Gläubiger auf die sogenannte Schattenquote, d. h. also auf die nicht fundierten rückständigen Zinsen aus der Zeit von 1945 bis 1952, deren Bedienung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands aufgeschoben ist, verbriefte man bei den europäischen Ausgaben durch Aufdruck. Den amerikanischen Tranchen wurden entsprechende Bezugsscheine beigelegt.

Bei der Ausgabe der neuen Auslandsschuldverschreibungen richtete die Bundesschuldenverwaltung²⁷⁵⁾ ihr Hauptaugenmerk darauf, die Papiere durch besondere Papier-, Druck- und Textgestaltung vor Fälschungen zu schützen. Im übrigen hielt sie sich bei der Ausstattung der in den europäischen Ländern ausgegebenen neuen Wertpapiere an die von den Börsen der Bundesrepublik herausgegebenen Richtlinien für den Neudruck von Wertpapieren²⁷⁶⁾, die auch den Börsenrichtlinien der übrigen europäischen Länder genügen.

Die für Amerika bestimmten neuen Dollar-Schuldverschreibungen weichen in ihrer Aufmachung etwas von den europäischen Anleihestücken ab. Sie tragen wegen der strengeren amerikanischen Bestimmungen neben den allgemein verlangten Unterschriften zweier Mitglieder der Bundesschuldenverwaltung und dem Dienstsiegel der Bundesrepublik noch einen Beglaubigungsvermerk mit handschriftlicher Unterschrift des Beglaubigungsagenten der Anleihe.

Einen Überblick über die wesentlichen Einzelheiten der neuen Auslandsschuldverschreibungen der Bundesrepublik geben die Übersichten in Anhang 12²⁷⁷⁾.

²⁷⁵⁾ Nach der noch geltenden Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924 müssen alle Schuldverschreibungen der Bundesrepublik durch die Bundesschuldenverwaltung ausgestellt werden. Die Reichsschuldenordnung ist gültig in der Fassung des Gesetzes über die Errichtung einer Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 13. Juli 1948 (GVBl. WR, S. 73).

²⁷⁶⁾ Richtlinien für den Neudruck von Wertpapieren vom 12. Mai 1949, abgedruckt in: Sonderbeilage 11/56 zum Teil IV B der Wertpapiermitteilungen vom 15. 12. 1956.

²⁷⁷⁾ Vgl. Anhang 12, S. 159 ff.

Kapitel V

Der Stand der Regelungsverfahren und die deutschen Leistungen auf Grund der Schuldenabkommen

1. Die öffentlichen Kriegs- und Vorkriegsverpflichtungen

Reichlich ein Viertel der in London geregelten deutschen Vorkriegsschulden entfällt auf die 3 großen, vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reiches, auf die Dawes-, die Young- und Kreuger-Anleihe. Der Bund unterbreitete den Gläubigern der verschiedenen Tranchen dieser Anleihen die Regelungsangebote zum Teil schon im Jahre 1953²⁷⁸⁾. Die restlichen Angebote wurden dann im Jahre 1954 veröffentlicht. Inzwischen sind alle Regelungsangebote von den Gläubigern angenommen worden. Aber die Regelung der holländischen Tranche der Dawes- und der Younganleihe ist bei Abschluß der Arbeit noch nicht erfolgt, da Holland dem Londoner Schuldenabkommen erst 1958 beigetreten ist.

Ebenfalls abgeschlossen ist die Regelung der Schuldverschreibungen der Konversionskasse und der preußischen Dollaranleihen, für die der Bund die Haftung übernommen hatte. Die Regelungsangebote für diese Schulden waren den Gläubigern durch den Bund in den Jahren 1953 und 1954 unterbreitet worden. Ende 1954 standen nur noch die Regelungsangebote für einige unbedeutende Emissionen der Konversionskasse aus²⁷⁹⁾, die dann im Jahre 1955 veröffentlicht wurden.

Auch die übrigen Schulden des Bundes wurden schon 1953 und 1954 geordnet, so der Lee Higginson-Kredit und die Kapitalanlagen der BIZ in Deutschland. Für die Mixed-Claims-Schulden, die österreichischen Schulden, die Schulden aus dem deutsch-belgischen Mark-

²⁷⁸⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, Frankfurt a. M. 1954, S. 94. Die Kreuger-Anleihe ist durch das Abkommen vom 2. Oktober 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und des Svenska Tändsticks Aktiebolaget sowie der Stockholms Enskilda Bank andererseits nach Maßgabe des Londoner Abkommens geregelt worden. (Vgl. Gurski, a. a. O., S. 296.)

²⁷⁹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Geschäftsjahr 1954, Frankfurt a. M. 1955, S. 108.

abkommen und dem deutsch-schweizerischen Abkommen waren besondere Regelungsangebote nicht erforderlich, da die Verzinsung und Tilgung dieser Forderungen in den entsprechenden internationalen Abkommen bis in alle Einzelheiten hinein festgelegt worden war.

Insgesamt wurden den Anleihegläubigern des Deutschen Reiches und des ehemaligen Staates Preußen Regelungsangebote für Vorkriegsschulden im Gesamtbetrag von 2,2 Mrd DM unterbreitet²⁸⁰⁾.

Ebenso zügig wie bei den Bundesschulden schritt die Regelung der Schulden von Ländern und Gemeinden sowie von Bundesbahn und Bundespost voran. Ein großer Teil dieser Verbindlichkeiten wurde schon 1953 geordnet und befand sich Ende des Jahres bereits in der Abwicklung. Eine Ausnahme bildeten lediglich die amerikanischen Anleihen der Länder und Gemeinden. Die Regelung dieser Anleihen zog sich relativ lange hin. Ende 1953 standen noch alle Zustimmungserklärungen der Gläubigervertretungen zu den Regelungsvorschlägen aus²⁸¹⁾. Während die Schweizer Emissionen bis Ende 1954 sämtlich, die englischen Emissionen in der Mehrzahl geregelt waren, konnte bis zu diesem Zeitpunkt nur bei drei der in den Vereinigten Staaten emittierten Anleihen eine Übereinkunft zwischen Gläubigern und Schuldern herbeigeführt werden²⁸²⁾. Bis Ende 1956 war das Regelungsverfahren dann jedoch mit Ausnahme von drei in Holland emittierten Anleihen für alle übrigen 37 Länder- und Gemeindeanleihen einschließlich der in den Vereinigten Staaten emittierten Anleihen abgeschlossen²⁸³⁾. Von den 37 Anleihen waren 12 am 31. März 1959 bereits voll zurückgezahlt, fünf weitere Anleihen sind mit ihren Restbeträgen in den nächsten Jahren fällig²⁸⁴⁾.

Der Schuldendienst für die öffentlichen Vorkriegsverpflichtungen wurde, dem Londoner Schuldenabkommen entsprechend, im Jahre 1953 aufgenommen. Zunächst erreichten die Zahlungen jedoch nicht die geschätzte Höhe, da die Wertpapierbereinigung eine gewisse Zeit in Anspruch nahm. Selbst 1955 hatten etwa 10 vom Hundert der Gläubiger ihre auf Dollar lautenden Anleihebonds noch immer nicht zum Umtausch vorgelegt²⁸⁵⁾.

²⁸⁰⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 108.

²⁸¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 95.

²⁸²⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 109.

²⁸³⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, Frankfurt a. M. 1957, S. 113.

²⁸⁴⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

²⁸⁵⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, Frankfurt a. M. 1956, S. 110.

Die Gesamtleistungen der öffentlichen Hand für Tilgungen, Zinsen und Nebenkosten betrugen bis Ende 1956 879 Mio DM. Davon entfielen 817,7 Mio DM auf den Bund und 52,3 Mio DM auf die Länder und Gemeinden²⁸⁶). Der größte Teil der vom Bund gezahlten Zinsen (336 Mio DM) betraf die Dawes- und Young-Anleihe²⁸⁷). Die Tilgung dieser Anleihen setzte vertragsgemäß erst 1958 ein.

Die erste größere Schuld, die der Bund voll zurückzahlte, war der Lee Higginson-Kredit. Der Gegenwert dieses Kredites betrug bei der Übernahme durch den Bund noch 29,3 Mio DM. Seine Laufzeit war auf 2 Jahre begrenzt. Er wurde noch vor Ablauf dieser Frist vom Bund gekündigt²⁸⁸).

Umfangreichere Amortisationen leistete der Bund auch auf seine Verpflichtungen aus dem Abkommen mit der Schweiz über die sogenannte Clearing-Milliarde. Wie bereits erwähnt, wurden von der Gesamtschuld 250 Mio sfrs in einen Kredit an die Deutsche Bundesbahn (140 Mio sfrs) und an Firmen der deutschen Eisenindustrie (110 Mio sfrs) umgewandelt. Der Bund überwies die entsprechenden Beträge in den Jahren 1954 bis 1957 an die empfangsberechtigten neuen Kreditnehmer. Den übrigen Verpflichtungen aus diesem Abkommen kam der Bund durch regelmäßigen Transfer der vereinbarten Zahlungen in die Schweiz nach²⁸⁹). Bis Juni 1959 hatten die Tilgungen (einschließlich der Umwandlungskredite) eine Höhe von insgesamt 414 Mio sfrs erreicht. Die Restschuld gegenüber der Schweiz belief sich auf 236 Mio sfrs²⁹⁰).

Die unverzinslichen Mixed-Claims-Schulden wurden seit 1953 mit dem vereinbarten Betrag von jährlich 3 Mio Dollar getilgt. Sie waren daher bis Ende 1957 um 15 Mio Dollar auf 82,5 Mio Dollar gesunken. 1958 war ein Betrag von 3,7 Mio Dollar fällig. Die Restschuld belief sich am 31. März 1959 auf 78,8 Mio Dollar²⁹¹). Die Tilgungen auf die ebenfalls unverzinsliche belgische Markforderung erreichten bis Ende 1957 die vorgesehene Höhe von 10 Mio DM

²⁸⁶) Die beiden Zahlen zusammengekommen ergeben 880 Mio DM. Die Differenz kommt wohl durch Abrundungen zustande.

²⁸⁷) Die Zinszahlungen beliefen sich bis 1955 einschl. auf 247 Mio DM (vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 110). 1956 betrugen sie 88,3 Mio DM (vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder 1956, a. a. O., S. 113).

²⁸⁸) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 111.

²⁸⁹) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 113.

²⁹⁰) Vgl. Finanzabkommen mit der Schweiz, a. a. O.

²⁹¹) Vgl. Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesanzeiger, Nr. 93 vom 20. Mai 1959, S. 6 f.

(jährlich 2 Mio DM)²⁹²⁾. Sie betragen seit 1958 jährlich 3 Mio DM. Die ausstehende Summe belief sich per 31. März 1959 noch auf 27 Mio DM²⁹¹⁾.

Die gesamten Rückzahlungen des Bundes auf Vorkriegsschulden bis 31. März 1959 werden von der Deutschen Bundesbank mit 642 Mio DM angegeben²⁹³⁾. Einschließlich der Rückzahlungen auf Länder- und Gemeindeschulden in Höhe von 46 Mio DM stellt sich die Tilgungsleistung der öffentlichen Hand auf Vorkriegsschulden von 1953 bis zum genannten Termin auf 688 Mio DM. An Zinsen wurden im gleichen Zeitraum 684 Mio DM, an Nebenkosten 28 Mio DM gezahlt²⁹⁴⁾.

2. Die privaten Vorkriegsverpflichtungen

Bei den privaten Vorkriegsverpflichtungen ist zwischen

1. den langfristigen Anleihen,
2. den alten kurzfristigen Krediten ausländischer Banken an deutsche Banken, Handels- und Industrieunternehmen (Stillhaltungsschulden) und
3. den Handelsschulden, Darlehen und ähnlichen Schulden zu unterscheiden.

a) Langfristige Anleihen

Die privaten, in der Bundesrepublik ansässigen deutschen Schuldner langfristiger Auslandsanleihen hatten ihre Regelungsangebote den Gläubigern oder deren Vertretungen bereits im Laufe des Jahres 1953 vorgelegt. Soweit es sich um den europäischen Raum handelte, waren die Angebote bis Ende 1953 von den Gläubigerausschüssen vielfach auch bereits angenommen und zum Teil sogar schon veröffentlicht worden. Dagegen waren die Verhandlungen mit dem Gläubigerausschuß für die in den Vereinigten Staaten begebenen Anleihen zu diesem Zeitpunkt noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Zinsendienst für diese Anleihen konnte daher bis Ende des Jahres auch noch nicht aufgenommen werden²⁹⁵⁾.

Die privaten langfristigen Anleihe-schulden gegenüber der Schweiz wurden 1954 sämtlich wieder bedient. Gegenüber den Vereinigten

²⁹²⁾ Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung, a. a. O., S. 48.

²⁹³⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Schuldenabkommen, a. a. O., S. 4 f.

²⁹⁴⁾ Vgl. Anhang 13, S. 167.

²⁹⁵⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 95.

Staaten und Großbritannien war das wegen der damals noch immer nicht abgeschlossenen Regelungsverhandlungen nur in geringem Umfange der Fall. Die geregelten Anleihen umfaßten Ende 1954 bei einer geschätzten Gesamtschuldensumme von 900 Mio DM erst einen Schuldbetrag im Gegenwert von 250 Mio DM.

Ein Teil der kleinen Anleihen bzw. Anleihereste konnte bis Ende 1954 zurückgezahlt werden. Für die 1954 noch nicht endgültig geregelten Anleihen waren wenigstens die grundsätzlichen Regelungsbestimmungen festgelegt. Eine Ausnahme bildeten die Anleihen, für die infolge der Abtrennung der Sowjetzone nur eine quotale Regelung möglich ist ²⁹⁶⁾.

Im Jahre 1955 sind die Regelungsverhandlungen für die in den Vereinigten Staaten begebenen Auslandsanleihen privater Schuldner zwar gut vorangekommen, sie konnten aber doch nicht so weitgehend abgeschlossen werden, wie es bei anderen Ländern, insbesondere der Schweiz, der Fall war.

Die amerikanischen Gläubiger bestanden bei Anleihen mit relativ geringer ausstehender Kapitalsumme in erster Linie auf sofortiger Barrückzahlung. Diesem Wunsch sind die deutschen Verhandlungspartner weitgehend entgegengekommen. „Von den bis Ende 1955 abgeschlossenen 32 Regelungen privater Dollaranleihen sahen 24 mit einem Gesamtbetrag von \$ 16,3 Mio die sofortige Barrückzahlung vor. Bei den restlichen 8 Anleihen, die dem Abkommen entsprechend prolongiert wurden, handelt es sich um je 4 Anleihen der Nachfolgegesellschaften der Vereinigten Stahlwerke und der AEG mit einem neuen Nennbetrag von \$ 27,5 Mio“ ²⁹⁷⁾.

Im Jahre 1956 gelang es, als letzte der Pfundanleihen die Anleihe des Kalisyndikats zu regeln. Auch die Regelung der noch ausstehenden, in den Vereinigten Staaten begebenen Anleihen ging zügig voran. „Von den insgesamt 70 in Frage kommenden Dollaranleihen waren bis Ende März 1957 60 Anleihen mit einem Kapitalbetrag von rund \$ 117 Mio geregelt“ ²⁹⁸⁾. Von diesen sind bzw. werden 41 Anleihen mit einem Kapitalbetrag von rd. 54 Mio Dollar kurzfristig zurückgezahlt, während sich bei den übrigen neu geregelten und mit einer längeren Laufzeit ausgestatteten Anleihen die Tilgung über einen größeren Zeitraum erstreckt. Die Regelung der restlichen 10 Anleihen stand auch Ende 1957 noch an ²⁹⁹⁾.

²⁹⁶⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 109.

²⁹⁷⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 111.

²⁹⁸⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 113.

²⁹⁹⁾ Vgl. Skaupy, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen II, a. a. O., S. 13.

Die Zahl der prolongierten privaten Dollaranleihen gibt die Deutsche Bundesbank für Ende März 1959 mit 26 Stück an³⁰⁰⁾. Zählt man zu dieser Zahl die vorzeitig getilgten Anleihen, so zeigt sich, daß Anfang 1959 nur noch einige wenige Dollaranleihen ungeregelt waren.

Vom Inkrafttreten des Londoner Schuldenabkommens bis Ende des Jahres 1956 sind auf die privaten Auslandsanleihen Zahlungen im Gegenwert von 288,2 Mio DM geleistet worden, und zwar 186,8 Mio DM für Tilgungen und 101,4 Mio DM für Zinsen. Von dem genannten Gesamtbetrag entfällt fast die Hälfte (139,9 Mio DM) auf das Jahr 1956³⁰¹⁾. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1957 betrugen die Tilgungsleistungen rund 84 Mio DM. Die Deutsche Bundesbank schätzte den verbliebenen Auslandsumlauf privater deutscher Vorkriegsanleihen zum 30. September 1957 auf 717 Mio DM³⁰²⁾.

Auch im Jahre 1958 hat sich der Auslandsumlauf privater deutscher Auslandsbonds durch Tilgungen und Repatriierungen weiter vermindert. Er betrug am 31. März 1959 nur nom. 639 Mio DM; das sind 78 Mio DM weniger als am 30. September 1957. Den Inlands-umlauf dieser Bonds gibt die Deutsche Bundesbank für Ende März 1959 mit nom. 126 Mio DM an³⁰³⁾.

b) Stillhalteschulden

Die Stillhalteschulden sind — wie geschildert — im Deutschen Kreditabkommen von 1952 geregelt worden. Das Deutsche Kreditabkommen von 1952 ist nach Verstreichen der ursprünglich auf zwölf Monate festgesetzten und dann um drei Monate verlängerten Geltungsdauer am 1. Dezember 1954 ausgelaufen.

Bei Ablauf des Deutschen Kreditabkommens von 1952 war der im Jahre 1931 mit einem Gegenwert von 6 Mrd RM eingefrorene Block der kurzfristigen deutschen Devisenschulden gegenüber ausländischen Banken bis auf einen Rest von 73 Mio DM abgebaut worden. Die am 3. September 1953 noch bestehenden Kredite hatten sich in der Hauptsache durch Rückzahlung in DM (208 Mio DM) und durch Umwandlung in neue Rembourskredite (Rekommerzialisierung) (176 Mio DM) vermindert³⁰⁴⁾.

Die Abwicklung der am 1. Dezember 1954 noch verbliebenen Stillhalte-kredite wurde durch das am 19. November 1954 unterzeich-

³⁰⁰⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

³⁰¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114.

³⁰²⁾ Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung, a. a. O., S. 46 und S. 48.

³⁰³⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 7.

³⁰⁴⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 109.

nete „Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des Deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden vom 9. Dezember 1954“³⁰⁵⁾ geregelt. Bei den bis dahin noch ungetilgten Verpflichtungen handelte es sich hauptsächlich um Kredite, über deren Bestehen Gläubiger und Schuldner verschiedener Meinung waren, und um Härtefälle. Hinzu kamen etwa 50 Mio DM nicht abwicklungsfähige ostbezogene Kredite³⁰⁶⁾.

Die Rückzahlungen während der Geltungsdauer des Protokolls von 1954 beliefen sich auf 50 Mio DM³⁰⁷⁾. Zur Abdeckung der danach am 1. Dezember 1955 noch verbliebenen Restschuld von insgesamt 23 Mio DM ist die Geltungsdauer des Protokolls von 1954 durch das „Erste Verlängerungsprotokoll“ auf weitere zwölf Monate verlängert worden. Während der Laufzeit des Ersten Verlängerungsprotokolls ging das Stillhaltevolumen um 3,9 Mio DM auf 19,1 Mio DM zurück³⁰⁸⁾.

Die von deutschen Banken seinerzeit an Schuldner außerhalb des Bundesgebietes und Westberlin weitergeleiteten Stillhalte Kredite, für die nach der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz bzw. dem Berliner Altbankengesetz Zahlungen nicht geleistet werden dürfen, ermäßigen sich 1956 vorwiegend durch Verrechnungen um 4,5 Mio DM auf 39,2 Mio DM.

Am 1. Dezember 1956 trat das Zweite, am 2. Dezember 1957 das Dritte und am 2. Dezember 1958 das Vierte Verlängerungsprotokoll von 1954³⁰⁹⁾ in Kraft. Damit gilt das Protokoll von 1954 zunächst bis zum 1. Dezember 1959 weiter. Die deutsche Bundesbank gibt die insgesamt auf Stillhalte Kredite seit 1953 geleisteten Tilgungen mit 491 Mio DM an. Das Gesamtvolumen der Stillhalte Kredite betrug Ende März 1959 noch 16 Mio DM. Nicht enthalten in dieser Zahl sind einige nicht abwicklungsfähige ostbezogene Kredite. Die Tilgung der Stillhalteschulden von 1953 bis 1959 geht aus der nachstehenden Übersicht hervor³¹⁰⁾:

³⁰⁵⁾ Vgl. Bundesanzeiger Nr. 245 vom 21. Dezember 1954, S. 2.

³⁰⁶⁾ Darunter werden Kredite verstanden, die seinerzeit von den Banken an Zweitschuldner mit Sitz in Gebieten außerhalb der heutigen Bundesrepublik und Westberlins weitergeleitet worden sind. Nach § 6 der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz (Mitteilung der Bank deutscher Länder 1949, Nr. 38, S. 586) und § 5 des Altbankengesetzes vom 10. Dezember 1953 (GVBl. Berlin, S. 1483) dürfen Zahlungen auf diese Kredite von den deutschen Banken nicht geleistet werden. Vgl. Krebs, a. a. O., S. 807.

³⁰⁷⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112.

³⁰⁸⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114.

³⁰⁹⁾ Vgl. Viertes Verlängerungsprotokoll zum Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des Deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden vom 2. Dezember 1958, Bundesanzeiger, Nr. 2 vom 6. Januar 1959, S. 3.

³¹⁰⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 5.

*Abwicklung der unter das Deutsche Kreditabkommen von 1952
fallenden Stillhalteschulden*
in Mio DM

Gläubigerland	Stand am 3. 9. 1953 r)	Verminderung durch			Stand am 31. 3. 1959
		Rekommer- ziali- sierung	Rückzahlung in DM	in Devi- sen	
Großbritannien	335	115	140	76	4
Vereinigte Staaten von Amerika	94	45	33	15	1
Schweiz	78	16	39	12	11
insgesamt	507	176	212	103	16
r) berichtigt					

c) Einzelschuldverhältnisse

Für die im Londoner Schuldenabkommen erfaßten Handelsschulden und Darlehen wurde zwischen Gläubigern und Schuldern fast durchweg eine verhältnismäßig kurzfristige Tilgung vereinbart. Eine Überprüfung der einzelnen Schuldbeträge hatte ergeben, daß der Zahl nach ungefähr vier Fünftel aller Schuldverhältnisse den Betrag oder den Gegenwert von 50000 DM nicht überstiegen. Die Gesamtsumme dieser Schulden fiel außerdem gegenüber den anderen deutschen Vorkriegsverpflichtungen nicht entscheidend ins Gewicht. Für Kleinbeträge bis zu 50 000 DM schien es wegen der damit verbundenen unwirtschaftlichen Aufwendungen weder den Gläubigern noch den Schuldnern gegenüber zumutbar, an den sonst vorgeschriebenen langfristigen Tilgungen festzuhalten. Aus diesem Grunde wurden die Landeszentralbanken ermächtigt, auf Antrag die Zahlung von Schulden bis zum genannten Betrag in einer Summe oder in kurzfristigen Raten zu genehmigen. Das gleiche Verfahren konnte auch für solche Auslandsanleihen angewandt werden, deren ausstehender Kapitalbetrag einschließlich der Zinsrückstände den Gegenwert von 600 000 DM nicht überschritt ³¹¹⁾. Die Tilgungen auf die alten Handelsschulden, Kredite und Darlehen betrugen bis Ende September 1957 228 Mio DM. Davon entfielen 156 Mio DM allein auf die Jahre 1955 und 1956. Die Restschuld aus diesen privaten Auslandsverbindlichkeiten belief sich per 31. September 1957 auf rund 420 Mio DM ³¹²⁾. Sie hat sich unterdessen weiter vermindert. Die Deutsche Bundesbank gibt die Restschuld per 31. März 1959 mit 295 Mio DM, also um 125 Mio DM niedriger an als 1957 ³¹³⁾.

³¹¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 95.

³¹²⁾ Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung, a. a. O., S. 46 und S. 48.

³¹³⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 3.

Die Gesamtleistungen auf alle privaten Vorkriegsschulden betrugen bis Ende März 1959 1396 Mio DM. Von dieser Summe entfallen 1114 Mio DM auf Tilgungen, 264 Mio DM auf Zinsen und 18 Mio DM auf Nebenkosten³¹⁴⁾. Die privaten Vorkriegsverpflichtungen beliefen sich damit zu dem genannten Termin nur noch auf 1076 Mio DM³¹⁵⁾.

3. Die öffentlichen Nachkriegsverpflichtungen

Die Bedienung der öffentlichen Nachkriegsschulden der Bundesrepublik Deutschland aus der Wirtschaftshilfe der drei Alliierten wurde ebenfalls im Jahre 1953 aufgenommen. Die Bundesrepublik entrichtete an die Vereinigten Staaten 25 Mio Dollar Zinsen für die Verpflichtungen aus der ECA- und GARIOA-Hilfe und außerdem 118 Mio DM an Zinsen und Tilgungen auf die Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Überschußgütern. An Großbritannien und Frankreich zahlte die Bundesrepublik die fälligen Tilgungsraten in Höhe von 7,5 Mio Pfund Sterling bzw. 0,6 Mio Dollar. Dänemark erhielt 8 Mio dKr als erste Jahresrate gemäß dem deutsch-dänischen Abkommen vom 26. Februar 1953³¹⁶⁾.

Im Jahre 1954 kam die Bundesrepublik ihren Verpflichtungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe laufend zu den vertraglich vorgesehenen Terminen nach. Mitte 1954 wurde mit Großbritannien eine Vereinbarung über die Konsolidierung und Abtragung einer britischen EZU-Verbindlichkeit gegenüber der Bundesrepublik getroffen. Danach hatte Großbritannien an die Bundesrepublik Raten in der Höhe (je 7,5 Mio Pfund Sterling) und zu den Terminen zu leisten, daß die Zahlungen bei Fälligkeit mit den deutschen Verpflichtungen gegenüber Großbritannien aus der Nachkriegshilfe ausgeglichen werden konnten. Mit Dänemark wurde in bezug auf die dänische Flüchtlingshilfe eine ähnliche Regelung unter Vorziehung der deutschen Verpflichtungen auf fünf Jahresfälligkeiten getroffen³¹⁷⁾.

1955 riefen die Vereinigten Staaten 57 Mio DM der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik aus dem STEG-Abkommen zur Einzahlung auf ihr Sonderkonto in Deutscher Mark ab. Gemäß den Vereinbarungen über die Konsolidierung und vorzeitige Abdeckung der dänischen EZU-Schulden gegenüber der Bundesrepublik wurden 14,9 Mio DM der deutschen Verbindlichkeiten aus der dänischen Flüchtlingshilfe in Deutscher Mark verrechnet. Die übrige

³¹⁴⁾ Vgl. Anhang 14, S. 167.

³¹⁵⁾ Vgl. Anhang 17, S. 169.

³¹⁶⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 95 f.

³¹⁷⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 110.

gen Zins- und Tilgungsleistungen der Bundesrepublik auf die Nachkriegsschulden beliefen sich auf rund 214 Mio DM ³¹⁸⁾.

Auch im Jahre 1956 wurden die Zins- und Tilgungsraten auf die der Bundesrepublik gewährte Wirtschaftshilfe an die Vereinigten Staaten, an Großbritannien und an Frankreich in der vertraglich vorgesehenen Höhe von 195,7 Mio DM geleistet. Außerdem zahlte der Bund für Zinsen und Tilgungen auf die Verbindlichkeiten aus dem STEG-Abkommen 111,2 Mio DM an die Vereinigten Staaten. Wie in den Vorjahren wurde diese Summe in erster Linie für Zahlungen in der Bundesrepublik verwendet. Die drittletzte Tilgungsrate in Höhe von 14,9 Mio DM aus dem deutsch-dänischen Abkommen über die Flüchtlingshilfe wurde mit der gleich hohen Rate aus der konsolidierten dänischen EZU-Schuld verrechnet ³¹⁹⁾. Bis Ende 1958 war diese Schuld von ursprünglich 160 Mio dKr voll zurückgezahlt.

Um Großbritannien bei der Überwindung von Devisenschwierigkeiten zu unterstützen, deponierte die Deutsche Bundesbank im Juni 1957 75 Mio Pfund Sterling — das sind 10 Jahresraten der Nachkriegsschuld an Großbritannien — bei der Bank von England. Dieses Guthaben der Deutschen Bundesbank sollte bei Fälligkeit der einzelnen Jahresraten durch Abbuchen jeweils um 7,5 Mio Pfund Sterling verringert werden. Durch Abdeckung der am 1. August 1957 und 1958 fälligen Jahresraten war das Guthaben Ende 1958 bereits auf 60 Mio Pfund Sterling gesunken.

Die übrigen Nachkriegsschulden wurden 1957 planmäßig bedient, jedoch machten die USA von ihrem Recht, vorzeitige Leistungen aus dem STEG-Abkommen zu verlangen, wiederum Gebrauch. Die Bundesrepublik zahlte auf Grund der Abrufe etwa 150 Mio DM an die USA aus.

Ohne die devisenmäßige Vorausleistung von 67,5 Mio Pfund Sterling (rund 794 Mio DM) an Großbritannien erreichten die reinen Tilgungsleistungen der Bundesrepublik auf die Nachkriegsschulden im Jahre 1957 eine Höhe von 261 Mio DM. An Zinsen wurden 117 Mio DM entrichtet ³²⁰⁾.

Im Jahre 1958 wurde eine weitere Vereinbarung zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik über eine deutsche Devisen-

³¹⁸⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 113.

³¹⁹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 115.

³²⁰⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

hilfe an das Vereinigte Königreich getroffen ³²¹⁾. Der Bund verpflichtete sich in dieser Vereinbarung, neben einer Zahlung von drei Verteidigungskosten-Beihilfen (je 141 Mio DM) und der Leistung von Vorauszahlungen auf Rüstungsgütereinfuhren (50 Mio Pfund Sterling) auch zur vorzeitigen Überweisung der erst am 1. August 1962, 1963 und 1964 fällig werdenden Tilgungsraten auf die britischen Ansprüche aus der Nachkriegswirtschaftshilfe. Der Rückzahlungsbetrag von 22,5 Mio Pfund (rd. 265 Mio DM) sollte ursprünglich noch im Haushaltsjahr 1958/59 aus dem oben erwähnten Sonderkonto der Bundesbank bei der Bank von England an die britische Regierung gezahlt werden. Die Zahlung verzögerte sich, da die Vereinbarung wegen verspäteter Verabschiedung des Zustimmungsgesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes erst im Mai 1959 in Kraft trat. Die devisenmäßige Vorausleistung auf die deutsche Nachkriegsschuld an Großbritannien vermindert sich mit der Abbuchung der 22,5 Mio Pfund auf 37,5 Mio Pfund, die echten Tilgungsleistungen dagegen, die sich bis 31. März 1959 auf 45 Mio Pfund beliefen, erhöhen sich auf 67,5 Mio Pfund (rund 894 Mio DM). Nach Leistung der am 1. August 1959 fälligen Tilgungsrate wird die Schuld des Bundes aus der Nachkriegswirtschaftshilfe gegenüber Großbritannien nur noch die Hälfte ihres ursprünglichen Betrages ausmachen.

Am 1. Juli 1958 begann vereinbarungsgemäß die Tilgung der Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA. Die auf diese Schuld zu zahlenden Halbjahresraten (nur Zinsen) von 12,5 Mio Dollar erhöhten sich dadurch auf 23,79 Mio Dollar. Durch die begonnene reguläre Tilgung war die Schuld bis Ende März 1959 auf 977,28 Mio Dollar gesunken ³²²⁾.

Darüber hinaus waren jedoch bis zu diesem Zeitpunkt weitere 150 Mio Dollar vorzeitig zurückgezahlt ³²³⁾. Diese vorzeitige Rückzahlung war durch die mit Großbritannien getroffene Vereinbarung über eine Devisenhilfe erforderlich geworden, weil nach den Verträgen über die Regelung der deutschen Nachkriegsschulden alle Vertragspartner Anspruch auf gleiche Behandlung haben. So vereinbarte der Bund im März 1959 in Anlehnung an die mit Großbritannien getroffene Regelung mit den USA, daß 3/20 der deutschen Nachkriegsschuld vorzeitig getilgt werden sollten. Der Betrag wurde noch vor Beendigung des Haushaltsjahres 1958/59 aus den

³²¹⁾ Vgl. Gesetz zu der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland über eine Devisenhilfe an Großbritannien (Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages) vom 19. Mai 1959, BGBl. II, S. 544.

³²²⁾ Vgl. Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland, a. a. O., S. 6.

³²³⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 6.

Kassenreserven des Bundes bei der Notenbank gezahlt. Der Bund wird ab 1961 seine Tilgungszahlungen solange aussetzen, bis der vorausgezahlte Betrag verrechnet ist.

Auch an Frankreich ist eine vorzeitige Rückzahlung in Höhe von $\frac{3}{20}$ der Schuldsumme aus der Nachkriegswirtschaftshilfe geplant ³²⁴⁾ ³²⁵⁾.

Die Schuld des Bundes aus dem STEG-Abkommen hat sich auch im Jahre 1958 und im ersten Quartal 1959 beträchtlich verringert. Am 31. März 1959 standen von dieser ehemals 201 Mio Dollar betragenden Verbindlichkeit nur noch 57 Mio Dollar offen. „Machen die Vereinigten Staaten — was nach den bisherigen Abzügen anzunehmen ist — auch weiterhin von ihrem DM-Ziehungsrecht Gebrauch, so dürfte die Schuld bereits im Jahre 1960 völlig getilgt sein“ ³²⁶⁾. Der ursprüngliche Amortisationsplan, nach dem die Tilgungen erst 1983 beendet sein sollten, ist bereits jetzt völlig überholt.

Die Gesamtleistungen des Bundes auf die Nachkriegsschulden im Jahre 1958 beliefen sich auf 424 Mio DM; davon waren 310 Mio DM für Tilgungen und 114 Mio DM für den Zinsendienst bestimmt. Im ersten Quartal 1959 wurden Tilgungsleistungen in Höhe von 715 Mio DM und Zinszahlungen von 54 Mio DM erbracht. Damit hat der Bund bis Ende März 1959 seit 1953 insgesamt 1947 Mio DM an Tilgungen und 721 Mio DM an Zinsen auf die Nachkriegsschulden aufgebracht ³²⁷⁾.

Die Nachkriegsschuld belief sich Ende März 1959 noch auf rund 5,0 Mrd DM ³²⁸⁾. Neben den Verbindlichkeiten gegen Dänemark, die ganz zurückgezahlt wurden, sind bis zu diesem Zeitpunkt durch Tilgungsleistungen am stärksten die Schulden aus dem STEG-Abkommen, nämlich um mehr als 70 Prozent, gesunken. Die Schulden aus den Abkommen über die Nachkriegswirtschaftshilfe betrugen gegenüber den USA noch 3474 Mio DM, gegenüber Frankreich 35 Mio DM

³²⁴⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O. S. 6.

³²⁵⁾ Die für die vorzeitige Rückzahlung an Amerika und Großbritannien erforderlichen Mittel sind im Bundeshaushaltsplan für 1959 (Einzelplan 32) bereitgestellt worden. Die Überweisung der 650 Mio DM an die Vereinigten Staaten von Amerika wurde mit Zustimmung des Haushaltsausschusses bereits vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltsplanes durch den Bundestag vorgenommen. Durch Zustimmung zum Einzelplan 32 in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form hat der Bundestag die Zahlung nachträglich gebilligt. Vgl. Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode 1957, Drucksache 1073 vom 30. April 1959, Schriftlicher Bericht des Haushaltsausschusses zum Einzelplan 32 des Haushaltsplanentwurfs 1959; sowie Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode 1957, Stenographische Berichte, 72. Sitzung am 5. Juni 1959, S. 3886.

³²⁶⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 6.

³²⁷⁾ Vgl. Anhang 15, S. 168.

³²⁸⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 3.

und gegenüber Großbritannien 1235 Mio DM. Die Schuld an Großbritannien hat sich inzwischen durch die vorzeitige Tilgung gemäß dem Abkommen vom 3. Oktober 1958 um weitere 265 Mio DM auf 970 Mio DM verringert. Außerdem sind noch 441 Mio DM devisenmäßig an Großbritannien vorausgeleistet.

Erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang noch die Verpflichtungen aus dem Israelvertrag. Durch regelmäßige Leistungen hat sich diese ursprünglich rund 3,45 Mrd DM betragende Schuld bis Ende 1958 auf knapp 1,6 Mrd DM vermindert³²⁹⁾. Seit 1953 wurden jährlich durchschnittlich 330 Mio DM an Israel in Waren oder Devisen gezahlt.

4. Die deutschen Gesamtleistungen

Die westdeutschen Gesamtleistungen auf Grund der verschiedenen Abkommen — ohne Israel-Vertrag — betrugen 1953 454 Mio DM. Davon wurden 290 Mio DM ins Ausland transferiert und 164 Mio Deutsche Mark auf Konten im Inland eingezahlt³³⁰⁾.

Daß es 1953 noch nicht zu höheren Belastungen der westdeutschen Zahlungsbilanz kam, ist vor allem auf technische Ursachen zurückzuführen. Einmal hatten 1953 noch nicht alle Gläubigernationen das Londoner Schuldenabkommen ratifiziert, zum anderen konnten in vielen Fällen Zahlungen deshalb nicht geleistet werden, weil das Ergebnis des Wertpapierbereinigungsverfahrens oder die Annahme der Regelungsangebote durch die Gläubiger noch abgewartet werden mußte. Zum Teil schienen es auch die Gläubiger selbst mit der Geltendmachung ihrer Ansprüche nicht besonders eilig zu haben³³¹⁾.

Auf diese Weise entstanden 1953 Transferüberhänge in einer Größenordnung von etwa 550 Mio DM; demgegenüber erscheint der in diesem Jahr effektiv durchgeführte Transfer von 290 Mio DM als verhältnismäßig gering³³²⁾.

Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten sind die Zahlungen 1954 zügig in Gang gekommen. Der Kreis der dem Abkommen beigetretenen Staaten erweiterte sich in diesem Jahr merklich. Des weiteren machte 1954 die Bereinigung der deutschen Auslandsbonds gute Fortschritte. Zu Beginn dieses Jahres wurde der Börsenhandel in bereinigten Stücken in den Vereinigten Staaten wieder aufgenommen. In Großbritannien und in der Schweiz war der Handel mit

³²⁹⁾ Vgl. Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1959, S. 14.

³³⁰⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112.

³³¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 83 f.

³³²⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1953, a. a. O., S. 84.

deutschen Auslandsbonds nicht unterbrochen worden. Auch die Regelung von Einzelschuldverhältnissen nahm 1954 einen befriedigenden Verlauf. Bei den verbrieften Schulden waren demgegenüber, besonders bei den amerikanischen Gläubigern, vereinzelt aber auch bei Gläubigern anderer Länder, verschiedentlich noch große Schwierigkeiten zu überwinden ³³³).

Die deutschen Gesamtleistungen auf Grund des Londoner Schuldenabkommens beliefen sich 1954 auf 958 Mio DM und waren damit mehr als doppelt so hoch wie 1953 ³³⁴).

Zusammen mit den 1953 getätigten Zahlungen in Höhe von 290 Mio Deutsche Mark waren bis Ende 1954 im Rahmen des Schuldendienstes für die im Londoner Abkommen geregelten deutschen Auslandsschulden 922 Mio DM transferiert worden. Außerdem waren noch Teile der deutschen Verbindlichkeiten durch Zahlung in Deutscher Mark (auf Sperrkonten bzw. — nach dem 15. September 1954 — auf liberalisierte Kapitalkonten) oder durch Überweisungen auf besondere Abwicklungskonten abgedeckt worden. Dabei handelte es sich, wie dargestellt, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil um die Rückzahlung von Stillhalteschulden. Faßt man alle diese Leistungen zusammen, so ergibt sich vom Inkrafttreten der Londoner Verträge bis zum Ende des Jahres 1954 ein Betrag von 1,4 Mrd DM ³³⁵).

Diese Summe ging über die in London vereinbarten jährlichen deutschen Gesamtleistungen im ganzen genommen hinaus. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß 1954 nicht nur ein großer Teil der 1953 unterbliebenen Zahlungen nachgeholt, sondern darüber hinaus verschiedentlich größere Schuldbeträge vorzeitig zurückgezahlt wurden ³³⁶). Dadurch ist der Umstand, daß in einzelnen Bereichen die Abwicklung der Londoner Schuldenabkommen auch 1954 noch nicht planmäßig in Gang gekommen war, mehr als kompensiert worden.

Verzögerungen erlitt insbesondere der Schuldendienst nach denjenigen Gläubigerländern, die dem Londoner Schuldenabkommen zur fraglichen Zeit noch nicht beigetreten waren, und für diejenigen Anleihen bzw. Anleihestücke, bei denen die erforderliche Regelung zwischen Gläubigern und Schuldern bis Ende 1954 noch nicht zustande gekommen war.

³³³) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 108.

³³⁴) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112.

³³⁵) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 110.

³³⁶) Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1954, a. a. O., S. 110 f.

Im Jahre 1955 waren bei der Abwicklung der Londoner Abkommen nicht mehr so große Überhänge abzutragen, wie es 1954 auf Grund des langsamen Anlaufens der Schuldenregelung im Jahre 1953 der Fall gewesen war. Demzufolge nahm die Höhe der Gesamtleistungen gegenüber 1954 etwas ab, sie lag aber mit insgesamt 816 Mio DM immer noch über dem ursprünglich vereinbarten Jahresbetrag. Während 1954 die Mehrleistungen vor allem auf eine schnelle Liquidierung der Stillhalteverbindlichkeiten zurückzuführen waren, lag ihre Ursache 1955 in der Hauptsache bei der vorzeitigen Tilgung von Auslandsanleihen mit geringer ausstehender Kapitalsumme.

Auch die Leistungen des Jahres 1956 übertrafen wiederum den ursprünglich festgesetzten Betrag von 567 Mio DM, und zwar um 213 Mio DM. Damit waren vom Inkrafttreten der Londoner Verträge bis zum Ende des Jahres 1956 Zins- und Tilgungsraten in Höhe von insgesamt 3 Mrd DM von den deutschen Auslandsschuldnern aufgebracht worden³³⁷⁾. Von dieser Summe entfielen 1,06 Mrd DM auf Zinsen und Nebenleistungen und 1,94 Mrd DM auf Tilgungen.

Durch die devisenmäßige Vorausleistung von 9 Jahresraten auf die Nachkriegsschuld des Bundes gegenüber Großbritannien erreichten die deutschen Tilgungsleistungen allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1957 die beträchtliche Höhe von 1,23 Mrd DM. Insgesamt nahm damit die deutsche in den Londoner Verträgen geregelte Auslandsschuld von 1953 bis zum 30. September 1957 durch Tilgungszahlungen um 3,17 Mrd DM ab. Außerdem wurden seit 1954 bis zu diesem Zeitpunkt deutsche Auslandsbonds im Nennwert von ungefähr 780 Mio DM zurückgekauft³³⁸⁾. Insgesamt betrugen die in internationalen Verträgen geregelten deutschen Auslandsschulden dadurch Ende September 1957 nur noch 9,1 Mrd DM gegenüber etwa 13,2 Mrd DM im März 1953.

Die deutschen Gesamtleistungen im Jahre 1957 gibt die Deutsche Bundesbank mit 757 Mio DM (ohne die devisenmäßigen Vorausleistungen auf die englische Nachkriegsforderung) an. Von dieser Summe entfallen 529 Mio DM auf Tilgungen und 228 Mio DM auf Zinszahlungen³³⁹⁾; hinzu kommen 38 Mio DM Zinsen auf im Inland befindliche Anleihestücke.

Im Jahre 1958 gingen die Tilgungsleistungen auf private Auslandsschulden auf 89 Mio DM, den geringsten Jahresbetrag seit Inkrafttreten der Londoner Schuldenabkommen, zurück. Dafür erhöhten

³³⁷⁾ Vgl. Anhang 16, S. 168.

³³⁸⁾ Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung, a. a. O., S. 48.

³³⁹⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1958, S. 46.

sich jedoch die Rückzahlungen auf öffentliche Schulden. Die deutschen Gesamtleistungen betrugen 811 Mio DM; von diesem Betrag entfielen 524 Mio DM auf Tilgungen, 283 Mio DM auf Zinsen (einschließlich Zinsen auf im Inland befindliche Bonds) und 4 Mio DM auf Kosten ³⁴⁰⁾. Mit diesem Betrag haben sich die Zahlungen, obwohl 1958 die Tilgung der drei großen Reichsanleihen, der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA und verschiedener anderer Schulden einsetzte, den Vorjahren gegenüber, die vor allem durch vorzeitige private Rückzahlungen gekennzeichnet waren, kaum erhöht. Der gemäß den Londoner Schuldenabkommen für 1958 in Aussicht genommene Leistungsbetrag von 765 Mio DM wurde wiederum, wenn auch diesmal nur um knapp 50 Mio DM überschritten.

Ein wesentlich anderes Bild wird das Jahr 1959 bieten. Bereits am 31. März hatten die deutschen Gesamtleistungen mit 847 Mio DM den Vorjahresbetrag überschritten ³⁴¹⁾. Wie geschildert beruht dieser sprunghafte Anstieg auf der vorzeitigen Tilgung von 3/20 der US-Nachkriegswirtschaftshilfe. Da außerdem mit Großbritannien die vorzeitige Rückzahlung von 265 Mio DM vereinbart wurde, Frankreich 7,5 Mio DM erhalten soll und das deutsche Kalisyndikat Anfang Mai den ausstehenden Betrag von rund 100 Mio DM seiner Sterlinganleihen zur sofortigen Rückzahlung gekündigt hat ³⁴²⁾, ist damit zu rechnen, daß die deutschen Leistungen 1959 mindestens doppelt so hoch sein werden wie 1958.

Insgesamt wurden von 1953 bis Ende März 1959 3,75 Mrd DM an Tilgungen und vorzeitigen Rückzahlungen geleistet, es verbleibt danach zum 31. März 1959 noch eine Schuld von 9,25 Mrd DM ³⁴³⁾. Von den Rückzahlungen entfielen auf öffentliche Vorkriegsschulden 1,9 Mrd DM und auf private Vorkriegsschulden 1,1 Mrd DM ³⁴⁴⁾; die privaten Vorkriegsschulden haben sich damit etwa halbiert ³⁴⁵⁾.

Zu diesen Rückzahlungen tritt noch die Repatriierung von Auslandsbonds hinzu. „Während bei Inkrafttreten der Londoner Abkommen der Inlandsbesitz an deutschen Auslandsbonds nur einen Nominalbetrag von rund 150 Mio DM ausmachte, ist er bis zum 31. März 1959 dem Nominalwert nach auf 1,36 Mrd DM gestiegen. Fast die Hälfte des Gesamtumlaufs an deutschen Auslandsbonds — dem Nominalwert nach insgesamt 3,04 Mrd DM — ist nunmehr im Inlands-

³⁴⁰⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

³⁴¹⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

³⁴²⁾ Vgl. ebenda, S. 5.

³⁴³⁾ Vgl. Anhang 17, S. 169.

³⁴⁴⁾ Übersicht über die deutschen Gesamtleistungen vgl. Anhang 16, S. 168.

³⁴⁵⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 5.

besitz" ³⁴⁶⁾). Berücksichtigt man bei der Errechnung der verbliebenen deutschen Auslandsschulden auch die Repatriierung der Auslandsbonds und die vorzeitige Rückzahlung der 265 Mio DM an Großbritannien, so verbleiben (Mitte 1959) nur noch rund 7,6 Mrd DM an effektiver Verschuldung aus den Londoner Abkommen. Um 5,4 Mrd DM haben sich die Schulden also vermindert. Die gesamten Zinszahlungen belaufen sich auf fast 1,7 Mrd DM. Zins- und Tilgungsleistungen sowie Rückkäufe von Auslandsbonds zusammengenommen ergeben einen Betrag von rund 7 Mrd DM.

Schließlich müssen auch in diesem Zusammenhang noch die deutschen Leistungen an Israel in Höhe von bisher knapp 1,9 Mrd DM erwähnt werden. Die Restschuld beträgt rund 1,6 Mrd DM.

³⁴⁶⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 7.

Kapitel VI

Vorzeitige Rückzahlung deutscher Auslandsschulden

1. Transferfähigkeit der Bundesrepublik heute

Die Londoner Schuldenkonferenz fand zu einer Zeit statt, die noch ganz im Zeichen des Wiederaufbaues der Wirtschaft in der Bundesrepublik stand. Die Gold- und Devisenvorräte der Bank deutscher Länder waren — verglichen mit den heutigen Reserven der Deutschen Bundesbank — noch unbedeutend. Im Jahre 1951 hatte die Leistungsbilanz der Bundesrepublik zum ersten Mal in der Nachkriegszeit mit einem bescheidenen Überschuß in Höhe von 738 Mio Deutsche Mark abgeschlossen³⁴⁷⁾. Die Sorge, daß ein solch relativ geringer Überschuß durch zu hohe Zins- und Tilgungsraten auf die deutschen Auslandsschulden sofort wieder aufgezehrt oder gar überkompensiert werden könnte, war groß und spricht aus vielen Zeitschriften- und Zeitungsartikeln der damaligen Zeit, die sich mit der Londoner Schuldenkonferenz beschäftigten. Darüber hinaus war ungewiß, ob die durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre geschwächte deutsche Wirtschaft in der Lage sein würde, neben den hohen Sozial- und Verteidigungslasten noch nennenswerte Beträge für den Schuldendienst aufzubringen. Die erwähnten Memoranden der deutschen Delegation für Auslandsschulden zur Aufbringungs- und Transferfähigkeit der Bundesrepublik bringen diese damals weit verbreiteten Befürchtungen vielleicht am besten zum Ausdruck. Sie dienten ja in erster Linie mit dem Zweck, die Gläubiger auf den allgemein noch recht niedrigen Lebensstandard und die der Vorkriegszeit gegenüber wesentlich ungünstigere Gesamtsituation hinzuweisen und sie davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik jährlich nur eine relativ bescheidene Summe für den Schuldendienst würde aufbringen und transferieren können. Man wollte die Gläubiger bewegen, in Anbetracht dessen auf einen Teil ihrer Ansprüche zu verzichten und vor allem keine zu hohen jährlichen Zins- und Tilgungsraten zu fordern.

³⁴⁷⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954, a. a. O., S. 525.

In dem begreiflichen Wunsch, von ihren älten, seit Jahren nicht mehr bedienten Ansprüchen möglichst wenig einzubüßen und die Laufzeit der Schulden nicht über zu große Zeiträume zu erstrecken, sind die Gläubiger den deutschen Wünschen bei weitem nicht in allen Punkten gefolgt.

Unterdessen hat sich herausgestellt, daß der seinerzeit auf deutscher Seite vorherrschende Pessimismus — besonders was die deutsche Transferfähigkeit angeht — unbegründet war. Die Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik erreichten in den vergangenen Jahren ein solches Ausmaß, daß man nach Möglichkeiten Ausschau hielt, den Zustrom an Gold und Devisen abzustoppen oder zumindest zu verlangsamen. Sowohl von deutscher als auch von ausländischer Seite ist in diesem Zusammenhang mehrfach der Vorschlag gemacht worden, die Bundesrepublik solle zur Verminderung der Devisenüberschüsse unter anderem einen Teil ihrer Auslandsschulden vorzeitig tilgen³⁴⁸⁾. Auch der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht³⁴⁹⁾ hat 1956, die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) im Juni 1957 diese Empfehlung an die Bundesrepublik gerichtet³⁵⁰⁾. Zweifellos würden die laufenden Devisenüberschüsse und die Devisenreserven der Bundesrepublik heute ausreichen, um damit selbst bei einem gewissen Nachlassen des Exports jährlich wesentlich größere Teilbeträge der deutschen Auslandsschulden in fremder Währung zurückzuzahlen, als das nach den getroffenen Abmachungen erforderlich ist.

Trotzdem wird man, das sollen die folgenden Ausführungen zeigen, von dieser Seite her einen erheblichen und anhaltenden Abbau der hohen deutschen Devisenüberschüsse nicht erwarten dürfen.

2. Möglicher Umfang vorzeitiger Schuldentilgung

Daß die Forderung nach vorzeitiger Rückzahlung der deutschen Fremdwährungsverpflichtungen erhoben wurde, ist an sich verständlich. Hohe Devisenzugänge und Devisenreserven legen fast zwangsläufig den Gedanken nahe, die Auslandsschuldner zu ermuntern, sie sollten mit Hilfe der anfallenden oder angesammelten Devisenbestände ihre Verpflichtungen abtragen. Es spricht ja in der Tat manches dafür, daß ein Land die Gelegenheit benutzt, größere

³⁴⁸⁾ Eine solche Anregung ist bereits in einem Aufsatz von Richebächer aus dem Jahre 1954 enthalten. Vgl. Richebächer, Kurt, Gläubiger in Nöten, in: Der Volkswirt, 8. Jahrgang, Nr. 9 vom 27. Februar 1954, S. 13.

³⁴⁹⁾ Vgl. Schacht, Hjalmar, Kreditpolitik und Exportfinanzierung von morgen, 3. Auflage, Hamburg 1956.

³⁵⁰⁾ Vgl. Beyer, Paul, Die begehrte D-Mark, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 219 vom 21. September 1957.

Außenhandelsüberschüsse zur Bezahlung wenigstens eines Teils seiner Auslandsverbindlichkeiten zu verwenden. Die Verzinsung und Amortisation dieser Schulden kann zu anderen Zeiten vielleicht einmal zu einer unangenehmen Last werden. Die vorzeitige Tilgung trägt außerdem dazu bei, einen unter Umständen empfindlichen Schwund der Devisenreserven bei den Außenhandelspartnern, der leicht Anlaß zu handelsbeschränkenden Maßnahmen gibt, zu bremsen.

Bis zur Einführung der freien Austauschbarkeit der Währungen in den wichtigsten westeuropäischen Staaten war der Umfang der Schulden, deren vorzeitige Rückzahlung aus außenhandelspolitischen Gründen allgemein als wünschenswert erachtet wurde, relativ unbedeutend. Da die Bundesrepublik nur gegenüber ihren europäischen Handelspartnern, nicht aber gegenüber den Vereinigten Staaten hohe Außenhandelsüberschüsse und entsprechende handelspolitische Schwierigkeiten hatte³⁵¹⁾, wurde in der Regel empfohlen, die vorzeitige Rückzahlung von Schulden auf die innerhalb des EZU-Raumes ansässigen Gläubiger zu beschränken. Die schnelle Rückzahlung von Schulden an die USA hielt man dagegen nicht für zweckmäßig, da eine vorzeitige Schuldentilgung bei dem beträchtlichen deutschen Leistungsbilanzdefizit gegenüber den Vereinigten Staaten nicht zur Behebung der internationalen Zahlungsbilanzverzerrungen hätte beitragen können.

Ebenso stand eine vorzeitige Tilgung der Schulden gegenüber der Schweiz nicht zur Diskussion. Die Schweiz lehnte eine vorzeitige Rückzahlung ihrer Ansprüche gegen Deutschland über die EZU ab, da sie zu den Gläubigern der EZU gehörte. Sie hätte von den empfangenen Rückzahlungsbeträgen einen Teil bei der EZU als Kredit stehen lassen müssen und war daher nur bereit, Zahlungen in freier Währung außerhalb des Rahmens der EZU entgegenzunehmen, woran aber von deutscher Seite kein Interesse bestand.

Die Beschränkung der vorzeitigen Schuldentilgung auf bestimmte Länder hatte zur Folge, daß die Rückzahlung von Schulden, die im Londoner Schuldenabkommen geregelt sind, nur im Wege des freihändigen Rückkaufs von Anleihestücken möglich war³⁵²⁾. Eine Tilgung nach vorheriger Kündigung ist wegen des im Londoner Schuldenabkommen verankerten Verbots unterschiedlicher Behandlung

³⁵¹⁾ Vgl. Schuldentilgung – aber wie? –, in: Handelsblatt, Nr. 101 vom 30./31. August 1957.

³⁵²⁾ Die technischen Voraussetzungen dazu wurden durch die Allgemeine Genehmigung Nr. 79/56 zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen über den Ankauf deutscher Auslandsbonds geschaffen. Die 2. Neufassung der Genehmigung wurde aufgehoben durch die Allgemeine Genehmigung Nr. 91/59 zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen betreffend Geschäfte mit Wertpapieren, Ein- und Ausfuhr von Wertpapieren und sonstigen Urkunden, vom 16. 1. 1959, zur Zeit gültig in der Neufassung vom 7. 4. 1959, Bundesanzeiger, Nr. 69 vom 11. 4. 1959, S. 2.

der Gläubiger nur dann möglich, wenn sie sich auf alle Gläubigerationen gleichmäßig erstreckt³⁵³⁾. Damit schieden für eine vorzeitige Rückzahlung neben den Schulden gegenüber Gläubigern in der Schweiz und in den USA auch die unverbrieften Vorkriegsschulden³⁵⁴⁾ aus.

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank³⁵⁵⁾ betrug der Gegenwert der in den verschiedenen mit der Bundesrepublik abgeschlossenen internationalen Verträgen geregelten Auslandsschulden am 30. September 1957 noch 9,15 Mrd DM³⁵⁶⁾. Von dieser Summe entfielen 4,7 Mrd DM auf Verpflichtungen des Bundes aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA und auf Schulden aus dem STEG-Abkommen sowie 0,35 Mrd DM auf die sogenannten „Mixed Claims“ Verbindlichkeiten. Diese Dollarschulden kamen für eine vorzeitige Tilgung nicht in Betracht. Das gleiche galt für die Ansprüche der BIZ, für gewisse österreichische Schulden (0,35 Mrd DM) und für die privaten Vorkriegsverpflichtungen aus Einzelschuldverhältnissen (0,4 Mrd DM), insgesamt also für etwa 5,8 Mrd DM. Von den restlichen 3,2 Mrd DM entfielen 0,9 Mrd DM auf Dollarbonds in amerikanischem und schweizerischem Besitz und etwa 1 Mrd DM auf in der Schweiz emittierte Anleihen und sonstige Schweizer Forderungen (z. B. Clearing-Milliarde). „Das Feld der Schuldpositionen, deren Rückzahlung oder sonstige Wegfertigung eine unmittelbare Entlastung für die europäischen Währungsschwierigkeiten verspricht, verengt sich damit auf Posten von maximal 1,3 bis 1,4 Mrd DM (Nennwerte)“³⁵⁷⁾. In dieser Summe sind die Nachkriegsschulden gegenüber Großbritannien und Frankreich mit 566 Mio DM enthalten.

Mit der Wiederherstellung der freien Austauschbarkeit der Deutschen Mark ist die bisher notwendige Unterscheidung des freien Währungsraumes und des beschränkt konvertierbaren Währungsraumes gegenstandslos geworden. Sie spielt damit auch für die vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden keine Rolle mehr. Die Tilgung von Dollarschulden ist heute nicht anders zu beurteilen als die Tilgung von Schulden in anderen Währungen. Für eine vorzeitige Tilgung kommen damit heute praktisch alle noch bestehenden Auslandsverbindlichkeiten in Betracht. Unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten kann man diese Tatsache nur begrüßen, trägt doch jede

³⁵³⁾ Vgl. Artikel 8 des Abkommens über die deutschen Auslandsschulden, a. a. O., S. 342.

³⁵⁴⁾ Der Umfang dieser Schulden ist allerdings ziemlich gering.

³⁵⁵⁾ Zu den folgenden Zahlenangaben vgl. die Sonderveröffentlichung der Deutschen Bundesbank über „Die deutsche Auslandsverschuldung“, a. a. O., S. 45 ff.

³⁵⁶⁾ Außerdem waren im Inland deutsche Auslandsbonds im Nennwert von etwa 900 Mio DM im Umlauf. Zu der genannten Zahl treten weiterhin die Verbindlichkeiten gegenüber Israel in Höhe von 2 Mrd DM.

³⁵⁷⁾ Vgl. Die deutsche Auslandsverschuldung, a. a. O., S. 49.

Schuldentilgung dazu bei, künftige Belastungen der Zahlungsbilanz zu vermindern und einer Aufblähung des inländischen Geldvolumens durch die deutschen Außenhandelsüberschüsse entgegenzuwirken.

Es sei darauf hingewiesen, daß mit der Andeutung des Umfangs der Auslandsschulden, die für eine vorzeitige Tilgung in Betracht kommen (Anfang 1959 rund 8 Mrd DM), noch nichts über die tatsächlich zu erwartende Höhe vorzeitiger Tilgungen gesagt ist; die Tilgung selbst hängt von der Rückzahlungsfähigkeit und -willigkeit der Schuldner ab.

3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen einer vorzeitigen Schuldenrückzahlung

Man muß sich darüber klar sein, daß eine vorzeitige Rückzahlung eines Teils der deutschen Auslandsschulden stets nur begrenzte Wirksamkeit haben wird. Für die Gläubigerländer kann eine vorzeitige Tilgung selbst der gesamten deutschen Verbindlichkeiten nur die Bedeutung haben, daß die Bundesrepublik einzelnen Staaten durch die vorzeitige Überweisung von Rückzahlungsbeträgen aus vorübergehenden akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten hilft. Niemand sollte dagegen erwarten, daß die vorzeitige Rückzahlung eines Teils oder selbst aller deutschen Auslandsschulden dazu beitragen könnte, größere Ungleichgewichtigkeiten in den Außenhandelsbilanzen der europäischen Staaten, wie sie seit 1955 zu Tage getreten sind, merklich abzuschwächen oder gar völlig zu beseitigen.

Anhaltende Gold- und Devisenzugänge oder -abflüsse größeren Ausmaßes aus dem laufenden Handelsverkehr beruhen fast immer auf einem zu starren Festhalten der Notenbanken an überholten Wechselkursen. Solange man sich nicht entschließt, entweder die wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Volkswirtschaften den starren Wechselkursen oder umgekehrt die Wechselkurse den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen im Binnenland anzupassen, wird das Außenhandelsgleichgewicht gestört bleiben. Gold und Devisen werden weiter vom „teuren“ zum „billigen“ Land fließen.

Zwar könnte die Bundesrepublik durch eine einmalige Rückzahlungsaktion ihren Devisenvorrat verringern. Damit ist jedoch den Außenhandelspartnern in einer Situation des ständigen Devisenabstroms wenig gedient. Es war ja bisher nicht so sehr die Höhe des deutschen Devisenbestandes, die allen Außenwirtschafts- und Währungspolitikern ernsthafte Sorgen bereitete. Es gab und gibt auch heute Länder, die — gemessen an ihrem Außenhandelsvolumen — größere Währungsreserven besitzen als die Bundesrepublik. Anlaß zur Besorgnis gab in viel höherem Maße die Stetigkeit und der Umfang der laufenden deutschen Überschüsse. Gerade der

Warenstrom ins Ausland würde aber bei starren Wechselkursen durch Schuldentrückzahlungen nicht gebremst. Im Gegenteil, bei gleichbleibenden Wechselkursen wird, wie bei der Gewährung von Auslandskrediten, die dem Ausland zur Verfügung gestellte Kaufkraft — wenigstens teilweise — wieder den Weg ins Inland nehmen, solange die Inflation im Ausland nicht einer Deflation Platz macht ³⁵⁸⁾). Gegen ständige Devisenverluste wirken eben, wie das Beispiel Frankreichs zeigt, kreditpolitische Maßnahmen oder Wechselkursregulierungen in den Defizitländern viel durchgreifender und nachhaltiger als vorübergehende Stützungsaktionen.

Binnenwirtschaftlich betrachtet, könnte eine vorzeitige Auslandsschuldentilgung dazu beitragen, den Kampf der Notenbank gegen eine über das allgemeine wirtschaftliche Wachstum hinausgehende Ausdehnung des inländischen Geldvolumens zu unterstützen. Jeder Verkauf von Devisen führt ja zu einer Verminderung der inländischen Geldmenge. Allerdings kann mit einem kontraktiven Effekt von Devisenverkäufen an rückzahlungswillige Schuldner nur dann gerechnet werden, wenn diese zum Ankauf der Devisen „aktives“ Geld benutzen. Verwendet dagegen beispielsweise der Bund, wie immer wieder vorgeschlagen wurde, bei der Notenbank angesammelte Kassenreserven zum Devisenankauf ³⁵⁹⁾, so verringert sich die umlaufende Geldmenge nicht. Der erwartete kontraktive Effekt bleibt dann aus. Derartige Guthaben sind ja bereits aus dem Verkehr gezogenes, stillgelegtes Geld ³⁶⁰⁾. Das gleiche gilt, wenn die Banken oder die Notenbank selbst zusätzliche Kredite zum Ankauf der Devisen zur Verfügung stellten. Auch in diesem Falle ginge das Geldvolumen nicht zurück.

So wenig man in Zeiten starker Devisenzuflüsse große volkswirtschaftliche Vorteile von einer vorzeitigen Rückzahlung eines Teils der deutschen Auslandsschulden erwarten darf, so wenig braucht man von einer solchen Maßnahme erhebliche Nachteile für die deutsche Volkswirtschaft zu befürchten. Es ist gesagt worden, alle Mittel, die zur vorzeitigen Schuldentilgung verwendet würden, gingen dem innerdeutschen Kapitalmarkt verloren. Jede Schuldentilgung verringere daher die Chance, das innerdeutsche Zinsniveau weiter abzubauen. Dieser Einwand besitzt 1958/59, da der Kapitalmarktzins fast das internationale Niveau erreicht hat, kaum noch Bedeutung. Trotzdem scheint es lohnend, sich näher mit ihm zu beschäftigen, um einen verbreiteten Irrtum auszuräumen.

³⁵⁸⁾ Vgl. Hahn, L. Albert, Im Schatten der Dollarinflation, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, 18. Heft vom 15. September 1958, S. 775.

³⁵⁹⁾ Der Vorschlag ist gegenstandslos geworden, weil die Mittel unterdessen erschöpft sind. Vgl. S. 136 f.

³⁶⁰⁾ Immerhin würde „latentes“ Geld vernichtet.

Bei der heutigen deutschen Außenhandelssituation ist der genannte Einwand nur haltbar, wenn man ihn auf einen einzelnen potentiellen Kreditgeber bezieht. Er ist dagegen falsch für die Volkswirtschaft als Ganzes. Was einer stark exportierenden Volkswirtschaft „verlorengeht“, ist der Wert der Güter und Leistungen, die sie über die eigenen Importe hinaus an das Ausland absetzt. Um den Wert dieser Güter und Leistungen sinkt das inländische Warenangebot. Soll der Tauschwert der Währung trotz des gesunkenen Warenangebots stabil gehalten werden, so müssen im gleichen Umfange, wie dem Inland Güter und Leistungen „verlorengegangen“ sind, Einkommensbezieher im Inland bereit sein, auf den Verbrauch eines Teils ihres Einkommens zu verzichten, mit anderen Worten also, zu sparen. In welcher äußeren Form das Sparen erfolgt, ob in Form der Abzahlung alter Schulden oder in der Form des Erwerbs von Ansprüchen gegenüber dem Ausland, ist unerheblich und berührt das inländische Kreditangebot überhaupt nicht. Wenn, um die Stabilität der Währung nicht zu gefährden, Inländern nicht im gleichen Ausmaß, wie gespart wird, Kredite zum Ankauf inländischer Waren gewährt werden können, so tragen daran die Exportüberschüsse, nicht aber die Vereinbarungen mit dem Ausland über die Art der monetären Gegenleistungen (Verschuldung des Auslandes oder Entschuldung des Inlands) die Schuld.

Dafür zu sorgen, daß das inländische Kreditvolumen tatsächlich die Summe der Ersparnisse abzüglich der Exportüberschüsse nicht übersteigt, ist Sache der Notenbank ³⁶¹⁾. Als Hüterin der Währung muß sie den Mut zu restriktiver Kreditpolitik aufbringen. Welche Schwierigkeiten dabei auftreten können, wenn sich im Inland niemand bereit findet, der Notenbank ihre zwangsweise von den Exporteuren erworbenen Forderungen an das Ausland abzukaufen, haben die vergangenen Jahre in der Bundesrepublik deutlich gezeigt. Die Notenbank hat einen ständigen harten Kampf gegen die wesentlich von dem dauernden Devisenzustrom verursachte Ausweitung des inländischen Geldvolumens geführt. Trotzdem ist es ihr nicht gelungen, alle Preisauftriebstendenzen zu neutralisieren. Bei anhaltendem Sinken des Tauschwertes der ausländischen Währungen wird dagegen nur eine Korrektur der Wechselkurse wirksame Abhilfe schaffen können.

4. Vorzeitige Rückzahlung aus der Sicht der Schuldner

Das bisher Gesagte beleuchtet nur eine Seite des angeschnittenen Problems und ist daher noch ergänzungsbedürftig. Die vorzeitige

³⁶¹⁾ Von der Möglichkeit inflationsloser Kreditexpansion bei steigendem Sozialprodukt sei hier abgesehen. Dieser Fragenkreis ausführlich behandelt bei: Noll von der Nahmer, Robert, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Berlin 1935.

Rückzahlung von Auslandsschulden kann nicht nur unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten betrachtet, sie muß auch vom Standpunkt des einzelnen Schuldners aus gesehen werden. Wer Schulden zurückzahlen will, muß zunächst einmal in der Lage sein, die zur Rückzahlung erforderlichen Mittel aufzubringen. Einem Mangel an eigenen Mitteln kann durch Aufnahme eines entsprechenden Kredites abgeholfen werden. Will nun jemand seine Schulden sogar vorzeitig zurückzahlen, so wird er sich nicht nur um die Aufbringung der Mittel kümmern, sondern zuvor auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob sich denn eine vorzeitige Rückzahlung für ihn lohnt. Besonders die privaten Schuldner werden eine genaue Rentabilitätsrechnung aufstellen, ehe sie sich entschließen, ihre Verpflichtungen vorfristig zu erfüllen. Kommt ein Schuldner zu dem Ergebnis, daß die vorzeitige Rückzahlung seiner Schuld unwirtschaftlich wäre, so sollte man nicht versuchen, auch nicht unter Hinweis auf gesamtwirtschaftliche Interessen, ihn dennoch zur vorzeitigen Tilgung zu bewegen. „Es ist selbstverständlich unmöglich, einem nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführten Unternehmen zuzumuten, lediglich aus übergeordneten Gesichtspunkten der Zahlungsbilanz heraus glatte Verlustgeschäfte abzuschließen“ ³⁶²⁾.

Die Anerkennung dieses Grundsatzes bedeutete bis Mitte 1958 einen weitgehenden Verzicht auf eine vorzeitige Rückzahlung privater Auslandsschulden. Die gemäß dem Londoner Schuldenabkommen vereinbarten Zinssätze lagen so weit unter den Sätzen, die am deutschen Kapitalmarkt gezahlt werden mußten, daß es unwirtschaftlich gewesen wäre, verfügbares Geld zur Rückzahlung der langfristigen und niedrig verzinslichen Auslandsschulden zu verwenden.

Auch ein in den meisten Fällen erzielbarer Kursgewinn machte den Anleiherückkauf nicht sehr viel reizvoller. Erstens unterliegen derartige Gewinne der Ertragsbesteuerung. Zweitens aber hätte ein verstärkter Rückkauf deutscher Auslandsanleihen sehr schnell zu einem Steigen der Kurse bis auf den Pari-Stand geführt. So kletterte z. B. der Kurs der Young-Anleihe im Sommer 1957 an den internationalen Börsen in kurzer Zeit allein wegen der von Seiten der deutschen Bundesregierung erwogenen Möglichkeit des vorzeitigen Rückkaufs von rund 50 % auf etwa 90 % ihres Nennwertes ³⁶³⁾. Heute notieren im großen und ganzen nur noch die 30%igen Fundierungsschuldverschreibungen merklich unter pari ³⁶⁴⁾.

³⁶²⁾ Tilgung von Auslandsschulden keine Lösung, in: Industriekurier, Nr. 146 vom 21. September 1957.

³⁶³⁾ Vgl. Vorschußlorbeer für Anleihe-Rückkauf, in: Handelsblatt, Nr. 107 vom 13./14. September 1957.

³⁶⁴⁾ Vgl. Deutsche Auslandsbonds am Zürcher Markt, in: Deutsche Zeitung, Nr. 82 vom 15. Oktober 1958.

Infolge der großen Geldflüssigkeit, die unter anderem in engstem Zusammenhang mit den ständigen deutschen Außenhandelsüberschüssen steht, hat sich nun allerdings seit Mitte 1957 ein anhaltender Druck auf das inländische Zinsniveau bemerkbar gemacht. Der Zins ist innerhalb eines Jahres „von sieben auf fünf Prozent für Pfandbriefe und von 7,5 auf 5,5 Prozent für andere Schuldverschreibungen zurückgegangen“ ³⁶⁵⁾. Die Voraussetzungen für einen Anleiherückkauf sowohl durch die Schuldner selbst als auch durch inländische Kapitalanleger sind damit heute günstiger denn je seit der Londoner Schuldenkonferenz. Tatsächlich hat auch im Jahre 1958 ein verstärkter Rückstrom deutscher Auslandsanleihen eingesetzt. In den ersten acht Monaten des Jahres beliefen sich die Rückkäufe auf 210 Mio DM gegenüber 90 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Fast die Hälfte der Käufe entfiel auf die Monate Juli und August ³⁶⁶⁾. Die Rückkäufe haben auch in den folgenden Monaten angehalten. Bis zum 31. März 1959 waren Auslandsbonds im Nominalwert von 1,36 Mrd DM repatriert. Bei Inkrafttreten der Londoner Abkommen befanden sich dagegen nur nominal 150 Mio DM deutsche Auslandsbonds in inländischem Besitz ³⁶⁷⁾.

Etwas anders als bei den privaten Auslandsschulden liegen die Verhältnisse bezüglich der vorzeitigen Tilgung von Auslandsverpflichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Oft zwingen übergeordnete politische und gesamtwirtschaftliche Rücksichten dazu, die fiskalischen Interessen bewußt zurückzustellen. Das zeigen z. B. die erwähnten vorzeitigen Rückzahlungen auf die nicht oder nur sehr gering verzinslichen deutschen Nachkriegsschulden an die Alliierten ³⁶⁸⁾. Die Zahlungen, mit denen gleichzeitig ein Schlußstrich unter das Kapitel der Stationierungskosten gezogen werden soll, sind für Großbritannien in erster Linie als Devisenhilfe gedacht, während sie es den USA ermöglichen sollen, DM-Zahlungen zu leisten, die ihnen aus dem Unterhalt ihrer Truppen in der Bundesrepublik erwachsen ³⁶⁹⁾.

Im übrigen aber kann sich die vorzeitige Rückzahlung öffentlicher Schulden schon wegen des bestehenden Haushaltsrechts nicht nach den gleichen Grundsätzen richten wie bei Privatbetrieben. Jede vorzeitige Tilgung von Schulden würde eine Erhöhung der Ausgaben

³⁶⁵⁾ Der Zinsdruck am Kapitalmarkt läßt nach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 217 vom 19. September 1958.

³⁶⁶⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1958, S. 34 f.

³⁶⁷⁾ Vgl. Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen. a. a. O., S. 7.

³⁶⁸⁾ Vgl. S. 119 ff.

³⁶⁹⁾ Vgl. Bund tilgt bei den USA vorzeitig, in: Die Welt, Nr. 71 vom 25. März 1959.

bedeuten, für die erst einmal die notwendige haushaltsmäßige Deckung gesichert werden müßte. Wegen der hohen laufenden Verpflichtungen, die Bund, Länder und Gemeinden in den nächsten Jahren erfüllen müssen, ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die Parlamente weitere Mittel für den genannten Zweck bewilligen werden, wenn nicht wieder politische Rücksichten dazu zwingen.

5. Die Aufbringung der Mittel

Es sind mehrfach Vorschläge unterbreitet worden, wie die zur Rückzahlung der Schulden erforderlichen Mittel beschafft werden könnten. Bei vielen dieser Vorschläge spielten noch die im Laufe der Jahre 1954 bis 1956 angesammelten und bei der Bank deutscher Länder oder bei den Geschäftsbanken deponierten Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand eine entscheidende Rolle. Allein die bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Kassenreserven des Bundes beliefen sich am 30. September 1956 (Höchststand) auf rund 7 Mrd DM³⁷⁰⁾.

Den Vorschlägen entsprechend sollten mit den stillgelegten öffentlichen Geldern die zur Rückzahlung der Bundesschulden erforderlichen Devisen bei der Deutschen Bundesbank angekauft und entweder an die Gläubiger überwiesen oder zum freihändigen Erwerb von Anleihestücken an ausländischen Börsen verwendet werden³⁷¹⁾. Um haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, regte z. B. der Präsident der Industrie- und Handelskammer von Nordrhein-Westfalen, Ernst Schneider, an, ein Spezialinstitut zu gründen. Die Hälfte des Grundkapitals dieses Institutes „sollte die Notenbank zur Verfügung stellen, die andere Hälfte die private Wirtschaft aufbringen“³⁷²⁾. Das Institut „sollte die Befugnis erhalten, weitere Einlagen der Notenbank in fremder Währung und ebenso Einlagen öffentlicher Stellen in D-Mark anzunehmen. Damit sollte es in den Stand gesetzt werden, vorzeitig deutsche Auslandsschulden, insbesondere der Nachkriegszeit, zurückzuzahlen, Finanzierungshilfen beim Import sowie beim Erwerb deutscher Auslandsbeteiligungen und bei langfristigen Anlagegeschäften im Auslande zu leisten“³⁷³⁾.

Die Vorschläge, die stillgelegten Gelder des Bundes in größerem Umfange zur Finanzierung des Devisenankaufs zu benutzen, sind

³⁷⁰⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1957, S. 21.

³⁷¹⁾ Vgl. Schacht, Kreditpolitik und Exportfinanzierung von morgen, a. a. O., S. 31.

³⁷²⁾ Schneider, Ernst, Vorschläge zur Überwindung unserer Zahlungsbilanzkrise, Düsseldorf 1957, S. 22.

³⁷³⁾ Schneider, a. a. O., S. 22 f.

durch die Entwicklung überholt. Der sogenannte Juliusturm ist im letzten Quartal 1957 und im Jahre 1958 schnell zusammengeschmolzen. Die bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Kassenreserven des Bundes waren bis Ende 1958 auf 2,8 Mrd DM gesunken³⁷⁴⁾. Über diesen Rest hat der Bund dann im März 1959 restlos verfügt; er mußte zur Bestreitung seiner Ausgaben im April 1959 sogar erstmals wieder seit sieben Jahren einen Kassenkredit der Bundesbank in Anspruch nehmen. Verwendet wurden die im März 1959 ausgegebenen Gelder hauptsächlich zur Bezahlung von Rüstungsgütern und zur Leistung der in der deutsch-englischen Vereinbarung vom 3. Oktober 1958 vorgesehenen Devisenhilfe der Bundesrepublik an Großbritannien. Außerdem war ein Betrag von 630 Mio DM zur vorzeitigen Tilgung von $\frac{3}{20}$ der Verpflichtungen des Bundes aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika zu entrichten³⁷⁵⁾.

Diese Entwicklung zeigt, wie richtig es war, daß die Guthaben des Bundes bei der Notenbank nicht zum zeitweiligen direkten Erwerb von Auslandsbonds oder zur vorübergehenden Finanzierung von Devisenankäufen — etwa nach den Vorschlägen von Schneider — verwendet worden sind. Man hätte die Guthaben diesem Zweck nur dann unbedenklich nutzbar machen können, wenn der Bund sich verpflichtet hätte, über die dafür aufgewendeten Mittel in absehbarer Zeit nicht noch einmal anderweitig zu verfügen. Gerade aber eine solche Zusage wollte man vom Bund nicht fordern. So schreibt Schneider z. B., er sei sich bei seinem Projekt durchaus bewußt, daß die zurückzukaufenden Auslandstitel in der Regel eine längere Laufzeit hätten als die dem vorgesehenen Sonderinstitut zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder³⁷⁶⁾.

Hätte man aber dem Bund das Recht eingeräumt, aufgekaufte Schuldtitel jederzeit „zu mobilisieren“³⁷⁷⁾, sie insbesondere an die Notenbank weiterzuverkaufen, und wäre von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden, so hätte letzten Endes nicht der Bund, sondern die Notenbank die Rückzahlung der Schulden finanziert³⁷⁸⁾. „An dieser Sachlage ändert sich auch durch Zwischenschaltung eines anderen Instituts nicht viel“³⁷⁹⁾. Im Endeffekt hätte die Notenbank kurzfristige Währungsguthaben gegen langfristige DM-Forderungen

³⁷⁴⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1959, S. 32 f.

³⁷⁵⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1959, S. 20.

³⁷⁶⁾ Vgl. Schneider, a. a. O., S. 23.

³⁷⁷⁾ Vgl. z. B. Auslandsschulden tilgen!, in: Handelsblatt, Nr. 98 vom 23./24. August 1957; Schacht, Kreditpolitik und Exportfinanzierung von morgen, a. a. O., S. 31.

³⁷⁸⁾ Das gleiche gilt für den Ankauf von Anleihestücken privater Schuldner.

³⁷⁹⁾ Schuldentilgung — aber wie?, a. a. O.

eingetauscht. Das gleiche gilt, wenn an Stelle des Bundes eine Bank oder ein Spezialinstitut die Anleihestücke aufkaufte und die Notenbank verpflichtet wäre, die aufgekauften Stücke auf Wunsch der Bank jederzeit zu übernehmen, oder wenn die Notenbank die Schuldtitel direkt erwerben würde.

Es ist besonders im Zusammenhang mit dem Vorschlag, die Notenbank solle dem Bund Devisenkredite zum Ankauf ausländischer Rüstungsgüter zur Verfügung stellen, wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit solchen Transaktionen gewisse währungspolitische Gefahren verbunden sein können ³⁸⁰⁾, und die Behauptung ist nicht abwegig, der Versuch, das Aufbringungsproblem über die Notenbank zu lösen, trage „den Stempel der Unsolidität auf der Stirn“ ³⁸¹⁾.

Sicher geht es in Zeiten starker Devisenüberschüsse darum, wenigstens einen Teil der in Gold und Devisen verkörperten kurzfristigen Forderungen gegen das Ausland in langfristige Forderungen umzuwandeln oder gegen ausländische Forderungen aufzurechnen. Keinem anderen Ziel dient auch das intensive Bemühen um die Verstärkung des deutschen „Kapitalexports“. Richtig gesehen soll ja gar nichts „exportiert“ werden. Man sucht vielmehr wegen des ständigen Zurückbleibens der Einfuhr hinter der Ausfuhr lediglich Investoren, die bereit sind, die kurzfristigen Forderungen der Notenbank aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland zu übernehmen und sie langfristig im Ausland anzulegen. Es fragt sich jedoch, ob in erster Linie die Notenbank selbst sich langfristig im Ausland engagieren sollte.

Ein solches Verhalten widerspräche auf alle Fälle der „klassischen“ Notenbankpolitik. Nach noch heute herrschender Ansicht gilt für die „Notenbank in gleicher, ja erhöhter Weise wie für jedes andere Institut die Verpflichtung . . . , ständig liquide zu sein. Das aber geschieht durch das zweckmäßige Gestalten der Aktiva-Seite der Bilanz . . . “ ³⁸²⁾. Tausche die Notenbank, so wird gesagt, ihre kurzfristigen Devisenguthaben gegen langfristige Schuldtitel ein, so verringere sich zwangsläufig ihre Fähigkeit, lebendig und dynamisch zu bleiben. Die Aktivseite ihrer Bilanz werde „betoniert“. Langfristige Notenbankkredite werden daher, wenn überhaupt, so doch gewöhnlich nur mit äußerster Zurückhaltung gewährt.

³⁸⁰⁾ Vgl. z. B. Ringleb, Waldemar, Jede Bilanz hat eben ihre zwei Seiten, in: Die Zeit, Nr. 48 vom 28. November 1957; und Rüstungsfinanzierung auf Abwegen?, in: Kölner Stadtanzeiger, Nr. 275 vom 27. November 1957.

³⁸¹⁾ Zur Schuldentilgung braucht man Kapital, in: Industriekurier, Nr. 176 vom 20. November 1956.

³⁸²⁾ Ringleb, Jede Bilanz hat eben ihre zwei Seiten, a. a. O.

Die Frage, in welchem Umfange eine Notenbank ohne schädliche Folgen für die Gesamtwirtschaft kurzfristige Gelder zur Finanzierung langfristiger Anlagen zur Verfügung stellen kann, ist stark umstritten. Sie kann hier nicht näher diskutiert werden. Nur die folgenden kurzen Hinweise seien erlaubt. In jeder Volkswirtschaft wird unabhängig von der Konjunkturlage stets eine gewisse Mindestgeldmenge benötigt, um die lebensnotwendigen Transaktionen bewerkstelligen zu können. Ob und wie diese Geldmenge, die immer umläuft, „gedeckt“ ist, interessiert nicht, da die Notenbank nie in die Verlegenheit kommen wird, diese Forderungen einlösen zu müssen. Jede Notenbank kann daher bis zur Höhe dieser Geldmenge unbedenklich Banknoten gegen langfristige Schuldtitel ausgeben oder kurzfristige durch langfristige Schuldtitel ersetzen.

Nun besitzt die Deutsche Bundesbank heute schon in erheblichem Umfange langfristige Forderungen. Die 8,8 Mrd DM Ausgleichsforderungen müssen als langfristiger, praktisch unkündbarer Kredit der Notenbank an die öffentliche Hand angesprochen werden. Auch die Konsolidierungskredite an die Mitglieder der ehemaligen EZU und an andere Staaten stellen ebensowenig eine liquide Währungsreserve dar, wie die Kredite an die Weltbank in Höhe von insgesamt 1,38 Mrd DM oder die zweckgebundenen Guthaben und Geldmarktanlagen, die die Bundesbank bei der Bank von England unterhält. Am 31. März 1959 waren von dem 23,2 Mrd DM betragenden Gesamtbestand der Deutschen Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen fast 6,5 Mrd DM nur in beschränktem Umfange verwendbar ³⁸³). Jeder zusätzliche langfristige Kredit muß die Bewegungsfreiheit der Notenbank notwendig weiter einengen und die Möglichkeiten, das Geldvolumen bei sich normalisierenden Verhältnissen abzubauen, vermindern. Man kann nicht voraussetzen, daß die Geschäftsbanken stets so liquide und aufnahmefähig für „Geldmarktpapiere“ sind wie zur Zeit. Es wäre daher nicht ratsam, die langfristigen Forderungen der Notenbank auf Kosten der kurzfristigen Forderungen weiter wesentlich zu erhöhen.

Geld langfristig anzulegen, ist im Inland wie im Ausland hauptsächlich Aufgabe privater Investoren. Die Anleger können sich die erforderlichen Devisen für Auslandsanlagen bei der Notenbank beschaffen. Durch einen solchen Kauf würde die Notenbankbilanz verkürzt, die Aufblähung des inländischen Geldvolumens rückgängig gemacht und die Handlungsfreiheit der Notenbank nicht eingeschränkt, sondern erhöht werden.

³⁸³) Vgl. Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1959, S. 6 f.

Lehnt man die Finanzierung des Anleiherückkaufs über die Notenbank aus grundsätzlichen Erwägungen ab, so bleibt, wenn der Schuldner selbst die Mittel nicht aufbringen kann oder will, nur die Möglichkeit, den inländischen Kapitalmarkt für den Anleiherückkauf zu interessieren.

Dieser Weg dürfte tatsächlich Aussicht auf Erfolg haben, zumal da die von Bund, Ländern und Gemeinden zu bedienenden Auslandsanleihen, deren Zinsen steuerfrei sind, nach den Zinsrückgängen der letzten Zeit heute größtenteils mit den festverzinslichen inländischen Anleihen durchaus konkurrieren können. Das beweist am besten die vermehrte Repatriierung von Auslandsbonds seit Anfang 1958.

Schlußbetrachtungen

Wie bereits in der Einleitung erwähnt wurde, ist die Abwicklung der deutschen Auslandsschulden mit Beginn des Jahres 1958 in ihre zweite Phase getreten. Die ersten sechs Jahre der Laufzeit des Londoner Schuldenabkommens und seiner Nebenabkommen sind vorüber. Nunmehr hat die Tilgung der drei großen Reichsanleihen, der Verpflichtungen aus der Nachkriegswirtschaftshilfe der USA und einiger weiterer öffentlicher und privater Schulden begonnen. Außerdem erhöhten sich bei verschiedenen Verbindlichkeiten die Tilgungssätze. Nach den ursprünglichen Plänen sollten, auch das wurde bereits hervorgehoben, durch diese verstärkte Schuldentilgung die Leistungen der Bundesrepublik vom Jahre 1958 an um rund 200 Mio DM von jährlich 567 Mio DM auf 765 Mio DM steigen. In der westdeutschen Zahlungsbilanz hat sich jedoch die begonnene und verstärkte Rückzahlung einzelner Schuldenarten im Jahre 1958 nicht ausgewirkt, und sie wird sich vermutlich auch in den kommenden Jahren kaum auswirken. Durch vorzeitige Abdeckung gewisser Verbindlichkeiten hat die Bundesrepublik schon seit 1954 jährlich einen Betrag ins Ausland transferiert, der die ab 1958 vorgesehenen deutschen Gesamtleistungen sogar noch übersteigt.

Rückschauend betrachtet, muß man sagen, daß kaum ein glücklicherer Zeitpunkt als das Jahr 1953 für die Wiederaufnahme des deutschen Schuldendienstes hätte gefunden werden können. Erstens hatten die deutschen Außenhandelsüberschüsse zur Zeit der Londoner Schuldenverhandlungen noch keinen so großen Umfang angenommen, daß die Gläubiger etwa auf Grund beträchtlicher deutscher Devisenreserven zu Phantasieforderungen veranlaßt worden wären. Zweitens ermöglichte es der schnell wachsende deutsche Export in den folgenden Jahren, den eingegangenen Verpflichtungen ohne Schwierigkeiten nachzukommen. Diese Tatsache ist um so höher

zu werten, als die Überschüsse der Handels- und Dienstleistungsbilanz neben den Amortisationsraten auf die deutschen Auslandsschulden noch eine ganze Reihe anderer deutscher Verpflichtungen decken mußten, die teilweise sogar noch über die Schuldenzahlungen hinausgingen. Will man die mit der Schuldenzahlung in den vergangenen Jahren vollbrachte Leistung der deutschen Volkswirtschaft recht würdigen, so muß man diese Zahlungen im Rahmen der Gesamtzahlungsbilanz betrachten.

Es sind vor allem vier Gruppen von Verpflichtungen, die neben der Bedienung der deutschen Auslandsschulden Devisen in größerem Umfange in Anspruch genommen haben: der Transfer von Kapitalerträgen, von Wiedergutmachungsleistungen, von sonstigen unentgeltlichen Leistungen und die Investitionen im Ausland.

Bis 1953 mußten die Erträge inländischer Kapitalanlagen ausländischer Eigentümer auf DM-Sperrkonten eingezahlt werden. Sie standen nur zur Verwendung im Inland zur Verfügung. In den Jahren 1954 und 1955 wurden dann praktisch alle gesetzlichen Schranken beseitigt, die der Überweisung dieser Gelder ins Ausland entgegenstanden. Die Entwicklung des Erträgnistransfers spiegelt die Liberalisierung auf diesem Gebiet deutlich wieder³⁸⁴).

Entwicklung des Erträgnistransfers

(in Mio DM)

	Kapitalerträge insgesamt	davon im Rahmen von Schuldenabkommen	sonstige
1953	125	123	2
1954	612	295	317
1955	816	290	526
1956	731	288	443
1957	804	228	576
1958	1042	233	809

Den Zahlungen an das Ausland standen auf der anderen Seite wachsende Erträge aus deutschen Vermögensanlagen im Ausland — darunter fallen auch die Zinsen auf das deutsche EZU-Guthaben — gegenüber. Der Saldo der Kapitalerträge ging daher zwischen 1955 und 1957 wieder zurück. Er betrug 1957 nur noch 395 Mio DM gegenüber 436 Mio DM im Jahre 1956 und 607 Mio DM im Jahre 1955; allerdings erhöhte er sich 1958 wieder auf 627 Mio DM. Läßt

³⁸⁴) Soweit nicht besonders vermerkt, sind alle Zahlenangaben in diesem Schlußabschnitt für die Jahre 1953 bis 1958 dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1959, S. 4 ff. und S. 19 entnommen.

man die deutschen Zinszahlungen im Rahmen von Schuldenabkommen außer Betracht, so wird der Saldo der Kapitalerträge wesentlich geringer. Er betrug im Jahre 1957 nur 167 Mio DM, 1958 dagegen 394 Mio DM.

In besonderem, vor allem stark wachsendem Umfange haben die unentgeltlichen Leistungen der Bundesrepublik Devisen in Anspruch genommen. Allein die Zahlungen auf Grund der Wiedergutmachungsgesetze an Berechtigte im Ausland nahmen 1957 und 1958 Mittel in Höhe von je 1,2 Mrd DM in Anspruch. Einschließlich der Leistungen an Israel übertrafen sie mit je rund 1,5 Mrd DM die in den gleichen Jahren auf die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden gezahlten Zins- und Tilgungsbeträge nahezu um das Doppelte³⁸⁵⁾. Auch 1956 erreichten die Wiedergutmachungszahlungen mit über 1,0 Mrd DM etwa die 1¹/₂fache Höhe des Schuldendienstes, in den Jahren 1953 bis 1955 hatten sie — teils erheblich — darunter gelegen. Die starke Erhöhung der Wiedergutmachungsleistungen in den beiden letzten Jahren ist hauptsächlich auf die Änderung der Entschädigungsgesetze im Frühjahr 1956 zurückzuführen.

Entwicklung der Wiedergutmachungsleistungen
(in Mio DM)

	Leistungen insgesamt	davon	
		individuelle Wiedergutmachung	Zahlungen an Israel
1953	193	17	176
1954	508	154	354
1955	718	350	368
1956	1011	679	332
1957	1498	1171	327
1958	1461	1144	317

Die ebenfalls unter den „unentgeltlichen Leistungen“ ausgewiesenen privaten Übertragungen beliefen sich in den Jahren 1954 bis 1958 auf je rund 250 Mio DM. In den privaten Übertragungen sind neben Geschenken, Unterstützungen usw. auch die Zahlungen an die Montanunion auf Grund des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, bestehend aus Ausgleichsumlage und Überweisungen an verschiedene Fonds, enthalten³⁸⁶⁾. Diese Zahlungen machten mit 154 Mio DM für 1954, 174 Mio DM für 1955, 159 Mio DM für 1956 und 122 Mio DM für 1957 in

³⁸⁵⁾ 1957 ohne devisenmäßige Vorausleistung von 9 Jahresraten (67,5 Mio £) auf die Nachkriegsschuld an Großbritannien.

³⁸⁶⁾ Die Zahlungen für Verwaltungskosten werden in der Zahlungsbilanz unter der Position „Verschiedene Dienstleistungen“ ausgewiesen. Die Ausgleichsumlage betrug 1954 65 Mio DM, 1955 77 Mio DM, 1956 106 Mio DM, 1957 88 Mio DM und 1958 32 Mio DM.

diesen Jahren über die Hälfte der privaten unentgeltlichen Übertragungen aus. Allerdings wurde ins Ausland nur jeweils die Ausgleichsumlage tatsächlich transferiert, während die Zuschüsse zu den verschiedenen Fonds auf inländische Konten der Montanunion eingezahlt wurden.

Laufend an Bedeutung gewonnen haben auch die deutschen Auslandsinvestitionen. Nachdem die deutschen Nettoinvestitionen im Ausland noch 1953 mit 14 Mio DM recht unbedeutend waren, sind sie 1958 auf die schon sehr beachtliche Summe von 1848 Mio DM angewachsen. Allerdings stiegen auch die ausländischen Nettoinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich; sie hielten sich bis 1957 etwa auf der Höhe der westdeutschen Nettoinvestitionen im Ausland, lagen aber 1958 wesentlich darunter. Zum großen Teil wurden sie aus den Erträgen bereits vorhandener inländischer Kapitalanlagen gespeist.

Entwicklung der Nettoinvestitionen
(in Mio DM)

	Nettoinvestitionen von Inländern im Ausland		Nettoinvestitionen von Ausländern im Inland ³⁸⁷⁾	
	privat	öffentlich	privat	öffentlich
1953	3	11	1	× 107
1954	174	190	331	× 39
1955	258	29	280	× 6
1956	326	260	580	× 99
1957	782	318	1058	× 159
1958	1114	734	631	× 66

Bei den hohen ausländischen Nettoinvestitionen im Inland des Jahres 1957 haben spekulative Erwägungen (Diskussion um die Aufwertung der D-Mark) sicher eine erhebliche Rolle gespielt. Die Investitionen konnten sich daher auch 1958 nicht auf dem Niveau des vergangenen Jahres halten und werden es sicher auch in Zukunft nicht wieder erreichen.

Im Jahre 1957 erlangten die Vorauszahlungen auf spätere Rüstungsimporte erstmals größere Bedeutung. Sie beliefen sich auf 1,9 Mrd DM gegenüber nur 240 Mio DM im Jahre 1956³⁸⁸⁾. Da diese Zahlungen jedoch nicht zu den echten Kapitalleistungen gehören, sollen sie hier nicht weiter behandelt werden. Sie sind auch im Jahre 1958 auf reichlich 600 Mio DM zurückgegangen und beliefen

³⁸⁷⁾ Ohne Berücksichtigung der Tilgungen deutscher Auslandsschulden im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens.

³⁸⁸⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1958, S. 45.

sich damit nur noch auf ein Drittel des im Vorjahre gezahlten Betrages.

Stellt man die in diesem Schlußabschnitt aufgeführten Zahlen zusammen, so wird deutlich, welch große Mittel die westdeutsche Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren aufbringen mußte, um allen Auslandsverpflichtungen nachkommen und darüber hinaus wieder in gewissem Umfange Vermögen im Ausland erwerben zu können. Der Anteil der Mittel, die für den Schuldendienst beansprucht wurden, ist dabei laufend zurückgegangen. Er betrug 1958 nicht einmal mehr ein Sechstel der hier erwähnten Gesamtaufwendungen.

	Ertragnis- transfer	Wieder- gutmachung	Netto- Ausland- investitionen	Schuldendienst Zinsen ³⁸⁹⁾	Tilgungen
	(alle Angaben in Mio DM)				
1953	2	193	14	123	329
1954	317	508	364	295	648
1955	526	718	287	290	517
1956	443	1011	586	288	452
1957	576	1498	1100	228	529
1958	809	1461	1848	233	524

Die Zahlungen im Rahmen der Schuldenabkommen, das wird aus der vorstehenden Tabelle deutlich, sind heute nicht mehr „der“ große oder gar überragende Passivposten in der westdeutschen Zahlungsbilanz, für den man ihn bei Abschluß des Londoner Schuldenabkommens angesehen hat.

Aber gerade im Hinblick auf die ständige Zunahme der übrigen, ursprünglich geringeren Belastungen drängt sich die Frage auf, ob man auch in den kommenden Jahren mit einer so reibungslosen Abwicklung des Schuldendienstes wird rechnen können wie bisher. Für die kommenden Jahre zeichnen sich weitere bedeutende Ausgabenerhöhungen ab, für die Devisen in größerem Umfange bereitgestellt werden müssen.

Nachdem der Zins sich in der Bundesrepublik an das internationale Niveau angepaßt hat, ist mit einem weiteren Ansteigen des privaten deutschen Kapitalexports zu rechnen. Ausländische Investoren zeigen großes Interesse am deutschen Kapitalmarkt und stoßen dabei auf einen offenbar aufnahmewilligen Markt. So wurde z. B. die Anfang April 1959 zur Zeichnung aufgelegte Weltbankanleihe von 200 Mio DM schon am ersten Tag überzeichnet.

³⁸⁹⁾ Ab 1956 ohne Zinsen auf im Inland befindliche Anleihestücke.

Auch der staatliche Kapitalexport wird voraussichtlich noch merklich zunehmen. 1958 waren erstmals die dann Jahr für Jahr — und zwar in steigendem Umfange — auf Grund des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu entrichtenden Zahlungen fällig. Neben den Haushaltsbeiträgen muß die Bundesrepublik Deutschland bis 1962 insgesamt 200 Mio Dollar für den Entwicklungsfonds der Gemeinschaft und innerhalb von 2½ Jahren 75 Mio Dollar auf ihre Quote am Grundkapital der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung stellen. 1958 sind davon zunächst 30 Mio Dollar für die Investitionsbank gezahlt worden. Auch der deutsche Kapitalexport über den Internationalen Währungsfonds infolge von DM-Ziehungen dritter Länder hat 1958 stark zugenommen. Im Laufe des Jahres mußten von deutscher Seite zur Deckung von DM-Ziehungen Jugoslawiens, Frankreichs und der Türkei 271 Mio DM an den Währungsfonds überwiesen werden. 1957 waren es nur 24 Mio DM. Für 1959 steht die Einzahlung auf die von 330 Mio Dollar auf 787,5 Mio Dollar erhöhte Quote der Bundesrepublik beim Internationalen Währungsfonds bevor. Von dem Erhöhungsbetrag müssen 25 % in Gold und 75 % in DM eingezahlt werden.

Außerdem tritt die Weltbank laufend mit der Bitte um Kredite an die Deutsche Bundesbank heran. Allein von Mitte 1957 bis Mitte 1958 hat die Deutsche Bundesbank der Weltbank Mittel in Höhe von 1250 Mio DM zur Verfügung gestellt³⁹⁰⁾. 1959 waren es bis Mitte Mai 138 Mio DM³⁹¹⁾.

In der erwähnten Vereinbarung über eine Devisenhilfe an Großbritannien hat sich die Bundesregierung verpflichtet, für die in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte von 1958 bis 1960 jährlich 141 Mio DM an die britische Regierung zu zahlen³⁹²⁾.

Auch die deutschen Wiedergutmachungsleistungen dürften mit 1,5 Mrd DM ihren jährlichen Höchststand noch nicht erreicht haben. Die Antragsfrist für Geschädigte lief erst am 31. März 1958 ab. Von 2,5 Mio Entschädigungsanträgen wurden bis 1. Oktober 1958 erst knapp 33 % erledigt³⁹³⁾. Für die kommenden Jahre ist daher ein weiteres Anwachsen der Zahlungen in das Ausland wahrscheinlich.

Trotz der erwähnten gestiegenen Belastungen der westdeutschen Zahlungsbilanz ist der Gesamtbestand der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen bis Ende 1958 laufend gewachsen; er be-

³⁹⁰⁾ Vgl. Neuer Kredit an die Weltbank, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 146 vom 28. Juni 1958.

³⁹¹⁾ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1959, S. 59.

³⁹²⁾ Vgl. S. 119 f.

³⁹³⁾ Vgl. Schleppende Wiedergutmachung, in: Der Volkswirt, 13. Jahrgang, Nr. 13 vom 28. März 1959, S. 532.

trug am 31. Dezember 1958 26,2 Mrd DM. Allerdings hat sich das Wachstum der Gold- und Devisenbestände im Jahre 1958 spürbar verringert. Der Zuwachs betrug „nur“ noch knapp 3,2 Mrd DM gegenüber jeweils 5,1 Mrd DM in den beiden vorangegangenen Jahren. In den ersten vier Monaten des Jahres 1959 ist dann die zentrale Währungsreserve der Bundesrepublik beträchtlich zurückgegangen. Der Gesamtbestand der Bundesbank an Gold und Auslandsforderungen sank um 3,7 Mrd DM auf 22,5 Mrd DM³⁹⁴); er hält sich seither etwa auf dieser Höhe. Sicher ist dieser wegen der Kürze der Zeit erstaunlich starke Rückgang überwiegend auf Sonderfaktoren zurückzuführen. In diese Monate fielen hohe vorzeitige Schuldentrückzahlungen des Bundes, erhebliche Anzahlungen für spätere Rüstungseinführen und große Geldexporte der Geschäftsbanken (1,3 Mrd DM). Immerhin zeigt sich hier erstmals, daß Sonderzahlungen von nennenswertem Umfang neben den hohen laufenden Transaktionen nicht mehr ohne Rückgriff auf die zentralen Währungsreserven durchgeführt werden können.

Welche Folgerungen lassen sich aus den mitgeteilten Zahlen ziehen? Werden für den Auslandsschuldendienst, wie in den vergangenen Jahren auch in Zukunft stets genügend Devisen zur Verfügung stehen? Man wird diese Frage wohl kaum zu verneinen brauchen. Gelingt es der Deutschen Bundesbank, die Währung annähernd stabil zu halten und bleibt die westliche Welt von politischen und wirtschaftlichen Krisen verschont, so ist wohl kaum zu befürchten, daß der Export aus der Bundesrepublik plötzlich in katastrophalem Umfange zurückgehen und der Waren- und Dienstleistungsverkehr nur noch geringe oder überhaupt keine Überschüsse mehr abwerfen könnte. Es ist wohl mit einer Anspannung der Lage zu rechnen; die Bezahlung der deutschen Auslandsschulden dürfte aber trotzdem in den nächsten Jahren kaum auf ernsthafte Schwierigkeiten stoßen.

³⁹⁴) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1959, S. 38.

Die langfristige deutsche Auslandsverschuldung Ende 1931

(in Mill. *ℛℳ**)

Bezeichnung	Schuldner				Insgesamt
	Öffentliche Hand	Banken	Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft	Sonstige Schuldner	
Langfristige Schulden insgesamt	3 608	1 597	4 763	306	10 274
Gläubiger					
Banken.....	25	277	792	69	1 163
Nichtbanken.....	3 583	1 320	3 971	237	9 111
Gläubiger-Länder					
Ver. Staaten von Amerika.....	1 458	1 162	2 733	38	5 391
Großbritannien.....	530	95	480	7	1 112
Frankreich.....	447	2	8	2	459
Niederlande.....	723	191	765	134	1 813
Schweiz.....	229	111	614	93	1 047
Belgien.....	40	—	15	5	60
Italien.....	42	—	23	3	68
Schweden.....	139	18	24	5	186
Sonstige Länder.....	—	18	101	19	138
Schuldarten					
Anleihen.....	3 563	1 234	3 271	97	8 165
Hypotheken und Grundschulden.....	14	20	319	131	484
Sonstige Schulden					
an Banken.....	15	257	620	18	910
an Nichtbanken.....	16	86	553	60	715

*) Nach der Erhebung der Anmeldestelle für Auslandsschulden vom 30. November 1931, ausländ. Währung nach Tageskurs 30. November 1931 umgerechnet. Der Verteilung der Anleiheschulden auf Gläubigerländer liegen die Emissionszahlen zugrunde. Es entzieht sich der Kenntnis, ob und inwieweit die Stücke inzwischen in den Besitz anderer Länder übergegangen sind; auch der Erwerb durch Deutsche konnte nur insoweit abgezogen werden, als es sich um Rückkäufe des Schuldners selbst handelt.

Die kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung Ende 1931

(in Mill. *ℛℳ**)

Bezeichnung	Schuldner						Insgesamt
	Banken	Reichsbank und Golddiskontobank	Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft	Privatpersonen und solche, die eventuell als Vertreter von Firmen angemeldet haben	Schule, Kirche und sonstige Wohlfahrts-einrichtungen	Privatversicherungen	
Kurzfristige Schulden¹⁾ insgesamt	4 657	933	3 680	188	25	62	10 301
Gläubiger							
Banken.....	3 984	933	1 769	82	9	5	7 528
Nichtbanken.....	673	—	1 911	106	17	57	2 773
Gläubiger-Länder							
Ver. Staaten von Amerika.....	1 888	210	528	12	5	5	3 192
Großbritannien.....	824	—	453	13	1	20	1 366
Frankreich.....	340	5	146	6	—	2	526
Niederlande.....	415	—	1 152	59	9	2	1 677
Belgien.....	711	—	759	65	7	6	1 619
Schweiz.....	44	—	86	2	0	1	133
Italien.....	27	—	43	2	—	—	74
Tschechoslowakei.....	55	—	83	4	0	5	152
Dänemark.....	16	—	28	2	—	3	49
Norwegen.....	4	—	19	0	0	1	24
Schweden.....	80	—	60	1	1	0	154
B. J. Z.	—	718	—	—	—	—	718
Sonstige Länder.....	253	—	323	22	2	15	617
Schuldarten							
Rembourskredite und sonstige Bank-Akzepte.....	2 397	—	673	2	—	—	3 072
Buchschulden aus Warenlieferungen.....	5	—	916	8	—	—	929
Akzepte und Ausschreibungen von Solawechseln.....	14	—	133	2	—	—	231
Anleihen.....	122	—	72	—	2	—	201
Hypotheken und Grundschulden.....	12	—	153	37	7	1	213
Sonstige Schulden.....	2 107	933	1 733	139	16	61	5 655
*) 2 107							

1) Nach der Erhebung der Anmeldestelle für Auslandsschulden vom 30. November 1931, ausländ. Währung nach Tageskurs 30. November 1931 umgerechnet. — *) Bis zum 30. November 1932 fällige Schulden. — *) Davon: 774 Loro-Verpflichtungen deutscher Banken und sonstiger Geldinstitute, 1204 Verpflichtungen deutscher Banken und sonstiger Geldinstitute aus Kassadevisen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, Berlin 1932, S. 528.

Anhang 2

Die Reduzierung der Zinsen für die Stillhalte Kredite¹⁾ Höchstzinssätze

für	Frühjahr 1932	1. 11. 1932	1. 3. 1933	15. 7. 1933	1. 3. 1935
	USA				
	Engl. Stillh. Gläub.	Sonst. Gläub.			für sonst. Gläub.
I. Kredite an deutsche Bankschuldner					
a) Kassavorschüsse u. feste Gelder	6 0/0	6 0/0	4 ³ / ₄ 0/0	4 ¹ / ₄ 0/0	4 0/0 3 ³ / ₈ 0/0 ³⁾ 3 ⁵ / ₈ 0/0 ⁴⁾
b) Akzeptkredite	6 0/0	6 0/0	3 ⁷ / ₈ 0/0	3 ⁷ / ₈ 0/0	4 ¹ / ₈ 0/0 ⁴⁾
II. für Kredite an deutsche Handels- u. Industrie- schuldner ⁵⁾					
a) Kassavorschüsse u. feste Gelder	6 0/0	7 0/0	5 ³ / ₄ 0/0	5 ¹ / ₄ 0/0 ³⁾ 4 ¹ / ₈ 0/0 ⁴⁾	4 ³ / ₄ 0/0
b) Akzeptkredite	6 0/0	7 0/0	5 0/0	4 ¹ / ₂ 0/0	4 0/0

¹⁾ Entnommen: Elsler, a. a. O., S. 57.

²⁾ Einschl. Provision.

³⁾ Handelswechsel.

⁴⁾ Finanzwechsel.

⁵⁾ Von der Deutschen Golddiskontbank garantierte Kredite fallen unter I.

Anhang 3

Die Entwicklung der deutschen Auslandsverschuldung¹⁾ (in Mrd RM)

Zeit	Kurz Kredite		Langfr. Kredite	Gesamt
	Gesamt	Dayon Stillh.-Kredite		
Juli 1931	13,1	6,3	10,7	23,8
Nov. 1931	10,6	5,4	10,7	21,3
Febr. 1932	10,1	5,0	10,5	20,6
Sept. 1932	9,3	4,3	10,2	19,5
Febr. 1933	8,7	4,1	10,3	19,0
Sept. 1933	7,4	3,0	7,4	14,8
Febr. 1934	6,7	2,6	7,2	13,9
Febr. 1935	6,7	2,1	6,4	13,1
Febr. 1936	6,3	1,7	6,1	12,4
Febr. 1937	5,4	1,2	5,4	10,8
Febr. 1938	5,0	1,0	4,9	9,9

¹⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, entsprechende Bände.

Anhang 4

Umlauf deutscher Auslandsanleihen 1928-1943¹⁾ *)

Mill. RM²⁾

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939 ³⁾	1940 ³⁾	1941 ⁴⁾	1942 ⁴⁾	1943 ⁴⁾
gegliedert in																
I Öffentliche Wirtschaft																
Reichsanleihen	856	827	2429	2679	2590	2518	1990	1942	1457	1359	1261	1238	1216	1199	1187	1170
Länder	512	502	492	493	472	449	270	258	237	228	170	160	151	141	133	126
Gemeinden	521	523	503	492	471	446	252	244	231	228	251	294	282	280	275	272
Öffentliche Unter- nehmungen	1042	1149	1328	1297	1286	989	467	432	336	315	271	287	271	260	250	244
Öffentliche Körper- schaften	166	186	214	208	200	193	175	169	125	122	120	115	115	110	105	100
Kommunalobligationen	241	230	217	208	203	193	126	105	99	87	96	86	79	70	65	63
Zusammen (Summe I)	3338	3416	5183	5378	5222	4788	3280	3151	2484	2339	2168	2180	2113	2060	2015	1975
II Private Wirtschaft																
Industrieobligationen	1852	1998	2107	2034	1888	1614	888	804	570	524	474	411	378	300	275	265
Pfandbriefe	1052	1050	1013	947	852	701	353	295	265	249	202	189	181	170	165	160
Zusammen (Summe II)	2904	3047	3120	2981	2739	2315	1241	1098	835	773	676	600	559	470	440	425
Insgesamt (Summe I u. II)	6242	6464	8303	8359	7961	7102	4521	4249	3319	3112	2844	2780	2672	2530	2455	2400

¹⁾ Stand am Jahresende (31. 12.).

²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

³⁾ Einschl. Ostmark und Sudetenland.

⁴⁾ Nach Teilergebnissen geschätzt.

⁵⁾ Quelle: Statistische Praxis, Bd. 1 und 2, 1946/47, Heft 8, Karteiblatt F 7211.

Anhang 5

Zusammenstellung der ausländischen Ansprüche gegen Deutschland bei Beginn der Londoner Schuldenkonferenz

	in Mrd DM
Öffentliche und private Vorkriegsschulden	15,4
Öffentliche Nachkriegsschulden	16,0
Ausländische Vermögenswerte in Deutschland und sonstige DM-Ansprüche	12,2
Verpflichtungen aus dem Israelvertrag	3,5
	47,1
Verpflichtungen aus den Wiedergutmachungsgesetzen	etwa 10,0
	57,1
	in Mrd RM
Ausstehende Annuitäten des Young-Plans	107,4
Sonstige Verbindlichkeiten aus dem Ersten Weltkrieg	1,5
Schulden der Verrechnungskasse	21,0
	129,9

Anhang 6

Zusammenstellung der auf der Londoner Schuldenkonferenz geltend gemachten ausländischen Ansprüche gegen die Bundesrepublik und Westberlin¹⁾

	Kapital- betrag in DM	Zinsrück- stände in DM
A Vorkriegsschulden		
I. Bundesrepublik Deutschland		
1. Äußere Anleihen des Deutschen Reichs und des ehemaligen Staates Preußen		
a) Dawesanleihe	629 521	528 797
b) Kreugeranleihe	356 922	149 907
c) Younganleihe	2 119 566	1 398 913
d) Lee-Higginson-Kredit	30 050	12 621
e) Compania Argentina	118	—
f) Preußen	208 901	156 588
2. Sonstiges	<u>1 093 252</u>	<u>359 361</u>
II. Länder		
1. Anleiheschulden	172 818	116 714
2. Nichtanleiheschulden	<u>10 897</u>	<u>—</u>
III. Gemeinden und Gemeindeverbände		
1. Anleiheschulden	57 528	36 706
2. Nichtanleiheschulden	<u>25 332</u>	<u>—</u>
I-III insgesamt:	4 704 905	2 759 607
IV. Private Vorkriegsschulden		
1. Langfristige Anleihen	847 100	522 300
2. Stillhaltung	429 700	188 900
3. Bankguthaben, Warenforderungen, Schadensforderungen	1 953 800	507 200
4. Privatrestititionen	500 000	200 000
5. Sonstiges	<u>390 500</u>	<u>156 200</u>
	4 121 100	1 575 200
B Schulden aus beiden Weltkriegen		
1. Awards der Mixed-Claims-Commission	435 588	—
2. Schweizer Clearingforderung	1 138 560	—
3. Sonstiges	<u>602 939</u>	<u>81 661</u>
	2 177 087	81 661
A + B insgesamt:	11 003 092	4 416 468

¹⁾ Sämtliche Zahlen sind entnommen der „Zusammenstellung der ausländischen Ansprüche gegen Deutschland“ vom 1. April 1952 (GD/V/Steer/Dok 11), die von der deutschen Delegation in London überreicht wurde.

Anhang 7

Zusammenstellung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Bundesrepublik Deutschland aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe¹⁾ (Angaben in Dollar)

1. Lieferungen an die Zivilbevölkerung V-E Tag bis 30. Juni 1946 (Vor-GARIOA)		
Lieferungen aus der inneren Zone	163 153 400	
Schiffsumleitungen von dem nordwest- europäischen Gebiet	22 080 692	
Kosten der Maßnahmen	2 147 724	
Flüssige Brennstoffe	7 509 166	
insgesamt bis 30. Juni 1946	194 890 982	
30. Juni 1946 bis 31. Dezember 1949 (Nicht-GARIOA-Lieferungen)	81 336 632	
insgesamt		276 227 614
2. GARIOA		
1. 7. 1946 bis 30. 6. 1947	243 189 395	
1. 7. 1947 bis 30. 6. 1948	551 766 147	
1. 7. 1948 bis 30. 6. 1949	550 408 187	
1. 7. 1949 bis 30. 6. 1950	189 128 927	
insgesamt		1 534 492 656
3. Schwedisches Abkommen		17 527 752
4. ECA-Hilfe (Gegenstand eines „claim“) bis 30. Juni 1951		
Zuteilungen (ohne bedingte Hilfe)*	1 251 123 000	
Bedingte Hilfe gemäß dem bilateralen Abkommen vom 14. Juli 1948	151 759 000	
Erhaltene intereuropäische Hilfe	120 307 000	
insgesamt		1 523 189 000
Gesamthilfe		3 351 437 022
Abzüge:		
1. GARIOA;		
nicht zum unmittelbaren Vorteil der deutschen Wirtschaft verwendete Mittel:		
Verfügbaushalt der Amerikanischen Hohen Kommission:		
Fiskaljahr 1950: 90 Mio DM	21 428 571	
Fiskaljahr 1951: 254,8 Mio DM	60 666 667	
Fiskaljahr 1952: 118,2 Mio DM	28 142 857	
Mehllieferungen nach Jugoslawien: 33,3 Mio DM	7 926 150	
2. ECA		
5% Gegenwertmittel	67 539 100	
Freigaben von Gegenwertmitteln zur Finanzierung von Exporten gemäß dem bilateralen Abkommen vom 14. 7. 1948	151 759 000	
insgesamt		219 298 100
Gesamtabzüge		337 462 345
Netto-Hilfe		3 013 974 677

¹⁾ Bundesratsdrucksache Nr. 116/53, Anhang zu Anlage 3c.

²⁾ Die vom Inkrafttreten des ECA-Abkommens an von der ECA verwaltete GARIOA-Hilfe in Höhe von \$ 172,4 Mio ist zu GARIOA, nicht zu ECA hinzugerechnet.

Anhang 8

Übersicht der Ausgaben des Vereinigten Königreichs für Wirtschaftshilfe an Deutschland vom 8. Mai 1945 bis 30. September 1951¹⁾

	in Mio Pfund Sterling
1. Einfuhren durch Vereinigte Dienststellen für die Zivil- verwaltung	23,7
2. Andere Einfuhren bis zum 31. Dezember 1946	87,2
3. Einfuhren 1947	78,6
4. Einfuhren 1948 bis 1950	31,3
	220,8
5. Abzüglich des Erlöses aus Exporten der Militär- regierung in der britischen Besatzungszone Deutschland bis zum 31. Dezember 1946	45,3
	175,5
6. JEIA-Beiträge des Vereinigten Königreichs in Geld und Waren als Betriebskapital	23,4
7. Zahlung an die JEIA zur Ablösung der Verpflich- tungen nach dem revidierten Fusionsabkommen	2,5
8. Nachbelastungen für Lieferungen und für die Überlassung von überschüssigen Vorräten durch die britische Rhein-Armee	0,4
	201,8

¹⁾ Vgl. BR-Drucksache Nr. 116/53, Anlage 5b.

Anhang 9

Leistungen des französischen Schatzamtes zugunsten der französischen Besatzungszone¹⁾

	Angaben in Mio-Dollar
Vorschüsse des französischen Schatzamtes zur Be- zahlung des bei direkten Handelsgeschäften der fran- zösischen Zone entstandenen Überhanges der Ein- fuhren über die Ausfuhren	185 292 921
Rückerstattung bis zum 18. Oktober 1948	147 009 284
Saldo	38 283 637
Zahlungen des französischen Schatzamtes für von der französischen Zone durchgeführte Einfuhren	110 908 978
Übertragung eines Devisenguthabens und von Waren an die französische Zone durch Frankreich	7 153 506
	156 346 121
Bis zum 18. Oktober 1948 nicht bezahlte Exporte	116 364 842
Einnahmen des französischen Schatzamtes für Rechnung der französischen Zone	5 189 508
Lieferung an die UNRRA	789 069
auf französische Rechnung	18 212 766
Abschlag für Kursänderungen	140 556 185
	15 789 936

¹⁾ Vgl. BR-Drucksache Nr. 116/53, Anlage 6b.

Anhang 10

Jahresfälligkeiten auf die deutschen Auslandsschulden in den Jahren 1953 bis 1957 (in Mio DM)¹⁾

Schuldenart	Dollar- raum	EZU- Raum	andere Länder	insge- samt
A Öffentliche Schulden vor 1945				
1. Bundesrepublik				
a) Dawes-Young- Kreuger	26,2	61,6	—	87,8
b) sonstige – ein- schließl. Clearing- Milliarde	18,3	29,5	—	47,8
2. Preußen, Länder und Gemeinden	8,5	5,9	0,1	14,5
Summe A	53,0	97,0	0,1	150,1
B Privatschulden vor 1945				
1. Verbriefte	25,7	19,8	—	45,5
2. Stillhaltung	5,2	16,0	—	21,2
3. Nichtverbriefte Anleihen	14,2	37,3	1,3	52,8
4. Warenschulden	1,7	10,8	2,7	15,2
5. Andere Handelsschulden	9,0	20,3	2,4	31,7
6. Sonstige Schulden	1,5	12,0	15,6	29,1
Summe B	57,3	116,2	22,0	195,5
C Öffentliche Nach- kriegsschulden	126,0	95,6	—	221,6
Summe A–C	236,3	308,8	22,1	567,2

¹⁾ Vgl. Konferenzdokument TGD/52/GM/Doc 2 vom 31. Oktober 1952, abgedruckt bei: Gurski, a. a. O., S. 31.

Anhang 11

Jahresfälligkeiten auf die deutschen Auslandsschulden ab 1958¹⁾ (in Mio DM)

Schuldenart	Dollar- raum	EZU- Raum	andere Länder	insge- samt
A Öffentliche Schulden				
vor 1945				
1. Bundesrepublik				
a) Dawes-Young- Kreuger	36,2	79,0	—	115,2
b) sonstige – ein- schließl. Clearing- Milliarde	22,8	49,2	—	72,0
2. Preußen, Länder und Gemeinden	10,2	7,6	0,1	17,9
Summe A	69,2	135,8	0,1	205,1
B Private Schulden				
vor 1945				
1. Verbriefte	31,1	24,0	—	55,1
2. Stillhaltung	5,2	16,0	—	21,2
3. Nichtverbriefte Anleihen	22,1	56,5	2,1	80,7
4. Warenschulden	1,7	10,8	2,7	15,2
5. Andere Handelsschulden	9,0	20,3	2,4	31,7
6. Sonstige Schulden	—	—	19,7	19,7
Summe B	69,1	127,6	26,9	223,6
C Öffentliche Nach- kriegsschulden	240,8	95,6	—	336,4
Summe A-C	379,1	359,0	27,0	765,1

¹⁾ Vgl. Konferenzdokument TGD/52/GM/Doc 2 vom 31. Oktober 1952, abgedruckt bei: Gurski, a. a. O., S. 32.

Auslandsschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland ¹⁸⁾

Tafel 1

Anleihe bzw. Ausgabe	Wäh- rung	Konversionsausgabe								Fundierungsausgabe						Zahlungsagent	Bemerkungen
		Stücke- lung	Text	Bezugnahme auf Londoner Abkommen	Schatten- quoten- anspruch	Zins- satz %	End- fälligkeit der Ausgabe	1. Zins- schein- fälligkeit	Anzahl der Zins- schein.	Stücke- lung	Text	Zins- satz %	End- fälligkeit der Ausgabe	1. Zins- schein- fälligkeit	Anzahl der Zins- schein.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
I. Dawesanleihe																	
US- Ausgabe	\$	100, 500, 1000	neu	ein- gearbeitet	in bes. Talons	5½			34 ¹⁹⁾	100, 1000	neu	3			40 ¹⁹⁾	J.P. Morgan & Co., Inc. 23 Wall Street, New York 8, N. Y.	Die Umwandlung der zunächst ausge- gebenen Temporary Bonds in Definitive Bonds ist im Gange.
britische Ausgabe	£	100, 500, 1000	alt	im Über- druck	im Über- druck	5			34	20, 50, 100	neu	3			40	Bank of England ²⁰⁾ 31 Threadneedle Street London E. C. 2	
französische Ausgabe	£	100, 500, 1000	alt			5				25	neu	3				Lazard Frères & Cie. 5 Rue Pillet-Will Paris	
belgische Ausgabe	£	100, 500, 1000	alt			5				25, 100	neu	3				Banque de la Société Générale de Belgique 3 Montagne du Parc, Brüssel	
—							15. Okt. 1969	15. April 1953					15. Okt. 1972	15. April 1953		Société Anonyme 2 Rue de la Régence, Brüssel	
holländische Ausgabe	£	100 ²¹⁾	alt			5				20, 25, 50	neu	3				Bankhaus Hope & Co. Postbox 659, Amsterdam C	Emissionsland Holland ist Lon- doner Abkom- men noch nicht beigetreten.
schweizerische £-Ausgabe	£	100, 500, 1000	alt			5				25	neu	3				Schweizerische Kreditanstalt Zürich	
schweizerische sfrs-Ausgabe	sfrs	1000	alt			5				200	neu	3				Schweizerische Kreditanstalt Zürich	
schwedische Ausgabe	skr	1000, ²²⁾ 5000, 10000	alt		im Über- druck	5				—	—	—	—	—	—	Stockholms Enskilda Bank AB. Stockholm 16	Die Ausgabe von Fundierungsschuld- verschreibungen entfällt, da Zins- rückstände aus der Zeit bis 1. Dez. 1944 nicht vorhanden sind.

¹⁸⁾ Die Schuldverschreibungen der italienischen Ausgabe der Dawesanleihe sind vorerst nicht aufgenommen, da insoweit noch Sonderfragen schweben.

¹⁹⁾ Die Zinsscheine Nr. 1. bis Nr. 4 befinden sich an den Temporary Bonds, die Zinsscheine ab Nr. 5 an den Definitive Bonds.

²⁰⁾ Die Bank von England ist Zahlungsagent für alle auf £-Sterling lautenden Teilausgaben der Dawes-Anleihe. Dazu treten noch die im Rahmen der in Fußnote 7 des 1. Beitrages erwähnten Zahlstellen-
klausel in den einzelnen Emissionsländern besonders bestellten Agenten.

²¹⁾ Falls es zu gegebener Zeit zur Ausgabe neuer Konversionsschuldverschreibungen kommt, wird es in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Stückelung nur Schuldverschreibungen über 100 £ geben.

²²⁾ Z. Zt. werden die alten Stücke über 100000, 10000 und 1000 skr noch bedient, und zwar gegen Sonderquittung. Die nach dem Regelungsangebot für Schweden mit einer Umstückelung zu ver-
bindende Ausgabe neuer Konversionsschuldverschreibungen ist vorerst noch aufgeschoben worden.

Quelle: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage Nr. 9/1955 zu Teil IV B Nr. 46 vom 19. November 1955.

Tafel 2

Anleihe bzw. Ausgabe	Wäh- rung	Konversionsausgabe								Fundierungsausgabe						Zahlungsagent	Bemerkungen
		Stücke- lung ²³⁾	Text	Bezugnahme auf Londoner Abkommen	Schatten- quoten- anspruch	Zins- satz %	End- fälligkeit der Ausgabe	1. Zins- schein- fälligkeit	Anzahl der Zins- schein.	Stücke- lung	Text	Zins- satz %	End- fälligkeit der Ausgabe	1. Zins- schein- fälligkeit	Anzahl der Zins- schein.		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
II. Young- anleihe²⁴⁾ US-Ausgabe	\$	100, 500, 1000	neu	ein- gearbeitet	in bes. Talons	5			55 ²⁵⁾	100, 1000	neu	3			40 ²⁵⁾	J.P. Morgan & Co., Inc. 23 Wall Street, New York 8, N. Y.	Die Umwandlung der zunächst ausge- gebenen Temporary Bonds in Definitive Bonds ist im Gange
britische Ausgabe	£	100, 500, 1000	alt			4½				20, 50, 100	neu	3			40	Bank of England 31 Threadneedle Street London E. C. 2	
französische Ausgabe	ffrs.	1000	alt			4½				3000, 30000	neu	3				Crédit Lyonnais 19 Boulevard des Ita- liens, Paris Lazard Frères & Cie. 5 Rue Pillot-Will, Paris	
belgische Ausgabe	Belga/ bfrs	100, 500, 1000 Belgas	alt			4½				500 bfrs	neu	3			21	Banque de la Société Générale de Belgique 3 Montagne du Parc, Brüssel Banque de Bruxelles, Société Anonyme 2 Rue de la Régence, Brüssel	die Konversions- schuldverschrei- bungen lauten auf Belgas, die Fundierungs- schuldverschrei- bungen auf bfrs.
holländische Ausgabe	hfl	100, 500, 1000	alt	im Über- druck	im Über- druck	4½	1. Juni 1980	1. Juni 1953	55	100	neu	3				Bankhaus Hope & Co. Postbox 659, Amsterdam C	Emissionsland Holland ist Lon- doner Abkom- men noch nicht beigetreten.
schweizerische Ausgabe	sfrs	1000	alt			4½				200, 1000	neu	3			40	Schweizerische Kredit- anstalt, Zürich, und Schweizerischer Bank- verein, Basel	
schwedische Ausgabe	skr	1000, 5000 10000	alt			4½				100, 500, 1000	neu	3				Stockholms Enskilda Bank AB. Stockholm 16 Skandinaviska Banken AB., Stockholm 16	
deutsche Ausgabe	RM ²³⁾	100, 200, 500, 1000, 5000	alt			4½				100 DM	neu	3				Bank deutscher Länder Frankfurt a. M., Taunusanlage 4/5	
III. Preußen- Anleihe	\$	1000	neu	ein- gearbeitet	—	4	1.10.1972	1.4.1953	40 ²⁵⁾	—	—	—	—	—	—	J.P. Morgan & Co., Inc. 23 Wall Street, New York 8 N. Y.	Die Umwandlung der zunächst ausge- gebenen Temporary Bonds in Definitive Bonds ist im Gange

²³⁾ Bezüglich der Stückelung der Younganleihe siehe jedoch auch Tafel 4.²⁴⁾ Die Schuldverschreibungen der italienischen Ausgabe der Younganleihe sind vorerst nicht aufgenommen, da insoweit noch Sonderfragen schweben.²⁵⁾ Die Zinsscheine Nr. 1 bis Nr. 4 befinden sich an den Temporary Bonds, die Zinsscheine ab Nr. 5 an den Definitive Bonds.

Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, ausgegeben an Stelle der im Ausland zahlbaren ²⁶⁾ Schuldversch. der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden	Folgende alte Serien werden zusammengelegt:	Einheitliche Neuausgabe für alte Kapitalschuldverschreibungen und Teilgutscheine plus Schuldverschreibungen zur Fundierung rückständiger Zinsen (keine Schattenquote)								Bemerkungen
		Bezeichnung der neuen Serie	Stückelung	Text	Endfälligkeit	Zinssatz %	1. Zinsschein- fälligkeit	Anzahl der Zins- scheine	Zahlungsagent	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
4% £-Sterling- Schuldverschreibungen	Serien I und II Serien III, IV und V	Serie A Serie B	£ 20, 50, 100 £ 20, 50, 100	neu neu	1. Jan. 1963 1. Jan. 1965	4% 4%	1. Juli 1953 1. Juli 1953	20 24	Bank of England 31 Threadneedle Street, London E. C. 2	
4% Schweizer Franken- Schuldverschreibungen	Serien I A und I B Serien II A und II B	Serie I Serie II	sfrs 200, 500, 1000 sfrs 200, 500, 1000	neu neu	1. Jan. 1963 1. Juli 1965	4% 4%	1. Juli 1953 1. Juli 1953	20 25	Schweizerische Kreditanstalt Zürich	
4% Holländische Gulden- Schuldverschreibungen	—	—	hfl 100 ²⁷⁾ , 1000	neu	1. Jan. 1963	4%	1. Juli 1953	20	Vereeniging voor den Effectenhandel Beursplein 5, Amsterdam (C)	Emissionsland Holland ist Londoner Abkommen noch nicht beigetreten.
4% Schwedische Kronen- Schuldverschreibungen	Serien I und II Serien III bis IV	Serie I Serie II	skr 250, 1000, 5000 skr 250, 1000, 5000	neu neu	1. Jan. 1963 1. Jan. 1965	4% 4%	1. Juli 1953 1. Juli 1953	20 24	Skandinaviska Banken AB. Stockholm 16	
3% Dollar- Schuldverschreibungen	—	—	\$ 100, 500, 1000	neu	1. Jan. 1963	3%	1. Juli 1953	20 ²⁸⁾	Dillon, Read & Co. 48 Wall Street, New York 5, New York	Die Umwandlung der zu- nächst ausgegebenen Temporary Bonds in Definitive Bonds ist im Gange.

²⁶⁾ Wegen der im Inland zahlbaren Schuldverschreibungen vgl. Fußnote 1.

²⁷⁾ Obwohl die alten 4% hfl Schuldverschreibungen der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden nur einen Wertabschnitt (100 hfl) hatten, werden die neuen Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, wenn es zu gegebener Zeit zu ihrer Ausgabe kommen sollte, auf Grund besonderer Absprache über 100 und 1000 hfl lauten.

²⁸⁾ Die Zinsscheine Nr. 1 bis Nr. 4 befinden sich an den Temporary Bonds, die Zinsscheine ab Nr. 5 an den Definitive Bonds.

Konversionsschuldverschreibungen der Younganleihe

Tafel 4

Teilausgabe	Alter Zinssatz %	Währung	Alter Nennwert		Neuer Zinssatz %	Reduzierung des Zinsscheinbetrages aus Spalte 5 infolge Anwendung des Zinssatzes aus Spalte 6	Aufgedruckter Nennwert der neuen Schuldverschreibung		Derzeitiger Wert nach Anwendung der „Doliarklausel“ für	
			Mantel	Zinsschein			Mantel	Zinsschein	Mantel aus Spalte 8	Zinsschein aus Spalte 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
US-Ausgabe	5½	\$	1 000,—	27,50	5	25,—	1 000,— ²⁹⁾	25,— ²⁹⁾	1 000,—	25,—
	5½	\$	500,—	13,75	5	12,50	500,—	12,50	500,—	12,50
	5½	\$	100,—	2,75	5	2,50	100,—	2,50	100,—	2,50
Britische Ausgabe	5½	£	1 000.—	27.10.—	4½	22.10.—	1 000.—	27.10.—	1 738. 1.4	39. 2.2
	5½	£	500.—	13.15.—	4½	11. 5.—	500.—	13.15.—	869.—.8	19.11.1
	5½	£	100.—	2.15.—	4½	2. 5.—	100.—	2.15.—	173.16.2	3.18.3
Französische Ausgabe	5½	frs	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,—	27,50	13 702,30 ³⁰⁾	308,30
Belgische Ausgabe	5½	Belgas	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,—	27,50	6 952,23 bfrs	156,43 bfrs
	5½	Belgas	500,—	13,75	4½	11,25	500,—	13,75	3 476,12 bfrs	78,21 bfrs
	5½	Belgas	100,—	2,75	4½	2,25	100,—	2,75	695,22 bfrs	15,64 bfrs
Holländische Ausgabe	5½	hfl	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,—	27,50	1 527,45	34,37
	5½	hfl	500,—	13,75	4½	11,25	500,—	13,75	763,72	17,18
	5½	hfl	100,—	2,75	4½	2,25	100,—	2,75	152,74	3,44
Schweizerische Ausgabe ...	5½	sfrs	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,—	27,50	843,75	18,98
Schwedische Ausgabe	5½	skr	10 000,—	275,—	4½	225,—	10 000,—	275,—	13 863,66	311,93
	5½	skr	5 000,—	137,50	4½	112,50	5 000,—	137,50	6 931,83	155,97
	5½	skr	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,—	27,50	1 386,37	31,19
Deutsche Ausgabe	5½	RM	5 000,—	137,50	4½	12,50	5 000,— RM	137,50 RM	5 000,— DM ³¹⁾	112,50 DM
	5½	RM	1 000,—	27,50	4½	22,50	1 000,— RM	27,50 RM	1 000,— DM	22,50 DM
	5½	RM	500,—	13,75	4½	11,25	500,— RM	13,75 RM	500,— DM	11,25 DM
	5½	RM	200,—	5,50	4½	4,50	200,— RM	5,50 RM	200,— DM	4,50 DM
	5½	RM	100,—	2,75	4½	2,25	100,— RM	2,75 RM	100,— DM	2,25 DM

²⁹⁾ Die neuen Extension Bonds der amerikanischen Teilausgabe tragen einen völlig neuen Text. Hierdurch war es möglich, die neuen Nennwerte aufzunehmen (vgl. insbesondere die verschiedenen Zinsscheinwerte in Spalten 9 und 5). Bei den europäischen Teilausgaben decken sich die Spalten 8 und 9 mit den Spalten 4 und 5, weil hier bei Neudruck die alten Texte – und zwar auch hinsichtlich der Nennwerte – Verwendung gefunden haben.

³⁰⁾ Vgl. Fußnote 8).

³¹⁾ Die Werte in Spalte 10 decken sich, abgesehen von der Währungsangabe, mit denjenigen aus Spalte 8, weil die durch die Anwendung der Dollarklausel entstehende geringfügige „Aufbesserung“ bereits mit der Einlösung des Zinsscheins Nr. 1 bar abgelöst wird.

Anhang 13

Tilgungen und Zinsendienst auf öffentliche deutsche Vorkriegsschulden 1953 bis 31. 3. 1959¹⁾ (in Mio DM)

Jahr	Tilgungen	Zinszahlungen ²⁾	Nebenkosten	Insgesamt
1953	75	50	1	126
1954	117	130	11	258
1955	109	127	7	243
1956	124	124	4	252
1957	121	112	3	236
1958	125	117	2	244
1959 1. Vj.	17	24	0	41
gesamt	688	684	28	1400

¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112; Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114; Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

²⁾ Einschließlich der auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen.

Anhang 14

Tilgungen und Zinsendienst auf private deutsche Vorkriegsschulden 1953 bis 31. 3. 1959¹⁾ (in Mio DM)

Jahr	Tilgungen	Zinszahlungen ²⁾	Nebenkosten	Insgesamt
1953	60	2	1	63
1954	422	51	5	478
1955	252	32	2	286
1956	126	74	6	206
1957	147	37	1	185
1958	89	52	2	143
1959 1. Vj.	18	18	1	37
gesamt	1114	264 ³⁾	18	1396 ³⁾

¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112; Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114; Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

²⁾ Einschließlich der auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen.

³⁾ Differenz 2 Mio DM vermutlich durch Abrundung.

Anhang 15

Tilgungen und Zinsendienst auf öffentliche deutsche Nachkriegsschulden 1953 bis 31. 3. 1959¹⁾ (in Mio DM)

Jahr	Tilgungen	Zinszahlungen ²⁾	Nebenkosten	Insgesamt
1953	194	71	—	265
1954	108	114	—	222
1955	156	131	—	287
1956	202	120	—	322
1957	261	117	—	378
1958	310	114	—	424
1959 1. Vj.	715	54	—	769
gesamt	1947 ³⁾	721	—	2668 ³⁾

¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112; Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114; Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

²⁾ Einschließlich der auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen.

³⁾ Differenz 1 Mio DM vermutlich durch Abrundung.

Anhang 16

Tilgungen und Zinsendienst auf deutsche Vor- und Nachkriegsschulden¹⁾ 1953 bis 31. 3. 1959²⁾ (in Mio DM)

Jahr	Tilgungen	Zinszahlungen ³⁾	Nebenkosten	Insgesamt
1953	329	123	2	454
1954	647	295	16	958
1955	517	290	9	816
1956	452	318	10	780
1957	529	266	4	799
1958	524	283	4	811
1959 1. Vj.	750	96	1	847
gesamt	3749 ⁴⁾	1669 ⁵⁾	46	5464 ⁴⁾

¹⁾ Soweit durch Londoner Abkommen geregelt.

²⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1955, a. a. O., S. 112; Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder für das Jahr 1956, a. a. O., S. 114; Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 4.

³⁾ Einschließlich der auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen.

⁴⁾ Differenz 1 Mio DM vermutlich durch Abrundung.

⁵⁾ Differenz 2 Mio DM vermutlich durch Abrundung.

Anhang 17

Deutsche Auslandsschulden nach dem Londoner Abkommen von 1953^{*)}

Stand: 31. März 1959

(Bei Auslandsbonds Gesamtumlauf einschl. des Inlandsbesitzes)

Schuldarten	Nominalbeträge in Mio. DM
Öffentliche Vorkriegsverpflichtungen	
des Bundes ¹⁾	
Young	1211
Dawes	419
Sonstige ²⁾	1294
gesamt	2924
der Länder und Gemeinden ¹⁾	268
Private Vorkriegsverpflichtungen	
Anleihen ¹⁾	765
Sonstige	311
gesamt	1076
Öffentliche Verpflichtungen aus der Nachkriegs- wirtschaftshilfe	
a) Großbritannien	1235 ³⁾
b) Frankreich	35
c) Vereinigte Staaten von Amerika	
Allgemeine Wirtschaftshilfe	3474
STEG-Abkommen	241
gesamt	4985
Insgesamt	9253

^{*)} Entnommen: Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, a. a. O., S. 3.

¹⁾ Die Auslandsanleihen sind - mit Ausnahme der in den Niederlanden ausgegebenen - in Höhe der bis Ende 1958 bereinigten und umgetauschten Bonds (In- und Auslandsumlauf) eingesetzt worden. Für die in den Niederlanden ausgegebenen Bonds, deren Bereinigung erst angelaufen ist, ist der mögliche Maximalbetrag eingesetzt worden.

²⁾ Kreuger-Anleihe, Preußen-Anleihe, Koka-Schuldverschreibungen, Mixed Claims, Verpflichtungen gegenüber der BIZ, deutsch-schweizerisches Abkommen (Clearing-Mrd) u. a.

³⁾ Dieser Betrag wird sich um die mit Großbritannien bereits vereinbarte Vorauszahlung der Jahresraten 1962 bis 1964 von 22,5 Mio £ = 265 Mio DM vermindern. Darüber hinaus sind im Rahmen einer Devisenhilfe für Großbritannien zur Deckung der Fälligkeiten 1959 bis 1961 und 1965/66 37,5 Mio £ = 441 Mio DM in einem Depot bei der Bank von England bereitgestellt.

Literaturverzeichnis

A. Lehrbücher und Monographien

- Abs, Hermann J., Das Londoner Schuldenabkommen, Zusammenfassende Darstellung aus Vorträgen, herausgegeben von der Süddeutschen Bank, Frankfurt am Main 1953
- Blessin, Georg; Wilden, Hans, Bundesentschädigungsgesetz, Kommentar, München und Berlin 1957
- Elsler, Helmut, Währung und Außenhandel, (wirtsch.- u. sozialwiss.) Diss. Köln 1939, Köln 1939
- Fischer, Rudolf, Probleme der deutschen Auslandsverschuldung, Frankfurt am Main 1935
- Forstmann, Albrecht, Die Grundlagen der Außenwirtschaftstheorie, Berlin 1956
- Goldmann, Botho, Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56, (staatsw.) Diss. Mainz 1956, Maschinenschrift
- Gurski, Hans, Das Abkommen über deutsche Auslandsschulden, Kommentar, 2. Auflage, Köln 1955
- Haberler, Gottfried, Der internationale Handel, Berlin 1933
- Halm, George N., Geld, Außenhandel und Beschäftigung, Zweite wesentlich veränderte Auflage, München 1954
- Keynes, John Maynard, Revision des Friedensvertrages, München und Leipzig 1922; (engl.: A Revision of the Treaty, London 1922)
- Koeli, Walter, Auslandsforderungen in Deutschland, ihre Verwertung und Verwendungsmöglichkeit, Berlin 1935
- Montaner, Antonio, Außenhandelspolitik, in: Die Verwaltung, Schriftenfolge zur staatswissenschaftlichen Fortbildung der Beamten und Behördenangestellten, Heft 48, Braunschweig (ohne Jahresangabe)
- Nöll von der Nahmer, Robert, Außenwirtschaft, Heidelberg 1959

- Nöll von der Nahmer, Robert, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Berlin 1935
- Nöll von der Nahmer, Robert, Geld und Kredit, in: Die Verwaltung, Schriftenfolge zur staatswissenschaftlichen Fortbildung der Beamten und Behördenangestellten, Heft 55, Braunschweig 1955
- Nöll von der Nahmer, Robert, Vom Werden des neuen Zeitalters, Heidelberg 1957
- Pfitzner, Johannes, Deutschlands Auslandsanleihen, Berlin 1928
- Rittershausen, Heinrich, Internationale Handels- und Devisenpolitik, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1955
- Ronde, Hans, Von Versailles bis Lausanne, Stuttgart 1950
- Schacht, Hjalmar, Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931
- Schacht, Hjalmar, Kreditpolitik und Exportfinanzierung von morgen, 3. Auflage, Hamburg 1956
- Schneider, Ernst, Vorschläge zur Überwindung unserer Zahlungsbilanzkrise, Düsseldorf 1957
- Welcker, Claus, Die deutschen Auslandsschulden seit dem ersten Weltkrieg im Lichte der Transfertheorie, (wirtsch.- u. sozialwiss.) Diss. Köln 1954, Maschinenschrift

B. Artikel und Aufsätze in Nachschlagewerken und Zeitschriften

- Bedingter Schuldennachlaß, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 4. Jahrgang, 1. Heft vom 1. Januar 1952, S. 3-4
- Chabrowski, Sigmund, Zwischenbilanz der Wiedergutmachung, in: Der Volkswirt, 11. Jahrgang, Nr. 30 vom 27. Juli 1957, S. 1613-1614
- Clearing, in: Das Fachwort in der Kreditwirtschaft, Unterrichtsmappe für das gesamte Kreditwesen, Frankfurt am Main (ohne Jahresangabe)
- Dalberg, Rudolph, Die deutschen Auslandsschulden, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jahrgang, 8. Heft vom 15. April 1950, S. 191-195
- Elsholz, Konrad, Die sozialen Leistungen der Bundesrepublik, in: Deutsche Versicherungszeitschrift, Nr. 4, April 1959, S. 78-83
- Die Kosten der Wiedergutmachung, in: Die Gegenwart, 13. Jahrgang, Nr. 303 vom 11. Januar 1958, S. 25-27
- Die Nachkriegsschulden, in: Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Nr. 50 vom 15. Dezember 1951, S. 5-6

- Féaux de la Croix, Ernst, Betrachtungen zum Londoner Schuldenabkommen, in: Völkerrechtliche und staatsrechtliche Abhandlungen des Max-Planck-Instituts für öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, Heft 29, Köln-Berlin 1954, S. 27-70
- Gutmann, Franz, Reparationen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, 7. Band, Jena 1926, S. 45-83
- Hahn, L. Albert, Im Schatten der Dollarinflation, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, 18. Heft vom 15. September 1958, S. 775-777
- Hoffmann, Walter, Was wird aus den deutschen Auslandsschulden, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 3. Jahrgang, 13. Heft vom 1. Juli 1950, S. 311-314
- In banger Erwartung, in: Der Volkswirt, 6. Jahrgang, Nr. 32 vom 9. August 1952, S. 4
- Janke, Kurt, Das Londoner Abkommen über Deutsche Auslandsschulden, in: Sparkasse, 8. Jahrgang, Heft 8 vom 15. April 1953, S. 120-123
- Krebs, Paul, Stillhaltung erfüllte ihren Zweck, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 7. Jahrgang, 24. Heft vom 15. Dezember 1954, S. 806-808
- Morgan und die deutschen Anleihen, in: Die Bank, I. Halbjahr 1930, S. 146
- Reuter, Franz, Schuldenabkommen auf der Waage, in: Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Nr. 25 vom 20. Juni 1953, S. 9-10
- Richebächer, Kurt, Gläubiger in Nöten, in: Der Volkswirt, 8. Jahrgang, Nr. 9 vom 27. Februar 1954, S. 13-14
- Richebächer, Kurt, Im Hintergrund das Auswärtige Amt, in: Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Nr. 9 vom 28. Februar 1953, S. 9-10
- Saalfrank, Eugen, Ausstellung von Ersatzurkunden für Auslandsbonds der ursprünglichen Ausgaben der Deutschen Äußerer Anleihe 1924 (Dawesanleihe), Internationalen $5\frac{1}{2}\%$ -Anleihe des Deutschen Reichs 1930 (Younganleihe), $6\frac{1}{2}\%$ Preußischen Äußerer Anleihe 1926 und 6% Preußischen Äußerer Anleihe 1927, in: Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage Nr. 1/1957 zu Teil IV B Nr. 10 vom 9. März 1957
- Schleppende Wiedergutmachung, in: Der Volkswirt, 13. Jahrgang, Nr. 13 vom 28. März 1959, S. 532
- Seib, Friedrich-Georg, Der Dollar rollt zurück, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 5. Jahrgang, 23. Heft vom 1. Dezember 1952, S. 610-612
- Skaupy, Walther, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen I, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, 1. Heft vom 1. Januar 1958, S. 32-33

Skaupy, Walther, Die Abwicklung der deutschen Dollaranleihen II, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 11. Jahrgang, 2. Heft vom 15. Januar 1958, S. 64-66

Wolff, Franz, Lasset uns hoffen, in: Der Volkswirt, 6. Jahrgang, Nr. 33 vom 16. August 1952, S. 10-12

Wormer, Helmut, Londoner Blütenlese, in: Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Nr. 30 vom 27. Juli 1951, S. 10-11

Young-Anleihe, in: Die Bank, I. Halbjahr 1930, S. 942

C. Zeitungsaufsätze

Auslandsschulden tilgen! in: Handelsblatt, Nr. 98 vom 23./24. August 1957

Beyer, Paul, Die begehrte D-Mark, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 219 vom 21. September 1957

Bonn zahlt London jährlich 140 Millionen Mark, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 123 vom 30. Mai 1958

Brief des Reichsbankdirektoriums an die Reichsregierung vom 8. Juni 1933, in: Frankfurter Zeitung, Nr. 423/25 vom 10. Juni 1933

Bund tilgt bei den USA vorzeitig, in: Die Welt, Nr. 71 vom 25. März 1959

Der Zinsdruck am Kapitalmarkt läßt nach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 217 vom 19. September 1958

Deutsche Auslandsbonds am Zürcher Markt, in: Deutsche Zeitung, Nr. 82 vom 15. Oktober 1958

Die Schuldentrückzahlungen beginnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 51 vom 2. März 1953

Dollarbonds-Anmeldung geht dem Ende zu, in: Handelsblatt, Nr. 56 vom 14. Mai 1958

Jeder Vierte ist ein Flüchtling, in: Deutsche Zeitung, Nr. 9 vom 31. Januar 1959

Keine Ausgaben mehr ohne Deckung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 89 vom 17. April 1958

Krüger, Wolfgang, Klausel zum Schulden-Kompromiß, in: Die Zeit, Nr. 33 vom 14. August 1952

Londoner Vergleichsvorschlag, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Nr. 65 vom 13. August 1952

Neuer Kredit an die Weltbank, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 146 vom 28. Juni 1958

Ringleb, Waldemar, Jede Bilanz hat eben ihre zwei Seiten, in: Die Zeit, Nr. 48 vom 28. November 1957

Rüstungsfinanzierung auf Abwegen?, in: Kölner Stadtanzeiger, Nr. 275 vom 27. November 1957

Schuldentilgung – aber wie?, in: Handelsblatt, Nr. 101 vom 30/31. August 1957

Tilgung von Auslandsschulden keine Lösung, in: Industriekurier, Nr. 146 vom 21. September 1957

Veith, Werner, Kein Gläubigerzwang im Schuldenabkommen, in: Industriekurier, Nr. 186 vom 8. Dezember 1953

Vorschußlorbeer für Anleihe-Rückkauf, in: Handelsblatt Nr. 107 vom 13./14. September 1957

Wieder kreditwürdig?, in: Handelsblatt, Nr. 35 vom 25. März 1953

Zauberwort „Kreditwürdigkeit“, in: Industriekurier, Nr. 122 vom 12. August 1952

Zens, Reinhold, Was die Wiedergutmachung kosten wird, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 271 vom 22. November 1957

Zur Schuldentilgung braucht man Kapital, in: Industriekurier, Nr. 176 vom 20. November 1956

Zusatzabkommen mit der Schweiz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 141 vom 23. Juni 1959

D. Gesetze, Verordnungen, Erlasse

Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919, RGBl., S. 687

Bekanntmachung, betreffend die Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung von Ratifikationsurkunden zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 11. Januar 1920, RGBl., S. 31

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend schweizerische Goldhypothenken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner vom 6. Dezember 1920, RGBl., S. 2024

Zusatzabkommen zum Abkommen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldhypothenken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner vom 25. März 1923, RGBl. II, S. 284

Ermächtigungsgesetz vom 13. Oktober 1923, RGBl. I, S. 943

- Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923, RGBl. I, S. 963
- Gesetz über die Londoner Konferenz vom 30. August 1924, RGBl. II, S. 289
- Abkommen zwischen Deutschland und Belgien vom 13. Juli 1929, RGBl. II 1930, S. 342
- Gesetz über die Haager Konferenz vom 13. März 1930, RGBl. II, S. 45
- Gesetz über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen vom 13. März 1930, RGBl. II, S. 385
- Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931, RGBl. I, S. 361
- Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 15. Juli 1931, RGBl. I, S. 366
- Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931, RGBl. I, S. 373
- Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Stillhalteabkommens vom 18. September 1931, RGBl. I, S. 509
- Deutsches Kreditabkommen von 1932, Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 41
- Verordnung des Reichspräsidenten über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 27. Februar 1932, RGBl. I, S. 85
- Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 27. Februar 1932, RGBl. I, S. 86
- Zweite Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 17. Mai 1932, RGBl. I, S. 229
- Dritte Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1932 vom 3. November 1932, RGBl. I, S. 524
- Deutsches Kreditabkommen von 1933, Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 56 vom 7. März 1933
- Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1933 vom 20. März 1933, RGBl. I, S. 138
- Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933, RGBl. I, S. 349
- Gesetz über die Errichtung einer Deutschen Verrechnungskasse vom 16. Oktober 1934, RGBl. I, S. 997
- Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947, Auflösung des Staates Preußen, Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, S. 582

Gesetz über die Errichtung einer Schuldenverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 13. Juli 1948, WiGVBl., S. 73

Fünfunddreißigste Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz, Mitteilungen der BdL 1949, Nr. 38, S. 586

Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 18. März 1952, BGBl. I, S. 137

Gesetz zur Bereinigung von deutschen Schuldverschreibungen, die auf ausländische Währung lauten, vom 25. August 1952, BGBl. I, S. 553

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Regelung der Forderung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegen das ehemalige Deutsche Reich vom 26. August 1952, BGBl. 1953 II, S. 22

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. September 1952, BGBl. 1953 II, S. 37

Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden vom 23. Februar 1953, BGBl. 1954 II, S. 538

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949 vom 26. Februar 1953, BGBl. II, S. 513

Abkommen über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 333

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 487

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer der Lieferung von Überschußgütern) vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 492

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 497

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 504

- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe vom 27. Februar 1953, BGBl. II, S. 509
- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Bereinigung von Dollarbonds deutscher Aussteller vom 27. Februar 1953, Bundesanzeiger, Nr. 50 vom 13. März 1953, S. 1
- Zweite Durchführungsverordnung zum Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds (Vereinigte Staaten von Amerika) vom 7. März 1953, Bundesanzeiger, Nr. 50 vom 13. März 1953, S. 2
- Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung für Berechtigte im Ausland vom 3. August 1953, BGBl. I, S. 843
- Gesetz über das Abkommen vom 1. April 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gewisse Angelegenheiten, die sich aus der Bereinigung deutscher Dollarbonds ergeben, vom 19. August 1953, BGBl. II, S. 300
- Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden, vom 24. August 1953, BGBl. I, S. 1003
- Altbankengesetz vom 10. Dezember 1953, GVBl. Berlin, S. 1483
- Gesetz betreffend die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vertretern der Gläubiger und Garantiemächte über die Haftung der Bundesrepublik Deutschland für gewisse österreichische Auslandsanleihen vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 504
- Gesetz betreffend die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Regelung der Forderungen der Französischen Republik an die Bundesrepublik Deutschland vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 519
- Gesetz betreffend die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein über die Regelung der Forderungen des Fürstentums Liechtenstein an die Bundesrepublik Deutschland vom 7. Mai 1954, BGBl. II, S. 522
- Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des Deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden vom 9. Dezember 1954, Bundesanzeiger, Nr. 245 vom 21. Dezember 1954, S. 2
- Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23. Dezember 1955 (Neufassung), BGBl. I, S. 822
- Bekanntmachung zu Artikel 5 Absatz 5 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 24. Mai 1956, BGBl. II, S. 658

Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 29. Juni 1956 (Neufassung), BGBl. I, S. 559

Richtlinien für den Neudruck von Wertpapieren vom 12. Mai 1949, Sonderbeilage 11/56 zu Teil IV B der Wertpapiermitteilungen vom 15. Dezember 1956

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger vom 19. Juli 1957, BGBl. I, S. 734

Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden vom 5. November 1957, BGBl. I, S. 1747

Allgemeine Genehmigung Nr. 79/56 (2. Neufassung) zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen betreffend deutsche Schuldverschreibungen, die auf eine ausländische Währung lauten (deutsche Auslandsbonds), vom 8. August 1958, Bundesanzeiger, Nr. 152 vom 12. August 1958, S. 3

Viertes Verlängerungsprotokoll zum Protokoll von 1954 über die nach Ablauf des Deutschen Kreditabkommens von 1952 verbleibenden kurzfristigen deutschen Schulden vom 2. Dezember 1958, Bundesanzeiger, Nr. 2 vom 6. Januar 1959, S. 3

Allgemeine Genehmigung Nr. 91/59 (Neufassung) zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen betreffend Geschäfte mit Wertpapieren, Ein- und Ausfuhr von Wertpapieren und sonstigen Urkunden vom 7. April 1959, Bundesanzeiger, Nr. 69 vom 11. April 1959, S. 2

Gesetz zu der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland über eine Devisenhilfe an Großbritannien (Artikel 3 des Nordatlantikvertrages) vom 19. Mai 1959, BGBl. II, S. 544

E. Parlamentarische Drucksachen und Verhandlungsberichte

Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode 1949, Drucksache 4260 vom 13. April 1953, Entwurf von sieben Zustimmungsgesetzen zu den Abkommen zur Regelung deutscher Auslandsschulden

—, —, Drucksache 4478 vom 17. Juni 1953, Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden

—, —, Drucksache 4568 vom 24. Juni 1953, Schriftlicher Bericht des Sonderausschusses „Londoner Schuldenabkommen“ zu den Entwürfen von sieben Zustimmungsgesetzen

- , —, Drucksache 4569 vom 24. Juni 1953, Schriftlicher Bericht des Sonderausschusses „Londoner Schuldenabkommen“ über den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden
- , —, Stenographische Berichte, 262. Sitzung am 29. April 1953
- , —, Stenographische Berichte, 279. Sitzung am 2. Juli 1953
- , —, Stenographische Berichte, 280. Sitzung am 3. Juli 1953
- , —, Umdruck 1032 vom 1. Juli 1953
- Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode 1957, Drucksache 650 vom 1. Dezember 1958, Entwurf des Haushaltplans 1959
- , —, Drucksache 1073 vom 30. April 1959, Schriftlicher Bericht des Haushaltsausschusses zum Einzelplan 32
- , —, Stenographische Berichte, 72. Sitzung am 5. Juni 1959
- Deutscher Bundesrat, BR-Drucksache 116/53 vom 18. März 1953, Entwurf von sieben Zustimmungsgesetzen zu den Abkommen zur Regelung deutscher Auslandsschulden
- , BR-Drucksache 116/1/53 vom 20. März 1953
- , BR-Drucksache 116/53 (Beschluß) vom 28. März 1953
- , BR-Drucksache 219/53 vom 22. Mai 1953, Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953
- , BR-Drucksache 219/1/53 vom 29. Mai 1953
- , BR-Drucksache 219/53 (Beschluß) vom 6. Juni 1953
- , BR-Drucksache 352/53 vom 4. Juli 1953, Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden
- , BR-Drucksache 352/53 (Beschluß) vom 20. Juli 1953
- , BR-Drucksache 366/53 vom 4. Juli 1953, Entwurf von sieben Zustimmungsgesetzen zu den Abkommen zur Regelung deutscher Auslandsschulden
- , BR-Drucksache 366/53 (Beschluß) vom 20. Juli 1953
- , Stenographische Berichte, 104. Sitzung am 27. März 1953
- , Stenographische Berichte, 109. Sitzung am 5. Juni 1953
- , Stenographische Berichte, 113. Sitzung am 17. Juli 1953

F. Amtliche Dokumente

Bericht der Konferenz über Deutsche Auslandsschulden, London, 8. August 1952, Anhang B zum Abkommen über deutsche Auslandsschulden, BGBl. 1953 II, S. 476

Der Basler Reparationsbericht, Das Gutachten des Beneduce-Ausschusses, Frankfurt am Main 1932

Deutsche Auslandsschulden. Dokumente zu den internationalen Verhandlungen Oktober 1950 bis Juli 1951. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für den Marshallplan, Bonn 1951

Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Aufbringungsfähigkeit, Bonn, 20. November 1951 (Satz und Druck: C. W. Niemeyer, Hameln)

Deutsche Delegation für Auslandsschulden, Memorandum über die deutsche Transferfähigkeit, Bonn, 10. November 1951 (Satz und Druck: C. W. Niemeyer, Hameln)

Konferenz über deutsche Auslandsschulden, Konferenzdokument GD/V/Steer/Dok 11 vom 1. April 1952

G. Sonstige Veröffentlichungen

Die Bevölkerung des Bundesgebiets im Jahre 1958, in: Bundesanzeiger, Nr. 65 vom 7. April 1959, S. 4

Die deutsche Auslandsverschuldung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, November 1957, S. 45-50

Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1959, S. 3-7

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1959, S. 4-19

Geschäftsbericht der Bank deutscher Länder, verschiedene Geschäftsjahre

Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1957, Frankfurt/Main 1958

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Monate

Statistische Praxis, Band 1 und 2, 1946/47, Heft 8

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, verschiedene Jahrgänge

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge

Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland, in:
Bundesanzeiger, Nr. 92 vom 20. Mai 1959, S. 6 f.

Wertpapier-Mitteilungen, Sonderbeilage Nr. 9/1955 zu Teil IV B Nr. 46 vom
19. November 1955

Lebenslauf

Am 12. Juli 1916 wurde ich als drittes Kind des Landwirts Hermann Kiehnscherf und seiner Ehefrau Marie geb. Gröseling, in Neuenklitsche, Reg.-Bez. Magdeburg, geboren. Von 1930 bis 1936 besuchte ich das humanistische Gymnasium in Stendal, an dem ich Ostern 1936 die Reifeprüfung ablegte.

Nach Ableistung des Arbeits- und des Wehrdienstes begann ich im Wintersemester 1938/39 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Berlin; zugleich widmete ich mich wirtschaftswissenschaftlichen Studien. 1941/42 wurde ich für kurze Zeit vom Wehrdienst beurlaubt und konnte daher am 11. 3. 1942 das 1. Staatsexamen beim Kammergericht Berlin ablegen.

Nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft begann ich im Dezember 1945 den juristischen Vorbereitungsdienst, den ich am 20. Dezember 1949 mit dem 2. Staatsexamen abschloß. Vom Juli 1950 bis Ende 1956 war ich im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, zuletzt als Oberregierungsrat, tätig. Während dieser Zeit habe ich meine juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Studien an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz fortgesetzt. Am 14. Juli 1954 wurde ich dort zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert. Zum 1. Januar 1957 bin ich in den Vorstand eines Versicherungskonzerns eingetreten.

Druck: Buchdruckerei Rechtsverlag GmbH., Düsseldorf

